

Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



Thema Algerien in der Sackgasse
Fieberkurven Rußland, CSFR, El Salvador
Kroatien Die Logik der Friedensbemühungen
Industriebeziehungen Aus alt mach neu
Profile Thomas Pynchon und John Hawkes
Debatte Dissens und Kollaboration

Die KOMMUNE verschenkt Bücher

Natürlich nicht an jede/n. Aber an alle diejenigen unserer AbonnentInnen, die einen neuen Abonnenten oder eine neue Abonnentin werben: in Form eines neuen Jahresabos oder Geschenkabos. Die Werberin oder der Werber können sich dann eins der nachstehenden Bücher aussuchen. Oder gleich mehrere, wenn sie mehrere AbonnentInnen werben!



Erhard Stölting, regelmäßiger Autor der *Kommune*, gewährt in seiner aktualisierten Neuauflage Einblicke in den Zerfalls- und Neukonstitutionsprozeß eines Reiches. – Die ZEIT schrieb: „Sein Buch wird man noch oft zur Hand nehmen!“ –
Ladenpreis: 39,80 DM



„Sie schreibt mit Sicherheit so gut wie die großen Analytiker der Alltags- und Kulturpathologie . . . Wenn jemand jetzt oder in hundert Jahren etwas über Deutschland wissen will, soll er gefälligst Gabriele Goettles Bücher kaufen!“
Kommune 10/91
„Andere Bibliothek“ –
Ladenpreis: 44 DM.



Berichte und Essays über das „andere Europa“ von Karl Schlögel. Sein zweiteiliger *Kommune*-Essay „Reise durch den sowjetischen Alltag“ (1988) ist Bestandteil dieses Buches. –
Eine Originalausgabe der „Anderen Bibliothek“ –
Ladenpreis: 44 DM.

Das entsprechende Buch bitte auf der beigehefteten Abo-Karte ankreuzen!

Im Sommer, Gott lob, wird alles schon wieder ein bißchen anders aussehen. Der "inoffizielle" (honni soit qui mal y pense) Medaillenspiegel wird sich wieder mehr den tatsächlichen Dimensionen des vereinigten Deutschlands annähern, und die für den Sport so segensreichen Folgen der Spaltung werden sich weiter relativiert haben.

Man muß sich die deutschen Winterspiel-Erfolge ja nur ein bißchen genauer anschauen: Je absurder die Sportarten und je sinnloser und teurer die Voraussetzungen, um ihn hochleistungsmäßig zu betreiben, desto ertragreicher waren sie für die Deutschen: Bobfahren, Rodeln und Eisschnellauf sind ihre Domänen. Wo andere über gar keine Kunstbahnen verfügen, verfügt die größere Bundesrepublik immer schon über mindestens zwei erstklassige, weil sich früher keiner der beiden Staaten vom Gegenüber etwas vormachen wollte. Oder Biathlon! Wo andere, selbst wenn sie über eine Armee verfügen, noch lange keine Gebirgsjäger haben, verfügte Deutschland mit zwei Armeen auch über doppelte Einheiten, um schnelles und sicheres Schießen mit ausdauerndem Skilaufen im Verbund zu üben.

Je weiter der Hochleistungssport von den Feld-Wald-und-Wiesenbedingungen des Freizeitsportlers oder den Grundelementen, die noch in irgendwelchen Alltagstätigkeiten wurzeln, sich entfernt hat und je mehr er von Kunstbedingungen und regelmäßig wiederholtem Drill abhängt, desto stärker wirkt sich die Tatsache aus, daß sich die Deutschen auf solche Sportarten bis vor kurzem doppelt konzentriert hatten.

Hatte zwischen der Sowjetunion und den USA bei den Olympischen Spielen im Sommer immer wieder die Systemfrage im Medaillenspiegel ihre Antwort gefunden, so ging es

bei den Deutschen nicht nur um "freiheitliche Ordnung" oder "Sozialismus" sondern immer auch darum, welcher Staat die besten Exemplare der Sorte hervorbringt. Jeder Blödsinn mußte nachgemacht und übertroffen werden, den die je anderen angefangen hatten, und so konnten in den vergangenen Jahren die weltweit besten Voraussetzungen für die verrücktesten Sportarten geschaffen werden, ohne daß einer der beiden oder beiden Seiten die ganze Übung zu albern geworden wäre. Jetzt zahlte sich das auch doppelt aus, weil es eben einen Unterschied macht, ob man drei Leute oder Mannschaften aus sechs oder aus zwölf gleichermaßen unter besten Bedingungen trainierten Leuten oder Teams aussuchen kann oder ob die paar Hanseln, die anderswo derlei Hobbys haben, diese tunlichst unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten betreiben müssen oder dabei jedenfalls nicht in dieser Breite an der Spitze gefördert werden.

Im übrigen sind es gerade diese deutschen Paradewintersportarten, in denen sich der deutschsprachige Menschenschlag ganz allgemein über die engeren nationalen und staatlichen Grenzen hinaus besonders bewährt. Wenn Deutsch noch keine anerkannte Sprache der EG-Bürokratie und als Weltsprache nicht eben etabliert ist, so scheint sie in der Welt der Bob- und Rodelbahnen fast die Alleinherrschaft beanspruchen zu können. Sage niemand, das folge aus der spezifisch alplerischen Verbreitungsart dieser Sportart. Savoyen ist erst mit den olympischen Ehren in den Genuß einer Bob- und Rodelbahn und auch einer Kunsteisbahn gekommen. Wie sie zukünftig genutzt werden, steht in den Sternen. Und nebenbei: Weltweit führend in all den genannten Sportarten ist Thüringen, das seine Mittelgebirgslandschaft mit einigen anderen Nationen teilt. Der "Eismeister" spricht auch in Savoyen bayrisch. Man kann also schon sagen, daß manche Wintersportarten dem deutsch(sprechend)en Menschen-

schlag besonders zu liegen scheinen und daß er sie vermittels der deutschen Spaltung und der doppelten Perfektionierung der künstlichen Bedingungen, unter denen sie betrieben werden, zu einsamer Spitze entwickelt hat.

In ihrer reinsten Form folgen die se Sportarten dem Schema: Augen zu und durch, Kopf runter und den Gesetzmäßigkeiten der Bahn sich optimal anpassen. Mit dem Gegner Schlitten fahren.

Rechnet man diese und anverwandte Sportarten aus dem "inoffiziellen" Medaillenspiegel heraus, zeigt sich schon Grund zu Bescheidenheit. Über den sechsten Platz der Eishockeymannschaft unter ihrem tschechoslowakischen Trainer kann man sich dann freuen.

Wie gesagt: In diesem "inoffiziellen" Medaillenspiegel wirkt der sportliche Segen der deutschen Teilung nach und zeigen sich nicht etwa die Früchte der Einheit. Die wird die deutschen Wintersportdomänen schleifen, hatten sie doch einen beträchtlichen Teil ihres geringen Reizes aus dem deutsch-deutschen Leistungsvergleich bezogen.

Und im Sommer in Barcelona sieht auch dank Dr. Donike alles anders aus. Im Sport jedenfalls wird es das Vierte Reich nicht geben. Die deutsche Mannschaft sei trotz des Medaillenregens bescheiden aufgetreten, was auch allseits Anerkennung gefunden habe, war zu hören. Wenn es stimmen sollte, ist ihr also von ganz allein aufgefallen, daß nicht alles glänzt, was Gold ist.

(js)

Fin de siècle. Eine Generation schaut sich um heißen die beiden Gesprächsforen der *Kommune*, die am 1. und 2. Mai das neue Veranstaltungszentrum in der Kasseler Str. 1a eröffnen sollen. *Reiche zerbrochen, Träume kaputt, goldener Mittelweg gesucht?* ist der Titel des ersten. *Das größere Deutschland, verbiebert und verbohrt ins nächste Jahrhundert?* der des zweiten. Bis zum Aprilheft werden wohl alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer feststehen. Am 2. Mai wird dann das ganze Haus mit einem Fest eröffnet. Bis dahin wird gebaut.

In diesem Heft

THEMA

Algerien: Das Experiment in Demokratie ist gescheitert. *Chérifa Magdi* 6

ZUR ZEIT

Towaritsch Krikaljow und der MIR. *Joscha Schmierer* 11

Rußland: Putschisten in den Kulissen. *Erhard Stöling* 14

Südwest-Boulevard: Besuch aus Tunis. *Gerd Held* 16

Vergessensrausch. Die CSFR kämpft um ihre Geschichte. *Sabine Herre* 17

Wirtschaft: Bundesbank-Revolution nach Maastricht. *Werner Polster* 19

Kommentar aus Bonn: Zu jeder Zeit an jedem Ort – die neue Bundeswehr. *Achim Schmillen* 20

Brief aus Italien: Wahlen – Ändert sich diesmal wirklich etwas? *Alexander Langer* 21

Die Logik der Friedensbemühungen oder Warum der UNO-Friedensplan so widersprüchlich ist. *Dunja Melcic* 22

Brief aus Österreich: Verkehrsabgabe – Phrase oder Wirklichkeit? *Gerhard Fritz* 25

El Salvador: Rechtsstaat gegen Frieden. Geht die Rechnung auf? *Roger Peltzer* 26

Recht: Rechts-Brüche. *Uwe Günther* 29

Kolumne: Pußta-Mädchen ohne Führungsoffizier. *Gisela Wülfing* 30

Algerien in der Sackgasse

Trotz einiger Schreckensmeldungen ist in der europäischen Öffentlichkeit ein stillschweigendes Einverständnis mit dem Militärputsch in Algerien herauszuspüren. Gegenüber dem islamistischen Fundamentalismus macht sich unter der Hand eine neue Theorie des kleineren Übels breit: Statt der Mullahs dann schon lieber die Militärs. Das ist nicht nur demokratisch nicht zu rechtfertigen, sondern geht auch an der Situation in Algerien vorbei.

Eine Analyse von Chérifa Magdi

Seite 5



Fieberkurven

Selbst wenn man davon ausginge, daß gegenwärtig international eine Tendenz der Demokratisierung und Zivilisierung innerer Verhältnisse und äußerer Konflikte vorherrschte, ließe sich keine geradlinige Entwicklung in diese Richtung behaupten. Zu sehr überlagern sich entgegengesetzte Strömungen, zu dicht folgen Umbruchsituationen, in denen die ganze Entwicklung auf der Kippe steht, aufeinander.

Rußland – CSFR – El Salvador

Seite 14, 17 und 26

Logik der Friedensbemühungen

Sollen die Friedenstruppen der UNO den inneren Frieden Jugoslawiens sichern oder gewährleisten, daß die Trennung der unabhängig gewordenen Republiken keine neuen Ungerechtigkeiten und Gewalttaten nach sich zieht? Zwischen diesen Alternativen bewegt sich die UNO-Aktion und ist entsprechend selbst nicht ohne Widersprüche. Dunja Melcic auf

Seite 22

DEBATTE

Einspruch. Zur Stasi-Diskussion. *Ulrich Hausmann/ Udo Knapp* 31

Der Muff von Jahrmillionen... Zum Streit um ein Einwanderungsgesetz. *Ozan Ceyhan/ Cem Özdemir* 33

INDUSTRIE-BEZIEHUNGEN

Ökologie als bricolage? Über Schwierigkeiten und Chancen, Ökologie in den Normalbetrieb zu integrieren. *Martin Birke* 34

Vom tayloristischen zum evolutionären Management. Brüche im Management-Denken und -Handeln. *Georg Deh/Gerd Hurrle* 47

Logistik – Zauberwort der Raumpolitik. *Markus Hesse* 52

Zweite Revolution in der Autoindustrie. *Rainer Fellmeth* 55

Statistik des sterbenden Waldes. *Winfried Wessolleck* 58

US-LITERATUR

Vineland. Erzählerische Strategien und Spuren großer Vorbilder bei Thomas Pynchon. *Peter Kock* 35

Wann sehen wir uns wieder, Henker? John Hawkes, während des Golfkrieges neu gelesen. *Wilhelm Pauli* 39

KULTUR

Kommunale Kulturpolitik. Ein Querschnitt der kulturpolitischen Literatur. <i>Bernd Wagner</i>	60
Fotobände: Ostbad und St. Petersburg. <i>Helmut Veil</i>	63
Briefe aus der Provinz (10): 14. Februar 1992. <i>Wilhelm Pauli</i>	65
Qumran-Schriften und historischer Jesus. <i>Thomas Gehrmann</i>	66
Sexueller Optimismus. Mein heimliches Auge. <i>Phoebe Müller und Karin Rick. Michael Schweizer</i>	68
Film-Schnitte: Zum Lichte empor? <i>Michael Ackermann</i>	69
Der Traum vom authentischen Leben. <i>Hans-Joachim Maaz</i> Versuch, die Deutschen zu therapieren. <i>Siegfried Knittel</i>	70
Erzählungen von Kay Boyle aus Nachkriegsdeutschland. <i>Michael Ackermann</i>	71
Aufgelesene Töne: Der Klang hinter den Tönen – Der Komponist Arvo Pärt. <i>Christoph Wagner</i>	72

RUBRIKEN

Editorial	3
Briefe & Repliken	73
AutorInnen & Echo	74

Aus alt mach neu

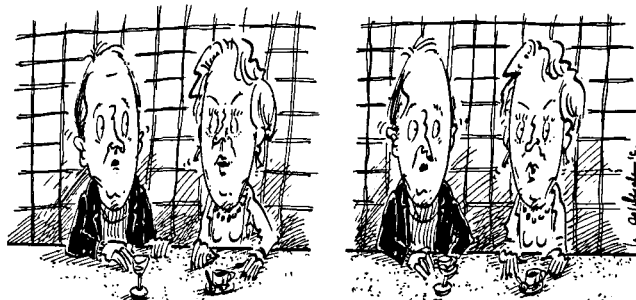
Die traditionellen Industriebeziehungen sind unter anderem durch den Druck der japanischen Konkurrenz in Frage gestellt. Liegen in den neueren Entwicklungen in den Unternehmen auch Chancen für ökologische Einflußnahme der Gewerkschaften und der Betriebsräte? Finden sie in einer neuen Managergeneration aufgeschlossenerer Ansprechpartner? Oder rollt hier, mit Bahro zu sprechen, nur eine neue Lawine ins Tal, die das Zerstörungswerk des Industrialismus perfektioniert? – Industriebeziehungen im Wandel

Seite 43 bis 59

Dissens und Kollaboration

Auf den ersten Blick ganz ähnliche Motivationen haben ihm Rahmen der Blockkonfrontation auf beiden Seiten der Blockgrenze zu anderen Taten und Wirkungen geführt. Auf letztere aber kommt es bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an, meinen Ulrich Hausmann und Udo Knapp in „Debatte“

Seite 31



US-Literaten

Peter Kock hat sich auf Spurensuche in Thomas Pynchons jüngstem Roman „Vineland“ gemacht und findet hinter einer vergleichsweise glatten Oberfläche ein raffiniert geschichtetes Portrait einer amerikanischen Generation.

Wilhelm Pauli ist bei der Lektüre von John Hawkes nicht nur über gewisse Bildungserlebnisse ins Sinnieren geraten.

Seite 35 bis 42

Impressum

Kommune, Forum für Politik, Ökonomie und Kultur - Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter, G. Heilmann, A. Minich, A. Nikolaus, G. Schabert, J. Schmierer, Th. Siegener, H. Stejs, B. Wagner, J. Walla

Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst (kf), Dunja Meleic (dm), Joscha Schmierer (js) Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Joscha Schmierer

Gestaltung: Michael Ackermann, Karin Dienst

Beiträge, die sachlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Über unverlangt eingereichte

Manuskripte und Fotos freuen wir uns. Gewähr und obligatorische Benachrichtigung können wir nicht garantieren.

Anschrift der Redaktion ab 15.1.92: Kommune-Redaktion, Postfach 900609, Kasseler Straße 1 a, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/792097-81/82, Fax 792097-29

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 900609, Kasseler Straße 1 a, 6000 Frankfurt 90

Anzeigenvertretung: Beck & Henz, Schwarzburger, 56, 6000 Frankfurt 1, Tel./Fax 069/357378, & 06108/76334

Es gilt die Anzeigenpreisliste 9/1991

Satz und Druck:

CARGO Druck GmbH, Frankfurt

Vertrieb, Bestellungen und

Abonnements: Kommune, Postfach 900609, 6000 Frankfurt 90, Telefon 069/79209781, Postgarnitur Pfm (BLZ 50010660) Konto-Nr. 484200-603

Bezugsbedingungen:

Einzelheft 10 DM, Jahresabonnement 110 DM, Halbjahresabo Studenten 45 DM, Auslands-Jahresabonnement 120 DM, Förderabonnement 150 DM. Aber verlängern sich nach Ablauf des Liefertermini automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 50010111), Konto-Nr. 1710312001

Titel: Wandgetriebe auf der

Kanarinsel La Palma

Foto: Michael Ackermann

Redaktionschluss 4/92: 16. März

Erscheinungstermin 4/92: 27. März

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier



Das Experiment in Demokratie ist gescheitert

Chérifa Magdi

In einer Erklärung von Amnesty International, veröffentlicht am 17.2. in *Le Monde*, heißt es: „Nach den Veröffentlichungen in den Medien und anderen algerischen Quellen sind in den vergangenen zwei Wochen 70 Zivilisten getötet und circa 500 verletzt worden, die meisten von ihnen nach gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften.“ Die Zahl der Verhafteten übersteigt inzwischen Sechstausend. Gravierende Verletzungen elementarer Rechte sind zu verzeichnen. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit sind unter den Bedingungen des Ausnahmezustands nicht mehr gewährleistet.

Der Ausnahmezustand, am 9. Februar ausgerufen – zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit, markiert eine neue Stufe in dem gnadenlosen Kampf, den die Staatsmacht, vermeintlich der Hohe Staatsrat, gegen die Islamisten führt. Aber es geht hier um die Armee. Seitdem sie interveniert hat, um den Wahlprozeß zu stoppen, den Staatspräsidenten durch diesen willfährigen Staatsrat zu ersetzen, macht sie kein Hehl daraus, daß sie die Islamische Heilsfront zerschlagen will. Was als „sanfter“ Staatsstreich mit der

Symbolfigur Boudiaf an der Spitze begann, zeigt sich als das, was es ist: eine Militärdiktatur, die auch zu den Mitteln aller Diktaturen greift, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten – zu Verhaftungen, zur Internierung in sogenannten Sicherheitszentren, zu Überlegungen, die kommunalen Verwaltungsorgane aufzulösen, in denen die FIS seit 1990 die Mehrheit hat. All das geschieht mit stillschweigender Billigung aller politischen Führer. Im Hohen Rat, der als ausführendes Organ der Armee fungiert, sitzt auch der Minister für Menschenrechte! Am 10. Februar hielt Mohammad Boudiaf „eine Rede an die Nation“. Er betonte, daß er den Wunsch des algerischen Volkes nach radikaler Veränderung respektiere. Er ging aber nicht weiter darauf ein, wie diese Veränderung aussehen soll. Er versprach ein Wohnungsbauprogramm und die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, eine Überlebensfrage für die Diktatur angesichts des nahenden Fastenmonats Ramadan. Ganz allgemein bedauerte er, daß „manche gestohlen und andere nicht gearbeitet“ hätten, was zu einer Entfremdung zwischen Volk und Führung geführt habe. Eine wenig

inspirierte Rede angesichts des Ausnahmezustands. Allerdings gibt es zwei Versionen dieser Rede. Die eine durften die Algerier im Fernsehen verfolgen, die andere erhielt die ausländische Presse. In dieser zweiten Version rechnet Boudiaf mit der Korruption und dem Nepotismus, mit der Bürokratie und der Selbstbereicherung der politischen Klasse ab. Er kündigt eine Kabinettsumbildung an und den Aufbau einer „Patriotischen Front“ in der Regierende und Bürger gemeinsam die Probleme des Landes lösen. Kein Wort zum Ausnahmezustand, auch in dieser Version nicht. Es scheint also einen Machtkampf zu geben. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß dieser zugunsten einer Fortsetzung der demokratischen Entwicklung verläuft. Die Verhaftung des kommissarischen Generalsekretärs der FIS, Abdel Kader Hachani, am 22. Februar unter dem Vorwand, er habe die Soldaten und Offiziere aufgerufen, sich auf die Seite des Volkes, statt auf die der Despoten zu stellen, leitete einen Prozeß ein, der mit dem Ausnahmezustand ein vorläufiges Ende gefunden und den Schein von Legalität, den die Armee wahren wollte, beseitigt hat.

Die Islamische Heilsfront (FIS) Noch ehe sie sich im Jahre 1989 als Partei organisieren durften, hatten „die Grünen“ oder „die Bärtigen“ wie sie in Algerien heißen, damit begonnen, alle um sich zu sammeln, die aus den vielfältigsten Gründen ein anderes Algerien wollten. Allen voran die Intellektuellen, vor allem die, die der nationalistischen Demagogie Boumediennes gefolgt waren. Zu marxistische, zu fremd für die arabisch-islamische Kultur, kritisieren sie im nachhinein. Vor allem unter den Naturwissenschaftlern fand die FIS ihre Parteigänger, wie zum Beispiel Abdel Kader Hachani. Im islamistischen Postulat einer Übereinstimmung der Aussagen des Korans mit den exakten Wissenschaften fanden sie sich wieder. Ein in sich geschlossener Diskurs, den die gewaltsame Durchsetzung der Arabisierungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren begünstigte. Viele Schüler und Studenten, die ihre Ausbildung in den Koranschulen oder in den religiösen Hochschulen des Auslands (al-Azhar in Ägypten, az-Zeituna in Tunesien) erhalten hatten, sahen die FIS als ihre natürliche geistige und politische Heimat an. Gerade im Ausbildungsbereich haben sich ägyptische Lehrer, die selbst dem Denken der Muslimbrüder verhaftet waren, tatkräftig engagiert.

Bei einer Bevölkerung, die zum größten Teil aus Analphabeten besteht, tief im religiösen Denken verwurzelt ist, findet der simplizistische Diskurs der FIS großen Anklang: „Eine Stimme für die FIS ist eine Stimme für den Islam! Eine Stimme gegen die FIS ist eine Stimme gegen den Islam!“

Aber auch andere haben sich der FIS angeschlossen. Solche, die sich von einem Wahlsieg der FIS viel versprochen und sie dementsprechend finanziell unterstützt haben. Die Händler und Geschäftsleute, deren Aktivitäten durch das bürokratisch-sozialistische System der FLN gelähmt waren und die sich dafür rächen wollten, daß sie keinen Zugang zur Nomenklatura bekommen hatten. Denn die Islamisten treten als Fürsprecher eines egalitären Wirtschaftsliberalismus auf. Der Islam heilige das Privateigentum, sei eine Religion, die den Handel und das Kapital begünstige.

Aber die größten Kontingente rekrutiert die FIS unter den marginalisierten Gruppen in Stadt und Land, die nichts zu verlieren haben, weil sie nie etwas besaßen und nie etwas besitzen werden. Dreißig Prozent der algerischen Bevölkerung sind zwischen 15 und 30 Jahren alt; drei Millionen unter ihnen sind ohne Ausbildung und Arbeit. Sie wollen sich an der FLN rächen. Ihr Zorn treibt sie zur FIS.

Die FIS ist keine Partei im herkömmlichen Sinne. In gut arabischer Tradition zeichnet sie sich durch Undurchsichtigkeit aus. Diese ist fast so groß wie bei der FLN während des Befreiungskampfes. Ein ge-

schriebenes Programm besitzt die FIS nicht. Ihre Vorstellungen entwickeln die Führer lieber mündlich. Als sie ihre Zulassung beim Innenministerium beantragte, gab die FIS lediglich drei Namen an: den des Präsidenten, Abassi Madani, den Namen seines Stellvertreters Beanazzouz Zebda und den Ali Benhadjs. (Im vergangenen Jahr verschwand Beanazzouz und Belhadj nahm seinen Platz ein, bis er zusammen mit Madani im Juni vergangenen Jahres verhaftet wurde.)

Eine beratende Versammlung aus 31 Mitgliedern, majlis ash-shura, scheint das oberste beschlußfassende Gremium der FIS zu sein. Beschlüsse werden durch allgemeinen Konsens gefaßt. Wenn kein Konsens herrscht, wird die Beschlußfassung vertagt. Die Zahl der Mitglieder des Exekutivbüros, das Hachani bis zu seiner Verhaftung kommissarisch leitete, kennt keiner. Man munkelt etwas von zwölf Mitgliedern. Sie führen die Tagesgeschäfte der FIS.

Um ihre Botschaft zu verbreiten, hat die FIS ein landesweites Netz gewoben, auch hier der FLN von 1954 nicht unähnlich. Viele Führer der FIS waren leitende Kader der FLN, Abassi Madani gehörte sogar der schon legendären Gruppe der 22 an, die den Beginn des Befreiungskampfes initiierte. Die FIS ist straff in hierarchischen Zellen organisiert, bis hinunter zur untersten Ebene, den Familienzellen (usra).

Versammlungsort sind die Gebetsräume, vor allem die, die der Kontrolle durch die Staatsmacht entzogen sind. Das kann zwei Gründe haben: Entweder wurden sie von privaten Stiftungen errichtet, oder sie blieben unvollendet, da das Gesetz vorschreibt, daß jede fertig gebaute Moschee unter die Aufsicht der Regierung gestellt wird. Im Bereich der Moscheen führt die FIS einen gnadenlosen Kampf gegen die „schweigenden“ Moscheen, deren Imame sich weigern, sich unter die Kontrolle der FIS zu begeben.

Viel wichtiger und effizienter für die Rekrutierung politischer Anhänger als die Moscheen ist das Netz karitativer Einrichtungen, vor allem in den 856 Stadtverwaltungen, in denen die FIS seit 1990 die Mehrheit hat. Die Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung erstrecken sich von Nähkursen bis hin zu den „islamischen“ Märkten, über Soforthilfe für Bedürftige, Gesundheitszentren und Eheberatungsstellen. Bei Schulbeginn in diesem Jahr hat die FIS Kleidung und Schultaschen an die Schulanfänger im Stadtteil Belcourt in Algier verteilt.

Das wirft die Frage nach den finanziellen Ressourcen der FIS auf. Bis zum Golfkrieg war der Hauptgeldgeber Saudi-Arabien. Da die FIS sich jedoch auf die falsche Seite geschlagen hatte, stoppte Saudi-Arabien die Hilfe. Aber es bleiben immer noch die stattlichen Subventionen durch die Bazaris, die Handwerksbetriebe, die Schwarzmarkthändler. Auch reiche Geschäftsleute, die für

die Zukunft vorsorgen wollen, befinden sich darunter. Und an den Eingängen der Moscheen wird eifrig gesammelt.

Die internen, aber nicht offen ausgetragenen Machtkämpfe und Rivalitäten machen die Strukturen der FIS noch undurchsichtiger. In den ersten Jahren nach ihrer Konstituierung zogen sich die Spaltungslinien entlang der Gruppierungen der „Salafiya“ und der „Djaza anya“ ohne daß man sie mit den Begriffen „radikal“ und „gemäßigt“ erfassen könnte. Die „Salafiya“ (= Altverorden), eine Strömung in allen islamistischen Bewegungen der Moderne, beziehen sich in ihrem Herrschaftsmodell auf die Gemeinschaft der Gläubigen im Urislam, die unter der Führung des Propheten Muhammad und der vier rechtgeleiteten Khalifen stand, also auf das Goldene Zeitalter vor dem Schisma von 657 n. Chr., das die umma in Shi'a und Sunna gespalten hat. Benhadj steht für diese Strömung, hinter ihm die konservativen Imame, die sich ausschließlich auf den Koran und die Sunna als Gesetzesquelle beziehen. Dagegen repräsentiert sich der „Islamische Verband für zivilisatorischen Aufbau“ als eine islamisch-nationalistische Strömung, deren Bezugsrahmen Algerien ist. Die islamische Revolution will sie in Algerien vollbringen, ausgehend von den Bedingungen, die dort vorhanden sind.

Rafik Schami



Rafik Schami
Vom Zauber
der Zunge

Reden gegen das Verstummen

Der Bärenbeiter
im Waldgut

Rafik Schami
Vom Zauber der Zunge
Vier Reden gegen das Verstummen.

Rafik Schami gibt hier nicht nur ein glänzendes Plädoyer für die gesprochene Kultur, sondern zeigt auch, was Erzählen sein will und ist; wie Phantasie entsteht und was sie für uns bedeutet. Pappband, 96 S., SFr./DM 22.-

Waldgut

Auslieferungen:
BRD: Brockhaus
A: Winter
CH: AVA + BZ

Bitte verlangen Sie
Prospekte vom
Verlag Im Waldgut
Industriestrasse 21
CH-8500 Frauenfeld

Deshalb auch die Bezeichnung „Dja-za arya“ (= Algerisierung). Hachani, der Ingenieur für Petrochemie, vertritt diese Strömung, die gerade an den Universitäten verankert ist.

Wie die Moslebrüder in Ägypten, so hat auch die FIS ihre radikalislamische Opposition, die Gruppe at-Takfir wal Hijra, für die das momentane Algerien eine gottlose, polytheistische Gesellschaft ist. Sie hat sich dem Beispiel des Propheten folgend, als er den Ungläubigen nach Medina auswich, in die innere Emigration begeben. Es sind um die vierzig Leute, die in einem kommuneartigen Gemeinwesen leben, um sich auf die Wiederherstellung der wahren islamischen Gesellschaft vorzubereiten. (Immerhin war diese Gruppe in Ägypten für die Ermordung Sadats verantwortlich.)

Wichtiger für das Verständnis der inneren Struktur der FIS sind die „Afghanen“ weil die gezielten Anschläge gegen Einrichtungen und Symbole der Militärdiktatur auf ihr Konto gehen. Sie haben ihre Ausbildung bei den Mudschahedin in Afghanistan bekommen und träumen vom djiha gegen die Ungläubigen im eigenen Land und vielleicht auch außerhalb. Ihr Verhältnis zur Mehrheit der FIS ist nicht ohne Reibungen. Sie lehnen die Beteiligung an Wahlen ab und werfen der Führung „Kollaboration mit den Verrätern“ vor.

Geschwächt durch die Verhaftung Benhadjs im vergangenen Juni hat sich der Flügel der Salafiya etwas zurückgezogen. So konnten Hachani und die Strömung der „Algeristen“ die Führung übernehmen.

Die FLN – dreißig Jahre Parteidiktatur
„Die Wähler haben uns betrogen.“ Diese Worte des ehemaligen Ministerpräsidenten und FLN-Funktionärs Mouloud Hamrouche zeigen das Ausmaß der Katastrophe der FLN und wie weit sie sich von der Bevölkerung entfernt hat. Noch in den ersten Tagen nach den Wahlen zeigte sich, daß die FLN tief gespalten ist. Chadhli Bendjedid wollte offensichtlich mit der FIS zusammenarbeiten. Die „Algeristen“ waren dazu bereit. Aber Chadhli hat mit seinem Rücktritt für dieses Manöver bezahlen müssen. Denn die FLN war nicht bereit, auf ihre Monopolstellung zu verzichten und nahm lieber eine Militärdiktatur in Kauf. Nach vier Tagen Diskussionen hinter geschlossenen Türen konnte das Zentralkomitee der FLN immer noch keine einheitliche politische Linie finden. Der Generalsekretär Mehri wurde kritisiert, weil er den Hohen Staatsrat nicht öffentlich unterstützt hatte. Rabah Kebir, der Vorsitzende des politischen Ausschusses, hatte sogar ein Kommuniqué unterzeichnet, in dem die neuen Machthaber der politischen Piraterie bezichtigt wurden. Er wurde ebenfalls zurückgepfiffen. Aber eine Alternative zum öffentlichen Schweigen und Stillhalten wurde nicht gefunden. Nach

diesen vier Tagen ist eines klar geworden: Von der politischen Macht getrennt, ist die FLN unfähig, einen eigenen Weg zu gehen. Zu Beginn der Debatten waren die Stimmen laut, die dem Hohen Staatsrat vorwarfen, er handle gegen die Verfassung. Am Ende der Beratung war das einzig greifbare Ergebnis, daß man Boudiaf, den Vorsitzenden dieses „unkonstitutionellen“ Staatsrates, als Präsidentschaftskandidaten vorschlagen wollte. Der Staatsstreich von Boumedienne gegen Ben Bella 1965 wurde beschworen, um das Paktieren mit der Militärdiktatur zu rechtfertigen. Man forderte, daß, genau wie damals, die politischen Parteien verboten werden, um die „nationale Einheit“ wiederherzustellen. Alte Rezepte, die deutlich machen, daß von der FLN keine innovativen Initiativen zu erwarten sind. Der Sündenbock für die jetzige Sackgasse wurde schnell gefunden: Chadhli Bendjedid. Es muß großes Durcheinander geherrscht haben. Einige wollten den Rücktritt des gesamten Politbüros, andere wiederum nur den des Generalsekretärs. Schließlich wurde beides abgelehnt. Die Beratungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Auch die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, zu Beginn als eigentliches Ziel der Beratungen ausgegeben, wurde aufgeschoben. Die FLN hat sich als das erwiesen, was sie ist: eine politische Leiche, die keinen einzigen Vorschlag für eine Veränderung in Algerien mehr zustande bringt. Die von dem einen oder anderen gehegte Vorstellung, sie könne sich unter dem Druck der katastrophalen Wahlniederlage – 16 von 430 Sitzen! – auf den Weg der Erneuerung begeben, hat sich als Illusion erwiesen. Wie wenig Gewicht die FLN inzwischen hat, zeigt sich darin, daß die offizielle Nachrichtenagentur des Landes, APS, nur mit wenigen Worten überhaupt auf dieses beschämende Schauspiel, daß das Zentralkomitee geboten hat, eingegangen ist.

Nach dreißig Jahren Alleinherrschaft steht die FLN vor einem Scherbenhaufen, für den sie allein die Verantwortung trägt. Bestechungsgelder in Höhe von 36 Milliarden US-\$ haben ausländische Firmen den 261 FLN-Abgeordneten in der Nationalversammlung im Laufe der Jahre zukommen lassen. Das entspricht genau der Außenverschuldung des Landes. Aus dem Kampf um die Macht ist sie ausgeschieden. Dieser Kampf wird zwischen FIS und Armee ausgetragen. Die FLN pflegt nur noch ihren Mythos, fernab der Tagespolitik.

Die anderen „demokratischen“ Parteien
Anfang Januar fand in Algier eine große Demonstration von über 300 000 Menschen gegen das Wahlergebnis statt. Aufgerufen hatte die FFS (Front des Forces Socialistes). Es sollte ein Friedensmarsch zur Rettung der Demokratie sein. Eingereiht hatten sich die RCD (Rassemblement pour Culture

et Démocratie), die Gewerkschaften, Frauenorganisationen, ja sogar die abgewirtschaftete FLN. Dieser Marsch nahm Züge von Exorzismus an. Seit 1989 der Zulassung der FIS als politische Partei, waren ihre Ziele im Prinzip klar. Sie hat nie verborgen, daß sie einen islamischen Staat will, daß sie die demokratischen Wahlen benutzt, um eben die Demokratie abzuschaffen. Aber die anderen Parteien haben die Zeit damit verbracht, ihre kleinkarierten Zwistigkeiten, ihre persönlichen Rechnungen untereinander zu begleichen. Jede hatte ihre Klientel, die sie zufriedenstellen wollte: Die FFS die Berber in der Kabylei, die RCD die okzidentalisierten Eliten, die sich in der FLN nicht mehr heimisch fühlten. Der Wahlsieg der FIS, nach einem Wahlkampf, in dem sie selbst durch Abwesenheit von der Straße gegläntzt hatten, scheint sie kalt erwischt zu haben. Die Angst geht um: die Angst der Besitzenden um ihre Habe, der Intellektuellen um ihre schöngestige Welt, der Frauen um ihre hart erkämpften Rechte, aber auch der Generäle um ihre Privilegien, die sie unter zweifelhaften Umständen erworben haben, der Demokraten um die Freiheit, des FLN-Kaders um seinen bevorzugten Platz in der Gesellschaft. Viele von ihnen, aber nicht alle, vor allem nicht die politischen Führer, schlossen sich im „Nationalkomitee zur Rettung Algeriens“ (nicht der Demokratie!) zusammen. Schon das zeigt, daß es Spaltungslinien innerhalb der Parteien gibt. Das Komitee macht den feinen Unterschied zwischen „demokratischen“ und „republikanischen“ Werten, da sich alle Parteien als Verteidiger der Demokratie verstehen. Viele dieser „Republikaner“ werfen den demokratischen Parteien vor, sie hätten sich fern von der Basis gehalten, seien nach französischem Vorbild konstruiert. Persönliche Rivalitäten oder Auseinandersetzungen zwischen den Clans hinderten sie daran, sich wirklich um die Probleme des Landes zu kümmern. Wie wenig diese Parteiführungen tatsächlich bei den eigenen Mitgliedern verankert sind, zeigt das Beispiel des FFS. Während Hocene Ait Ahmad für die Fortsetzung des demokratischen Prozesses votierte, sprach sich eine Mehrheit der Mitglieder der FFS für ein Verbot der FIS aus und begrüßte den Militärputsch. Als könnte man das Fieber kurieren, indem man das Thermometer zerbricht. Sie werfen Ait Ahmed vor, daß er gar nicht die Demokratie meint, sondern nur seine persönlichen Rechnungen mit der FLN – er war einer ihrer historischen Führer – begleichen will. Da verlassen sie sich lieber auf die Armee, in der sie immer noch die Befreiungsarmee gegen den französischen Kolonialismus sehen. Noch ehe der Putsch sich als das offenbart hatte, was er ist, forderten viele, den „chirurgischen Schnitt“ der das Gespenst der Islamisten entfernen solle. Insofern war die Erleich-



terung der zivilen Gesellschaft angesichts der Intervention der Armee nicht überraschend. Auch die Beschneidung demokratischer Freiheiten wird in Kauf genommen, um der „grünen Gefahr“ Einhalt zu gebieten.

Bei Betrachtung dieser „Familie der Demokraten“ in der die Frauen das dominierende Element bilden, wird das ganze Dilemma, das nicht nur für Algerien bezeichnend ist, deutlich: Angesichts der erstarken islamistischen Strömungen, hinter denen das Versagen aller Modelle vom Nationalismus über den Sozialismus und Marxismus bis zum Kapitalismus steht, begibt sich die Mittelschicht, die an ihren Rändern durch die ökonomische Krise ausfranst, wieder in die Obhut der Diktatur. Sie wagt es nicht, die reale Auseinandersetzung mit den Islamisten zu führen. Da müßte sie an viele Tabus rühren, vor allem an die religiös definierte Identität. Die okzidentalisierten Intellektuellen, die Meinungsmacher in diesem Zusammenschluß, wissen mehr von Marx und Rousseau, von Existentialismus und Strukturalismus als von Muhammad, Avicenna und Ibn Khaldun. Die Islamisten legten nur offen, wie entfernt sie von der Bevölkerung gewesen sind und es immer noch bleiben.

Traurige Bilanz Den demokratischen Prozeß zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang einer Wahl aufzuhalten, um eine Oppositionspartei daran zu hindern, die Wahl zu gewinnen, ist mehr als nur ein

Militärputsch. Es ist ein politischer Fehler, der weit über die Grenzen Algeriens ausstrahlt. Im nachhinein verleiht er dem politischen Diskurs der FIS und aller islamistischen Parteien Glaubwürdigkeit und schwächt die gesamte Demokratiebewegung in ihrer Opposition zu den Integristen. Ihre Haltung zu Demokratie und Menschenrechten hatte die Islamisten für viele Gegner des jetzt herrschenden politischen Systems in den arabischen Ländern unwählbar gemacht. Die Annullierung der Wahl und der Staatsstreich machen die FIS aus einem Gegner zum Märtyrer der Demokratie. Insofern ist die Intervention der Armee eine Katastrophe, die nicht weniger schädlich für die Demokratie ist, als es ein Wahlsieg der FIS gewesen wäre. Hätte die Armee im Juni 1991 interveniert, als die FIS zu einem Generalstreik aufgerufen hatte, weil sie mit Recht eine Wahl Niederlage befürchtete, wäre der Schaden bei weitem nicht so groß gewesen. Oder aber: Die FIS an der Macht mit dem erklärten Ziel, einen theokratischen Staat aufzubauen, der keine Verfassung außer dem Koran kennt und die Volkssouveränität zugunsten des obersten Souveräns, nämlich Gott, abschafft, hätte mehr als einen Anlaß zur Intervention geboten. Die Argumentation des Staatsrates, daß die Lösung der politischen Krise, sprich der FIS die Massenbasis zu entziehen, eng verbunden mit der Lösung der ökonomischen Probleme ist, stimmt im Prinzip, ersetzt aber keine Politik hier und jetzt. Warum sollten die neuen Gesichter im

Staatsrat, die ja doch die alten geblieben sind, besser in der Lage sein, die ökonomischen Probleme zu lösen? Dreißig Jahre haben sie nichts getan, außer sich zu bereichern und das unter Bedingungen, die für die Entwicklung des Landes viel günstiger waren als jetzt: geringere Bevölkerungszahlen, hohe Ölpreise, niedrige Auslandsverschuldung.

Für die arabischen Gesellschaften wäre eine Herrschaft der FIS, aus demokratischen Wahlen hervorgegangen, ein unschätzbare Experiment gewesen, selbst mit allen negativen Begleiterscheinungen, die dies gehabt hätte. Die wenigen Wahlversprechen, die die FIS neben der Errichtung eines Gottesstaates abgegeben hat, hätte sie nicht verwirklichen können. Weder hätte sie Wohnungen noch Arbeit zu schaffen vermocht, noch wäre sie in der Lage gewesen, die Bevölkerung um ein gemeinsames Modernisierungsprogramm für Wirtschaft und Gesellschaft zu scharen. Ein Großteil ihrer Massenbasis wäre ihr auf gesamtstaatlicher Ebene verlorengegangen, wie sich das in den Kommunen schon abzeichnet hat, hätte die Regierung auf die Provokationen vom vergangenen Juni nicht mit Repression, sondern mit politischer Auseinandersetzung reagiert. Von den anderen Parteien freilich wurde diese Repression mit Dankbarkeit aufgenommen, da sie auch ihnen die politische Auseinandersetzung mit den islamistischen Ideen erspart hat. Die politische Instabilität, die die Herrschaft der FIS produziert hätte, hätte sie als

Asyl ist hierzulande mit Auschwitz verknüpft. Es begrenzt die Macht des inländischen Staates in vielerlei Hinsicht: Er muß Fremde einreisen lassen; die Anerkennung der politischen Verfolgung kann bis zum Bundesverfassungsgericht individuell geltend gemacht werden, ist staatlicher Entscheidung insoweit entzogen. Asyl ist das universelle Menschenrecht für Fremde. Bestand oder Nichtbestand dieses Menschenrechts werfen ein Licht auf die kulturelle Verfassung der Republik. Eine puristische Haltung zum Asylrecht ist deshalb angemessen, weil die Fremden keine Möglichkeit haben, dieses Recht mit den traditionellen Mitteln aller Lobbyisten zu verteidigen. Wird in der Frage des Asyls die Verknüpfung zu Auschwitz aufgerieben, verengt sich der Blick auf einige unschöne blinde Flecken in den Kommunen, nämlich auf Auffanglager und Wohnheime, die mit Fremden gefüllt sind, auf Fremde, die, so der offizielle Sprachgebrauch, nicht politisch verfolgt sind, sondern aus wirtschaftlichen Gründen einreisen. Dabei hat die Bundesrepublik im Zuge ihrer mehr als zehnfachen Änderungen des Asylverfahrens selbst die Fülle der Asylanträge verschuldet, indem sie die volle Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention gekappt hat. Heute muß jeder Flüchtling durch das Nadelöhr des Asylverfahrens, was den Stoff für niedrige Anerkennungsanzahlen liefert, obwohl für über die Hälfte der eingereisten Flüchtlinge ein Bleiberecht besteht.

Das von der CDU/CSU jetzt im Bundestag eingebrachte Gesetzeswerk zur Änderung des Asylgrundrechts trägt alle Züge eines Bekennerbriefes. Nicht die Fraktion, nein, alle Abgeordneten persönlich zeichnen den Gesetzentwurf. In der Bundestagsdebatte um das Asylverfahrensgesetz dominierte Kreuzrittertum. Nur die Bestrafung des Schwangerschaftsabbruchs durch die Frau bringt ähnliche, jegliche Besonnenheit vermissen lassende Argumentationen hervor. Die Neuformulierung des Asylverfahrensgesetzes betrifft hauptsächlich die formelle Seite des Rechtsstaates, während die Änderung der Verfassung dessen Gehalt berührt. Mit dem neuen Asylverfahrensrecht wird das Recht des Flüchtlings auf ein faires Verwaltungsverfahren und gerichtlichen Rechtsschutz eher vereitelt denn gefördert. Die rigide Beschränkung der Freizügigkeit auf das Aufnahmelager ist ebenso würdelos, wie die obligatorische erkennungsdienstliche Behandlung, die Herausgabepflicht aller Dokumente und die Gesundheitsuntersuchung. Fristen zur Anrufung der Gerichte von einer oder zwei Wochen, die Fiktion der Rücknahme einer Klage, wenn das Verfahren einen Monat lang nicht betrieben wird, und die fast obligatorische Figur des Einzelrichters wirken zusammen mit der Gestaltung des Verwaltungsverfahrens so rigide, daß von einer effektiven Rechtsschutzge-

währung, die doch zum Grundrechtsbestand gehört, nicht mehr gesprochen werden kann. Das Institut des Einzelrichters, der befugt ist, Urteile zu fällen, die unanfechtbar sind, unterstellt Unfehlbarkeit, die es nicht gibt. Lagerrichter, die von den Ländern bestellt werden können, schaffen zusätzlich eine Sondergerichtsbarkeit, die in der Hierarchie der Justiz niedrig angesiedelt sein wird, gleichwohl aber Entscheidungen trifft, die nicht in Kammerberatungen korrigiert werden. Selbst der Gerichtsflur, als möglicher Ort für das Einzelgespräch und der Fehlerbeseitigung, fehlt in diesem Fall. Die Zentralisierung des Verfahrens beim Bundesamt wird den Entscheidungen jeg-

liche „Fehlerfreundlichkeit“ austreiben. Die Föderalisten vergangener Monate haben hierzu geschwiegen, ja die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes vehement eingefordert, um die Sache und die Finanzen vom Hals zu haben.

Was bleibt für die Verfassungsänderung? Materiell geht es dabei um die Verweigerung der Einreise überhaupt. „Politisch Ver-

folgte genießen Asylrecht. Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen anderen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Dieses Gesetz kann bestimmen, daß Asylbewerber aus Staaten, auf die die Voraussetzungen des Satzes 2 zutreffen, an der Grenze zurückgewiesen werden können oder ihr Aufenthalt im Geltungsbe reich des Grundgesetzes unverzüglich beendet werden kann.“ Damit wird ein klassisches Menschenrecht zum Recht des Staates auf Schutz seiner Grenzen umgemodelt. Mit dieser ansonsten dem Grundgesetz fremden konkretistischen Formulierung wäre aber auch der Bruch zur Geschichte vollzogen.

In simpler Taktik wird durch die CDU/CSU das Weitestgehende formuliert, um FDP und SPD den Verhandlungsspielraum für eine einschränkendere Fassung zu geben. Die Verfassungsänderung selbst scheint mir nicht mehr strittig zu sein. Sie wird kommen, denn unter Berufung auf Europa haben die Freidemokraten und die Sozialdemokratische Partei Bereitschaft zu neuen Parteikompromissen signalisiert. Mit neuer Dialogfähigkeit oder Konsensbildung hat diese Verweigerung von Opposition rein gar nichts zu tun. Die Novellierung des Asylverfahrens ist die bittere Erfahrung einer Beschädigung von Demokratie und Rechtsstaat, wenn die Opposition ausfällt. Im Hinblick auf die europäische Perspektive können die Folgen verheerend sein.

Birgit Laubach

erstes aus dem Sattel gehoben. Im Gegensatz zum schiitischen Islam kennt der sunnitische Islam keine religiöse Autorität, die die Richtlinien des politisch-religiösen Handelns bestimmt, wie es die schiitische Geistlichkeit mit Khomeini an der Spitze vermocht hat. Die feinen Spaltungslinien, die durch die Repression verdeckt wurden, wären aufgebrochen. Die FIS hätte, neben der Opposition von wesentlichen Teilen der Gesellschaft, mit der sie schon zu kämpfen hat, aus den eigenen Reihen oppositionelle Strömungen hervorgebracht, die ihre Herrschaft ernsthaft bedroht hätten. Ganz neue Bündnisse wären dann möglich geworden.

Aber vor allen Dingen hätte eine Übernahme der Regierung durch die FIS zum ersten Mal den politischen Diskurs der Islamisten auf die Probe der praktischen Politik gestellt. Die längst überfällige Debatte über das Verhältnis von Staat und Religion, von Vergangenheit und Gegenwart hätte in Gang kommen können. Die FIS hätte sich ihr dann nicht mehr in die Luftgebilde des Goldenen Zeitalters entziehen können. Die anderen Parteien hätten um die öffentliche Meinung kämpfen und sich den religiösen Tabus stellen müssen. Denn der Mißerfolg der FIS hätte die Frage aufgeworfen, inwieweit es überhaupt möglich ist, mit Rezepten aus dem Mittelalter die Tagespolitik zu bewältigen. Der politische Diskurs wäre seiner religiösen Form entkleidet und die Religion auf ihren eigenen Bereich, die spirituelle Beziehung zwischen Mensch und Schöpfer zurückgeführt worden. Der nostalgische Traum von der glorreichen Vergangenheit wäre ausgeräumt. Algerien und mit ihm die anderen arabischen Gesellschaften könnten sich nach dieser Schockbehandlung den dringenden Problemen der Gegenwart zuwenden.

Diese Konfrontation des Islamismus mit der harten Realität hat die Armee der FIS erspart. Es bleibt also alles beim alten: Die Kader der FLN wursteln weiter an ihren untauglichen Rezepten, die säkularen Intellektuellen kehren zu ihren Foucaults und Baudrillard zurück. Die öffentliche Sphäre jedoch, die Schule, die Straße, die Universität, die Moschee, bleibt die Domäne der Islamisten und ihrer rückwärtsgewandten Utopie. Die FIS hat die algerische Gesellschaft und ihre DenkerInnen vor die größte Herausforderung seit der Befreiung gestellt: im Kampf gegen Obskurantismus und Lethargie die Grundlagen einer demokratischen Herrschaft zur Bewältigung der dringenden Aufgaben einer modernen Gesellschaft zu legen. Aber sie haben den Weg des scheinbar geringsten Risikos gewählt und ließen sich von der Militärdiktatur unter die Fittiche nehmen. Wie schon so oft...

Nachdenklich stimmt das einzigartige Los eines Sowjetmenschen. 34 Jahre ist er alt und Vater einer kleinen Tochter. Die hat ihn nach Aussagen der Mutter schon fast vergessen, obwohl der Herr Papa, wie es ihm zusteht, einmal pro Woche mit der Familie telefoniert. Von weit her.

Mehr als 270 Tage hatte der Kosmonaut Mitte Februar schon seine Kreise um die Erde gezogen, davon fast die Hälfte über Plan. Im Oktober letzten Jahres, fünf Monate nach Dienstantritt in der sowjetischen Raumstation, hätte er abgelöst werden sollen. Aber es kam anders. Der Start- und Landebahnhof für solche Mannöver liegt in Kasachstan und deren Präsident Nasarbajew hatte damals im Vorgriff auf die Unabhängigkeit durchgesetzt, daß neben einem österreichischen und einem japanischen Gastraumfahrer auch ein kasachischer Kosmonaut zum Zuge kam. Der aber war, wie es heißt, mangels Ausbildung nicht in der Lage oder bereit, den sowjetischen Dienst in der Raumstation anzutreten und flog mit dem Raumschiff postwendend wieder zurück. Seither macht Towaritsch Krikaljow Überstunden.

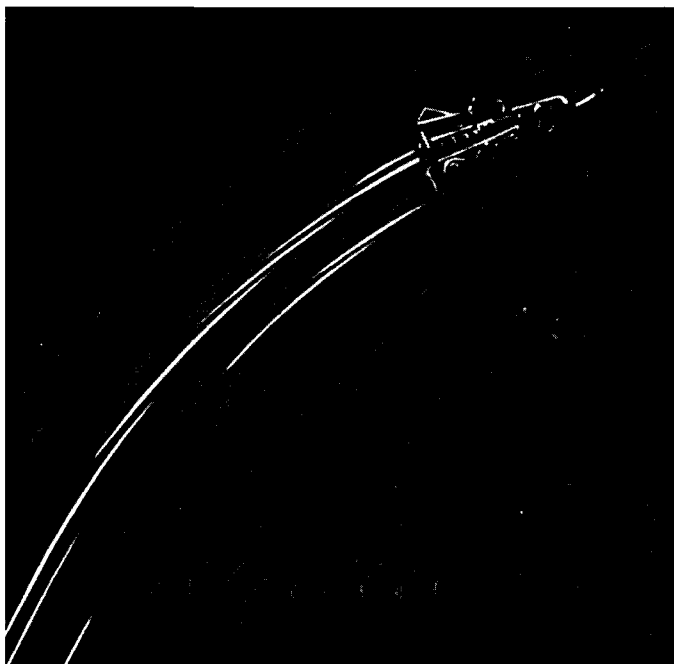
Der irdische Auftraggeber hat sich inzwischen aufgelöst. Der für die sowjetischen Raumunternehmen verantwortliche psychologische Betreuer meint, daß man nicht sagen könne, Krikaljow sei „von der entstandenen Situation ausgesprochen begeistert“ Dies um so weniger, als er auch den als Trost angeforderten Honig beim letzten Versorgungsflug nicht geliefert bekommen hat. „Es ist unmöglich, Honig von guter Qualität zu erhalten, die Exrepubliken der Sowjetunion liefern ihn uns nicht mehr“ meint der für die Ernährung der Kosmonauten zuständige Mann vom Biologischen Institut des Raumfahrtzentrums.

Nicht ohne gebührendes Pathos vermerkte die *Komsomolskaja Prawda*: „Die Menschheit hat einen ihrer Söhne zu den Sternen geschickt, aber kaum, daß er die Erde verlassen hatte, war er auch schon von der ganzen Welt vergessen.“

Sein Schicksal teilen könnte bald der Kollege Orlow. Er hat seine Schicht erst in besagtem Oktober angetreten. Seine ordnungsgemäße Ablösung wird erst noch fällig. „Die Kosmonauten sind wohl auf und führen ihre Mission aus“ lautete das letzte offizielle Kommuniqué. Der russische Etat für das Raumprogramm umfaßt allerdings bloß die ersten drei Monate des Jahres und enthält keinen Flug des Raumschiffes zur Raumstation MIR.

Towaritsch Krikaljow und der MIR

Joscha Schmierer



wiesen. Wer aber wird ihn auf den Erdboden und in den Schoß der Familie zurückholen?

Herr Krikaljow könnte noch zu einem Fall für den Sicherheitsrat und zum Objekt einer UNO-Aktion oder einer weiteren „Operation Hoffnung“ werden, an deren Ende Bush, Jelzin und Nasarbajew Hand in Hand den zurückgeholten Kosmonauten am Fuße des Treppchens erwarten. Daß ein internationales Konsortium den ganzen Laden übernimmt, bleibt dagegen eher unwahrscheinlich, „weil niemand Lust hat, sich mit

Meine Quelle für diese auf Unbeteiligte vergleichsweise vergnüglich wirkende Anekdote aus der Welt von heute ist ein Artikel von Bernard Cohen in der *Libération* vom 12. Februar. Danach vertritt sich der Kosmonaut, nachdem die Telefonate mit Moskau aus Kostengründen auch noch reduziert worden sind, jetzt die Zeit vorwiegend damit, den Amateurfunk aus aller Welt abzuhören.

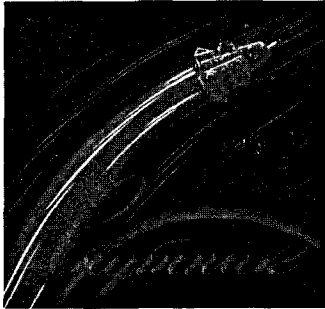
Herr Krikaljow ist zweifellos der am meisten beschissene Hinterbliebene des aufgelösten sowjetischen Reiches. Hoch da oben von den Funktionären hingengelassen, zappelt er im internationalen Netz der Funkamateure. Der Kosmonaut des Reiches ist auf individualistische Kosmopoliten ange-

einer teuren Raumstation zu belasten“ (Bernard Cohen).

Aus der Sicht von Herrn Krikaljow ist Trauer, Enttäuschung, ja Empörung über den Zerfall und die Auflösung der Sowjetunion nur allzuverständlich. Die SU hat ihn hochgeschickt, und die GUS holt ihn bisher weder wieder herunter noch kann sie den Zwangsaufenthalt im MIR auch nur mit Honig versüßen. Aus seiner Sicht muß die Aussage, das Ganze sei mehr als die Summe seiner Teile, besonders einleuchten, hat er doch alle Teile unverändert unter sich am Erdboden, während er da oben als sowjetisches Vorbild und Relikt immer noch kreisen muß, weil das Ganze dort unten nicht mehr existiert.

Von unten kann es freilich so aussehen, als wäre unter anderem deshalb so lange schon so wenig Honig da, weil zuviel Kraft auf solche Ein- und Überholprojekte wie das sowjetische Raumprogramm konzentriert wurde; daß die ehemaligen Teile der Sowjetunion so schwach und heruntergewirtschaftet verblieben sind, weil das Ganze viel zu viel Kosten verursacht hat.

Sowieso sagt der Lehrsatz, daß das Ganze mehr sei als die Summe seiner Teile nichts über die Qualität des „Mehr“ aus, ob es gut oder schlecht, wünschenswert und sinnvoll oder zu vermeiden und unsinnig ist. Was sich als *das Ganze* spreizt, ist oft nicht mehr als eine Überwältigungsmaschine, um anderes mit Haut und Haar in seinen bloßen Teil zu verwandeln, egal ob es überhaupt den Teil eines „Ganzen“ bilden will und, wenn ja, gar dieses Ganzen.



Es sieht so aus, als wäre die Sowjetunion eben an ihrem doppelten „Ganzheits“-Anspruch gescheitert, die Kraft all ihrer Teile in deren höherem Interesse zu potenzieren und damit zugleich das Ganze der zukünftigen Welt vorzubilden. Noch Gorbatschows politische Strategie faßte sich in dem Bemühen zusammen, in einem neuen verbalen Ein- und Überholmanöver die Erhaltung des sozialistischen Imperiums mit der Rettung der Menschheit und der Welt vor globaler Kriegs- und Ökoko-Katastrophe als Bedingung zu verknüpfen. Diese Strategie vertrug sich gut mit quasi-imperialen Ansätzen im westlichen Norden und mit allen Überlegungen, in erster Linie die bestehende Staatenwelt als Faktor der Ordnung auf einer unordentlichen und gefährdeten Erde zu sichern und zu stärken. Mit den Anforderungen der inneren Reform, der Demokratisierung und Liberalisierung vertrug sie sich weniger gut.

Es gibt Gründe für dieses staatlich imperiale Ordnungsdenken, die nicht nur in Machtstreben zu suchen sind. Einzig handlungsfähige Subjekte auf internationaler Ebene sind für dieses Denken die staatlichen Mächte. Es geht um die Ordnung der Staatengemeinschaft mittels Souveränität und Legitimität, Hegemonie und Gleichgewicht. Diese Gemeinschaft der Staaten wird in dieser Sicht zwar nachträglich nach einigen wichtigen(!) Kriterien differenziert – sind diese Staaten in ihrer Politik demokratischen Verfahren unterworfen oder nicht, respektieren sie die Menschenrechte, lassen sie innere Märkte und freien Außenhandel zu, sind sie territorial expansiv und militärisch aggressiv oder eher nicht und so weiter – doch ändert dies nichts an ihrer Existenz als absolute Größen.

In dieser Welt der Staaten und Mächte ist Gorbatschows Strategie an inneren Gründen seiner Macht gescheitert. Dieses Scheitern hat jedoch zugleich eine allgemeinere Krise der Staatenwelt, der Welt der Mächte, offengelegt. Am deutlichsten und trivialsten tritt sie in der Furcht vor Proliferation und atomaren Desperados zutage, gegen die die bisherige Abschreckungspolitik in keiner Weise feilt. Daß die Krise akut geworden ist, läßt sich dem Knacken im Gebälk auch vieler anderer Staaten als der Sowjetunion und Jugoslawien ablauschen. Aufgeklärte Geister sind bereits so von einem allgemeinen Anwachsen des Nationalismus und Separatismus verschreckt, daß sie jedes Unterscheidungsvermögen verlieren. So wird in der Auflösung des Sowjetreiches eine *Gegentendenz* zur europäischen Integration gesehen, während Un-

abhängigkeitsbestrebungen, die auf einen unmittelbaren, direkteren und freieren Zugang zu eben diesem Integrationsprozeß aus sind, in einen Topf geworfen werden mit Bestrebungen, die den Zerfall des sowjetischen Reiches und seiner Hegemonie zur Ausbildung nationalistischer Großstaaten und regionaler Hegemonie nutzen wollen, und der schwankende Balanceakt der deutschen Politik zwischen diesen verschiedenen Tendenzen kaum noch einer genaueren Analyse unterzogen wird.

Eine andere Sicht auf die Krise der Staatenwelt könnte von den Individuen, von den Bürgerinnen und Bürgern ausgehen. Ihr gälte weder ein für alle Mal als gegeben, daß die einzige eigene öffentliche Verständigungs- und Entscheidungsebene die Ebene der Staaten und der Mächte ist und bleibt noch bildeten „Nationalismus“ „Internationalismus“ Souveränität oder Union, Integration oder Desintegration von Staaten für sie selbständige Kriterien, um die Störungen der bestehenden Staatenordnung zu beurteilen. In dieser Sicht müßte immer *in erster Linie* nach den Chancen der Gewinnung und Sicherung von Bürger- und Menschenrechten gefragt werden, und nach den Möglichkeiten der Ausbildung von Ebenen, auf denen, und von Verfahren, mit denen sich die Individuen als Bürgerinnen und Bürger öffentlich auseinandersetzen und über ihre Absichten und die dafür verfügbaren Mittel verständigen können. Sobald die Individuen von sich als Bürgerinnen und Bürger ausgehen, ergeben sich dafür andere, mehr oder weniger erschlossene öffentliche Räume von Auseinandersetzung und Verständigung als die über einen Leisten geschlagenen Staaten. Da gibt es ausdrück-

lich die Ebene der Gemeinde und Stadtbürgers, die Ebene des Staatsbürgers und die des Weltbürgers. Da gibt es seit ein paar Jahren den Bürger mit EG-Paß, der administrativ den europäischen Bürger intendiert und behauptet. Als administrative Behauptung gab es bis vor kurzem auch den sowjetischen Bürger. Wie wird Bürgerschaft auf diesen verschiedenen Ebenen definiert, wie wird sie institutionell gesichert? Wo sind zivile Verfahren entwickelt, die den militärischen Mechanismus von Befehl und Gehorsam brechen und ächten? Wie weit durchdringen sie die Gesellschaft auf den verschiedenen Ebenen, wo funktionieren die Mechanismen von Befehl und Gehorsam am hartnäckigsten, wo werden sie am wirksamsten mit Ideologien geschmiert? Mit welchen?

Gehen die Individuen von sich als Bürgerinnen und Bürger aus, dann läßt sich in den aktuellen Konflikten um die Neuordnung der Staatenwelt und der Welt der Mächte, der Konflikt um die Bestimmung des Status des Bürgers als Unter- Hinter- oder zumindest als Nebengrund erkennen. Daß auch oder gerade aufgeklärten Individuen dieser Aspekt der aktuellen Konflikte meist entgeht, liegt vielleicht daran, daß sie sich selbst selten als Bürger begreifen und um so mehr dazu neigen, alle Konflikte, die große Menschenmassen ergreifen, allein als ethnische oder nationale und bestenfalls als schlecht begriffene soziale Konflikte, selten aber auch als politische Konflikte um Bürgerrechte aufzufassen. Ein gut Teil der deutsch-deutschen Mißverständigung dürfte in dieser Unfähigkeit wurzeln. Etwa wenn übersehen wird, daß sowohl das Festhalten an der DDR von Teilen der Opposition wie das Verlangen nach schnellstmöglicher Vereinigung von bürgerrechtlichen Motiven mitbestimmt sein konnten. Die einen gingen eher von der Notwendigkeit der Selbstkonstitution als Bürger im gegebenen Rahmen aus, die anderen fürchteten, daß sich in diesem Rahmen noch nicht mal die Partei und die Stasi entmachten ließen. Wie schwer das so oder so fallen muß, erwies sich langsamer als die Dringlichkeit der Entscheidung. Um so schlimmer, wenn über der entgegengesetzten Entscheidung gemeinsame Motive verschwinden.

Die *Komsomolskaja Prawda* greift voll ins Register, wenn sie Herrn Krikaljew als Sohn der Menschheit charakterisiert, den diese in die Luft geschossen und danach sofort vergessen hätte. Die Menschheit hat Herrn Krikalows vorläufiges Verbleiben im All nur in abstraktester Weise zu verantworten. Dennoch hat die Zeitung die Reichweite des Problems angedeutet, das etwa Raumfahrtunternehmen aufwerfen. Sie werden von Staaten als Menschheitsunternehmen vorangetrieben und doch haben ganz wenige Menschen auf sie Einfluß. Kri-

kaljows Mission ist nicht mit Peterchens Mondfahrt zu verwechseln, sondern war imperialer Auftrag an den Elite-Kosmonauten, auch im Weltraum den Kapitalismus einzuholen und zu übertrumpfen. Sehr wenige Menschen haben um diesen Dienst an der Menschheit gebeten, und die Sowjetbürgerinnen und -bürger wurden nie gefragt, ob sie dafür ihren Honig opfern wollten. Statt nach den seinerzeit fehlenden Vermittlungen zwischen den Taten heldenhafter Sowjetmenschen und den Willen und Sorgen der Bürger zu fragen, macht die Zeitung einen politischen Sprung, der als doppelter Gorbatschow mit anschließendem einfachen Luther inzwischen schon zu den klassischen Figuren nachstalinistischer politischer Rhetorik gehört.

Wenn es das Proletariat nicht bringt, bleiben der Mensch und die Menschheit und dazwischen Phrasen. Es ginge aber darum, statt das sowjetische Verfahren „menschheitlich“ zu erweitern, nicht nur für die zerbrochene Sowjetunion nach Vermittlungsstufen und Vermittlungsverfahren zu suchen, die den einzelnen und die Gesamtheit aller weder als entgegengesetzte Pole fixieren noch als Menschheit zu Brei verrühren. Es ist leicht, diesen Weg als bürgerlich-illusionär abzutun, und ganz richtig, darauf zu verweisen, daß seine Voraussetzungen rund um die Welt ganz unterschiedlich und an vielen Stellen gar nicht gegeben sind; daß er von *keinem* Staat der Welt konsequent verfolgt wird. All das und zumal der letztgenannte Einwand ist zutreffend. Aber hier ist ja nur davon die Rede, ob in der Krise der Staatenwelt und beim Knirschen in den Staatsgefügen nicht auch Momente und Tendenzen

sich bemerkbar machen, die ihren Ursprung darin haben, daß Individuen das Recht einfordern, auf ihr tägliches Leben wie auf den Gang der Welt mehr Einfluß nehmen zu können.

Es ist wahr, daß die Nationalstaaten gegenüber den globalen Problemen, die sich in der ökologischen Krise bündeln, längst an Schranken stoßen. Aber diese Schranken gelten erst recht für imperiale Staatsgebilde, die neben anderen Rechten auch noch die nationalen mit Füßen treten. Nicht ob die Nationalstaaten an Schranken stoßen und ob es folglich sinnvoll sein kann, neue Nationalstaaten bilden zu wollen, ist die

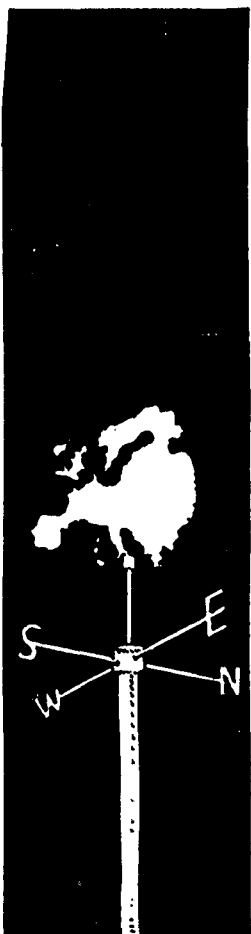
entscheidende Frage, sondern ob und inwiefern Staaten der Entfaltung einer BürgerInnengesellschaft Schranken ziehen, die sich in die Lage versetzen müßte, ein paar allgemeine Normen global zu konstituieren und sie lokal gemäß der jeweiligen Bedingungen zu praktizieren.

Im Kalten Krieg hat nicht ein Teil der Welt über den anderen gesiegt, sondern ist ein Reich zerbrochen, das den Anspruch erhoben hatte, in sich ein Ganzes zu bilden und zugleich als Teil der Welt ihre einzige Zukunft ganz vorwegzunehmen. Jetzt erst wird das große Durcheinander unter dem Himmelszelt sichtbar, und es wird sich nicht dadurch beseitigen lassen, daß die vermeintlichen Siegerstaaten die Welt nun nach ihrem Bild modeln wollen und dabei womöglich die gesellschaftliche Fähigkeit untergraben, die am Westen am ehesten vorbildlich sein könnte: allgemeine Bedingungen menschlichen und menschenwürdigen Lebens allgemein formulieren zu können, *ohne* damit die Hoffnung zu verbinden, sie auch allgemein und von oben regeln zu können.

Das Durcheinander in der Welt könnte also auch Anzeichen dafür sein, daß der Status des Individuums als Bürger und Bürgerin sowohl oberhalb als unterhalb der Staatsebene selbst in demokratischen Staaten ungeklärt, ungesichert und umkämpft ist, solche Staaten aber, die sich grundsätzlich gegen die Ausbildung der Bürgerschaft sperren, auf Dauer jedenfalls keinen Bestand haben können.

Towaritsch Krikaljows Verbindungen mit Moskau werden seltener und kürzer, immer länger werden die Zeiten, wo er nur im Netz der kosmopolitischen Amateure hängt. Ausgesprochen heiter ist seine Stimmung nicht. Towaritsch Krikal

jow denkt darüber nach, ob er der Sowjetunion eher nachfragen soll, daß sie ihn dort oben ausgesetzt hat, ohne die Leute dort unten vorher nach ihren Willen und Sorgen gefragt zu haben, oder eher, daß sie sich aufgelöst hat, ohne ihn dort oben erst zu fragen. Manchmal denkt er, daß eine Gesellschaft, die ihn gewiß nicht so hätte hängen lassen, wahrscheinlich zugleich eine Gesellschaft wäre, die das ganze Projekt gar nicht so einfach und ohne Rücksicht auf andernorts anlaufende Kosten gestartet hätte. Dann lauscht er wieder den vielstimmigen Dialogen im All. Manchmal lächelt er: Wartet nur, bis ich wieder unten bin. ■



Verlag Westfälisches Dampfbboot

berets in 2. Auflage:
Elmar Altwater
**Die Zukunft des
Marktes**

Ein Essay über die Regulation
von Geld und Natur nach dem
Scheitern des "real
existierenden" Sozialismus.
386 S. DM 38,00
ISBN 3-924550-68-9

**Jürgen Hoffmann/
Hildegard Matthies/
Ulrich Mückenberger**
(Hrsg.)

**Der Betrieb als Ort
ökologischer Politik -**
am Beispiel einer
Schadstoffgruppe
ca. 300 S. ca. DM 38,00
ISBN 3-924550-64-6

**Franz Dröge/
Andreas Wilkens**
Populärer Fortschritt
150 Jahre
Technikberichterstattung in
deutschen illustrierten
Zeitschriften
184 S. DM 38,00
ISBN 3-924550-61-1

**Für die Grünen hrsg. von
Barbara Böttger und
Gerd Fleguth**
**Zukunft der
Informations-
technologie**
Beiträge von H. Kubicek,
M. Cooley, O. Ullrich,
B. Mettler-Melbom, W. Coy u.a.
282 S. DM 36,00
ISBN 3-924550-53-0

Heide Mertens
**Wunschkind. Natur,
Vernunft und Politik**
250 S. DM 38,00
ISBN 3-924550-60-3

Gesamtverzeichnis beim Verlag:
4400 Münster Dorotheenstr 26a
0251/6086080

Putschisten in den Kulissen

Unberechenbare russische Politikfaktoren

Erhard Stöltzing

Der Putsch vom August 1991 hatte mit dem Triumph der Demokraten geendet. Es schien, als könne die wuchernde nationale Symbolik der Siegesfeiern zum Beweis dafür dienen, daß Demokratie und nationaler Jubel doch veröhnbar seien. Aber das Fest ist aus. Die Besorgnis, daß es doch wieder zu einer Diktatur in Rußland kommt, wächst. Wieder beginnen Putschgerüchte und Drohungen zu schwirren. Die Intellektuellen zeichnen Horrorszenerarien, die Jugendlichen verfallen in Zynismus und Resignation. Die Preisreform, unerläßliche Vorbedingung für einen funktionierenden Markt, vermehrte die Waren nicht, sondern machte sie unbezahlbar. Alte Kader und neuen Mafiosi füllen sich die Taschen. Die gegenwärtige sowjetische Marktwirtschaft trägt das Antlitz von Erpressung, Unterschlagung und Betrug. Die Polizei kassiert mit, und die Demokraten, wenn sie überhaupt irgendwo an die Stelle der alten Kader getreten sind, erwiesen sich rasch als korruptierbar.

Das alles weckt bei der verarmten Bevölkerung die Bereitschaft, demjenigen nachzulaufen, der glaubhaft versichert, er könne das Land retten. Der Vorstellung, wirtschaftliche und politische Krisen ließen sich am besten in einer Diktatur heilen, haftet zwar nichts spezifisch Russisches an. Angesichts der Krise aber wird sie scheinbar plausibel. Aussagen wie, Rußland sei nicht reif für eine Demokratie, oder Demokratie entspreche nicht dem russischen Volkscharakter, lassen sich mit historischen oder aktuellen Beobachtungen illustrieren. Wenn sie massenhaft geglaubt werden, hat die Demokratie tatsächlich keine Chance.

Wirtschaftliches Elend und Perspektivlosigkeit schärfen die Krise des nationalen Bewußtseins. Der Stolz, Bürger einer furchterregenden Großmacht zu sein, ist frustriert. Das Selbstbild, demzufolge das russische Volk Kulturbringer und kluger Vermittler anderer Völker sei, ist verletzt. Besonders schmerzhaft wirkt der Verlust der Ukraine. Dieses Land eignet sich nicht nur die Schwarzmeerflotte an, sondern – mit dem Exklusivanspruch auf die Kiewer Rus – ein konstitutives Stück des russischen Nationalmythos. Wie alle Identitätskrisen ist auch diese gefährlich.

Schließlich ließ sich nur aus einer tiefgreifenden Identitätskrise jene erstaunlich widersprüchliche Koalition von Monarchisten, Altstalinisten, Neostalinisten, Antisemiten, Faschisten, orthodoxen Christen, Geheimdienstlern, Dorfschriftstellern, Militaristen usw. erklären, die sich schon geraume Zeit vor dem Putsch in immer neuen Koalitionen als „patriotische“ Bewegung zu formieren begann. Unmittelbar nach dem Putsch, den sie geistig vorbereitet und dann begrüßt hatte, schien diese Bewegung zerstreut. Die orthodoxe Hierarchie hatte sich zu Jelzin gesellt, die imperialistischen Militärs der Gruppe „Sojus“ schmolten, die antidemokratischen Schriftsteller verloren an Einfluß. Jetzt ist die patriotische Koalition wieder aufgetaucht, und es scheint, als gewinne sie politische Konturen und Einfluß.

Mitte Dezember 1991 entstand die politische Assoziation „Naschi“ (Unse(re)). Ihr Name entspricht dem Titel einer Sendung des Petersburger Fernsehjournalisten Aleksandr Newsorow, die vor allem Russen außerhalb der RSFSR ansprechen sollte. Der antikommunistische Monarchist Newsorow hatte seit 1988 in einer eigenen Sendung regelmäßig über Verbrechen und Korruption in Leningrad berichtet und maßgeblich zum Sturz der konservativen Stadtregierung beigetragen. Nach den Massakern der OMON-Truppen im Baltikum begann er, die imperiale Mission Rußlands und die Errichtung einer Diktatur zu propagieren. Neben Newsorow waren Gründungsmitglieder von „Naschi“ die wieder aktiven „schwarzen Obristen“ Viktor Alk-nis und Nikolaj Petruschenko, der Herausgeber des literarischen Sprachrohrs der antisemitischen Patrioten „Nasch Sowremen-



KOLIBRI

nik“ (Unser Zeitgenosse). Angeschlossen haben sich „Naschi“ auch ehemalige Kommunisten, ja selbst ehemalige Anhänger des „Demokratischen Rußland“ die sich nicht mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion abfinden konnten. Schließlich gehörte zu den Mitbegründern auch Wladimir Shirinowskij, Vorsitzender der dubiosen Liberaldemokratischen Partei, deren Taktik von Anbeginn zu dem Gerücht Anlaß gab, sie sei eine Tamorganisation des KGB. Hinter ihrer politischen Linie wird die Idee eines „chilenischen Weges zur Marktwirtschaft“ erkennbar, die auch in Kreisen des „schwarzen Obristen“ der Abgeordnetengruppe „Sojus“ diskutiert wurde. Mit „Sojus“ gehörte auch Shirinowskij's Liberaldemokratische Partei zum „zentristischen Block“ der seit dem Sommer 1990 eine Wiederherstellung der sowjetischen Ordnung verlangt hatte: Die Sowjetunion sollte unter die Präsidialherrschaft Gorbatschows oder seines Nachfolgers gestellt werden, „Rettungskomitees“ sollten in den abtrünnigen baltischen Republiken, in Georgien, Armenien, Moldau und Rußland nach Auflösung der gewählten Parlamente die Macht übernehmen. Natürlich wurde der Putsch vom August 1991 begrüßt.

Immer wieder verkündete Shirinowskij, daß er beabsichtige, Rußland in den vorrevolutionären Grenzen wieder zu errichten, daß er die vorrevolutionären Verwaltungseinheiten wieder einführen wolle, die Gouvernements, mit denen die von der Kommunisten eingeführten ethnischen Grenzziehungen wieder verschwinden würden – Gouverneur des Baltikums könnte dann Alksnis werden. Bei den russischen Präsidentschaftswahlen vom Juni 1991, in denen Jelzin seinen überwältigenden Wahlsieg errang, wurde Shirinowskij mit 7,8% der Stimmen zwar nur Dritter; immerhin waren das aber sechs Millionen Wähler. Rückhalt hat Shirinowskij vor allem in einigen Winkeln außerhalb der RSFSR. Die Dnestr-Republik etwa, die sich in Reaktion auf die der moldauische Nationalbewegung von Moldawien abspaltete, ist ein fortbestehendes Stück Sowjetunion. Hier regieren noch die alten Parteikader, hier erhielten die Feinde von Gorbatschows Perestrojka Abgeordnete mandate, wie der „schwarze Obrist“ Blochin. Hierher pendeln die Repräsentanten von „Naschi“ wie Newsorow oder Shirinowskij zu Agitationszwecken.

Sicherlich ist Shirinowskij ein besonders gefährlicher und gewissenloser Demagoge. Der politische Wind könnte ihn nach vorne wehen. Denn den meisten „Patrioten“ geht es nicht um eine Wiederherstellung des Sozialismus, sondern um die Restauration Rußlands in seinen alten Grenzen. Das zeigte sich auch am 17. Januar 1992 auf einer Versammlung von 5000 Offizieren, die nicht nur ihre sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen beklagten,

Selbst die demokratische Staatsform steht immer mehr zur Disposition. Auch Ruzkoj verkündet inzwischen, daß Rußland für die Demokratie nicht reif sei, es benötige eine starke Hand – womit er wahrscheinlich die eigene meint.

sondern auch die Aufteilung der Armee, die Auflösung der Sowjetunion und die gegenwärtigen Grenzen Rußlands. Wiktor Ampilow, Führer der Russischen KP wurde nie dergebrüllt; Metropolit Kyrill, der auf die Traditionen der Zarenarmee verwies, bekam eine stehende Ovation. Als Ergebnis dieser Offiziersversammlung entstand am 21. Januar die „Offiziersbewegung für die Wiedergeburt Rußlands“

Einer der gefeierten Redner auf dieser Versammlung war Vizepräsident Aleksandr Ruzkoj, der schon seit Dezember 1991 die jetzige Regierung als inkompetent schildert und eine wirtschaftliche Kursänderung verlangt. Der Übergang zur Marktwirtschaft solle sorgfältiger geplant werden und weniger radikal und destruktiv durchgeführt werden. Unter Ruzkojs Obhut wurde zwar, wie geplant, Rüstungsproduktion auf zivile umgestellt, aber die blieb unter militärischer Kontrolle und kann jederzeit wieder umgekehrt konvertiert werden. Ruzkoj ist ein Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. An seiner Person kann der fließende Übergang zwischen „Patrioten“ und Demokraten deutlich werden.

Aber auch ausdrücklichen Demokraten stellt sich die nationale Frage. Selbst der russischen Regierung und Präsident Jelzin fällt es schwer, die jetzige GUS nur als zeitweilige Konkursverwaltung der Sowjetunion zu verstehen, wie der ukrainische Präsident Krawtschuk. Während Jelzin die GUS immer wieder als Vorstufe eines bundesstaatlichen Gebildes präsentiert, ist der Petersburger Bürgermeister Sobtschak offener, wenn er sich gegen die Unabhängigkeit der Ukraine ausspricht. Auch er löste in den Nachbarländern Rußlands, vor allem in Estland, der Ukraine und Kasachstan mit der Forderung nach Grenzrevisionen Besorgnis aus. Als erstes sollte Chruschtschows Schenkung der Krim an die Ukraine von 1954 „überprüft“ werden. Dafür stimmten Mitte Januar im russischen Obersten Sowjet bei 13 Gegenstimmen und acht Enthaltungen 166 Abgeordnete.

Die sich wieder formierende patriotische Bewegung greift aber nicht nur in der nationalen Frage über die bisherigen politischen Grenzziehungen hinaus. Selbst die demokratische Staatsform steht immer mehr zur Disposition. Auch Ruzkoj verkündet inzwischen, daß Rußland für die Demokratie nicht reif sei, es benötige eine starke Hand – womit er wahrscheinlich die eigene meint. Das Häuflein der liberalen Wirtschaftsexperten um Jegor Gaidar hingegen wird immer einsamer. Es wird weichen müssen, sobald Jelzin freiwillig oder unfreiwillig seine schützende Hand abzieht – sei es, weil er Popularität braucht, sei es, weil seine Gegner siegen. Die jedoch haben außer Gemeinplätzen bislang keine wirtschaftspolitischen Alternativen formulieren können.

Aber nicht nur Antidemokraten, die immer dagegen waren, nicht nur Exdemokraten, die angesichts der Krise überlaufen, auch die Demokraten selbst sind eine Gefahr für die russische Demokratie. Es fehlen ja nicht nur demokratische und rechtsstaatliche Traditionen – es gibt eine strukturelle Schwierigkeit des Übergangs zu demokratischen Verhältnissen, die sich schon im Falle Georgiens überdeutlich zeigte und die alle ehemals sozialistischen Staaten gefährdet: Der Kampf gegen herrschende Unwahrheit und herrschendes Unrecht kann Intoleranz zunächst kaum vermeiden. Die Vertreter der alten Diktatur, aber auch ihre offenen und heimlichen, ihre bewußten und unbewußten Helfershelfer sollen entmachtet werden. Es liegt nahe Demokratie mit der Herrschaft der Demokraten – also der eigenen politischen Gruppe – gleichzusetzen.

Hinzukommen aber auch andere sowjetische Gewohnheiten. Die Mehrheit der führenden Demokraten hat in der Kommunistischen Partei gelernt, daß Regeln jene nicht binden, die sie erlassen; sie wissen, daß es auf willensstarke Persönlichkeiten ankommt. Politik wird ausschließlich als Machtkampf gedacht. Der Unterschied von normsetzenden, demokratisch zu legitimierenden Gremien einerseits, und ausführenden, instrumentell zu verstehenden Verwaltungen andererseits, wird noch mehr verwischt als im Westen üblich. Angesichts administrativer Inkompetenz und Schlitzohrigkeit, angesichts der Verwandlung regionaler und lokaler Verwaltungsgänge in Raubritternester ist das Bestreben Jelzins, die regionalen und örtlichen Verantwortlichen nicht wählen zu lassen, sondern selbst zu ernennen, verständlich. Verständlich ist da auch, daß er die untergeordneten Instanzen durch beigeordnete Aufpasser kontrollieren lassen will. Allerdings entsteht so trotz bester Intentionen ein diktatorisches System, das die Putschisten, die sich in den Kulissen drängeln, nutzen werden. ■

Ringeling!“ läutet ganz unschuldig am Abend des 27. Januar ein Telefon im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay. Ein Vertreter des Roten Halbmonds in Tunis ist am Apparat und hätte gerne die Einreisegenehmigung für einen schwerkranken Patienten: Georges Habash, Führer der palästinensischen FPLP. Am nächsten Tag ist die Erlaubnis da. Sie kommt vom Generalsekretär des Außenministeriums, die beiden „Directeurs du Cabinet“ des Außen- und Innenministeriums sind d'accord. Am Mittwoch geht die Elitepolizei auf dem Flughafen in Stellung, der Geheimdienst DST ist auf dem laufenden, der Pariser Polizeipräsident ebenso, und um 20 Uhr flimmert „Antenne 2“ die Nachricht heraus. Bis zu diesem Zeitpunkt weiß angeblich nicht ein einziger Minister, geschweige denn die Premierministerin und der Präsident vom netten Besuch. Mitterrand und Dumas waren am Vortag nach Oran gereist, die Premierministerin ist gerade beim Diner. Man kann schließlich nicht überall sein. Kurz vor 22 Uhr landet die Maschine aus Tunis und heraus steigt der angeblich kaum transportfähige Habash. Am Donnerstag platzt die Bombe: Erstens soll Habashs Gesundheit „zu keiner Besorgnis Anlaß“ geben, zweitens sind Mitterrand und Dumas zurück, und drittens fordert Madame Cresson nun „entschiedene Maßnahmen“. Ein Pariser Richter hat derweil Habash schon unter Polizeigewahrsam gestellt. Habash ist nämlich ein gesuchter Mann. Seine FPLP steht im Verdacht, unter anderem mit den Pariser Bombenattentaten 1986 zu tun zu haben. Aus humanitären Gründen eingeflogen, aus polizeilichen Gründen eingelocht, aus politischen Gründen ausgeflogen – am Samstag wird Habash abgeschoben.

Der Skandal war serviert, mit israelischem Protest als Vorsuppe, Mißtrauensvotum gegen die Regierung als Hauptgang und einem besonders delikaten Dessert: Laut US-Quellen sollen Habash und Freischärler des „Abu Nidal“ seit 1984 regelmäßig in Paris behandelt worden sein. „Alle verrückt geworden“ soll Mitterrand nur noch gefallen haben. Wenn jetzt wenigstens der kleine, dicke Baudrillard-Präsident wäre. Der Pausenclown der Moderne könnte alles zur „Simulation“ erklären und sein Lieblingsprojekt verwirklichen: die sofortige Einführung des Jahres 2000.

Aber wir müssen noch im 20. Jahrhundert aushalten und ein paar Schlüsse zie-

hen: Erstens: Bei allem französischen Formalismus ist hier Außenpolitik ein so informelles Unternehmen wie der Zigarettenverkauf in Neapel. Ein Telefonat unter Freunden, ein Fax von Hauptstadt zu Hauptstadt, und ab geht die Kiste. Von Palermo nach Paris ist kein Klassenunterschied mehr. Merksatz: Je höher sich die Hauptstadt über die Provinz erhebt, um so provinzieller wird sie. Zweitens: Bei aller Schattenwirtschaft von oben wird auch am Quai d'Orsay ab und zu Außenpolitik ventiliert, in der Kantine vielleicht oder am Kopierautomaten. Daß die FPLP gerade die palästinensische Beteiligung am Nahost-Friedensprozeß eine „Feigheit“ genannt hat, dürfte hier so bekannt sein wie das, was der Minister davon hält. Der Besuch aus Tunis muß also durchaus im Sinne des Hauses gewesen sein. So wie Mitterrands De-facto-Anerkennung der Moskauer August-Putschisten in seiner damaligen Fernsehansprache.

Besuch aus Tunis

Die französische Regierung sucht Freunde. Und noch mehr sucht sie eine Sonderrolle für den „Rang“ Frankreichs. So findet sie immer wieder die alten Kämpen aus den Zeiten der „besonderen Beziehungen“ Frankreichs mit der Zweiten und Dritten Welt. Aber in einer asymmetrischen Situation, in der Osten und Süden eigenes Gewicht verloren haben, hat Frankreich die alte Mittlerposition verloren, auf der sein diplomatischer Glanz beruhte. Die Balancepolitik der Gegengewichte, die Basis der Status-quo-Diplomatie von Hauptstadt zu Hauptstadt, hängt abenteuerlich schief. Das gilt auch für die konservative Opposition. Ihr Geheiß über die „Unfähigkeit“ der Regierung verdeckt, daß ihre Polemik auch auf der Suche nach

Sonderwegen aufgebaut ist. Ein Blick in das *Figaro*-Magazine genügt: Dort hatte der Leitartikler gerade Chevenements Ablehnung der französischen Golfkriegsbeteiligung als „im nachhinein richtig“ bezeichnet, als die Habash-Bombe platzte.

Unterdessen führen alle Sonderwege zu einem Punkt: zur Front National von Le Pen. Der ehemalige Algerienkämpfer ist nicht gegen die Dritte-Welt-Balancepolitik Frankreichs, sondern treibt sie auf die Spitze: Keine Einmischung am Golf, Befürwortung eines islamischen Regimes in Algerien und Schließung der französischen Grenzen nach Süden. Eine Südfrent aus Berührungsangst von unten und Gleichgewicht des Schreckens von oben. Le Pen bringt das ideelle Gleichgewicht der Dritte Welt-Freunde auf das reale Gleichgewicht der harten Südgrenze. Und er okkupiert das reale Gelände zwischen Tunis und Paris: Die Front National setzt dazu an, die Region Alpes-Côte d'Azur mit Marseille zu regieren. Am 22.3. sind Regionalwahlen und Pessimisten sagen eine ganz böse Überraschung voraus. Das wäre eine teuflische Konstellation: Marseille gegen Paris, der Realismus der Vorstadt gegen den Idealismus der Hauptstadt, eine „Südfrente“ im Namen des „wahren Frankreich“ die das Land zugleich von Brüssel entfernt.

„Zwischen uns und der FN gibt es keine politischen Kräfte“ war jahrelang der Wahlspruch der französischen Sozialisten. Das wurde begrüßt, das diente dem Machterhalt, aber gerade das ist das Schlimme. Es gibt keine realistische, praktische, bürgerliche Normalität in Frankreich, sondern nur das demagogische Tohuwabohu von Konservativen ohne Überzeugung, die sich nicht mit ihrer – heute kleineren – Nation identifizieren wollen. In der Lage wird der linke Diskurs gefährlich abstrakt. Am 26.1. demonstrierten 100000 in Paris „gegen den Rassismus“. Man beklagt ein soziales „Klima“ aber ist in den konkreten Fragen des Südens – Schleiertragen in der Schule, Einwanderungsgesetz, demokratischer Prozeß in Algerien – uneinig, inkohärent und unkonstruktiv. Die Sozialisten wollten sich hier einhängen, aber die Basis ließ die Regierungspartei mit 100 Hanseln auf dem Place de la Bastille stehen. Ihr eigener Diskurs lief ohne sie die Straße runter.

Die Grünen sind die einzige Partei außer der FN, die im Augenblick in Frankreich Stimmen gewinnt. Das hat tiefere Gründe. Sie sind die einzigen, die Realismus von unten ohne Sonderwege von oben entwickeln könnten: Nur in einem ökologischen Rahmen kann die „schwache Nation“ Frankreich einen positiven Sinn bekommen. Die Grünen stehen dabei auch in der Mitte, zwischen PS und FN. Angesichts des bürgerlichen Tohuwabohus in Frankreich müssen sie auch Aufgaben der bürgerlichen Normalität im Land wahrnehmen – nicht nur „alternativ“ sein. In diesem „auch“ liegt die Pointe. *Gerd Held*



Die Journalisten meinten, sich verhöört zu haben. Als Martin Fendrych, Pressesprecher des tschechoslowakischen Innenministeriums, die Namen derjenigen vorlas, die im August 1968 „Vaterlandsverrat“ begangen haben sollen, tauchten unter ihnen nicht nur die erst im November 1989 durch die „samtene Revolution“ um Amt und Würden gekommenen KP-Funktionäre auf. Genannt wurde auch Zdeněk Mlynár, zwischen 1964 und 1968 Sekretär der Rechtskommission der KPC und in dieser Funktion verantwortlich für die Entwicklung des politischen Reformprogramms des Prager Frühlings. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten soll er – so ein polizeilicher Untersuchungsbericht – gemeinsam mit Vasil Bilak, Milos Jakes und anderen die Bildung einer prosovjetschen „revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ vorbereitet haben.

Vergessensrausch

Die CSFR kämpft um ihre Geschichte

Sabine Herre



Doch so überrascht die Journalisten sich auch zeigten, der Versuch, den jahrelangen Kritiker des realsozialistischen Regimes unter Gustáv Husák in eine Reihe mit seinen Verfolgern zu stellen, ist nur ein weiteres Beispiel für den jetzt in Prag wehenden politischen Wind. Wer nach der „Wende“ im Herbst 1989 gehofft hatte, daß es nun zu einer Neuauflage des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ kommen würde, sah sich schnell enttäuscht. Bereits bei den Pressekonferenzen in den Theaterräumen der Laterna Magica, dem organisatorischen Herz der ersten Revolutionstage, schüttelte der spätere Finanzminister Václav Klaus bei der Frage, ob er mit Ota Sik und anderen Reformökonomern zusammenarbeiten werde, nur verächtlich den Kopf. Schnell wurde deutlich: Einen dritten Weg würde es mit dem Anhänger der monetaristischen Lehre eines Milton Friedman nicht geben. Und während die aus dem Exil und der inneren Emigration zurückkehrenden Kommunisten im Überschwang der Demonstrationen auf dem Prager Wenzelsplatz noch jubelnd begrüßt wurden, standen sie kaum ein Jahr später im Kreuzfeuer der Pressekritik.

Der gegen die Reformkommunisten erhobene Vorwurf läßt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Der Prager Frühling war nicht viel mehr als der „Machtkampf einer kommunistischen Clique mit der anderen“ Anstelle der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft habe man versucht, „Unreformierbares zu reformieren“ Alexander Dubcek wird vorgeworfen, daß er das „Moskauer Protokoll“ die von Breschnew erzwungene Kapitulationser-

klärung der Reformkommunisten, ebenso wie die ersten „Normalisierungsgesetze“ unterschrieben habe.

Während die Reformkommunisten jedoch durchaus bereit sind, über all diese Positionen zu diskutieren und dies auch – häufig sehr emotional – tun, verdrängt die Mehrheit der Bürger der Tschechoslowakei Václav Havel, ganz im Gegensatz zur Forderung des Präsidenten, ihre Vergangenheit. Sie vergessen, daß in der Tschechoslowakei „linke“ – „austromarxistische“ und „reformkommunistische“ – Strömungen immer großen Einfluß hatten: Bereits in den Jahren der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938) gehörte die KPC unter Bohumil Smeral zu den stärksten kommunistischen Parteien Europas, bei den letzten freien Wahlen 1946 errang sie 38,4 Prozent der Wählerstimmen. In den kurzen Monaten des Prager Frühlings stellten 18 000 Tschechen und Slowaken einen Antrag auf Annahme in die Partei, Hunderttausende erlebten begeistert eine Zeit neuer Freiheiten.

Doch auch ihre eigene Kapitulation, die kaum kleiner als die Dubceks gewesen ist, scheinen Tschechen und Slowaken verdrängt zu haben: Um den Arbeitsplatz nicht zu verlieren, waren sie bereit, sich von den gerade noch gefeierten Ideen mit einer Unterschrift zu distanzieren. Die Charta 77 wurde im Unterschied zur Solidarnosc nie eine Massenbewegung, Tschechen und Slowaken war ihr relativer Wohlstand, waren Datscha und Skodovka wichtiger als der von Havel geforderte Versuch „in der Wahrheit zu leben“

Das Vergessen der eigenen „linken Geschichte“ das Verdrängen der Niederlagen, sie führen in der CSFR zu überraschenden politischen Konstellationen. Während die überwiegende Mehrheit der Unterzeichner der Charta 77 die jahrelang der Willkür der Staatspolizei ausgesetzt war, heute eine individuelle Überprüfung von Schuld und Verantwortung jedes einzelnen Stasi-Agenten fordert, rufen diejenigen Politiker, die wie die Mitglieder der Bürgerlich-Demokratischen Partei von Václav Klaus weitgehend ungestört studieren und als Wissenschaftler arbeiten konnten, nach Rache und Vergeltung. Das von ihnen verabschiedete „Lustrationsgesetz“ formuliert ein pauschales Berufsverbot: Mitarbeitern der Staatssicherheit, aber auch Mitgliedern der Volksmiliz und höheren kommunistischen Funktionären ist eine Tätigkeit im Staatsdienst sowie in leitenden Funktionen der Wissenschaft und der staatlichen Wirtschaft für die Dauer von fünf Jahren untersagt. Nicht überprüft wird die konkrete Verletzung der Menschenrechte, es reicht aus, „dabei gewesen zu sein“

Nicht auszureichen schien dieses Gesetz jedoch den professionellen Antikommuni-

Während die Reformkommunisten durchaus bereit sind, zu diskutieren und dies auch – häufig sehr emotional – tun, verdrängt die Mehrheit der Bürger ihre Vergangenheit. Sie vergessen, daß in der Tschechoslowakei „linke“ – „austromarxistische“ und „reformkommunistische“ – Strömungen immer großen Einfluß hatten.

sten der rechten Parteien. Ende 1991 beschlossen sie eine Novellierung des Paragraphen 260 des Strafgesetzbuches. Von nun an kann die Propagierung von Rassen- und Klassenhaß sowie die Unterdrückung der Menschenrechte mit Freiheitsstrafen bis zu acht Jahren geahndet werden, ausdrücklich wurde als Beispiel für zu verurteilende Ideologien neben dem Faschismus nun auch der Kommunismus genannt.

Diese Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus kennzeichnet eine politische Diskussion, in der nicht Politologen und Historiker, sondern in erster Linie Politiker und Publizisten, die „mörderische linke Utopie“ an den Pranger stellen. Analysiert werden so nicht die Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider „-ismen“ kein Thema ist Entstehung oder soziale Basis beider Bewegungen, kaum ein Unterschied wird zwischen dem Stalinismus Klement Gottwalds und der Normalisierungspolitik Gustáv Husáks gemacht. Aufgerechnet wird allein die Zahl der Opfer. Und dabei kommt man dann häufig zu der über die Gleichsetzung noch hinausgehenden Feststellung, daß „Stalin eben doch ein größerer Mörder als Hitler war“

Dieser Mainstream des politischen Denkens in Böhmen und Mähren – in der Slowakei liegen die Verhältnisse etwas anders (siehe *Kommune* 1/92) – dürfte seinen Ursprung in einer weitverbreiteten Angst haben. Diese wiederum hat historische Ursachen. Zu oft in ihrer Geschichte haben die Tschechen erlebt, daß auf einen schnellen Sieg eine tiefe Niederlage, auf eine ruhmreiche Epoche eine Phase der Demütigung folgte. Seit dem „Hussitenkönig“ Jirí z Poděbrad saß kein Böhme mehr auf dem böhmischen Thron, seit der Niederlage der Pro-

testanten bei der Schlacht am Weißen Berg 1620 wurde das aufrührerische Prag vom katholischen Wien aus regiert. Die Jahre der auf den Trümmern der Habsburger Monarchie errichteten unabhängigen Tschechoslowakischen Republik waren kurz, 1939 kamen die Deutschen, seit 1948 bestimmte die Sowjetunion die politischen Entscheidungen der tschechoslowakischen Führung.

Entscheidend ist aber auch die Ansicht, daß die politische Führung in wichtigen Situationen „versagt“ habe. Weder in den Tagen des Münchner Abkommens 1938 noch bei der Invasion der Warschauer Pakt-Staaten 1968 habe sich die „Nation zur Wehr gesetzt“ Für all diejenigen, die ihre eigene Kapitulation nicht verdrängen, bezeichnet der legendäre „schwejsche Charakter“ nicht nur eine Form „gewitzter Überlebensfähigkeit unter undemokratischen Regimen“ Für sie hat er als Beispiel ihrer Unfähigkeit zu offenem Widerstand tragische Züge angenommen.

Und so soll, scheint es, eine erneute Niederlage nun mit allen Kräften verhindert werden. Mit der Begründung, daß die „Tschechen die Welt nicht neu erfinden müssen“ setzt man auf das, was sich „im Westen bewährt“ hat, werden „linke Experimente“ abgelehnt. Das „ewige Vorbild“ Sowjetunion wurde schon lange von den USA abgelöst.

Unstillbar scheint der Hunger nach einfachen Wahrheiten vor allem im Bereich der Ökonomie. Propagiert wird die Marktwirtschaft „ohne Adjektive“ – wie etwa sozial oder ökologisch – verteufelt wird das regulierende, strukturierende Eingreifen des Staates in das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“ Bezeichnend ist eine Äußerung des Finanzministers bei der Diskussion über die beste Form der Privatisierung. Sie lautet: „Die Privatisierung kann man nicht besser oder schlechter machen, man muß sie einfach machen.“

Wenn im Westen aber doch einmal etwas anders ist – wie zum Beispiel die Höhe der Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs oder auch die staatliche Unterstützung von Theatern und Museen, dann – so die Standardformel – „können wir uns das jetzt noch nicht leisten“

Leisten kann sich die Tschechoslowakei „natürlich“ vor allem eines nicht: Arbeitsniederlegungen und Streiks in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft. Kommt es dann aber doch dazu, ist die Aufregung groß. Die gesamte Presse – mit Ausnahme einiger weniger sozialdemokratischer und kommunistischer Blätter – fällt über die Gewerkschaftsfunktionäre her, Parteien und Regierung sprechen von einer „politischen Aktion“ in höchster Gefahr sehen sie stets ihr wirtschaftliches Reformprogramm, prognostiziert werden Schäden in Millio-

nenhöhe. Wenige Tage später stellt sich – wie etwa beim eintägigen Streik der Busfahrer Mitte Februar – heraus, daß es zu keinen oder nur geringen Schäden gekommen ist. Deutlich wird, daß die Arbeiter mit ihrem Streik nur auf Versäumnisse des Verkehrsministeriums hinwiesen. Öffentlich zugeben wird dies jedoch kein Politiker.

Gleichzeitig gerät das Lob der freien Marktwirtschaft jedoch immer häufiger in Widerspruch zu den eigenen Interessen. Einerseits lehnen die Bürger die Forderungen der Busfahrer nach höheren staatlichen Subventionen ab, andererseits sind sie natürlich an preisgünstigen Fahrkarten und einem ausgebauten Nahverkehrssystem interessiert. Noch jedoch befinden sich die rechtskonservativen Parteien auf der Siegerstraße. Bei der Spaltung des „Bürgerforums“ im Frühjahr 1991 entstand eine kleine, heute rund fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigende linksliberale „Bürgerbewegung“ um Außenminister Jiri Dienstbier sowie die sich selbst als „konservativ“ bezeichnende Bürgerlich-Demokratische Partei von Finanzminister Vaclav Klaus. Mit prognostizierten 21 Prozent ist sie heute die stärkste Partei in der Tschechischen Republik. Wenige Monate vor den Wahlen im Juni dieses Jahres vergeht zudem kaum ein Tag, an dem nicht über zukünftige Koalitionen zwischen den verschiedensten rechten Parteien berichtet wird. Insgesamt dürften die überzeugten Anhänger des freien Marktes, zu denen auch eine sozialdemokratische Gruppierung sowie einige Grüne gehören, rund 35 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Natürlich gibt es zwischen ihnen politische Differenzen – so etwa bei der Wahl der Methode der Privatisierung. Angesichts des „Verteidigungskampfes“ den sie derzeit um die Wirtschaftsreform führen, dürften diese jedoch erst im neuen Parlament zum Vorschein kommen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums geht es weniger einheitlich zu. Jiri Horak, Vorsitzender der Tschechoslowakischen Sozialdemokraten, lehnt eine Zusammenarbeit mit Kommunisten entschieden ab, statt dessen verhandelt er mit der ehemaligen Blockpartei der Sozialisten, linken Agrariern, Grünen sowie der einzigen national orientierten Partei der Tschechischen Republik, der „Mährisch-Schlesischen Bewegung für selbstverwaltete Demokratie“. Dieser Opposition fehlt es zwar nicht an einem alternativen Reformprogramm – sie fordern eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und die Ausgabe von Arbeitnehmeraktien – ihr Problem ist jedoch die glaubwürdige Präsentation. So verkünden ihre Ökonomen seit Monaten den Zusammenbruch der tschechoslowakischen Wirtschaft, diese jedoch hat das Jahr 1991 relativ gut überstanden. Die durch die

In den Wochen nach den „historischen“ EG-Beschlüssen zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union von Maastricht stand in den einzelnen Mitgliedsländern die erste innenpolitische Verarbeitung auf der Tagesordnung. Die Auseinandersetzungen in Deutschland fielen besonders scharf aus. Gemessen an den Erdbeben, die noch kommen werden, wenn die D-Mark ernsthaft zur Disposition gestellt werden sollte, waren es kleinere Erschütterungen. Aber selbst diese kleineren Erschütterungen ließen bereits die Risse zutage treten, die sich in Zukunft wohl weiter öffnen werden.

In den vergangenen Jahren häuften sich bereits Konflikte zwischen Regierung und Notenbank. Sie traten auf im Zusammenhang mit den europäischen Integrationsbemühungen und der Wiedervereinigung. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es der politischen Führung, die sich zierende Bundesbank in die konzeptionelle Ausarbeitung der Währungsunion einzubinden. Das Delors-Papier und der schließlich in Maastricht ausgehandelte Entwurf zur institutionellen Ausgestaltung der zukünftigen europäischen Währungsordnung trägt im wesentlichen die Handschrift der deutschen Zentralbank, man kann auch sagen die Handschrift Pöhl's. Der aber ist mittlerweile zurückgetreten. Zurückgetreten, weil Verfahren und Art und Weise der Herstellung der deutschen Währungsunion letztlich gegen bzw. ohne Wissen der Bundesbank verliefen.

Beide Vorgänge, die europäischen Währungspläne wie auch die deutsche Währungsunion, laufen darauf hinaus, daß die Autonomie der Bundesbank erheblich eingeschränkt wird. In einem souveränen Land, das Machtpolitik betreibt und in internationale Machtkonstellationen eingebettet ist, kann es auch die Zentralbankautonomie selbigen Angedenkens der alten, nur ökonomischen Bundesrepublik nicht mehr geben. Das hat die politische Führung offenbar begriffen, und die neuen Führer der Bundesbank, Schlesinger und Tietmeyer, haben wohl auch wahrscheinlich wurden sie auch deshalb eingesetzt.

Gegen eben diese neue Führung aber gab es in den letzten Wochen eine Art Palastrevolte im Zentralbankrat. Die Geldmengen, die gegen die politisch eingebundene Führung revoltierten: die Sozialdemokraten Jochimsen (NRW) und Nölling (Hamburg), der Christsoziale Müller (Bayern) sowie Thomas (Hessen). An drei Fragen zeigt sich die Spaltung zwischen Führung und Zentralbankrat. Mehr im Hintergrund schwelt der Konflikt um die zukünftige föderale Neuordnung der Bundesbank, also die Frage, wie viele Landeszentralbanken es in Zukunft geben soll. Der zweite Konflikt verband sich mit der Frage der angemessenen „Antwort auf Maastricht“. Gegen das Vo-

tum des Präsidenten und seines Vize setzten die Landesfürsten in der Woche nach den EG-Beschlüssen eine deutliche Erhöhung der Leitzinsen durch. Der nationale Alleingang hat das EWS weiter unter Druck gesetzt.

Die dritte Konfliktlinie wurde an den Maastrichter Beschlüssen selbst hochgezogen, als diese von den Außen- und Finanzministern unterzeichnet wurden. Offen wurde gegen den Bundesbankpräsidenten der Vorwurf erhoben, er lasse sich politisch zu stark in die deutsche Europapolitik einmischen. Im Märzbericht wird eine Stellungnahme der Rebellen zu den Währungsbeschlüssen erscheinen. Sie monieren den ins Auge gefaßten Zeitplan, der einen unangemessenen Druck setze, und die fehlende politische Union, also den starken „Staat“, der eine unabdingbare Voraussetzung für eine harte Stabilitätspolitik ist.

WIRTSCHAFT

Bundesbank- Revolte nach Maastricht

Höchst bemerkenswert ist daran zweierlei. Zum einen verdeutlicht das Nachhütgefecht eine unglaubliche Kompetenzanmaßung der Bundesbank. Nirgendwo steht geschrieben, daß es zu ihrer Aufgabe gehört, allgemeinpolitische Vorgänge zu kommentieren. Es ist das Verständnis einer Behörde, eines Amtes, das sich offenbar als Staat im Staate fühlt, das hier zum Ausdruck kommt. Sogar im traditionellen Freundeskreis der Bundesbank, der FAZ, empfand man dies als anstößig. Bemerkenswert ist zum anderen, daß die so auf den guten Ruf bedachte und wegen der Stabilitätsbemühungen vom guten Ruf so abhängige Bundesbank interne Quellen auf offener Bühne austrägt.

Hat die mächtige zweite Garde die Zeichen der Zeit nicht erkannt? Handelt es sich hier um die letzten Gefechte einer um ihre Autonomie kämpfenden Notenbank, einer autonomen Zentralbank, die es international so nirgendwo gibt? Wohl nicht. In den Tagen und Wochen vor und nach Maastricht hat sich gezeigt, was der deutsche „Mann von der Straße“, der politische Stammtisch (Gauweiler zum Ecu: Esperantogeld) und die Propaganda-Presse von Spiegel bis Bild von der Ablösung der D-Mark durch den Ecu hält: nichts. So gesehen sind die Männer aus dem Zentralbankrat nur des Volkes vornehmeres Sprachrohr.

Sie repräsentieren aber das Bündnis der Zukunft. Die gegenwärtig in Deutschland an der Macht befindliche politische Elite entstammt dem nationalen Europäertum, also einer Spezies, die sich im Aussterben befindet. Die Nachfolgeneration wird sich aus europäischen Nationalisten rekrutieren. Und die haben weder mit einer weitergehenden politischen noch einer monetären Union etwas am Hut. In Maastricht ist auch durchaus nichts Irreversibles beschlossen worden. Die Verträge sind so gehalten, daß ein Ausstieg aus dem Europa-Projekt keineswegs unmöglich ist.

Werner Palster

Jahrzehntlang symbolisierte die Rote Armee „die“ potentielle Gefahr, aber die zerfallende Sowjetunion, in der sich die Nachfolgerepubliken um die ehemalige Sowjetarmee wie Leichenfledderer prügeln, ist nicht mehr das organisierende Prinzip militärischer Sicherheitsüberlegungen. Folgerung für die Planer der Hardthöhe: Wir brauchen ein neues Prinzip!

Mit elf Seiten hat der Bundesminister der Verteidigung den Versuch unternommen, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages von einem neuen organisierenden Prinzip zu überzeugen. Die Botschaft ist schlicht und einfach: Die Bedrohung ist allgegenwärtig; das Böse jederzeit bereit, über uns herzufallen.

Der aufmerksame Beobachter konnte schon seit mindestens zwei Jahren (also bereits vor dem Golfkrieg) eine Reihe von grotesken Unternehmungen und dilettantischen Versuchen etablierter Sicherheitspolitik feststellen, sich eine Überlebensgarantie auch für zukünftige Zeiten zu beschaffen. Mit den skurrilsten Bemühungen versuchte man, im Süden der Welt einen handlungsfähigen Feind für die nordwestliche Welt und deren Wertesystem auszumachen. Der Golfkrieg kam dann goldrichtig. Mittlerweile hat man ein ganzes Sammelsurium, einen Bauchladen voll neuer Feindlagen, zur Hand; da findet jeder, was er braucht: regionale Krisen von globaler Bedeutung, inner-westliche Irritationen über die Aufteilung der Welt, Völkerwanderungen, Erbfolgekriege, ökologische Katastrophen, Staatsterrorismus, weltweiter Drogenhandel und Weitergabe von moderner Waffentechnik (auch von Massenvernichtungsmitteln).

Nicht ohne Erfolg – so muß man feststellen – sind die Militärs auf dem Weg zu neuen Sicherheitsversprechen ein gutes Stück vorangekommen. Fast scheint es, als würde es ihnen gelingen, das Sicherheitsbedürfnis der Bürger wieder mit militärischen Stärkemitteln zu befriedigen. Höchst gefährlich, weil unheimlich attraktiv, was sich

Stoltenbergs Planer so alles ausgedacht haben. Hier einige Kostproben. Man spricht von einem „weiten Sicherheitsbegriff“ und definiert als „deutsche Sicherheitsinteressen“ unter anderem die

„- Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen können,

- Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität,

- Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.“

Weg von Artikel 87a GG, auf in die weite Welt! Denn die „Beurteilung des Risikospektrums“ erfolgt „stets mit weltweiter Perspektive“, und teilnehmen möchte man auch an „kollektiven Einsätzen über die Nato hinaus im Rahmen der Vereinten Nationen“. Die selbstverpflichtende Einschränkung auf das Kapitel VII der UN-Charta wird im Laufe der Argumentation fallengelassen. Alles soll möglich sein!

Da die Nato als Institution zunehmend ihre Fähigkeiten,

militärisch auf die wahrgenommenen und artikulierten Instabilitäten, Risiken und Bedrohungen zu reagieren, verliert, versucht man nicht zuletzt deswegen, eine Organisationsform zu finden, die für die „Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands“ bedrohen, geeignet sind. Für die Nato bleibt nur eine Funktion übrig, die sie bereits im Golfkrieg als Modellfall durchgezogen hat. Sie wird sich zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen für die Organisation und Aufrechterhaltung des Krieges eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten entwickeln; als Ausbildungsinstitution im Frieden für den modernen Krieger und als Basis im Krieg mit wichtiger Infrastruktur, mit Versorgungsleistungen, mit supermodernen Führungs- und Kommunikationsmitteln.

Achim Schmillen

BONN

Zu jeder Zeit an jedem Ort! – die neue Bundeswehr

föderation oder eine „lose Verbindung“ mit der Tschechischen Republik.

Seit Wochen wird so in Prag die Frage diskutiert, wie eine funktionierende Föderalregierung gebildet werden kann, wenn in der Tschechischen Republik die rechten und in der Slowakei die linken Parteien die Wahlen gewinnen. Um so mehr verwundert, daß Meciar bereits seinen Willen zur Links-rechts-Koalition zum Ausdruck gebracht hat. Doch ist der populärste slowakische Politiker angesichts der Aussicht, Stellvertreter von Václav Klaus werden zu können, tatsächlich bereit, auf die historische Position des ersten Ministerpräsidenten einer selbständigen Slowakischen Republik zu verzichten? Und muß dann damit gerechnet werden, daß er die von ihm erkämpften slowakischen Kompetenzen zugunsten der Föderalregierung einschränkt ...?

Die Verhandlungen über diese Kompetenzen sind Mitte Februar erneut ins Stokken geraten. Ebenso wie bei den unzähligen Verhandlungsrunden der letzten beiden Jahre hatten die Expertenkommissionen des slowakischen und tschechischen Parlamentes zwar zunächst für die umstrittenen Fragen erneut eine Lösung finden können, doch hatte sie dann wenige Tage später im slowakischen Parlamentspräsidium wieder keine Mehrheit gefunden.

Dennoch hat es bei den Gesprächen im mährischen Milovy eine entscheidende Positionsveränderung gegeben. Nachdem der slowakische Ministerpräsident Jan Carnogursky monatelang auf einem Staatsvertrag zwischen den Republikern beharrte, war er nun überraschend bereit, zu akzeptieren, daß der Vertrag lediglich „zwischen den Parlamenten“ abgeschlossen wird. Im Hintergrund dieses Rückzugs steht ebenfalls der näherrückende Wahltermin. Da die KDH, die Christdemokratische Partei des Ministerpräsidenten, bisher lediglich 13 Prozent der Wähler hinter sich weiß, wollte sie nun einen „Sieg“ vorweisen: Selbst wenn die KDH von der Position des „Staatsvertrages“ abrücken mußte, ist es ihr immerhin gelungen, die von den Tschechen lange bekämpfte Vereinbarung zustande zu bringen und entscheidende Kompetenzen für die Slowakei zu erkämpfen.

Einen Strich durch die Wahlrechnung machen Carnogursky nun jedoch seine eigenen Parteifreunde. Der nationalistische Flügel der KDH lehnte die Ergebnisse von Milovy ab. Ebenso wie die Slowakische Nationalpartei, die „Partei der Demokratischen Linken“ und die Bewegung Meciar ist er seit langem der Ansicht, daß die tschecho-slowakische Frage erst nach den Parlamentswahlen – und dann nach ihren Vorstellungen – gelöst werden sollte. Ein Auseinanderbrechen der Tschechoslowakischen Föderativen Republik scheint kaum mehr aufzuhalten zu sein. ■

Freigabe der Preise auf 50 Prozent angestiegene Inflationsrate konnte gebremst werden, die Arbeitslosigkeit liegt in Böhmen und Mähren bei rund fünf Prozent.

Relativ „jung“ ist die Demokratische Partei der Arbeit, sie entstand Ende 1991 aus einer Abspaltung der Kommunistischen Partei sowie kleineren linken Gruppierungen. Neben der Bürgerbewegung ist sie wohl die einzige Gruppierung, die für eine soziale Abfederung des Reformprozesses eintritt, dabei jedoch auf den billigen Populismus der Sozialdemokraten und Kommunisten (8 %) verzichtet.

Der entscheidende politische Gegner der Männer um Finanzminister Klaus ist jedoch

die linksnationalistische „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“. Mit nahezu 30 Prozent findet die stärkste Partei der Republik vor allem unter den Verlierern des ökonomischen Umbaus ihre Anhänger. Da das Prager Reformprogramm den östlichen Landesteil weitaus härter als den westlichen trifft, fordert ihr Vorsitzender Vladimir Meciar eine spezifisch slowakische Wirtschaftsreform, Sozialausgaben und Subventionen sollen erhöht werden. Gleichzeitig läßt der frühere slowakische Ministerpräsident jedoch keinen Zweifel daran, daß die Zeiten eines gemeinsamen tschecho-slowakischen Staates für ihn vorbei sind. Statt dessen setzt er auf eine Kon-

Nach schier endlosen Zuckungen und Querschlägen ist in den ersten Februartagen die zehnte Legislaturperiode der Republik Italien zu Ende gegangen. Wieder vorzeitig, wenn auch nur um wenige Monate. Ministerpräsident Andreotti mußte schließlich dem vereinten Drängen seiner sozialistischen Koalitionspartner und des völlig außer Rand und Band geratenen Staatspräsidenten Cossiga nachgeben und vor dem Parlament erklären, sein Regierungsprogramm sei erfüllt und deshalb habe es eigentlich keinen Sinn, noch länger zuzuwarten. Ohne Mißtrauensvotum, doch mit dem Konsens der Parteien, löste daraufhin der Staatspräsident das Parlament auf – und obwohl mehrere Parteien, vor allem die Exkommunisten des PDS, eine klare Garantie verlangten, daß sich Cossiga nicht durch Giftspritzen und gezielten Amtsmißbrauch in den Wahlkampf einmischen werde, war allen klar, daß man Andreotti zuviel zumuten würde, wenn er dies gewährleisten müßte. Die darauffolgenden Tage bestätigten die Befürchtungen: Cossiga meldete sich massiv zu Wort, um Italiens Wähler aufzufordern, endlich die Ruinen des Kommunismus wegzuräumen und den Weg für die von ihm gewünschten Reformen (Stärkung der Exekutive usw.) freizumachen. Demonstrativ versammelte er sechzig ehemalige Angehörige der geheimen antikommunistischen Gladio-Organisation um sich und nutzte Archiv-Enthüllungen über Palmiro Togliatti und seine Kooperation mit Stalin, um auf seine Art den Wahlkampf zu beleben.

Doch ist es nicht nur Provokateur Cossiga, der diesmal den Wahlkampf spannend und den Ausgang ungewiß macht. Diesmal sind gleich mehrere Neuheiten im Spiel, und niemand kann voraussagen, wie sie sich auswirken werden. Wenn daher eine Umfrage ergibt, daß zwei Monate vor der Wahl rund 45 Prozent der Wähler noch nicht wissen, wem sie ihre Stimme geben werden, ist das überraschend – und glaubhaft, so traditionell die Italiener in ihrem Stimmverhalten sonst sein mögen.

Zu den Neuheiten gehört nicht zuletzt die Tatsache, daß man aufgrund der Volksabstimmung vom 9 Juni 1991 nur mehr eine einzige Vorzugsstimme an Kandidaten geben kann: früher waren es, je nach Regionen, bis zu vier, was den Wählern erlaubte, innerhalb einer Partei gleich mehrere Optionen auszudrücken und bei den Kandidaten die Neigung zu Seilschaften förderte. Jetzt ist jede Stimme alternativ zu allen anderen: Alle müssen sich gut überlegen, welche Person sie ins Parlament entsenden wollen, und der begehrte Platz des Spitzenkandidaten garantiert nicht mehr automatisch eine reiche Ernte

an Vorzugsstimmen. Das wird die innerparteiliche Konkurrenz noch mehr stimulieren, und es wäre möglich, daß bei Erstanwendung dieses Systems auch Outsider prämiert werden.

Ferner ist das die erste Wahl der Nachkriegszeit, bei der die Taste „entweder Kommunismus oder Demokratie“ von den Christdemokraten nicht mehr gedrückt werden kann – allerdings auch die erste, bei der die Exkommunisten gespalten ins Rennen gehen: Neben der Nachfolgepartei PDS, die sich als demokratische Kraft für die Zeit nach der Ost-West-Konfrontation sieht, gibt's auch noch die „rifondazione comunista“ in der sich Nostalgie und Oppositionswille, moralische Entrüstung gegen Systemanpassung und Treue gegenüber alten Idealen und Bündnissen

Ändert sich diesmal wirklich etwas?

Jugendgefährdung



mischen. So ist mitnichten garantiert, daß die Exkommunisten weiterhin die zweitstärkste Partei des Landes bleiben: Sie wären schon froh, wenn sie von den ehemals 33 Prozent zu Ende der siebziger Jahre noch auf 18 bis 20 Prozent kommen würden. Allerdings haben auch die Craxi-Sozialisten nicht viel zu lachen. Trotz Muskelprotzens und Machtbeteiligung krebren sie konstant um die 12 bis 15 Prozent, und es sieht kaum nach großem Zuwachs aus: Zu vielen Leuten sind sie als arrogante Aufsteigerpartei und skandalträchtige Raubritter, die ihre Positionsrendite zwischen DC und PDS weit überziehen, wenig sympathisch. Trotzdem wird kaum ein Weg an einem Regierungsauftrag für Craxi vorbeiführen – insbesondere, solange Cossiga noch als Staatsoberhaupt amtiert und seine persönliche Kampagne gegen seine Herkunftspartei – die Christdemo-

kraten – und die PDS führt. Doch dürfte es sich kaum um eine andere als die traditionelle DC-PSI-Satelliten-Koalition handeln – wenn die Mehrheit dafür reicht.

Die DC hat ihrerseits hart zu kämpfen: In den nördlichen Regionen laufen vor allem die Mittelschichten, aber auch Bauern und Arbeiter, Rentner und Hausfrauen massenhaft zu den „leghe“ über, die für die Ineffizienz und Korruption des Staates vor allem „Rom“ und „den Süden“ verantwortlich machen und eine Abkoppelung des Nordens predigen. Und die Unternehmer erwärmen sich auch nicht gerade wahnsinnig für die DC, sondern kokettieren eher mit den liberalen Republikanern, die in den letzten Monaten erstmals seit langer Zeit auf den Oppositionsbänken saßen. Eine weitere Unbekannte: Mehr als eine Million Unterschriften wurden im Herbst für die Referendumsbegehren zur Wahlrechtsreform gesammelt – ein deutliches Reformsignal, das im wesentlichen dahin geht, den Parteien etwas von ihrer Macht zu nehmen, indem die Personwahl gestärkt und klare Koalitionsaussagen im voraus gefordert und gegebenenfalls per Mehrheitswahlrecht abgesichert werden sollen. Zwar haben sich etliche Parteien (darunter die Exkommunisten, die Pannella-Radikalen, Liberale und Republikaner) stark in diese Richtung engagiert, doch stellt sich nun auch noch eine „Referendumsliste“ zur Wahl, die diesen Konsens in Parlamentssitze ummünzen möchte und mit prominenten bürgerlichen Kandidaten aus liberalem, linkem und gar christdemokratischem Lager winkt.

Wenn man zudem die diversen Rentner- Hausfrauen- und sonstigen Gelegenheitsparteien, die „rete“ (das linkskatholische Netzwerk um Siziliens Leoluca Orlando) und die im Namen noch nicht eindeutig festgelegte Pannella-Liste hinzunimmt, stehen im Zeichen der Vereinfachung und Reform der italienischen Politik diesmal wohl doppelt soviel Parteien als bisher zur Wahl. Das proportionale Wahlsystem ohne Zugangsschwelle verschwindet eben auch nicht ohne Todeszuckungen, und das polnische Parlament läßt grüßen.

Die Grünen möchten unter diesen Umständen aus der Not eine Tugend machen: Ihre weithin profillose und von internen grünen Aufsteigern besetzte Liste hält sich vornehm aus dem Politspektakel heraus. Eine lobenswerte Absicht, könnten sie nur statt dessen auf Qualität und Quantität geleisteter Arbeit und Programmatik verweisen ...

Alexander Langer

Die Logik der Friedensbemühungen

oder

Warum der UNO-Friedensplan so widersprüchlich ist

Dunja Melcic

Wenn man für die Lösung innerer Konflikte um den Beistand externer Instanzen ersucht, bringt man sich unweigerlich in die Position, nicht nur deren Spielregeln – ohne Wenn und Aber – akzeptieren zu müssen, sondern auch möglichen Fehlentscheidungen mehr oder minder hilflos gegenüberzustehen. Die Deutung des Konflikts hängt dann an der auswärtigen Perspektive, von deren Kenntnis der Hintergründe und nicht zuletzt von deren Eigeninteressen ab.

Kroatien, das keine Möglichkeiten hatte, ausreichende Abwehrkräfte aufzubauen, konnte allein auch keinen richtigen Verteidigungskrieg führen. Obwohl man sich an einigen Lokalitäten mutig gegen den übermächtigen Aggressor zu Wehr gesetzt hat, konnte man sich auf einen allgemeinen Krieg nicht einlassen. Also bemühte man

sich kroatischerseits von Anfang an, durch auswärtige Intervention den Krieg zu stoppen. Aber wie bereits der Einsatz von EG-Beobachtern in gewissen Fällen bei der kroatischen Bevölkerung Unverständnis hervorgerufen hat, so könnte auch die Stationierung der UNO-Friedenstruppe zum Teil unerwartete, gravierende politische Folgen mit sich bringen.

Die unterschiedlichen Innen- und Außenperspektiven hängen entscheidend mit der grundsätzlich unvereinbaren Definition der „Konfliktparteien“ zusammen. Sowohl die EG als auch die UNO machten es zur Voraussetzung ihres Engagements, zwischen den Kriegsparteien nicht bewertend zu unterscheiden. Für sie gibt es keinen Aggressor und keinen Angegriffenen – sondern eben zwei Konfliktparteien. Daß die Bevölkerung Kroatiens, die soeben eine klassi-

sche Aggression erlitten hat, diese Sicht nicht teilen kann, leuchtet wohl ein.

Die Position von EG und UNO beinhaltet aber auch, daß es keine Sieger und Besiegte in diesem Krieg geben darf. Das Denkschema ist: Die Jugoslawische Armee muß sich aus Kroatien zurückziehen (EG- und UNO-Beschlüsse), ohne daß dieser Abzug für die Armee die Bedeutung einer Niederlage – gar einer militärischen – oder eines Sieges für Kroatien annimmt.

Der Fall von Vukovar ist auf tragische Weise für diese Weigerung, zwischen Aggressoren und Angegriffenen zu unterscheiden, charakteristisch. Die EG-Instanzen, die mit dem Krieg um Vukovar direkt oder indirekt zu tun hatten, waren sich sicher, daß eine siegreiche Verteidigung von Vukovar nicht im Interesse ihrer Aktion sein kann. Aus der europäischen Sicht ist ein so verlustreicher Kampf einfach denkwidrig. In einer so aussichtslosen Position weiter zu kämpfen und das Leben der Zivilbevölkerung weiter zu gefährden, hielt man für gleichermaßen unakzeptabel. Diese Perspektive kann natürlich nur jemand einnehmen, der die Notwendigkeit, sich zu wehren und seine Stadt zu verteidigen, geflissentlich übersieht und sich weigert, den Aggressor als einen solchen wahrzunehmen. Man kann zwar sagen, daß die Verteidiger von Vukovar einen Fehler gemacht haben, indem sie die Zivilbevölkerung nicht rechtzeitig aus der Stadt evakuiert haben – auch einen logistischen Fehler, der die Verteidigung schwächte. Vielen Berichten der Vukovarer zufolge hat aber diese Bevölkerung offensichtlich die Stadt nicht verlassen wollen, als es noch möglich war. Nachdem diejenigen Serben, die die Änderung der Verhältnisse nach den ersten freien Wahlen nicht hinnehmen wollten, die Stadt zusammen mit ihren Familien in der klaren Absicht verlassen hatten, sie danach anzugreifen und die gewählte Regierung zu stürzen, als vereinzelte Angriffe bereits stattgefunden hatten, da war fast die ganze zurückgebliebene Bevölkerung – sogar Kinder – entschlossen, dort auszuharren, koste es, was es wolle.



Karikatur S. 23
Auf der Allee Großserbien: „Verdammt, was ist in dich gefahren? Das war doch so ein gemütlicher Spaziergang!“

Ich bin mir sicher, daß der Westen dem kroatischen Präsidenten entweder direkt oder durch die Blume nahegelegt hat, die Stadt Vukovar fallen zu lassen. Das war für den Westen ja der einzige Ausweg aus dem Dilemma, das die Perspektive zweier (gleichen) Konfliktparteien mit sich brachte, die eben eine mögliche Intervention gegen den Kriegsverbrecher ausschloß. Weil man den offensichtlichen, aber unbenannten Aggressor nicht außer Gefecht setzen wollte – was man hier ebenso wie in Dubrovnik und anderen dalmatinischen Städten unter militärischen Gesichtspunkten mühelos hätte machen können – lag der einzige Weg, das Töten zu beenden, darin, die Verteidigung einzustellen. In Tudjmans Machtkalkül wiederum paßte eine erfolgreiche Verteidigung von Vukovar, an der er keine

Verdienste und die sich sozusagen gegen ihn herausgebildet hatte, natürlich auch nicht. Die Verteidiger von Vukovar sind sich darin einig, daß eine der entscheidenden Ursachen für den Fall der Stadt die fehlende Versorgung mit Waffen und Munition war, die von Zagreb aus hätte gesichert werden müssen.

Die spezifische Konstellation der verschiedenen Perspektiven hält sich bis in die neuesten Friedensbemühungen hinein. So reiste der stellvertretende Sekretär Marrack Goulding im Januar im Auftrag des neuen UNO-Generalsekretärs Butrus Ghali „nach Jugoslawien“, um bei allen Konfliktparteien die Zustimmung für die Stationierung der Friedenstruppe zu erwirken, was ihn auch nach Knin führte. Damit hat das Beharren auf dem Schema der „Konfliktparteien“, die mehr oder minder gleichermaßen verstrickt sein sollen, Milosevics lokalen Bauern, der nicht zu den Unterzeichnern des Friedensabkommen zählt, dafür aber zahlreiche Kriegsverbrechen zu verantworten hat, überhaupt erst in den Rang einer eigenständigen Partei gehievt. Milan Babic ist aber nicht nur ein Bauer Milosevics, sondern auch ein Desperado. Nachdem man die Stationierung der UNO-Truppen zunächst auch von seiner Zustimmung abhängig gemacht hatte, er aber auch nach gehörigen Pressionen aus Belgrad nicht bereit war einzuwilligen, werden er und seine Clique wahrscheinlich als einzige aus dem Schema der „Konfliktparteien“ ausscheren. Er findet es freilich ungerecht, daß er, nachdem sie alle zusammen – Milosevic, General Kadijevic und Adzic und



Oto Reisinger

Oto Reisinger

viele andere – den Krieg geführt haben, nun allein als Quertreiber dastehen soll. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß er und seine Schergen ohne Zwang nachgeben werden. Zu dieser Riege gehört anscheinend auch noch immer der erst kürzlich zum General ernannte Mladic, der seinen Trumpf – das Schicksal des Stausees Perucko (Siehe *Kommune* 2/92) – noch in der Hand hält und neulich gar mit der Sprengung des ganzen Wasserkraftwerks gedroht hat.

Der UNO-Friedensplan basiert natürlich auch auf dem Konzept der „Konfliktparteien“. Schon das ist für die serbischen Okkupatoren und Usurpatoren günstig, und offensichtlich sind diejenigen unter ihnen, die zugestimmt haben, zuversichtlich bei der Stationierung von UNO-Truppen noch immer etwas für sich herausholen zu können. Allerdings war für die ein oder andere Zustimmung angeblich auch Erpressung nötig: So erzählt mittlerweile ganz Belgrad, daß Milosevic die Zustimmung des Serbenführers im okkupierten Ostkroatien, Goran Hadzic, durch die Drohung erzwang, er werde sonst Photos, die Hadzics perverse sexuellen Praktiken dokumentieren, veröffentlichten lassen! Das Belgrader Gerücht selbst ist hier aufschlußreicher als ein möglicher Wahrheitsbeweis.

Wenn man sich den UNO-Friedensplan anschaut, könnte es durchaus möglich sein, daß die Verbrecher ungeschoren davonkommen und aus der Stationierung der UNO-Truppen noch ihren Nutzen ziehen. Eigentlich ist es nicht unbedingt der Plan selbst, der Hintertürchen für Machenschaften offen läßt, sondern eher die Inter-

pretation des Generalsekretärs, die im Zusammenhang mit dem Bericht von Marrack Goulding aufkam.

Grundlage für die Entsendung der Blauhelme nach Kroatien bilden mehrere Resolutionen des Weltsicherheitsrates, die wiederum auf das Genfer-Abkommen (23. Nov 1991) und den „Vance-Friedensplan“ (Sarajewo 15. Dez. 1991) zurückgehen. Die Grundelemente scheinen dabei identisch zu sein: Das spätere Abkommen des UNO-Sonderbeauftragten Cyrus Vance bestätigt sozusagen das frühere der EG-Vermittler.

Im Prinzip könne man sagen, müßte eine sachliche Lektüre in Kenntnis des Konflikthergangs zu einer in sich stimmigen Auslegung gelangen. Zu ihr ist es aber anscheinend nicht gekommen. Rückblickend muß man deshalb doch feststellen, daß die Punkte des Planes auch ursprünglich nicht präzise genug formuliert wurden. Außerdem muß man der kroatischen Opposition zustimmen, daß Präsident Tudjman wieder mal bewiesen hat, keine Ahnung davon zu haben, worauf es bei den Verträgen ankommt und worauf es zu achten gilt.

Im Punkt 7 der UNO-Resolution 724 heißt es: „UNO-Truppen und Polizeikräfte werden in bestimmten Gebieten Kroatiens aufgestellt, die als ‚United Nations Protected Areas‘ (UNPA) bezeichnet werden. Diese Gebiete werden entmilitarisiert; alle bewaffneten Kräfte müssen sich entweder zurückziehen oder werden entwaffnet. Die UNO-Truppen sollen dabei sichern, daß diese Gebiete auch weiterhin entmilitarisiert bleiben und die dortige Bevölkerung keine militärischen Angriffe mehr befürchten muß.“

Es wird weiterhin in Einzelheiten festgelegt, wie die Entmilitarisierung durchgeführt werden soll, wobei alle Sorten von bewaffneten Gruppen aufgezählt werden, während die Armee sich sowohl aus den UNO-Schutzgebieten als auch aus anderen Gebieten Kroatiens zurückziehen habe. Zu den UNO-Schutzgebieten zählen zwei Gebiete in Ostkroatien („Eastern Slavonia“: Beli Manastir, östliche Stadtteile von Osijek, Vukovar und einige weit östlich von Vinkovci liegende Dörfer; „Western Slavonia“) und die Gebiete um Knin und die Region Banija („Krajina“). Außerdem soll es eine „kleine Einheit von militärischen Beobachtern in Dubrovnik“ geben, ohne daß angegeben wird, warum sie dort benötigt werden.

Die wohl wichtigsten Punkte betreffen die Regelungen für die lokalen Polizeikräfte und die Rückkehr der geflüchteten Bevölkerung. „Für die öffentliche Ordnung in den UNPAs (Punkt 19) werden die lokalen Polizeikräfte die Verantwortung tragen, die von den Einwohnern der Gebiete *aufgestellt werden* (would be formed from residents of the UNPA) – man beachte das Futur! – und zwar entsprechend der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, die vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten geherrscht hat („in proportions reflecting the national composition of the population which lived in it before the recent hostilities“).

Den internationalen Prinzipien gemäß, sollen die UNO-Polizeikräfte (Punkt 20) „die Rückkehr von geflüchteten Personen in ihre Heimat erleichtern, die dies wünschen“

Unter der Hand ist der erwähnte Bericht des Generalsekretärs Ghali zu einer Art neuem UNO-Plan ausgeartet, der sich zwar auf die Resolution 724 beruft, ihre wesentlichen Punkte aber zumindest insofern ändert, als die Präzisierung möglicher Offenheiten oder Zweideutigkeiten einseitig in eine Richtung erfolgt. So heißt es im Punkt 9(c) dieses „neuen“ UNO-Plans vom 4. Februar bezüglich der öffentlichen Ordnung und Jurisdiktion in den geschützten Gebieten, daß „die Stationierung der UNO-Truppen den Status quo nicht ändern“ werde; die Polizeiverwaltung solle entsprechend dem Punkt 19 (s. o.) organisiert werden (Textvorlage in kroatischer Übersetzung.)

„9(d) Daraus geht hervor – (woraus?) – daß in UNPAs auch weiterhin die Gesetze und Institutionen der Republik Kroatien vorübergehend bis zur politischen Lösung nicht gelten.

9(e) Die UNO-Truppen sollen die lokale Bevölkerung schützen und auch nach der Entmilitarisierung die Sicherheit gewährleisten.“

Beachtenswert ist ferner, daß den Bedenken des selbsternannten Präsidenten der „Autonomen Einheit Westslawonien“ die Formulierung, daß die UNPAs sich „in Kroatien“ befinden würden, bedeute eine Vorwegnahme der politischen Lösung, breiten Raum in Punkt 11 erhielten.

Der Punkt 9(c) ist offensichtlich in sich widersprüchlich. Wenn die Bestimmungen der Resolution 724/19 ihre Anwendung finden sollen, dann kann der Status quo nicht generell unverändert bleiben. Überhaupt, was soll die Beibehaltung des Status quo etwa in Vukovar bedeuten? Doch führt die offensichtliche Widersprüchlichkeit dieser Bestimmung in 9(c) dazu, daß man auf die verdeckte Widersprüchlichkeit im Punkt 19 der UNO-Resolution 724 aufmerksam wird. Dort heißt es nämlich anschließend an den oben zitierten Satz: „Die lokalen Polizeikräfte sollen den *bestehenden* Gemeinderäten der UNPAs gegenüber Verantwortung tragen“ Jetzt wissen wir, wo der Status quo herkommt! Also die Polizeikräfte, die erst geformt werden sollen („would be formed“), sollen denjenigen verantwortlich sein (the existing opstine councils; opstine = serbisch für Gemeinde), die – unter anderem – alles getan haben, daß es zu einer Zusammensetzung der Polizeikräfte entsprechend der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung nicht kam! Oh Söhne Lockes und Descartes! Als Kuriosum noch der letzte Satz vom Punkt 9(e): „Any existing regional police structures would remain in place, provided that they were consistent with the principle described above concerning the national composition of the local police forces.“ Beschäftigt sich bei der UNO mit dem einzigen kriegerischen Konflikt in Europa seit dem II. Weltkrieg ein Haufen Dilettanten oder steht hinter dem Dilettantismus ein Spiel der Mächte, das nur so dilettantisch tut?

Es fällt auf, daß in dem Plan vom 4. Februar die Rückkehr der geflüchteten Bevölkerung nicht einmal erwähnt wird. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß dieser Plan eine Revision der Resolution 724 beinhaltet. Doch der ganze Hickhack macht natürlich mißtrauisch, denn so kann alles nachteilig ausgelegt werden. Warum werden die Gebiete mit den Namen benannt, die sich die serbischen Aufständischen ausgedacht haben, um eine angebliche Nichtzugehörigkeit zu Kroatien anzudeuten? Warum wird der Zeitpunkt des Ausbruchs der „Feindseligkeiten“ nicht präzise benannt und bloß vom Zeitraum „before the recent hostilities“ gesprochen? Von der Bestimmung des Zeitpunkts des Ausbruchs der Feindseligkeiten hängt nämlich auch die Bestimmung jener „existing opstine councils“ ab, da danach die legalen Stadträte in allen Gemeinden gestürzt, die Gemeindevertreter verjagt, inhaftiert oder

gar umgebracht wurden. Die „existing opstine councils“ sind also durch Gewalt entstanden. In den Gemeinden mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung wie Knin, Titova Korenica, Kostajnica und einigen anderen sind einige der jetzigen Machthaber zwar gewählt worden, haben aber andere serbische Vertreter und auch Abgeordnete im kroatischen Parlament verjagt. Der stellvertretende Präsident Kroatiens hat neulich bezweifelt, daß dem UNO-Generalsekretär etwa die Umstände in der Stadt Beli Manastir geläufig sind, wo die reformkommunistische legale Regierung noch im Mai vorigen Jahres durch einen bewaffneten Putsch gestürzt wurde.

Wenn dieser Status quo unverändert bleiben soll, dann werden die Friedenstruppen Gesetzlosigkeit schützen und Zustände, die durch Raub, Mord und Totschlag herbeigeführt wurden, bestehen lassen. Wenn dort „die kroatische Gesetze nicht gelten sollen“ so fragt man sich, welche Gesetze dort denn überhaupt herrschen sollen.

Dieser konzeptionelle Wirrwarr ist das Ergebnis der unberechtigten Annahme, am Ende der Friedensaktion solle „eine umfassende politische Lösung der jugoslawischen Krise“ stehen. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß eine solche Annahme eben auch als „Vorwegnahme der politischen Lösung“ gelten kann. Im Grunde ist sie mehr als das: Sie ignoriert die Tatsache, daß die Bemühungen der EG um die „Lösung der jugoslawischen Krise“ gescheitert sind, daß die europäische Schiedskommission zum Urteil kam, daß der jugoslawische Staat zerfallen ist und Kroatien und Slowenien von allen europäischen Staaten als unabhängige Staaten anerkannt worden sind.

Owohl der Weltsicherheitsrat formell seinen Friedensplan auf der Grundlage der europäischen Beschlüsse zu Jugoslawien formuliert, werden dann die Ergebnisse der europäischen Bemühungen ignoriert und in Klammern gesetzt. Auf einmal soll dann auch die Frage der Grenzen offen sein. Das ist geradezu absurd, wenn man bedenkt, daß die EG von Kroatien gesetzliche Garantien für den Minderheitenschutz verlangt hat und für die Gebiete mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung zusätzlich zur kulturellen Autonomie die Gewährung politischer Selbstverwaltung. Will die UNO im Einklang mit den europäischen Lösungen handeln, dann soll sie als Ziel ihrer Aktivitäten die Schaffung der Bedingungen anvisieren, die zur Anwendung dieser gesetzlichen Garantien – die eben ein Teil der kroatischen Verfassung sind – führen.

Die EG-Friedenskonferenz sollte dafür sorgen, daß auch die kroatische Regierung ihrerseits faire Bedingungen für die Anwendung der Minderheitengesetze schafft, die sie im Moment über regionale Neugliederung zu unterlaufen versucht. ■

Der Motorisierte Individualverkehr (MIV) ist bekanntlich ein katastrophales Defizitgeschäft (für die öffentliche Hand); volkswirtschaftlich sowieso, das hat sich schon herumgesprochen, aber auch betriebswirtschaftlich. Das „Unternehmen“ MIV bringt dem Straßenbauer und -erhalter nur ungedeckte Kosten. Der „Deckungsbeitrag“ der AutofahrerInnen ist geringer als der der BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel. Es wurde bloß jahrzehntelang vergessen, das Defizit im Budgetkapitel (zum Beispiel) „Gemeindestraßen“ mit der gleichen Empörung zu betrachten wie den Posten „Zuschuß zum Betriebsabgang“ des kommunalen ÖPNV-Unternehmens.

Ebenso blödsinnig rechnet auf der anderen Seite der durchschnittliche Autofahrer: Die Anschaffungskosten des PKW (bzw. die jährliche Abschreibung), die Versicherung auf die gefahrenen Kilometer umzurechnen, ist höhere Mathematik und nicht üblich. Das ist ja „schon bezahlt“ (und wenn's sein muß, mit dem Weihnachtsgeld). Was er sieht, wenn er zum Beispiel mit dem Straßenbahntarif vergleicht, sind nur die *out-of-pocket-costs*: das Benzin und, allenfalls, die Strafmandate. Auf diese Art kommt man zur schwachsinnig-perfiden Werbeaussage etwa von Audi (vor kurzem ganzseitig in österreichischen Zeitungen): „Salzburg-Wien, erster Klasse, um nur 60, S.“

In dieser Lage wird die Verkehrspolitik nicht drum herum kommen, sich des Mittels der Öko-Abgaben zu bedienen, also die berüchtigten „externalisierten Kosten“ des MIV so zu internalisieren, daß sie auch dem unbelehrbarsten Autofahrer dort auffallen, wo's wehtut: in der Geldtasche. (Natürlich braucht's noch etliche andere Randbedingungen, die zum Umsteigen auf den Öko-Verbund im Verkehr motivieren, aber ich will mich hier auf den Kern der Sache konzentrieren.)

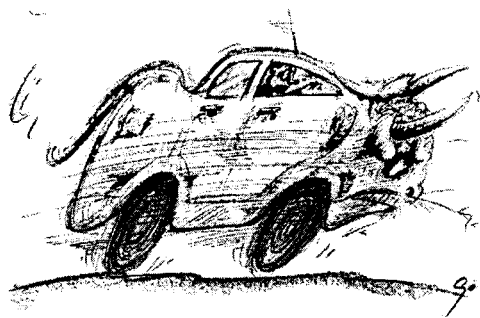
Solche Abgaben sind in erster Linie *Lenkungsabgaben*: „Aufkommensneutralität“ bei der Einführung wäre grober Unfug, da sie ja, wenn sie erfolgreich sind, tendenziell weniger Einnahmen bringen. Sie müssen auch spürbar sein, sonst werden sie keine Verhaltensänderungen bewirken – und bring das mal einem geeichten Sozialdemokraten bei, der hinter jeder Abgabe einen Anschlag auf die Taschen des kleinen Mannes wittert und speziell hinter jeder Verteuerung des Autofahrens einen Anschlag auf die sozialen Errungenschaften der letzten vierzig Jahre.

Da gibt's in der Stadt zwei wichtige Schrauben, an denen gedreht werden kann. Womit wir wieder beim Innsbrucker Verkehrskonzept (VKZ) sind (vgl. *Kommune* 2/92). Die eine ist die *Parkraumbewirtschaftung*

mit dem obersten Ziel, den städtischen Raum von herumstehenden Blechkisten wieder freizukriegen. „Parkmöglichkeiten an den Straßenrändern sind für die Andienung der Geschäfte und der Wohnungen unverzichtbar und werden auf den hier auftretenden Bedarf begrenzt“ (VKZ, Bd. I, S. 9). Der Berufsverkehr soll also auf den ÖPNV abgedrängt werden, und der Einkaufsverkehr soll „unter die Erde“ Schließlich ist öffentlicher Raum ein höchst nachgefragtes knappes Gut. Daß seine Benützung teurer sein sollte als der Stellplatz in einer Tiefgarage, ist marktwirtschaftlich einsichtig genug.

Denkste. Statt der von den Experten empfohlenen 30 Minuten wurde die Kurzparkdauer zuerst auf eine Stunde festgesetzt, die Gebühren sind noch immer billiger als in den Parkgaragen, und einen Monat nach der Beschlußfassung kam die

Verkehrs-Abgaben: Phrase oder Wirklichkeit?



ÖVP mit dem Antrag, die Zeit wieder auf eineinhalb Stunden zu verlängern. Begründung: Seit die Kurzparkordnung exekutiert wird, gibt es eh wieder genug freie Parkplätze ... Selig die Armen im Geiste. Die christlichen Marktwirtschaftler haben bloß übersehen, daß eigentlich an die Reduktion des MIV gedacht war, und ergo daran, einen Teil der freigeräumten Parkstände ganz verschwinden zu lassen. Zugunsten höherwertige öffentlicher Nutzung.

Natürlich wird die schönste Parkraumbewirtschaftung allein den Stadt-MIV nicht zum Verschwinden bringen. (Es gibt ja in allen Städten viele private Stellflächen, auch aufgrund von aberwitzigen Bestimmungen in den Bauordnungen und in

der Steuergesetzgebung: Zum Beispiel kann ein Unternehmen die Firmenparkplätze als Betriebsausgaben abschreiben, und die Gratisbenützung ist steuerlich unmaßgeblich; zahlt es aber eine ÖPNV-Zeitkarte, ist das eine lohnsteuerpflichtige Zuwendung! Da gäbe es noch viel auszumisten ...)

Logischer nächster Schritt ist also – was leider noch nicht im VKZ steht – das Besteuern der Nutzung des städtischen Raums durch den fließenden Verkehr. Die „Stadtmaut“ (*roadpricing*) wird in skandinavischen Städten und in Südostasien schon eingehoben – übrigens denkt die CDU Nordrhein-Westfalens auch daran, einen derartigen Antrag einzubringen. Das Modell würde den in der Schweiz erfundenen *Öko-Bonus* gut ergänzen: Aus einem drastischen Aufschlag auf den Benzinspreis erhält jeder BürgerIn einen Scheck über einen bestimmten Betrag, etwa 1000 DM/Jahr. Je weniger Benzin er/sie verbraucht, desto mehr davon bleibt verfügbar, zum Beispiel für ÖPNV-Zeitkarten. Wer unanständig viel Auto fährt, zahlt sich blöd. (Das System greift allerdings nicht bei den berühmten durchschnittlichen Stadtfahrten von 2,5 Kilometer mit 1,5 Personen im Auto).

Realisierbar ist die Stadtmaut mit relativ einfachen Mitteln (auch wenn es schon *High-tech*-Varianten gibt, die aber bedenklich nahe an den Schnüffelstaat mit perfekter Computerüberwachung der Untertanen herankommen): Die Schleichwege werden durch Durchfahrtsverbote geschlossen, auf den Hauptverkehrsstraßen zur Innenstadt werden Mautstationen wie auf Autobahnen errichtet, und hier wird bezahlt (in Oslo z.B. 3 DM pro Durchfahrt). So einfach die Sache technisch ist, so schwierig ist sie politisch: In Österreich bräuchte es dazu mindestens eine Verfassungsänderung im Rahmen des Finanzausgleichs.

Trotzdem: ein entsprechender Antrag der Grünen ist im Jänner vom Innsbrucker Gemeinderat nicht etwa abgelehnt, sondern einstimmig dem Stadtsenat zur näheren Prüfung überwiesen worden. Gleichzeitig arbeiten die Grünen im Nationalrat an einem Entwurf für die entsprechenden verfassungsgesetzlichen Ermächtigungen.

Jetzt wird's knifflig: Ökosoziale Marktwirtschaft ist schließlich was für Feiertagsreden. Wenn die Grünen damit Ernst machen, kriegen die christlichen und sozialdemokratischen Marktwirtschaftler immer das große Herzflattern. Wollen sie schon mögen, aber ob sie sich auch trauen dürfen?

Gerhard Fritz

Rechtsstaat gegen Frieden

Geht die Rechnung auf?

Roger Peltzer

Anfang der achtziger Jahre provozierte die taz-Kampagne „Waffen für El Salvador“ Empörung aufseiten der politischen Rechten und anderer staatstragender Kräfte. Zu Zeiten einer starken Friedensbewegung spaltete sich gleichzeitig die kritische Öffentlichkeit über die Frage der Legitimität des bewaffneten Kampfes in El Salvador. Viele ergriffen Partei. Knapp 5 Millionen DM wurden vom taz-Waffenkonto an die Guerillabewegung FMLN überwiesen.

Zehn Jahre später scheint es sicher, daß der Bürgerkrieg in El Salvador beendet ist. Nach mehreren Anläufen verhandelten die FMLN und die Regierung El Salvadors unter Federführung der UNO mehr als ein Jahr lang über einen Waffenstillstand und die Modalitäten der Reintegration der Guerilla in das zivile Leben. Am 1. Februar trat das Abkommen in Kraft. In einer feierlichen Versammlung in San Salvador, an der neben dem Präsidenten Christiani die Spitzen der politischen Parteien und alle bedeutenden Guerrillaführer teilnahmen, wurde der Friedenschluß besiegelt. In dem Abkommen wird festgelegt, daß die Armee schrittweise verkleinert und die Sicherheitskräfte (Finanz- und Nationalpolizei, Nationalgarde) aufgelöst werden sollen. Die Guerilla soll bis zum 31. Oktober 1991 schrittweise entwaffnet, ihre Waffen vernichtet werden.

Das am 16. Januar in Mexiko-Stadt unterzeichnete Abkommen stellt eine Zäsur in der Geschichte des Landes dar. Die Frage der Legitimität des Befreiungskampfes kann jetzt im Lichte der Ergebnisse eines konkreten historischen Prozesses neu diskutiert werden.

daß vor dem Hintergrund der aktuellen Kräfteverhältnisse in der Welt relativ viel erreicht worden ist. Diese Stimmung verleitet dazu, die Opfer der letzten Jahre zu vergessen.

75 000 Tote soll der über zehn Jahre andauernde Bürgerkrieg gekostet haben. Hinzu kommen Hunderttausende von Flüchtlingen und Obdachlosen, Kriegswaisen, Verletzten und insbesondere von Minen verstümmelten Zivilisten und Soldaten, materielle Zerstörungen in Milliardenhöhe. Der immanenten Logik des bewaffneten Kampfes zuzurechnen sind sicher auch die bekanntgewordenen Morde innerhalb der Guerillagruppen. Aus pazifistischer Sicht wird man angesichts dieser Realität mit Recht fragen, ob das Beispiel El Salvador nicht zeigt, daß die Opfer der bewaffneten Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte fast zwangsläufig in keinem Verhältnis zu dem stehen, was realistischer Weise mit einer solchen Strategie erreicht werden kann.

Nur, die Entscheidungen der Jahre 1980 und 1981 dürfen nicht aus heutiger Sicht



Die Erinnerung an die Toten, Vertriebenen und Verstümmelten Die Stimmung unter der Bevölkerung El Salvadors ist zur Zeit euphorisch. Die Freude über die Beendigung des Krieges geht mit der Erwartung einher, daß sich die wirtschaftliche Lage rasch bessern wird. In der Linken ist die Einschätzung und das Gefühl verbreitet,

bewertet werden. Nachdem die gesamte Führung der politischen Oppositionsfront FDR auf dem Weg zu Verhandlungen ermordet und anschließend grausam entsetzt worden war, nachdem Dutzende von Katecheten, Ordensschwwestern und Priestern umgebracht, zivile Demonstrationen mit scharfer Munition auseinandergetrieben

worden waren, gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens aller „fortschrittlichen Kräfte in El Salvador“ bis hin zu bedeutenden Teilen der Christdemokratie und führenden Repräsentanten der katholischen Kirche wie Erzbischof Romero, daß der bewaffnete Aufstand die einzige verbliebene Option darstelle.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit 1983 hat die damalige Christliche Initiative El Salvador (heute Christliche Initiative Romero) ein Foto des ermordeten Erzbischofs von San Salvador plakatier mit der Überschrift „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit“ Mit dem Abkommen vom 16. Januar hat die Guerilla jetzt einem Friedensschluß zugestimmt, der für die große Mehrheit der Salvadorianer kein Mehr an sozialer Gerechtigkeit mit sich bringt.

Die soziale Lage des großen Teils der Bevölkerung hat sich durch den Bürgerkrieg mit Sicherheit nicht verbessert. An den Besitzverhältnissen und der extremen Ungleichverteilung von Land und Reichtum hat sich wenig verändert und wird sich auch durch den Waffenstillstand wenig ändern. Waren die Jahre des Kampfes deshalb umsonst?

El Salvador war ein Land, in dem die Landbevölkerung bis weit in die siebziger Jahre über Gesetze und ein ausgeklügeltes repressives System daran gehindert wurde, sich zu organisieren. Das System der Todeschwadronen funktionierte in El Salvador perfekt. Teile der Sicherheitskräfte spielten darin eine herausragende Rolle. Von einer Unabhängigkeit der Justiz konnte nicht ansatzweise gesprochen werden, Richter und Schöffen waren (und sind) eingeschüchtert und/oder korrupt.

Wesentliches Ziel der Volksbewegung war es deshalb auch, einen Zustand abzuschaffen, in dem jederzeit ein Cherokee mit getönten Scheiben und Bewaffneten in Zivil vorgehen konnte, um Freunde, Nachbarn, Verwandte auf Nimmerwiedersehen mitzunehmen.

Das Abkommen zum Waffenstillstand: ein Schritt in Richtung Rechtsstaat und Demokratie Die eigentliche Bedeutung des zwischen der FMLN und der Regierung ausgehandelten Waffenstillstandsabkommens liegt hier: bei der Durchsetzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und damit bei der Schaffung von Voraussetzungen für funktionierende Demokratie.

Das Abkommen ist da eindeutig und präzise, wo es um die Reduzierung und Säuberung der Armee, die Auflösung der Aufstandsbekämpfungseinheiten und der speziellen Sicherheitskräfte (Polizei, Nationalgarde, Finanzpolizei, Geheimdienst), das heißt der Institutionen, die nachweislich in die Aktivitäten der Todesschwadronen involviert waren, geht.

Verantwortungs- gegen Gesinnungsethik: die falsche Alternative der Christdemokraten

In der öffentlichen Diskussion zu El Salvador hat sich Anfang der achtziger Jahre auch Heiner Geißler mit einem markanten Plädoyer für seinen „Freund Duarte“ zu Wort gemeldet. Denjenigen, die wie Walter Dirks dem in El Salvador mitregierenden Christdemokraten Duarte vorwarfen, für die Ermordung von Tausenden von Menschen durch die Sicherheitskräfte mitverantwortlich zu sein, hielt Geißler eine Gesinnungsethik vor, die sich der Notwendigkeit der Übernahme von Verantwortung mit dem Ziel einer schrittweisen Veränderung der Verhältnisse nicht stellen würde.

Aus heutiger Sicht muß das Urteil über das Wirken der Christdemokraten auch aus „verantwortungsethischer Sicht“ allerdings ausgesprochen kritisch ausfallen. Nicht nur, daß die Christdemokraten unter Duarte, zerrissen von konfligierenden persönlichen Ambitionen ihrer führenden Politiker, von denen sich zudem nicht wenige als ausgesprochen korrupt erwiesen haben, das Land wirtschaftlich und administrativ schlecht regiert haben. Gerade weil sie den Militärs trotz aller Loyalitätsbekundungen als unsichere Kantonisten galten, blieb ihre Durchsetzungsfähigkeit extrem begrenzt. Bezeichnenderweise ist es die Guerilla, die in dem jetzt unterschriebenen Abkommen eine Kommission zur Säuberung der Armee durch-

gesetzt hat, die veranlassen kann, daß Offiziere, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, entlassen werden. Diese Kommission wird sich aus drei Gründungsmitgliedern der salvadorianischen Christdemokraten zusammensetzen.

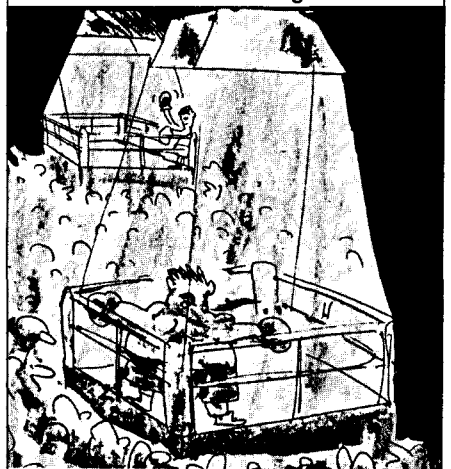
Noch kritischer ist in diesem Zusammenhang die Haltung der deutschen Christdemokraten zu werten. Während sich Heiner Geißler bemühte, die CDU auch für Menschenrechtsverletzungen in Rechtsdiktaturen zu sensibilisieren, mußten deutsche Christdemokraten aus Loyalität zu ihren Parteifreunden offensichtliche Menschenrechtsverletzungen in El Salvador leugnen oder massiv beschönigen. Diese Haltung war der Förderung von Menschenrechten in El Salvador sicherlich nicht dienlich und dürfte lange Zeit dazu beigetragen haben, die Position repressiver Kräfte zu stärken. Wer im Abkommen von Mexico Punkt für Punkt nachliest, für welche elementaren rechtsstaatlichen Grundsätze offensichtlich ein vertraglicher Regelungsbedarf bestand, der wird die von der CDU hochgehaltene Behauptung, daß mit der Wahl eines christdemokratischen Präsidenten in El Salvador die Demokratie eingekehrt sei, als das zu würdigen wissen, was sie war – als Propaganda.

R. P.

Das Abkommen sieht darüber hinaus die Schaffung einer neuen Polizei unter ziviler Leitung vor, in die Exkämpfer der FMLN auf allen Hierarchieebenen integriert werden sollen. Die gesamte Ausbildung des Heeres und dessen Beförderungspolitik sollen grundlegend geändert werden, eine Maßnahme, die nicht zuletzt auf die Brechung der Loyalität der Jahrgangsklassen (Tandonas) zielt, deren Mitglieder in der Vergangenheit unabhängig von ihrer persönlichen Leistung schubweise in der Hierarchie aufrückten. Mit dem Verfassungspassus, daß das Militär der zivilen Gewalt untergeordnet ist und nur zur Verteidigung der nationalen Souveränität eingesetzt werden darf, wird der in Lateinamerika verbreiteten Doktrin der „Nationalen Sicherheit“, mit der die Militärs ihren Einsatz gegen die innere „Subversion“ legitimierten, der Boden entzogen.

Zur Durchsetzung der Menschenrechte wird eine Art Bundesanwalt mit besonderen Befugnissen eingerichtet, für die Reform des Justizwesens sind präzise Festlegungen getroffen worden. Die Umsetzung des gesamten Abkommens einschließlich der Überwachung der Menschenrechte wird durch eine Friedenstruppe der UNO (UNOSAL) und eine Kommission zur Überwachung der Abkommen (Copaz), der Mitglieder der Regierung, der Parteien und der Guerillagruppen angehören, sichergestellt. Die Zusammensetzung von Copaz ist, wenn man die Christdemokraten zur Opposition zählt, paritätisch. Copaz werden im Ab-

»Leicht verständlich und gut zu lesen«



WIGLAF DROSTE

MEIN KAMPF, DEIN KAMPF Was das Dasein ungenießbar macht, gehört an den Pranger gestellt. Und da kommt natürlich einiges zusammen. Drostes verbaler Racheakt an der Misere besteht denn auch in respektloser Angriffslust. Seinen kritischen Attacken und bissigen Spottlust entgeht kein pathologischer Aspekt in Politik, Kultur Sport, und vermischem Alltagsleben. Illustriert von Rattelschneck. Broschur 19,80 DM.

Edition Nautilus

Am Brink 10 / W-2050 Hamburg 80

El Salvador...

kommen reale Entscheidungsbefugnisse eingeräumt, die über diejenigen des Parlamentes hinausreichen.

Die Realitätstüchtigkeit des Abkommens ist danach zu bewerten, inwieweit es an die gesellschaftliche Realität El Salvadors anknüpft. Da sind die Voraussetzungen nicht so schlecht. Unter dem Druck der Verhältnisse – der internationalen Öffentlichkeit, der internen sozialen Bewegungen und nicht zuletzt der Erfordernisse ökonomischer Rationalität – setzte sich die „moderne“ Rechte in El Salvador in den letzten Jahren zunehmend von den Teilen der einheimischen Oligarchie ab, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollten. Im Kampf gegen Repression und für eine politische Lösung des Konfliktes haben Zivilität und Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in den Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und den Institutionen deutlich an Boden gewonnen. Seit sechs Monaten arbeitet eine Voraustruppe von UNOSAL als Resultat eines ersten Teilabkommens zwischen FMLN und Regierung in El Salvador. Ergebnis ist eine deutlich verbesserte Überwachung gegen Menschenrechtsverletzungen.

Bei der Bewertung des Abkommens ist auch zu berücksichtigen, daß das Militär in El Salvador keine ausschließlich repressive Tradition hat. Anfang der siebziger Jahre war es durchaus nicht unüblich, daß pensionierte Militärs auf den Listen der Linken zu den Wahlen kandidierten. Bis 1980 gab es in der salvadorianischen Armee einen starken reformerischen Flügel, der bezeichnenderweise von einer Regierungsjunta ausgeschaltet wurde, der der Christdemokrat Napoleon Duarte angehörte.

Das jetzt abgeschlossene Abkommen kann dazu beitragen, die nach wie vor starken reaktionären Kräfte so zu schwächen, daß sie in absehbarer Zeit nicht die Initiative zurückgewinnen können. Das wäre ein historischer Durchbruch, in seiner Bedeutung durchaus den demokratischen Revolutionen in Osteuropa vergleichbar, auch wenn die Parallelen zwischen diesen Prozessen ansonsten begrenzt sind.

Ohne das Faustpfand „militärische Schlagkraft“ der FMLN wäre das Abkommen vom 16. Januar nicht möglich gewesen. Was ungezählte Berater aus den USA in zahlreichen Missionen nicht durchsetzen konnten, wie zum Beispiel eine grundlegende Reform des Justizwesens, rückt nun in den Bereich des Möglichen. Der von der „modernen“ Rechten in El Salvador gewünschte wirtschaftliche Wiederaufschwung ist nur bei Beendigung des Bürgerkrieges zu haben. Dazu mußten gegenüber der FMLN entscheidende Konzessionen gemacht werden.

El Salvador zur Wirkungsmächtigkeit sozialer Bewegungen Internationale Solidaritätsarbeit hat zur Zeit keine Konjunktur. Die einen haben sich abgewendet, weil weit und breit keine Befreiungsbewegung in Sicht ist, die sich als Hoffnungsträger für die Schaffung eines „neuen Menschen“ oder eines völlig neuen Gesellschaftsmodells anbietet, die anderen werfen bisheriger Solidaritätsarbeit gerade vor, daß sie mit ihrer Unterstützung von „utopischen“ Bewegungen letztlich Diktaturen zum Durchbruch verhilft.

Die reale Solidaritätsarbeit zu El Salvador hatte viele Facetten. So konnte die Guerrilla in den von ihr kontrollierten Zonen immer auf die Unterstützung von Ausländern zählen, die dort als Ärzte, Priester oder Computerspezialisten, die die Codes zur Verschlüsselung des Funkverkehrs der Gegenseite knackten, tätig waren. Sie haben Anteil daran, daß die FMLN trotz der massiven militärischen, wirtschaftlichen und politischen Intervention der USA ihre Kampfkraft im wesentlichen behaupten konnte.

Ab 1983/84 gewann die direkte Unterstützung der schrittweise wieder legal operierenden sozialen Bewegungen in San Salvador einen zentralen Stellenwert. Durch Finanzzuweisungen – Gelder für den Freikauf politischer Gefangener eingeschlossen – Zeitungsanzeigen, persönliche Präsenz, Interventionen über die vor Ort vertretenen Botschaften u.ä. hat die Solidaritätsarbeit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, den politischen Spielraum wieder schrittweise auszudehnen.

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit in den Metropolen zielte unter anderem auf die Debatte von Menschenrechtskriterien für die Wirtschafts- und Militärhilfe in den USA oder der Entwicklungshilfe der Bundesregierung.

Auch wenn die politischen Verhältnisse wie etwa in der Bundesrepublik aufgrund von Parteiloyalitäten festgefahren waren, die Tatsache, daß die Administration der USA die Christiani-Regierung in El Salvador zuletzt deutlich unter Druck gesetzt hat, das Waffenstillstandsabkommen zu akzeptieren, hängt nicht nur mit der veränderten Weltlage zusammen. Eine Voraussetzung war sicher die jahrelange intensive Arbeit von Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen in den USA, die es geschafft hatten, daß sich ihre Regierung Jahr für Jahr sehr intensiv mit der Menschenrechtslage in El Salvador befassen mußte.

Die Durchsetzungsfähigkeit von Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt hängt heute mehr denn je davon ab, ob sie ihre Zwecke der internationalen Öffentlichkeit vermitteln können. Der Solidaritätsarbeit kommt da eine wichtige Funktion zu, nicht nur in eine Richtung: In dem Maße wie die Weltöffentlichkeit für die Men-

schenrechtslage in El Salvador sensibilisiert wurde, mußte sich auch die FMLN kritisch hinsichtlich ihrer Menschenrechtspraxis hinterfragen und untersuchen lassen.

In der internationalen völkerrechtlichen Diskussion und Praxis gewinnt eine mit der Durchsetzung von Menschenrechten begründete Intervention, beziehungsweise Aussetzung des Souveränitätsprinzips rasch zunehmende Bedeutung. Die Tatsache, daß beide Bürgerkriegsparteien in El Salvador übereingekommen sind, die Menschenrechtslage in ihrem Land detailliert durch UN-Inspektoren vor Ort überwachen und verifizieren zu lassen, stellt in diesem Zusammenhang einen neuen qualitativen Schritt dar.

El Salvador ist auch eines derjenigen Länder, in denen sich die dort ansässigen EG-Botschafter – darunter auch diejenigen der Bundesrepublik – schon seit Jahren intensiv in Menschenrechtsfragen „einmischen“. Ein deutscher Botschafter mußte deshalb aufgrund von Drohungen der extremen Rechten das Land verlassen.

In beiden Bereichen hat die Solidaritätsbewegung wichtige Vorarbeit geleistet. Ihre Mitglieder haben durch ihre persönliche Präsenz Wiederansiedlungen von Flüchtlingen vor Armeeübergreifen, Gewerkschafts- und Menschenrechtsaktivisten vor Terroranschlägen und Verhaftungen „geschützt“. Durch permanentes Nachfassen vor Ort und in der Öffentlichkeit wurde eine relativ neue Dimension diplomatischer Tätigkeit angestoßen und ausgeweitet.

Jenseits der großen Debatten über Entwicklungsmodelle und Projektionen unerfüllter Hoffnungen, hat sich im Falle El Salvadors eine Praxis pragmatischer und zum Teil professionalisierter Solidaritätsarbeit herausgebildet, die mit gezielten Interventionen konkrete Teilerfolge erzielen kann und will. Die letzten zehn Jahre bieten insofern viel Anschauungsmaterial für alle diejenigen, die daran festhalten, daß internationale Solidaritätsarbeit eine wichtige Aufgabe sozialer Bewegungen bleibt.

Perspektiven Sicher, die elenden Lebensbedingungen von Millionen von Salvadorianern werden sich so schnell nicht ändern. Gerade in seinen soziökonomischen Teilen bleibt das vereinbarte Abkommen weitgehend bei relativ vagen Absichtserklärungen. Dies ist Konsequenz der Tatsache, daß auch die Linke in El Salvador über kein Patentrezept zur raschen Verwirklichung von mehr Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit verfügt.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn der Weg hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit konsolidiert werden könnte. Hier bieten sich für die weitere Solidaritätsarbeit zwei Ansatzpunkte:

Die Kontakte mit sozialen Bewegungen in El Salvador müssen ausgebaut werden.

Dabei sollten nicht in erster Linie ökonomische Projekte gefördert werden. Dies werden andere machen. Die Solidaritätsbewegung sollte sich darauf konzentrieren, die Interventionsfähigkeit von Gewerkschaften, Bauern-, Frauenverbänden etc. zu erhöhen. Die Stärke und Durchsetzungsfähigkeit dieser Verbände wird für die Konsolidierung des eingeleiteten Demokratisierungsprozesses mitentscheidend sein.

Von der Bundesregierung sollte gefordert werden, daß sie Einsichten der Entwicklungspolitischen Diskussion der letzten Jahre am Beispiel El Salvadors exemplarisch umsetzt.

Demnach kommt es in der Entwicklungspolitik nicht so sehr darauf an, dort ein Krankenhaus zu planen und hier eine Brücke zu bauen, sondern vielmehr darauf, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu verbessern.

Das Friedensabkommen bietet dazu hervorragende Ansatzpunkte. So könnte die Bundesregierung in der wiederaufzunehmenden Entwicklungszusammenarbeit unter anderem folgende Maßnahmen vorsehen:

- Einrichtung eines Reintegrationsfonds für demobilisierte Mitglieder der FMLN und der Sicherheitskräfte, der den Prozeß der Wiedereingliederung ins Zivilleben fördert.
- Ausbildung von Kämpfern der FMLN zu Offizieren der neu zu schaffenden zivilen Polizei auf der Polizeiakademie in Hilstrup.
- Subventionierung des Finanzhaushaltes des neugeschaffenen Generalanwaltes für Menschenrechte.
- Finanzielle und technische Assistenz bei der Reform des Justizwesens.
- Technische Assistenz bei den durchzuführenden Agrarreformmaßnahmen, beziehungsweise der betriebswirtschaftlichen Konsolidierung existierender Kooperativen.

Vor dem Hintergrund, daß die Bürgerkriegsparteien in El Salvador es geschafft haben, sich gemeinsam über zentrale gesellschaftliche Reformen zu verständigen, sollte es denkbar sein, daß es auch in der Bundesrepublik zwischen der Bundesregierung und den Nichtregierungsorganisationen, die seit Jahren zu El Salvador arbeiten, zu einem Dialog über die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit mit El Salvador kommt. Eine solche Diskussion kann, auch wenn sie sicher unter Konflikten verläuft, für alle Beteiligten produktiv sein. ■

Stellen wir uns vor: Im Jahre 1988 hätte sich herausgestellt, der Verfassungsschutz hätte riesige Datenbestände über Politiker der Opposition gesammelt, die durch Nötigung und Erpressung und unter Bruch von Grundrechten zustande gekommen wären: Die Forderung der Opposition angesichts dieses Skandals wäre gewesen, den gesamten Datenbestand sofort zu vernichten. Die Medien hätten dieser Forderung – zähneknirschend bis wohlwollend – zugestimmt; die Regierung hätte sich dieser Forderung kleinlaut angeschlossen.

Die Realität ist anders. Nicht nur wird der Datenbestand nicht vernichtet, es wird sogar eigens ein Amt geschaffen – Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes –, dessen Aufgabe es ist, diesen Datenbestand zu sichern und zu erfassen und den Betroffenen die Möglichkeit der Akteneinsicht zu eröffnen. Ist Irrsinn Methode geworden? Was bedeutet der Wechsel der rechtlichen Perspektive?

In der alten Bundesrepublik Deutschland war das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ als Grundrecht anerkannt. Dieses Recht setzt einen Staat voraus, der das „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ prinzipiell respektiert. Demgegenüber kann ein grundrechtlicher Schutz gegenüber einem Staat, der sich für berechtigt gehalten hat, Lebensentwürfe und Lebensplanungen zu verändern, nicht durch Gewährleistung eines „informationellen Selbstbestimmungsrechts“ realisiert werden. In den Datenbeständen sind Bausteine persönlicher Identitäten gesammelt, und Schutz des einzelnen kann nur darin bestehen, sich dieser Bausteine zu vergewissern. Das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ und das „Recht auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ stehen quer zu einander, weil sie sich auf unterschiedliche Staatspraxen beziehen.

Es hätte alles vermieden werden können, wenn die Vereinigung Deutschlands konsequent betrieben worden wäre: Wäre die Vereinigung über Artikel 146 des Grundgesetzes erfolgt, so hätten die beiden deutschen Staaten zeitlich einen endlichen Bestand gehabt und das „Recht auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ hätte sich zu Recht auf die DDR bezogen und insofern seinen guten politischen Sinn gehabt. Wäre die Vereinigung über Artikel 23 des Grundgesetzes konsequent erfolgt, so hätten die Datenbestände des Staatssicherheitsdienstes sofort vernichtet werden müssen. Das Dilemma ist mithin dadurch entstanden, daß weder der Weg des Artikel 146 GG noch der Weg des Artikel 23 GG konsequent verfolgt worden sind. Manchmal bringt der Mittelweg den Tod.

Die Folgen der Gewährleistung zweier Rechte, die unvereinbar miteinander sind, erleben wir zur Zeit täglich: Aus den Akten

des „Stasi“ werden der staunenden Öffentlichkeit Informationen präsentiert, und in der Öffentlichkeit erfolgt deren Bewertung. Weder gibt es eine „Verfahrensordnung“, in dessen Rahmen „Angeklagte“ ihre Sicht der Dinge darlegen können und dürfen, noch gibt es einen „Moralkodex“, der Kriterien für die Beurteilung der Fakten an die Hand gibt. Deswegen ist jede Person, die sich in der Öffentlichkeit zu Wort meldet, einerseits „Ankläger“, aber gleichzeitig in Gefahr „Angeklagter“ zu werden; chamäleonartig scheinen sich Opfer in Täter, Täter in Opfer zu verwandeln. Der Beurteilungsmaßstab pendelt zwischen moralischem Rigorismus und praktischem Opportunismus.

RECHT

Rechts- Brüche

Die Widersprüche zwischen dem „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ und dem „Recht auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ sind erklärbar, aber politisch nicht zu beiseitigen. Wie also mit den Widersprüchen leben?

Eine Antwort stellen die Forderungen nach „Tribunalen“, „Foren“, nach einer Enquete-Kommission dar. Im

Kern geht es um die öffentlich zu diskutierende Frage, welches Maß an Zivilcourage, Anpassung und Widerstand eine demokratische Gesellschaft von ihren Mitgliedern erwarten kann und darf. Für die Bewertung der Vergangenheit in der ehemaligen DDR, aber auch für die Bewertung der Zukunft in Deutschland, gibt es keine moralischen oder politischen Parameter, von denen behauptet werden könnte, über sie bestehe Konsens. In diesem Sinne zielt die Forderung nach „Tribunalen“, „Foren“ auf einen gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozeß – wenn man so will auf einen neuen *contrat social*. Dies kann und muß immer Aufgabe der Gesellschaft bleiben und kann nicht Institutionen, Gerichten, Behörden oder Parlamenten überantwortet werden. „Tribunale“ sind geeignete Veranstaltungen, allerdings nur dann, wenn nicht bereits vor Beginn des Tribunals die Entscheidungskriterien feststehen; „Foren“ sind geeignete Veranstaltungen, allerdings nur dann, wenn sie auch darauf abzielen, politische und moralische Kriterien für politisches Handeln zu entwickeln; die Einrichtung einer „Enquete-Kommission“ ist politisch sinnvoll, allerdings nur dann, wenn sie neben „Foren“ und „Tribunalen“ durchgeführt wird und sie nicht ersetzt.

Eine Gesellschaft, die sich der durch ihre eigene Vergangenheit provozierten Diskussion um die Moralität politischen Handelns nicht stellt, sondern diese Aufgabe abschiebt an Justiz, Exekutive und Parlamente, gefährdet Demokratie: Nur in dem Maße, in dem es gelingt, die durch das „Recht auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ provozierten Widersprüche auszutragen, auszuhalten, auszutarieren, wird es auch gelingen, das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ zu sichern.

Uwe Günther

Meine Freundinnen und ich hatten fest mit der Einladung unseres Karnevalsvereins zur Verleihung des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ gerechnet. Die Kostüme – wir wollten als ungarische Husarenmädchen gehen – standen schon fest, als uns die kleinkarierte und spitzelmäßige Nachricht vom Festausschuß erreichte: Alle TeilnehmerInnen der Prunksitzung müssen sich einer Urinprobe unterziehen. Der Verdacht auf gedopte Fröhlichkeit müsse ausgeschlossen werden, nachdem *eine Kampagne mit einer Mischung aus bekannten Tatsachen, Falschmeldungen und Spekulationen gegen DIE JECKEN läuft, die den Eindruck erwecken soll, man würde sich um eine Auseinandersetzung über unechte Clowns in den eigenen Reihen drücken*. Höchst beleidigend diese Form der Vorverurteilung! – als ob wir wie die olympischen Läuferinnen kollektiv in einen Topf pinkeln würden, um unehrliche Faschingsabsichten zu vertuschen.

Abgesehen davon hatten wir mit der bunten Kleidung noch anderes im Sinn. Die flatternden Bänder des Kopfschmucks sollten Zeichen der Multikulturalität sein und waren deswegen auch für den 8. März, den Internationalen Frauentag, fest eingeplant. Auf der Demo für einen Weltfrauensicherheitsrat wären wir damit als „getürkte Türkinnen“² durchgegangen, um so die erhoffte frische Brise in deutsche Diskussionen um Ausländerfeindlichkeit und Stasi-Vergangenheit zu bringen.

Die Lust dazu war uns vergangen, wenn noch nicht einmal mehr bescheidene Auftritte ohne Kontrolle in „Mainz, wie es singt und lacht“ mehr möglich sind. Sehr verärgert über das Ansinnen unseres Vereins, forderten wir weitere Erklärungen. Wo er sich in der Vergangenheit doch immer seines beißenden Humors in Sachen Volkszählung rühmte und nun plötzlich glaubt, Formblätter verschicken zu müssen, mit denen eine *Einverständniserklärung für den Bundesbeauftragten gesamtdeutscher Narrenkappen und Angaben über die Wohnsitze in den letzten 10 Jahren(!)* abgegeben werden sollen.

Nach dem Bekanntwerden des unechten Clowns Dirk Schneider, für den so viele in der Vergangenheit schwärmten und gegen dessen Auftritte wenige gewesen waren, wird nun

betont, daß eben jene Meldung der Agententätigkeit eine *bekannte Tatsache* war (ergo niemand überrascht sein müsse), es komme nun darauf an, *rückhaltlos aufzuklären: DIE JECKEN müssen unseres Erachtens ein sehr großes Interesse daran haben... Nur so scheint uns eine politische und menschliche Verarbeitung geleistet werden zu können, nur so kann die Integrität, die unseren Verein stets auszeichnete, gewahrt werden*.

Mit anderen Worten: Man konzediert, daß die Tatsache wahr war, sie aber keinen Einfluß auf die Integrität gehabt habe. Deswegen wird defensiv und irgendwie auch dreist dieses Bekanntwerden folgerichtig als „Kampagne“ bezeichnet, weil

Pußta- Mädchen ohne Führungs- Offizier



es nur diesen einen falschen Clown gab. Überhaupt nicht belastet von der Spur eines Selbstzweifels wegen mangelnder Karnevalsstimmung heißt es dann weiter, daß sich der Festausschuß *auch dagegen (gegen diese Kampagne) verwahrt*. Wir werden auch *rechtlich dagegen* (gegen die Behauptung, in den Vorständen hätten 12 18 Informelle Mitarbeiter gegessen) *vorgehen*. Mit der *juristischen Wahrnehmung unserer Interessen haben wir Christian Ströbele beauftragt*.

Immer noch nicht besänftigt wegen der humorlosen Voraussetzungen für die Teilnahme an der Narrensitzung, kamen ergänzende Mitteilungen, um falsche Eindrücke in der Öffentlichkeit zu widerlegen: Vehement wurde die Mitarbeit einer der jetzigen Vorsitzenden des Vereins im „kommunistisch gesteuerten Kulturbund“ bestritten. Vor ihrer Mitgliedschaft im Karnevalsverein sei sie vielmehr *Mitglied im Verein der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Sparte Deutsche Pudel* gewesen. Beeindruckt von der *hohen Verantwortung, welche JournalistInnen haben*, betonte sie, wie *enttäuscht* sie über ihren ehemaligen Kollegen Henry Schramm sei (der sich ihr *als IM offenbarte*) und mit dem *es eine gute Zusammenarbeit* gab.

Und so kam es, daß wir alle enttäuscht waren. Jede und jeder aus verschiedenen Gründen. Und wie man sich vorstellen kann, war die Stimmung unter den Närrinnen und Narren irgendwie verdorben. Das mit der Urinprobe zur Verleihung des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ läuft nicht. Und falls doch: Mein Führungsoffizier dürfte davon keinesfalls erfahren.

Gisela Wülffing

1 Die kursiv gesetzten Passagen sind Zitate aus Briefen des Bundesvorstandes der Grünen, in denen er zu dem „Report“-Beitrag vom 3. Februar Stellung nimmt und Auszüge eines Anschreibens an ehemalige Mitglieder des Bundesvorstandes/der Bundestagsfraktion, das um Zusammenarbeit mit der Gauck-Behörde zur Überprüfung und zur Akteneinsicht wirbt „wg. Vergangenheits-Bewältigung“

2 Siehe auch taz vom 11. Februar: „Getürkte Türken Oder: Wer ist eigentlich der Ausländer?“ von Sinasi Dikmen

Einspruch

ULRICH HAUSMANN / UDO KNAPP

Erstaunlich ist es, was man von der Tapferkeit hört, welche die Freiheit ihren Verteidigern ins Herz gibt, und doch geschieht es alle Tage in allen Ländern von allen Menschen, daß ein Kerl hunderttausend Menschen demütigt und ihrer Freiheit beraubt – wer würde das glauben, wenn er es nur hörte und nicht mit ansehen müßte? Und gäbe es das nur bei fremden Völkern und in fernen Ländern und vom Hörensagen, wer möchte es nicht lieber für erdichtet und erfunden als für wahr halten? Noch dazu braucht man diesen einzigen Tyrannen gar nicht zu bekämpfen oder zu stürzen, er ist von selbst gestürzt, wenn das Land nur nicht in seine Knechtschaft einwilligt. Man braucht ihm nichts zu entziehen, sondern nur nichts zu geben. Das Land braucht sich gar nicht der Mühe zu unterziehen, für sich etwas zu tun, wenn es nur nichts gegen sich tut. Die Völker sind es selbst, die sich quälen lassen, denn würden sie Schluß machen mit dem Dienen, so wären sie frei davon.

*Étienne de La Boétie,
Von der freiwilligen Knechtschaft*

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme, die deutsche Wiedervereinigung und all die sich addierenden Kenntnisse über das Funktionieren, die alltäglichen Nickligkeiten und die großen Verbrechen des Realsozialismus haben, so muß man es zunächst einmal ganz nüchtern konstatieren, all jenen recht gegeben, die die liberale und linke Öffentlichkeit in Westeuropa des Antikommunismus und des „Kalten-Kriegertums“ geziehen hatte. Kein Film von Hitchcock, kein Spionagethriller von John Le Carré, der am Ende nicht doch recht bekäme. Und im Umkehrschluß wird die linke Opposition – mal hämisch, mal selbstmitleidig – im Westen gleichgesetzt mit den Machthabern im Osten und ihren Kollaborateuren. Dem gilt unser Einspruch. Der Sozialismus und Spontaneismus, ja selbst die K-Gruppen, im Ausgang der Studentenbewegung gehören eben nicht, wie Elisabeth Weber in der letzten *Kommune* schrieb, in dieselbe Tradition des ideologischen Kampfes, wie sie für die kommunistischen Machtapparate im Osten galt.

Im Detail, im Umgang mit Freunden und Gegnern waren sie gewiß nicht selten noch schlimmer, noch autoritärer. Und natürlich haben wir in unserer politischen Geschichte vor, während und nach 1968 zeitweilig

Ideale verfochten, die sich in nichts von denen eines Stalin oder Lenin unterscheiden. Auch die Ausrede „Rosa Luxemburg“ hilft nicht viel. Man kann sie getrost in diese Reihe stellen, denn ihr „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ bezog sich ja nur auf den andersdenkenden Sozialisten. Für die Bourgeoisie dagegen hatte sie ihre wenig liberale oder libertäre Parole bereit: „Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“ Unehrlieh der, der an jenen Bewegungen teilnahm und nun behauptet, er wäre nicht bereit gewesen, zugunsten seiner politischen Ziele den Satz „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ zu unterschreiben. Oder, wie es der tschechische Lyriker Jan Skacel formulierte: „Ein Brunnlein gibt es voller Blut und jeder trank einmal daraus/... Ein Brunnlein gibt es voller Blut/ an dem ein jeder schon geruht.“

Aber dennoch: Wir im Westen taten, was wir taten, in Fundamentalopposition zu den demokratischen Systemen, in denen wir lebten. Unsere Politik war das Gegenteil von Kollaboration mit den Machthabern – aus welchen Motiven auch immer. Und nebenbei: Wir können von Glück sagen, daß wir dank der Vernunft der überwältigenden Mehrheit der Westdeutschen nie – was die revolutionären oder sektiererischen Utopien anging – über das Stadium unbedeutender Splittergruppen hinausgelangten. Ein Wolfgang Templin dagegen, der – vielleicht aus ähnlichen Idealen heraus wie wir – meinte, mit der SED zusammenarbeiten zu müssen, arbeitete mit den Machthabern eines totalen Regimes daran, die Möglichkeiten freier Öffentlichkeit und freier Entscheidung noch enger zu machen, wenn man so will, den Staat noch mehr zu totalisieren. Und das im übrigen auch zu einer emblematischen Zeit: als nämlich die Panzer der Volksarmee in die CSSR rollten.

Die Opposition im Westen, auch wenn ihre Motive gleichermaßen autoritär waren, bewirkte doch etwas ganz anderes: In einer demokratischen Öffentlichkeit erweiterte sie gerade durch ihre fundamentale Opposition letztendlich die Spielräume der Pluralität.

Eine politisch vergleichbare Fundamentalopposition hat es in der DDR nie gegeben. Der grundlegende Unterschied *in den Taten* läßt sich nicht dadurch wegweisen, daß man auf die Ähnlichkeit der Motive abhebt. Nicht, daß es illegitim wäre, die Motive zu erforschen, aus denen heraus jemand sich so verhielt, wie er sich verhielt. Auch damit gilt es sich auseinanderzusetzen. Aber die Motive jedes einzelnen sind nicht Gegenstand dessen, was er gegenüber der Öffentlichkeit zu verantworten hat. Hier gilt einzig *Was* eine oder einer getan hat. Wie Hannah Arendt einmal schrieb, ist dem, der das Gute gewollt und doch das Falsche hervorbrachte, allemal derjenige vorzuziehen, der in schlechter Absicht das Richtige bewirkte.

Hinter der psychologisierenden Frage nach den Motiven jedoch, von deren Beantwortung man Aufschluß darüber erwartet, wie ein solches System funktionieren konnte, geht jene einfache Erkenntnis verloren, auf die vor mehr als vierhundert Jahren Étienne de La Boétie in seinem Traktat über die freiwillige Knechtschaft verwies, dem wir unser Motto entlehnten: Es sind die Menschen selbst, die durch ihr Einverständnis das Funktionieren des Regimes ermöglichen. Es gibt einzelne ExDDRler, die das entsetzt an sich selbst bemerken. „Wir hatten einfach keinen Mut, keine Zivilcourage. Kein Volk von Widerstandskämpfern. Vom Opfer, das wir alle gewesen sein möchten, werden wir wenige Spuren finden“ stellt Regine Marquardt, Herausgeberin des *Mecklenburger Aufbruch* aus Schwerin fest.

In eben diesem Sinne hat die spontaneistische, anarchistische, trotzkistische, maoistische Linke der Bundesrepublik, sofern sie nicht Zubringerdienste für irgendeine Moskauer, Pekinger oder Ostberliner Regierung leistete, sich nicht dasselbe vorzuwerfen, wie diejenigen die diese Regime stützten. Selbst als diese bereits ersichtlich zusammengebrochen waren und jeglichen Konsens verloren hatten, wollten sie sie noch immer renovieren und erneuern. Inso-

fern ist das Argument nur scheinbar paradox, daß nicht wenige der ernsthaftesten Opponenten des SED-Regimes in Wirklichkeit seine treuesten, wenn auch mißverständlichen Anhänger waren. Das kann kein Vorwurf sein, ist aber ein nicht zu vernachlässigendes Problem und müßte an den inhaltlichen Positionen des „Bündnis 90“ überprüft werden.

Jede Seite hat ihre Last aus der konkreten Geschichte und ihrer Verantwortung dafür zu tragen, anstatt mit anklagendem Finger auf den anderen zu zeigen. Die alten Linken und Antiautoritären im Westen mußten und müssen sich mit dem auseinandersetzen, was sie im Westen angerichtet haben. Be dauerlicherweise haben das bei weitem nicht alle gemacht. In etwas verstellter Form bildete diese Aufarbeitung immerhin eines der verborgenen Kraftzentren in der innergrünen Auseinandersetzung um Freiheit und Demokratie. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Wenn es um die Neuorientierungen geht, die sich unvermeidlich aus den Umwälzungen in Osteuropa ergeben, dann steht der real existierende Sozialismus, das Sowjetsystem, vor Gericht.

Die Oktoberrevolution vermochte einen großen Teil der intellektuellen Welt Europas in ihren Bann zu ziehen, weil sie ein seit der französischen Revolution ausstehendes Versprechen einzulösen schien: Brüderlichkeit, also Gerechtigkeit. Um die Freiheit ging es den Bolschewisten in der Sowjetunion nie, und die Gerechtigkeit, um deretwillen so viele Intellektuelle selbst noch mit dem Stalinismus ihren Frieden machten, blieb schnell auf der Strecke. Die Diktatur der Partei war von Anfang an ungerechter als jeder noch so ungerechte bürgerlich eingehetzte Kapitalismus. Heute ist dieses Experiment, Freiheit und Gerechtigkeit auf eine Stufe zu stellen und in eine Staatsform zu gießen, gescheitert. Diese bittere Einsicht bedeutet für die europäische Linke, die sich immer an sozialistischen, demokratisch-sozialistischen oder sozialdemokratischen Idealen inspirierte, die Infragestellung all ihrer Grundwerte – was sie mal mehr, mal weniger wahrhaben will. Das ist, wenn man so will, eine Frage der Ideologie, eine Auseinandersetzung mit dem utopischen Denken. Und hier so meinen wir, ist die Antwort klar: Der Utopismus bringt nichts Gutes, ganz gleich in welcher Farbe. Aber es geht nicht nur um das. Es geht auch um konkrete Verantwortlichkeit, um Schuld wegen jener Millionen von Menschen und Schicksalen, die gegen ihren Willen für den Sozialismus geopfert wurden. Und dafür gibt es Namen und Adressen. Unverständlich bleibt, warum die gewichtigen Einreden von Koestler, Amery, Camus, Sperber und so vielen anderen von uns Linken und Antiautoritären belächelt und nicht ernst genommen wurden.

Wenig hilfreich für die gerade erst begonnene Diskussion ist es, wenn man alles zu einem „Brei des Herzens“ zusammenrührt, wie es so typisch für die öffentliche Debatte in der Bundesrepublik um Stasi, Schuld und Sühne und die Übernahme von Verantwortung ist. Da fungiert die Frage: *Wer von uns (im Westen) könnte sagen, er wäre kein Spitzel geworden?* als Modell einer Generalamnestie, als eine gewissermaßen kollektive deutsche Entlastungstheorie – im übrigen kaum ein Unterschied zu den Rechtfertigungen der Ernst v. Weizsäcker, Filbinger oder Kiesingers. Das Argumentationsmodell der gegenseitigen Entlastung ist deutscher, als die Mehrheit der Westdeutschen wohl je waren und sein wollten. Es konstruiert, wie die Nachkriegsgeneration über die Nazizeit, Gemeinsamkeiten über die ganz konkrete – und unterschiedliche – Geschichte in Ost und West hinweg.

Der Anspruch, jetzt über ein unterstelltes gesamtdeutsches Fehlen von Bürgermoral die Einheit grün-bürgerbewegter Motive herzustellen, wertet das Nationale zu der Form politischer Emanzipation auf. Vor der gegenseitigen Selbstbemitleidung und vor der großen Einheit des Verdängens wird derjenige, der wissen will, was sich abspielt hat und der die Übernahme von Verantwortung – nicht Strafe! – verlangt, zum Nestbeschmutzer. Um ihn abzuwehren, ex negativo also, stellt sich die Einheit her. Auf diese Weise emotional aufgeladen ist die Nation offen für Chauvinismus, verstellt sie sich die pragmatische und emotionslose Handhabung ökonomischer und ökologischer Interessen im Rahmen des relativ zufälligen nationalen Gefüges. Dem Kollektiv charmanterweise konturlos blieb, wird über die Politischschulungspädagogik neues Leben eingehaucht. Und auch das Sich-die Brust-Schlagen von westdeutschen Maoisten oder Anarchisten („Auch wir waren fürchterlich“ was ja stimmt, aber eben ganz anders) ist eher unangenehm und klebrig.

Richtig. Es ist kein Verdienst der Menschen im Westen, daß sie kein totalitäres Regime duldeten. Aber sie haben es – Verdienst hin, Verdienst her – nicht *getan*. Anders liegen die Dinge für jene Linke, die sich auf Moskau bezog, für die die Sowjetunion das Vaterland der Werktätigen war und die in Ostberlin die Hauptstadt des antifaschistischen Deutschlands erblickte – und in deren Sinne im Westen Politik machte. Sei es nun als Spion oder als Einflußagent der Stasi oder auch als – wie wir früher gesagt hätten – revisionistischer Überzeugungstäter. In gewisser Hinsicht war das „normal“ und nicht unerwartet. Tue keiner, der einer bestimmten Generation angehört hat, so, als habe er nicht gewußt, daß zum Beispiel die Westberliner SEW und ihre Hochschulgruppen, die ADSen, als verlängerter Arm der SED fungierten. Bei

den Weltjugendfestspielen in Ostberlin 1973 saßen Mitglieder der ADSen und der SEW neben den DDR-Zöllnern an den Übergangsstellen in Berlin, um Linksradikale an Grenzübertritt (und Störaktionen) zu hindern. Das wurde in bestimmter Hinsicht als normal abgebucht.

Was also ist an Fällen wie dem von Dirk Schneider oder jenem des *taz*-Redakteurs Til Meyer bemerkenswert? Wir denken, zunächst einmal die Tatsache, daß sie in der Tat als „Undercoveragents“ arbeiteten. Sie setzten sich nicht mehr, wie die sogenannten „Revis“ anfangs der siebziger Jahre, *offen* für ein ideologisches Weltbild ein, sondern arbeiteten, wohl wissend, daß ihre Auftraggeber wenig sympathieträftig waren, mit verdeckten Karten. Und für den Fall der Grünen – die SPD erwähnen wir nicht, weil sie nicht die Partei ist, auf die wir uns beziehen, aber daß auch sie und selbst die CDU (siehe den Franz-Josef-Strauß-Kredit für Honecker) ihre Realpolitik gegenüber den realsozialistischen Regimes noch aufarbeiten muß, scheint uns selbstverständlich – liegt das eigentlich Erschreckende darin, daß im Grunde die Mehrheit der „Ökopaxe“ wenig an den totalitären Regimes des Ostens auszusetzen hatte. Wer beispielsweise 1982/83 in Westberlin sich als eindeutiger Anhänger der Solidarnosc zu erkennen gab, für den war das mehrheitliche Echo aus der AL. Seit wann bist Du ein Freund des Katho-Faschismus? Es ist traurig, aber wahr: Die Frage der Menschenrechte war für die Mehrheit der Grünen nur in Termini der „3. Welt“ ein Problem. Das breite Bündnis aller oppositionellen und „Friedenskräfte“ und die staatsmächtige Unterstützung aus der DDR war erheblichen Teilen der Friedensbewegung allemal wichtiger, als zur Kenntnis zu nehmen, mit wem hier paktiert wurde. Es ist der nackte Zynismus, wenn heute Vertreter eines realpolitischen Opportunismus gegenüber den Regimes im Osten, die zugleich Basistheoremen des Stamokap keineswegs abgeneigt (siehe dazu die meisten haushaltspolitischen Reden und Anträge der Grünen im Bundestag mit Ausnahme von Jo Müller) waren, heute die Papiere jener hervorziehen, die sich bereits 1983/84 für ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft – als Regelmechanismus des wirtschaftlichen Handelns nicht als Lebensprinzip wohl gemerkt – einsetzten, um zu beweisen, daß die Grünen doch niemals vom realsozialistischen Bazillus befallen waren. Es spricht vieles dafür, daß diese Taktik des geschwinden Hemdenwechsels politisch erfolgreich sein wird. Ob es längerfristig einer freiheitlichen und pragmatischen Opposition gegen die hegemoniale Vormachtstellung der CDU zu einer Mehrheit verhilft, ist eher zweifelhaft. Eine klare, selbstkritische Stellungnahme

der neuen grünen Führungseliten zu den Vernebelungseffekten aus Ost und West jedenfalls steht noch aus.

Wir wünschen uns, daß möglichst alle, die sich verdeckt und mit gezinkten Karten, für Geld oder auch nicht, im Westen in den Dienst des SED-Staates stellten, bekannt werden. Bärbel Bohleys einfache Forderung, die Verantwortlichen sollten nichts weiter tun, als zunächst einmal einfach „eine Runde auszusetzen“ spricht: eine oder zwei Legislaturperioden zum Nachdenken zu nutzen, bevor sie wieder öffentliche Ämter anstreben, stimmen wir auch für die Grünen und die Bürgerbewegungen ausdrücklich zu.

In diesem Zusammenhang gilt es, mit einem weiteren Mythos in der Diskussion um die Stasi aufzuräumen. Es ist die tränenerfüllte Klage über den Verlust der DDR-Identität und die kollektive Diskriminierung der ExDDRler. Die Stasi-Diskussion und die Selbstgerechtigkeit der Westler führe zu einem Schwarzweißdenken, das letztlich alle Menschen aus der ExDDR auf die Anklagebank setze. Die Diskussion solle sich mäßigen, nur wer in der DDR gelebt habe, könne beurteilen, wie es wirklich war. In gewisser Hinsicht stimmt das. Aber gleichzeitig sollen und wollen die ExDDRler am gesamtdeutschen republikanischen Leben teilhaben – und das geht nur über eine offene Diskussion, die alle umfaßt.

Denkt man die Argumentation durch, dann steckt hinter ihr eine fatale Unfähigkeit oder mangelnde Bereitschaft, sich von dem Mief der eigenen Umgebung zu befreien. Übertragen wir das Argument auf eine bundesrepublikanische Erfahrung. Hätten wir also nur mit gleichzeitigen Lobreden auf die Deutschnationalen des 20. Juli über den NS-Staat reden dürfen? Weil andernfalls ja alle Deutschen auf die Anklagebank gesetzt würden (und wir „den anderen auch noch die Argumente liefern“ schlecht über uns zu denken)? Es ist doch wohl eher so, daß das Mißtrauen im Westen gerade deshalb wächst, weil man den Eindruck hat, es gibt im Osten so wenige, die sich mit der Vergangenheit wahrhaftig auseinandersetzen wollen. Selbst unter denen, die es könnten, aber nicht tun, weil sie meinen, die Wahrheit über einen Sascha Anderson schade den Ossis, ohne zu merken, daß es gerade diese Unterstellung eines „ideellen Gesamtossis“ (wenn man es in Anlehnung an Marx so formulieren mag) ist, die das alte totalitäre Denken weiterleben läßt, in dem das Individuum vor dem Ganzen zurückzutreten hatte. Wenn das Volk idiotisch ist – oder man es als solches empfindet: Warum soll die Einzelne oder der Einzelne sich dann nicht davon distanzieren?

In der Tyrannei, so hatte La Boétie bemerkt, geht Freundschaft verloren. Freund-

Der Muff von Jahrmillionen ...

Die Dinosaurier lebten vor 64 Millionen Jahren auf unserem Planeten. Alle sind sie ausgestorben, und das aus gutem Grund: „Zu viel Panzer, zu wenig Hirn“.

Auch in unserer multikulturellen Republik gibt es noch einige De-facto-Saurier (sie wissen es nur noch nicht). Sie bemühen sich redlich in ihren „Antifa-Kreisen“, „Soligruppen“ und – zur Zeit top-aktuell – „antirassistisch, antixenistisch, antinationalistisch“ orientierten Nischen, ihre ideologischen Panzer weiter zu pflegen. Für sie gibt es noch „die Bösen“ und „die Guten“. Sie selbst stehen natürlich auf der besseren Seite der Menschheit. Aus ihrer beschränkten Weitsicht opfern sie sich mit Vorliebe für die Unterdrückten dieser Erde, die manchmal als „ArbeiterInnen“, manchmal als „Frauen“ und heutzutage als „ZuwanderInnen“ – ganz nach Zeitgeist-Konjunktur – ans große Herz dieser mutigen KämpferInnen gedrückt werden (wobei denen bei dieser heftigen Umarmung nicht selten die Luft wegbleibt). Sie schimpfen ausnahmslos über alle, die regieren, sind fast gegen alles und künden wie anatolische Geschichtenerzähler in türkischen Cafés von einer fernen Zukunft, sind sie selbst jedoch unfähig, sie zu beeinflussen.

Nun haben sie ihr neuestes Thema entdeckt: die Zuwanderung, unter der sie – ganz monoperspektivisch – nur „Asyl“ verstehen. Ihre neue Beschäftigung: überall und immer AsylbewerberInnen zu „schützen“, ohne sie selbst zu fragen (denn selbstverständlich wissen sie – dank dem „richtigen Bewußtsein“ – besser als die Betroffenen, was gut für sie ist). In den neuen Bundesländern klagen bereits VertreterInnen der kirchlichen Flüchtlingsgruppen, daß sie diese Mächtegerm-Cowboys satt haben. Die kommen zumeist aus dem Westen und wissen selbstverständlich am besten, wie man mit „Faschos“ umgeht.

Für die linken Saurier gehören alle zur Gruppe der „Bösen“, die ihre Erkenntnis der einzig seligmachenden Wahrheit nicht teilen. Deshalb waren alle ihre Artikel in „antirassistischen Zeitschriften“ tyrannosaurusmäßig gegen die Bürgerbewegung, gegen Bündnis 90 und gegen die Grünen gerichtet. Dahinter steckt, daß sie – übrigens ähnlich wie die Bundesregierung – nicht akzeptieren, daß wir in einem Einwanderungsland leben und daß ein Einwanderungsland auch definieren muß, wie eine geregelte Zuwanderung erfolgen soll. Ihre Ablehnung eines Einwanderungsgesetzes offenbart: Der schreckliche Status quo ist ihnen allemal lieber als eine „nur“ gerechtere Alternative. Die EinwanderInnen und Flüchtlinge sind für sie nur StatistInnen im Kampf gegen das System.

Druckerzeugnisse wie den *Bayernkurier* oder das *Neue Deutschland* muten wir uns zwar gewöhnlich nicht zu, aber gelegentlich können wir uns des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß es beispielsweise mit der Einsicht beim *Bayernkurier* nicht schlechter bestellt ist als bei der Creme unserer linken Chefstrate-

gen. Der warnte am 11. Januar seine LeserInnen und die Menschen in Deutschland eindringlich vor einem Einwanderungsgesetz und seinen verheerenden Konsequenzen: „Im freiesten Deutschland der Geschichte können auch die Acht für die Deutschen kein Mehr an Freiheitsrechten herauschlagen. Statt dessen wollen sie jetzt mit einem an Absurdität nicht zu überbietenden Gesetzentwurf das Recht der von Kommunismus und Fremdherrschaft überrollten Deutschen einschränken, aus ihren Heimatgebieten jenseits von Oder und Neißة in die Bundesrepublik auszusiedeln. Ausländern soll dafür ein praktisch unbeschränktes Zuzugs- und Einbürgerungsrecht in Deutschland gewährt werden. Man traut seinen Augen nicht. Sie wollen die Bundesrepublik Deutschland in ein schrankenloses Einwanderungsland umwandeln. Bekäme dieser Entwurf im Parlament eine Mehrheit, ließe Deutschland Gefahr, zunächst das Sozialamt für die Dritte und Vierte Welt, dann Schauplatz einer Vielzahl ethnischer und religiöser Konflikte und schließlich selbst ein Armenhaus zu werden – wenn nicht die Deutschen einem solchen Niedergang ihrer Nation durch Volksaufstände ein Ende setzten. ... Ausländer sollen in vollem Umfang alle sozialen und politischen Rechte erhalten, die auch Deutschen zustehen. ... erklärten Konrad Weiß und Genossen in der Begründung zu ihrem Entwurf“, schreibt da ein Herbert Fischer. Immerhin gelang dem treuem CSU-Lakaien mit dieser abenteuerlichen Interpretation – inhaltlich pikanterweise genau das Gegenstück zu unseren rechtgläubigen Linkskritikern –, den Nachweis zu führen, daß die Saurierspecies nicht ausschließlich im linken Spektrum angesiedelt sein muß (zu viel ideologischer Panzer...).

Besonders erbost uns der „linke“ Vorwurf, unsere Entwürfe hätten eine geistige Verwandtschaft mit den Thesen von Heiner Geißler oder Richard von Weizsäcker. Dies weisen wir natürlich als frappierende Verwechslung von Original und Kopie entschieden zurück: Wenn jemand eine geistige Verwandtschaft hergestellt hat, dann diese Herren mit ihrem uns nicht unwillkommenen Ideenklau! Doch nach unseren schärfsten KritikerInnen werden wir dadurch zu Populisten, wobei sie auch schon mal ähnlich demagogisch und mindestens genauso falsch wie Schäuble argumentieren: „Ohne Grundgesetzänderung kann es kein Einwanderungsgesetz geben!“ Doch damit nicht genug der geistigen Verrenkungen: Manche fordern gar selbst ein Einwanderungsgesetz, jedoch ohne Quoten. Das ist ungefähr so, als wolle man ein Hefe-Weizen ganz ohne Hefe. Eine andere Quote, nämlich die 4,8 Prozent bei der letzten Bundestagswahl, läßt freundlich grüßen.

Vielleicht ist es manchmal ratsam, das eigene Unvermögen durch Schweigen nur vermuten zu lassen, statt es durch Reden tatkräftig unter Beweis zu stellen.

Ozan Ceyhan/Cem Özdemir

schaft klingt nicht nur heilig, sie ist es auch; sie entsteht nur zwischen guten Menschen und gründet sich auf gegenseitige Achtung, man erhält sie weniger durch Wohltaten als durch ein rechtschaffenes Leben. Ein Freund ist des anderen gewiß, weil er dessen Redlichkeit kennt...“ Freundschaft kann man jedoch nur mit einzelnen

schließen. Nicht zuletzt deshalb war Erich Mielkes Satz bei seinem letzten Auftritt in der Volkskammer: „Ich liebe Euch doch alle“ groteskes Emblem eines Regimes und eines Denkens, in dem die Tyrannei den einzelnen zum Verschwinden bringen wollte. Davon sollte wirklich nichts übrig bleiben. ■

Ökologie als bricolage?

Über Schwierigkeiten und Chancen, Ökologie in den Normalbetrieb zu integrieren

Martin Birke

Die neue S-Klasse von Mercedes ist zweifelsohne ein, wenn auch schillerndes Mahnmal für industriepolitischen „Mantaismus“ (B. Ulrich, *Kommune* 11/1991, S. 56) – nicht nur wegen seiner Energiebilanz: Pro Stück werden dreißig Tonnen Abfall produziert, wegen seiner Überbreite entstehen für die Autoreisezüge der Deutschen Bundesbahn hohe Umbaukosten. Ob als Backlash-Erscheinung oder als anti-ökologisches Luxusutensil – das neue Daimler-Produkt exemplifiziert die aktuellen Probleme einer „ökologischen Wende“ Daß diese nicht linear, in Etappen oder in strategischer Zuspitzung gelingen kann, ist angesichts der seit mehr als zehn Jahren diskutierten und erlebten „Zukunft der Arbeit“ offensichtlich.

End-of-the-pipe- oder clean technologies: Neuaufgabe der suggestiven Verbindung von Technik und Fortschritt? End-of-the-pipe Technologien, die dem ansonsten unveränderten Produktionsprozeß nachgeschaltet werden, sind als umweltpolitische Erst- und Feuerwehrmaßnahme unverzichtbar. Wie die Erfahrungen in den neuen Bundesländern überdeutlich illustrieren, ist die Behebung akuter Probleme, die Bewältigung der Altlasten, die Kontrolle und Reparatur von Produktionsverfahren auf Umwelttechnik angewiesen. Die westdeutschen Erfahrungen mit Kläranlagen, Abgaskatalysatoren, Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen zeigen je doch schon seit längerem, daß rein technischer Umweltschutz gegenüber dem Spektrum der industrieverursachten Ökologieprobleme zunehmend inadäquat wird. Oft erweist er sich als Verschlimmbesserung, da die Probleme des Ressourcenverbrauchs und der Ökologieverträglichkeit der Produkte offen gelassen werden, die „Entsorgung“ der Umweltprobleme stofflich verlagert und in die Zukunft verschoben wird.

Die Fixierung auf End-of-the-pipe-Technik wird nicht zuletzt durch die auf Kontrolle von Schadstoffemissionen konzentrierte staatliche Umweltpolitik gefördert. Aber auch das Zusammenspiel zwischen technisch-ökonomi-

scher Machbarkeitsideologie, hochtechnologischer Meßkultur und preußisch-bürokratischer Verwaltungskultur mit Gesetzen und Detailverordnungen ist an Effizienzgrenzen geraten: Von 100116 in der EG zugelassenen Chemikalien können nur 3500 mit zuverlässigen Meßverfahren kontrolliert werden; Verbotslisten und Auflagen bleiben wirkungslos, „weil wir das, was wir nicht kennen, nicht verbieten können“ (Griefahn *Manager-Magazin-Spezial* 2/91).

Demgegenüber wird integrierter Umweltschutztechnologie, die am Produktionsinput (Energie, Rohstoffe, Wasser, Bodenverbrauch) ansetzt, eine Verdrei- bis Verzehnfachung der Effizienz zugeschrieben. Auch unter Entwicklungs- und Fertigungsingenieuren scheint sich das Produktionsleitbild „integrierter Umweltschutz“ zu etablieren, nachdem in großen Chemieunternehmen erste Prototypen mit clean technologies entwickelt werden konnten. Auf Basis neuer und neu kombinierter technisch-stofflicher Verfahren und Produktentwicklungen gelang es, Umwelt- und Ressourcenschutz in die Produktion zu integrieren. Technische und stoffliche Produkt- und Verfahrensinnovationen, sogenannte „clean technologies“ rationalisieren in Kombination mit neuen computergestützten Kontrolltechniken den Ressourcenverbrauch, reduzieren Menge und Emission von Schadstoffen und eröffnen neue Optionen recyclingorientierter Produktgestaltung. Offen ist, ob diese bisher noch verein-



Vineland

Erzählerische Strategien und Spuren großer Vorbilder bei Thomas Pynchon

PETER KOCK

Siebzehn Jahre verstrichen zwischen der Veröffentlichung des monumentalen Romans der Moderne, des hochkomplexen aber noch herkömmlich lesbaren *Ulysses*, und dem Erscheinen von Joycens Spätwerk *Finnegans Wake*, dem Nachbuch in den Tiefen der Sprache. Genau siebzehn Jahre liegen auch zwischen *Gravity's Rainbow* Pynchons vielgerühmtem opus magnum, das nicht nur Amerikanisten als postmodernes Großwerk gilt, und Pynchons jüngstem Roman *Vineland* (1989 die deutsche Übersetzung liegt noch nicht vor). Die Erwartungen der Pynchon-Gemeinde waren hoch gespannt und wurden entsprechend enttäuscht: Die ersten Kritiken sprachen von einem altbacken-links-nostalgischen Politthriller mit stellenweise sogar kitschigen Passagen; das hätte man nun wirklich nicht erwartet!

Beim ersten Durchgang erweist sich *Vineland* tatsächlich als sehr viel leichter zu lesen; der Roman wuchert nicht so aus wie *Gravity's Rainbow* und ist straff um seinen Plot herum komponiert. Auch *Vineland* ist jedoch ein „typischer“ Pynchon mit den Motiven der obsessiven Suche, der paranoiden Verunsicherung, der einander ablösenden Handlungsstränge, des Ineinanders diverser Jargons und Diskurse, fröhlicher Wortwitze und sarkastischer Lyrik zwischendurch. Schon am Titel zeigt sich, worum es geht und daß mehr als eine Lesart angeboten wird. *Vineland* ist einmal das weinreiche Weinland Nordkaliforniens, in dem die Handlung spielt, ist ferner das Vinland des Norwegers Erik, wie Rushdie bemerkt hat, also des mythischen vorzeitlichen Amerika, ist darüber hinaus der Name eines Ortes, an dem ein sozialutopisches Experiment durchgeführt wurde, und es ist sicher auch „V in E Land“ (Bernid Klähn): V der Lieblingsbuchstabe Pynchons (sein erster Roman hieß schlicht V), im Elektronen-Land, in dem die Frage „Tube or not

Tube“ (Klähn), also das allgegenwärtige Fernsehen, sich in alle gesellschaftlichen Beziehungen zwingt.

Trotz dieser Vielzahl von Anspielungen läßt sich das Gerippe der Handlung oder, besser gesagt, ihre Oberfläche deutlich herausarbeiten, da als leitendes Thema die Frage nach der 68er Bewegung erscheint, und das, was aus ihr geworden ist. Die Handlung spielt 1984, also im Jahre Orwells und zum Zeitpunkt der Wiederwahl Reagans. Der gealterte Hippie Zoyd Wheeler, der sich in Nordkalifornien als Gelegenheitsarbeiter durchs Leben schlägt, muß seinen jährlichen Sprung durch ein Fenster in aller Öffentlichkeit (und das heißt: vor den Fernsehkameras) absolvieren, damit er mittels dieses „mental disability check“ an staatliche Sozialgelder kommt, als TÜV-geprüfter Irrer gewissermaßen. Schon hier zeigt sich die Umkehrung von Leben und medialem Reflex: Nicht nur zwingt einem die „Tube“ das Verhalten auf, sondern diese Handlung selbst wird als doppelte Simulation von Pynchon sarkastisch auf die Spitze getrieben: Das Fenster, durch das Zoyd springt, erweist sich als von wohlmeinenden Freunden mit Zuckerwatte präpariert. Nicht einmal die Simulation ist noch echt!

Im folgenden entspinnt sich die turbulente Handlung daraus, daß ins friedliche Vineland, das Rückzugsgebiet vieler haschrauchender Exrebellen eine Antidrogenkampagne der Reagan-Regierung einbricht, die im Grunde Teil eines Rollback gegenüber allen Errungenschaften der damaligen Bewegung ist. An der Spitze steht ein kryptofaschistischer Agent namens Brock Vond, der, wie sich schnell herausstellt, nicht in erster Linie versteckte Marihuanafelder aufspüren will, sondern Zoyds seit langem verschwundene Exfrau Frenesi sucht, mit der er ein Verhältnis hatte, oder Zoyds und Frenesis Tochter Prairie – ganz wird das nie klar. Zoyd taucht vorsichtshalber ebenso

unter wie Prairie, die dabei auf eine ehemalige Freundin Frenesis trifft, Darryl Louise (DL), die in japanischen Kampftechniken geschult ist und mittlerweile mit ihrem japanischen Partner Takeshita eine Art Rekreationscenter betreibt. Prairie, die sich nach ihrer Mutter sehnt, und DL rekonstruieren Frenesis damalige Rolle in der Studentenbewegung. Frenesi und DL waren Mitglieder einer radikalen Videofilmgruppe, die den Werdegang einer Campusrebellion miterlebten und dokumentierten. Im Filmarchiv der Gruppe ist die Geschichte dieser People's Republic of Rock'n Roll (PR³) festgehalten, die sich für unabhängig von Zentralstaat erklärt hatte und, bevor sie militärisch zerschlagen wurde, an inneren Zwistigkeiten zerbrach.

Frenesi arbeitete damals in einer Doppelrolle als Spitzel für ihren Geliebten Brock Vond und hat die Ermordung des Studentenführers Weed Atman, der der Zusammenarbeit mit der Polizei verdächtigt wurde, auf dem Gewissen, wurde dazu aber angestiftet von Brock. Danach mußte sie mit einer vom FBI verliehenen Identität als Undercover-Agentin mit einem neuen Mann (Flash, ebenfalls ein Überläufer) weiterleben. Die wechselseitigen Suchbewegungen treiben die Handlung trotz aller Verwirrlungen zügig voran. DL und ihr Partner sowie ein anderes Paar, Vato und Blood, ehemalige Vietnam-Veteranen, die einen Autoabschleppdienst betreiben, bilden dabei ein Verbindungsglied zu der Sekte der Thantoids, die sich in Vineland angesiedelt hat: Vietnam-Veteranen, die aufgrund ihrer Schuld nicht zur Ruhe kommen können und als eine Art Fasttote, fernseh-süchtige Larven, ein eigenartiges Zwischenreich bilden. In einem fröhlichen Meeting der Sippe Frenesis, alles gestandene linke Holzarbeiter und Gewerkschafter, deren älteste Mitglieder noch Joe Hill kannten, kulminiert die Handlung. Während hier

die Traditionen des linken Amerika mit der heutigen Generation zusammengeführt scheinen, wird Brock Vond von Vato und Blood, die als Todesboten auftreten, ins Totenreich geführt. Der Roman schließt mit einer Szene, in der sich Prairie, vom Familientreiben ermüdet, auf eine Lichtung im Wald zurückzieht und dort von Brock Vond träumt, der sie vorher gerade noch zu entführen versucht hatte. Aus diesem Traum wird sie durch ihren und Zoyds Hund aufgeweckt.

So doppel- oder mehrdeutig wie diese Szene ist vieles in dem Buch. Da liegt es nahe, sich zunächst an die Politstory zu halten, auch wenn Pynchon genügend Doppelböden eingezogen hat, um einer Einsträngigkeit zu entgehen. Man muß *Vineland* aber auch als politischen Roman ernst nehmen. Pynchon zeigt die PR³ zwar deutlich als Bewegung der weißen Jugend, die eigentlich als Teil der offiziellen amerikanischen Familie anerkannt werden möchte. Dennoch schien darin für Momente das Gefühl eines anderen Lebens auf. Die Faszination dieses utopischen „Zeitloches“ (Christa Wolf) überträgt sich noch über die alten Videos von der Gründungsfeier der PR³ die sich Prairie anschaut: „Even through the crude old color and distorted sound, Prairie could feel the liberation in the place that night, the faith that nothing could stand in the way of such joyous certainty. She'd never seen anything like it before.“

Der Haß auf die Nixons und Reagans, die all das als *counterforce*, als Gegenmacht bekämpfen und zerstören wollen, ist in dem Buch mit Händen zu greifen. In den Diskussionen der Frenesi-Sippe wird deutlich die Linie bis zur (geplanten) Invasion in Nicaragua und dem Antidrogenkrieg des CIA durchgezogen. „Now old Bush used to be head of CIA, so you figure it out.“ Der Leser kann sich aber nicht damit zufriedengeben, eine Tradition der Unterdrückung in der Politik des offiziellen Amerika bis zum heutigen Präsidenten nachzuziehen. Die Gegenseite ist nicht wesentlich anders strukturiert die paranoide Suche nach Spitzeln, die quälende Suche nach Verrätern gipfeln in einem politischen Mord. Verzerrt schlagen sich hier manche der Deformationen der Linken in diesem Jahrhundert nieder.

II. *Vineland* ist für den, der auf eindeutige Antworten aus ist, auf theoretische Zuordnungen, die es erlauben, ein Buch als begriffen abzuheben, äußerst unangenehm. Je länger man sich damit befaßt, desto größer werden die Zweifel, desto komplexer die Antworten, desto ausbreiteter die möglichen Untersuchungsansätze. Man bemerkt beim ersten Lesen rasch, daß *Vineland* gegenüber *Gravity's Rainbow* erheblich „flacher“ weniger komplex ist, stellt die politische Zuspitzung in der Handlung fest,

meint sich schon darüber amüsieren zu können, daß der Autor mit einer gewissen Entschlackung gegenüber *Gravity's Rainbow* und mit dem rigorosen Verankern der Handlung in der US-amerikanischen Gegenwart dem akademischen Pynchon-Kult einen Schlag zu versetzen scheint. Das ist sicher alles nicht einfach falsch, aber man gerät beim zweiten und dritten Lesen doch stark ins Grübeln.

Sicherlich, man war schon darauf eingestellt, daß Pynchon es liebt, seine Handlungsmomente und Erzählfragmente auf mehreren Ebenen zugleich anzustiedeln und, wenn ein Strang zu sehr die Oberhand zu gewinnen droht, ins Absurde, Komische, Burleske auszuweichen. Aber in *Vineland* scheint doch die politische story recht eindeutig im Vordergrund zu stehen. Dann merkt man, daß man bei der ersten Lektüre allzu bereitwillig akzeptiert hat, daß der ermordete Weed Atman wieder auftaucht, und stößt nun darauf, daß ganze Passagen, mindestens aber der letzte Teil des Buches im Totenreich spielen, zugleich aber auch in der Gegenwart.

Der Umschlag ins Irreale und Mythische durchzieht die erzählerische Mikrostruktur so sehr, daß ein nahezu permanenter Wechsel ins Irreale, Absurde, Phantastische erfolgt und von dort wieder ins überscharf Realistische zurückschlagen kann. Eine wichtige Funktion scheint hierbei die Komik zu spielen, die häufig an Umschlagspunkten auftritt, diese gleichsam markiert. Je erster die Themen sind, desto sicherer sind sie durchzogen von Witzen, Kalauern, gleiten sie ins TV Serienmäßige ab. Pynchons Witz ist sicherlich auch ein Verhüllungsmittel, um sich einer eindeutigen Festlegung, des Überhandnehmens einer Ebene, zu entziehen. Dennoch stehen diese so laut und lustig auftretenden Sprachspiele immer in vertracktem Bezug zur politischen und medialen Alltagsrealität der USA.

Freud benutzte die Begriffe Verdichtung und Verschiebung zur Kennzeichnung der Arbeitsweisen von Witzen und Träumen. Ineinanderübergehen und ständige Überblendung verschiedener Ebenen bilden nicht zufällig die entscheidenden strukturbildenden Prinzipien in *Vineland*. Das fängt bei den Figuren und ihrer Konturierung an und geht bis zu den parodistischen Elementen oder den Traumsequenzen.

Vorderhand kann man das sicherlich als Ausdruck von Pynchons Anstrengung interpretieren, sich eindeutigen Dichotomien von Leben und Tod, von 1 und 0, wie es der Computer ausdrücken würde, zu entziehen. Aber man hat als Leser das Gefühl, den Boden unter den Füßen weggezogen zu bekommen, wenn nicht einmal die Personen eindeutig zu fassen sind. Man war ja schon bereit, die comicartigen Züge der Personen als Kritik Pynchons an der amerikanischen Allgegenwärtigkeit der „tube“ hinzuneh-

men. Aber es geht über bloße Parodie weit hinaus. Vato und Blood verhalten sich nicht nur wie *Chip & Dale*, die Disneyschen Backenhörnchen, sondern sind zugleich Symbole antiker Todesboten. Je eindeutiger indes die Funktion der Personen wie in diesem Fall, desto schemenhafter und oberflächlicher ihre Psychologie. Die Figuren aber, die mehr Tiefe haben und die vom Erzähler sichtlich mit Sympathie beschrieben werden (Prairie, Frenesi, Zoyd) werden ihrerseits (mindestens) zwei Verfahren unterworfen, die eine Verfestigung zu einem „blutvollen“ prall-runden Existenzgefüge listig sabotieren.

Zum einen werden die Figuren zu Paaren geordnet, die miteinander korrespondieren und die ineinander übergehen. Von Zoyd läßt sich etwa eine Kette bilden zu Brock, zu Takeshi, später zu Flash. (Als sich Z. und F. treffen, heißt es, „it seemed like they'd exchanged lives“) Frenesi wird von DL ergänzt und gegengezeichnet, wie DL Takeshi, den Japaner, zum Partner hat. Zu dieser permanenten Spiegelung der Personen in und auseinander tritt als zweites, daß sämtliche Entwicklungslinien, vielleicht mit Ausnahme von Brock und Prairie, ins Unbestimmte verlaufen. Die Suche der Personen nach der Anderen (Frenesi), von Zoyd, Prairie, Brock, usw., verläuft nur auf der Oberfläche in der Schluß-Szenarie erfolgreich. Eine wirkliche Kommunikation, eine Lösung in diesem Sinne, findet nicht statt; als sie sich endlich gefunden haben, schweigen Frenesi und ihre Mutter Sasha (bzw. Prairie und Frenesi) und tanzen. Sprache als Verbindungsmittel versagt an den Punkten, die doch die entscheidenden sein könnten. Der so sprachmächtige Autor hegt scheinbar ein tiefes Mißtrauen gegen die Funktion des Sprechens, wirklichen Austausch unter Menschen zu ermöglichen. Letztlich bleiben seine Figuren isoliert und ziehen sich zurück, so wie früher Frenesi, die bei den Familienmeetings lange Streifzüge in den Wald unternahm, oder Prairie, die ihr das am Schluß des Buches nachmacht. Die mühelose, ohne Widerstand akzeptierte Entkörperung Brocks, der von Vato und Blood an den Hades geleitet wird, liegt ebenso auf der Linie, die Widersprüche nicht zuzuspitzen, um sie aufzulösen, sondern sie offenzuhalten und die Entwicklungslinien gleichsam auslaufen zu lassen.

Unter diesem Aspekt scheint mir auch der rätselhafte Schluß nicht für das Bild einer neuen Einheit mit der Natur (dem Hund) zu stehen, sondern als Herausreißen aus Träumen und Phantasien, als Hinweis auf das Heute, indem man zu Hause ist. Home, lautet das letzte Wort. Es steht nicht für eine Idylle, sondern enthält einen Appell: so müßte es (noch einmal) sein; zugleich enthält es das Wissen, so kann es nicht wieder sein. Der Stachel des Appells wirkt dennoch.

III. Angesichts dieser Schwierigkeiten, das Buch als Ganzes in den Griff zu bekommen, bieten sich eine Reihe von Möglichkeiten – gewissermaßen auf der Mikroebene. Mit genauer Sicht auf Details kann man Pynchons Arbeit oft besser erfassen als mit dem überfliegenden Blick. Fragen wir daher: Wie sind die Bezüge zu literarischen Vorläufern, wie geht Pynchon mit ihnen um und was läßt sich aus möglichen Parallelen ablesen?

Da ist zunächst einmal der offene Bezug auf literarische bzw. literaturtheoretische Kennmarken, der eher beiläufig und spöttisch erfolgt. So fällt einmal der Name von Robert Musil, der aber nur als TV-Serienheld auftaucht, oder das Theoretikerpaar Deleuze und Guattari, treten als Autoren einer Hochzeitsfeier-Anleitung auf. Daneben scheint es verdeckte Hinweise auf zeitgenössische Kollegen zu geben, die durchaus auf Pynchons Linie liegen: „White noise“ und „carpenters gothic“ sind nicht nur feststehende Begriffe, sondern waren zum Zeitpunkt der Handlung (1984) aktuelle Buchtitel von Don DeLillo und William Gaddis. In welchem Bezug steht *Vineland* aber zu den großen Autoren der angelsächsischen modernen Literatur, zu Joyce und Beckett?

Aus zwei mach drei Auch zu Joyce lassen sich verdeckte Anspielungen aufspüren, wenn etwa die Begriffe *transition* und *epiphany* kurz hintereinander auftreten. *Transition* war der Titel der Zeitschrift, in der Joyce *Finnegans Wake* vorab veröffentlichte – auch Becketts erste Aufsätze erschienen hier – und die Epiphanie ist eine der zentralen poetologischen Kategorien für den jungen Joyce. Zumindest eine Szene in *Vineland* ist auch inhaltlich eng an ein Joyce-Motiv angelehnt.

In der wüsten Phantasmagorie des Circe-Kapitels im *Ulysses*, in dem die Triebregungen des Unbewußten nach oben gespült und in eine groteske Handlungsszenarie übersetzt werden, läßt Joyce nicht nur die verschiedenen Persönlichkeitsinstanzen seiner Figuren aufeinandertreffen, das Es und das Über-Ich gleichsam selbstbewußt handelnd neben das Ich treten, sondern er setzt auch die verschiedenen Figuren, in Angesicht des anderen, zu etwas Neuem zusammen.

„Stephen und Bloom starren in den Spiegel. Das Gesicht William Shakespeares, bartlos, erscheint darin, starr von Gesichtslähmung“

Bloom und Stephen als idealer Vater und idealer Sohn verschmelzen zum Bild eines Dritten, von dem Stephen in der Bibliothek noch in einer spitzfindig scholastischen Beweisführung behauptet hatte, Shakespeare sei sein eigener Vater und Sohn gleichermaßen. Das spekulative Gespinnst gewinnt jetzt eine Scheinrealität, aber nur als erstarrtes Totenbild. Später im Roman kümmert sich Bloom väterlich um den betrun-

kenen und zusammengeschlagenen Stephen, aber ein gemeinsames Ideelles bringen sie nicht hervor in der nächtlichen Realität. Der umständliche Pragmatiker und der betrunkene Metaphysiker bilden keine Einheit; diese entsteht dann – ideell – erst an der Seite Mollys in ihrem großen Monolog.

Pynchon blendet nun ständig ebenfalls seine Figuren ineinander, denen es ja an psychologischer Tiefe, am klassisch strengen Über-Ich wie am triebhungrigen Es gleichermaßen gebricht (die Personen sind eher Mischformen aus Rest-Ich und Es, amalgamiert mit den gesellschaftlich vermittelten, mediatisierten Imaginationen des Fernsehens). So erblickt Takeshi Brock und „*thought for a terrified second or two it was himself and something radical, like death, had just happened*“ Auch hier hat das Ineinanderübergehen tödliche Züge; kurz danach wird Takeshi auch fast von DL getötet, weil sie ihn irrtümlich für Brock hält. Als Prairie, schon auf der Suche nach Frenesi, der sie verblüffend ähnlich sieht, sich in der Toilette eines Mafialandsitzes zurechtmacht, blickt sie in den Spiegel, „*imagining that what she saw was her mother's ghost*“ An einem kleinen Heben der Augenbraue erst merkt Prairie, daß jemand hinter ihr steht: es ist DL. Zusammen machen sie sich auf die Suche nach Frenesi.

Wo sich die Identitäten der Figuren immer mehr verwischen und diese selbst austauschbar werden, sind Geister und Tote ganz in der Nähe. Joyce hatte den Ehrgeiz, soviel wie möglich an Mythen und Themen in seine Bücher einzubinden, seine Polyphonie und die Vielstimmigkeit seiner Werke setzt ein letztes glorreiches Denkmal für den Schöpfer-Gott (den Autor), der die Puppen tanzen läßt und bei dem alle Fäden zusammenlaufen. Pynchon übernimmt die Vielstimmigkeit, aber nur, um die Ebene wechseln zu können und seiner Handlung mehrere Böden einzuziehen. Während Joyce einen Narren an der Unausdeutbarkeit der Mythen gefressen hatte, wiewohl er sie auch ins Alltägliche übersetzte, geht Pynchons Anstrengung viel eher dahin, die modernen Mythen und Bewußtseinsformen des heutigen Amerika bloßzustellen. Seine politischen Intentionen sind offenkundig.

Aus zwei mach eins. Aus eins wird keins... Über das Todesthema aber führt auch eine Brücke zu Beckett, der ja seiner-

seits sich, bei allem Respekt, schroff von Joyce abhebt mit seiner radikalen Reduktion auf das Nackte, das Nichtwissen, das Verstummen kurz vor dem Ende. Auch hier gibt es versteckte Hinweise wie etwa das Wort „*deathlessness*“ von Beckett gibt es eine Erzählung mit dem Titel *lessness/losigkeit* (1970).

„Ich weiß nicht mehr, wann ich gestorben bin“ fängt die Erzählung *Das Beruhigungsmittel* (1945) an. „Oder bin ich vielleicht in dieser Geschichte wieder zur Erde hinaufgestiegen, nach meinem Tode. Nein, das sieht mir nicht ähnlich“ In *Vineland* läßt sich ebenfalls nicht mehr deutlich unterscheiden, inwieweit die Handlung nicht bereits in einer Totenwelt spielt. – „And Weed .. would go back down the chipped and crumbling steps, back across a borderline, invisible but felt at its crossings, between worlds.“

Wanderer – nicht zwischen Welten, sondern Bewohner eines Zwischenreichs der Untoten – sind die Thanatoids. In *Die Stadt hinter dem Strom* von Hermann Kasack gibt es ein ähnliches Zwischenreich, in das ein noch Lebender eintritt. Dieser fordert die Soldaten, die ihren Tod, da er zu schnell eintrat, quasi noch nicht realisiert haben, auf, sie sollten ihren Waffenplunder, den sie noch bei sich haben, verbrennen und als Mahn- und Plagegeister die noch Lebenden zu besserem Tun anhalten.

Bei Brock schließlich, dem Erzbösen, wird der Übertritt ins Schattenreich ausführlich geschildert. „He didn't beware of

any *transition*“ heißt es da. Vato und Blood führen ihn an den Todesfluß und bereiten ihn auf die Entbeinung vor; er würde sich nach einer kleinen Eingewöhnungsphase sicher wohl fühlen. Hier wird wohl die Vorstellung aufgegriffen, einer lebe so lange weiter, wie sich noch jemand an ihn erinnert. Brock wirkt kraftlos, scheint resigniert zu haben, nachdem er kurz zuvor noch versucht hatte, Prairies habhaft zu werden. Geistesabwesend lauscht er den über den Fluß dringenden entfernten

Geräuschen des Familienmeetings der Beckers und Traverses so heißen die Eltern Frenesis.

„And soon, ahead, came the sound of the river echoing, harsh, ceaseless, and beyond its drumming, the voices, not chanting together but remembering, speculations, arguing, telling tales, uttering curses, singing songs, all the things voices do but without ever allowing the briefest *breath of silence. All these voices, forever.*“



Diese letzten Worte könnten direkt aus einer Erzählung von Beckett stammen. Seine Motive, das Fast-Verstummen vor dem Tode, das Dennoch-Weitermurmeln einer isolierten Stimme, das absterbende Summen eines einsamen Bewußtseins eingesperrt in der Höhle seines Schädels, tritt in dieser Szene, unter all den lauten und lärmenden Sprachschichten in *Vineland*, unvermutet zutage. Schon Weed hatte einmal die Halluzination eines hellen hohen Raumes mit einem winzigen Fenster ganz hoch oben, was den Beckettschen Räumen, die einem Schädel gleichen (sie haben meist zwei Fenster), entspricht. Hier aber, in der Schilderung des sterbenden Brock, ist alles versammelt: die Stimmen, die Echos, die Sehnsucht nach dem Verstummen, das die Stimmen übertönt. Beckett war getrieben von der Vorstellung, daß die Schreie der Toten, um uns herum, unhörbar, den Raum ausfüllen und niemals abbrechen. Bei Pynchon lärmten sie auch, aber sie wirken nicht furchterregend, sondern bilden quasi eine weitere Subkultur. Die Mediatisierung und Trivialisierung des Todes ist jedenfalls auch ein großes Thema von *Vineland*.

M. Bleibt die Frage: Ist *Vineland* so etwas wie ein postmoderner Roman? Gegenüber *Gravity's Rainbow* geht Pynchon ja unzweifelhaft einen Schritt zurück aber nur, um einige deutliche Schritte nach vorne zu kommen!

Oberflächlich betrachtet, scheint Pynchon das Erzählkonzept, das *Gravity's Rainbow* zugrunde liegt, kräftig revidiert zu haben und auf eine konventionellere Konstruktion zurückzugreifen. Die Repolitisierung auf der Handlungsebene ist nicht zu leugnen, der rote Faden, der in *Gravity's Rainbow* so diffus zu zerfasern drohte (auch hierin mit *Finnegans Wake* vergleichbar), ist in *Vineland* immer klar zu erfassen. Das Motiv der Suche bildet das treibende ferment der Handlung, die nie allzu weit abschweift. Die Ringkonstruktion des Buches, wie auch die seiner einzelnen Kapitel, liefert den formalen Rahmen, um dem Chaos seiner vielfältigen Elemente Schranken zu ziehen. Vor allem aber wird das Subjekt nicht aufgelöst wie Slothrop in *Gravity's Rainbow* oder in „ein Bündel von Redegewohnheiten“ zerlegt, wie das unsere experimentellen Schriftsteller der sechziger Jahre annahmen. Wie schemenhaft, mediendefiniert, stereotyp auch immer, bleiben die tragenden Figuren doch klar individuell konturiert und repräsentieren so etwas wie ein Ensemble unterschiedlicher Verhaltensmuster, das insgesamt zwar nicht zu einer Totalität zusammenschießt, aber doch eine Vielzahl von Facetten sozialen und psychischen Verhaltens widerspiegelt. Eingetaucht in das Säurebad von Ironie, Witz und Satire relativieren sich diese Facetten aber gegenseitig, so daß der Gedanke an einen

Helden, der sich im sozialen Raum zu bewähren hätte und sich dadurch weiterentwickelte, von vornherein ausscheidet. Aber auch die Satire hat wiederum ihre Grenzen dort, wo des Erzählers Sympathie spürbar seinen zentralen Figuren gilt. Keineswegs läßt sich von einem Umschlag in schieren Zynismus sprechen, wenngleich mitunter, zumal gegen Ende, der Eindruck von Düsternis und Aussichtslosigkeit die Oberhand zu gewinnen scheint.

Der Handlungsfaden bleibt erkennbar, sagte ich eben. Aber er ist einerseits nicht so straff gespannt wie im klassischen bürgerlichen Roman (etwa Stendhals *Rouge et noir*), löst sich aber auch nicht in eine Vielzahl von Vor- Neben- und Untererzählungen auf wie im *Tristram Shandy* als einer anderen Version des klassischen Romans, die das Erzählen selbst immer stärker zum Thema gemacht hat und großen Einfluß auf die Moderne hatte. Pynchons Faden ähnelt, um im Bild zu bleiben, eher einem Knäuel, das aus einer Vielzahl von Strängen besteht, die an verschiedenen Stellen zu einem Netz verknüpft werden, obwohl sie zunächst nur wenig miteinander zu tun haben. Durch die Kopplung einer Vielzahl von Motiven (Suche, Tod, Paranoia, Exil, Vertreibung, Verrat, Nicht-zur-Ruhe-Kommen), auf den verschiedenen Ebenen der Handlung, in den unterschiedlichen Sphären von Realität, Irrealität, bloßem Witz und Irrwitz kommt es vielmehr, wie eingangs am Titel demonstriert, zu einer Mehrfachdeterminierung, die eine größere Zahl möglicher Auflösungen der geschlungenen Knoten eröffnet.

Ins Soziale und Politische gewendet, durchquert Pynchon mittels dieser Technik des Überblendens eine Reihe von Subkulturen, die sich sonst fremd bleiben, von alten und abgesunkenen, wie die der alten Gewerkschaftsbewegung, früheren Stammeskulturen, wie denen der kalifornischen Yurok-Indianer, anderen fernöstlichen, wie der des Ninjitsu, die per Computertechnik dem US-Amerikanischen angepaßt werden, über die Hippie-Bewegung und die Rockmusikultur bis hin zur Mafia. Die Abgrenzung der verschiedenen Rassen gegeneinander taucht in Form einer Black-Panther-Delegation auf, die den rebellierenden weißen Mittelklassestudenten deutlich zu verstehen gibt, daß sie sie für eine weitere Fraktion der weißen Kultur hält.

Mit diesen Konfrontationen arbeitet Pynchon an der Wiederherstellung einer kulturellen Einheit – in ihrer Vielfalt gedacht – die tatsächlich im gleichgültigen Einerlei des Fernsehens und in der Abgrenzung der verschiedenen Gruppen und Ethnien gegeneinander zu verschwinden droht oder schon verschwunden ist. Man kann fast annehmen, daß der gesellschaftliche Zusammenhang von all dem, was da voneinander fortstrebt, nur mehr (ideell) durchs Fernsehen und (materiell) durch die Polizei hergestellt

wird. Pynchon aber beharrt darauf, das Divergierende zusammenzubringen.

Die Repolitisierung von *Vineland* ist, so gesehen, alles andere als linke Nostalgie. Pynchon macht aber deutlich, daß sich die US-amerikanische Gesellschaft nicht positiv entwickeln kann, wenn ihre möglichen Träger sich, ohne zu Gegenformationen zu erstarren, nicht auch politisch artikulieren. Das Raisonieren über Politik geht damit über das bloße Kommentieren von Fernsehnachrichten hinaus. Es ist auf Verständigung angelegt.

Pynchon ist aber auch wieder zu gewitzt, um an das Wirken eines simplen sozialen oder politischen Antagonismus zu glauben. All seine Bücher sind ja durchzogen von der Erkenntnis, daß sich die Formation zur Gegenkraft wieder selbst von den Spielen der Macht pervertieren lassen muß. Er legt aber die Antagonismen offen und setzt eine Pluralität von Kulturen und Subkulturen – allgemeiner vielleicht von politischen Verhaltensweisen – miteinander in Beziehung. Dadurch gelingt es ihm, den fehlenden Austausch, das Verstummen vor jeder Auseinandersetzung, das Abschneiden von Berührungsf lächen als Mangel herauszuarbeiten. Mit seiner Technik der Durchquerung des Vielfältigen, Auseinanderdriftenden aber schafft er es, die bewußte Herstellung von sozialen Zusammenhängen durch die Subjekte beim Leser als wünschenswert erscheinen zu lassen.

Damit geht Pynchon über den klassischen Realismus, der zu weiten Teilen bloß das Bekannte reproduzierte, ebenso hinaus wie über die Fortschrittsgläubigkeit und den Avantgardismus der klassischen Moderne, und auch über die spielerische Beliebigkeit einer bestimmten Version der Postmoderne. Er strebt einen neuen, eine Art Hyper-Realismus an, der selbst die Mythen, das Totenreich, das Fernsehflimmern als wirkende Gegenwart darbietet und von der Groteske oft nicht mehr zu unterscheiden ist. Dabei gelingt es ihm, auf unterhaltsame Weise eine Vielzahl von Motiven und Problemkomplexen zu verknüpfen, die eine Reihe von Lesemöglichkeiten eröffnen. Hierin ist *Vineland* am ehesten mit *Ecos Name der Rose* zu vergleichen, das ja sowohl vom Krimileser als auch vom Semiotik-Professor mit Genuß gelesen werden kann. In den Bann geschlagen von der Politfabel, kann man mit *Vineland* auf ganz andere und überraschende Fragen stoßen. Die Elemente von Pop und Comic ebnen den Unterschied von trivialen und Highbrow-Kulturen ein. Wenn auch zunächst nur die lesenden Akademiker zusätzlichen Lustgewinn aus den mehr spielerischen und komischen Elementen ziehen, ist doch eine Rezeption anderer Lesergruppen zumindest nicht ausgeschlossen. Auch in dieser Beziehung übertrifft *Vineland* seine Vorläufer. ■

Wann sehen wir uns wieder, Henker?

John Hawkes, während des Golfkriegs neu gelesen

WILHELM PAULI

„Deutsches Volk: Wir geben freudig bekannt, daß heute nacht der Dritte Kommandant der Alliierten, Aufseher über Deutschland, getötet wurde. Die Alliierten sind nicht mehr an der Macht, sondern Ihr, Germanen, habt Eure Zukunft selbst wieder in der Hand, Eure Kultur wird wieder aufblühen ...“

(Zizendorf, Führer)

Von hinten aufgezümt, von heute aus betrachtet, konfrontiert nur mit ● *John Hawkes* bisher letztem Roman *Whistlejacket*, oder dem Alaska-Buch zuvor, ließe sich kaum erahnen, welch genialischer Weltenerfinder, düsterer Visionär, bitterböser Satiriker und knarzender Todesvogel da zu uns spricht. Auch: Romanerneuerer. Noch weniger, warum es gut vierzig Jahre dauerte, bis dieser Erzähler, nach einem mißlungenen Versuch Mitte der Sechziger, hierzulande entdeckt wurde, gerühmt, und dann in die allzu deutsche Diskussion geriet. Nicht erst mit *Whistlejacket* widerruft Hawkes frühe, kühne Grundsätze: „Ich begann Prosa unter der Voraussetzung zu schreiben, daß die echten Feinde des Romans Plot, Charakter, Milieu und Thematik sind.“ Im 1988 bei uns erschienenen Roman *Abenteuer unter den Pelzhändlern von Alaska* (siehe Kasten) beerdigt er auch die favorisierte Trennung von Leben und eigenem Schreiben, die Absage an autobiographische Schreibweisen oder Verknüpfungen. Vom zehnten bis fünfzehnten Lebensjahr wuchs John in Alaska auf. Autobiographische Spuren, so *Andrea Hurton* im *Falter* die sich „wie Trampelpfade in den Text gefressen“ haben. Das Hawkes aus schierer Hilflosigkeit vor Jahrzehnten aufgeklebte Etikett „Anti-Realismus“ hält auf diesen Romanen nicht. In *Whistlejacket*, mit „Plot, Charakter, Milieu“ reich beladen, entfaltet sich eine Geschichte für Liebhaber englischer Fuchsjagden, Landsitze, Pferde, englischen Landadels und seiner geheimen, dekadenten Leidenschaften, gerechtigkeitsstiftender Unfälle mit letalen Ausgängen, denen nachgeholfen wird in interfamiliärer Übereinkunft. Und wer wäre da nicht Liebhaber, zu feige, Hand anzulegen im eigenen Refugium?

H. O. van Fleet hat sich neben Gattin Alex auch seine Geliebte Barbara C. Buse ins Haus geholt und demütigt beide durch den wachsenden Verbrauch junger Dinger unterm gemeinsamen Dach, ein alter Fleet-scher Brauch und Erbschaden, die den Damen ordnungsgemäß vorzustellen, er sich nicht enthalten kann. Alex und Tochter Virgie werden Hal in die Box seines unberechenbaren Lieblingssperdes Marcabru sperren und dafür sorgen, daß der Herr des Hauses die Box abgedeckt mit den Füßen voraus verläßt. Kein Wunder, daß hinfort das Ferd keinen Pfauen mehr mag. Adoptivsohn Mike, dreißigjähriger Modephotograph, erzählt uns die Geschichte des Mordes, den er, Verkettung von Zufällen und Irrtümern, auf Photomaterial dokumentiert entdeckt, das der Verwalter, sei's zu erpresserischem Treiben, sei's als Mittäter, beleuchtet hat. *Blow up?* Ein bißchen komplizierter ist es schon. Freilich denkt man sofort daran. Vielleicht auch deswegen, weil wenige Klischees des Landadels-Genre ausgelassen werden. Irgendwo zwischen Seite dreißig und fünfzig wird da verlässlich der minder- ja mindestensjährige Juniorchef in milchwarme Wohltaten eingehüllt und von diskret stöhnenden wie beinahe mütterlich lächelnden Hausmädchen in mehreren geduldigen Anläufen, nicht ohné Eigennutz und Eigenvergnügen und deshalb desto erregender, zum Männchen gemacht.

Ich gestehe, daß ich – aufgewachsen in einem hausmädchenlosen Einzelkinderhaushalt – mittlerweile grün vor Neid werde, wenn sich diese Enthüllungen Mal für Mal zu offensichtlich gesichertem Lebensstandard gehobener Klassen verdichten. Was mußte unsereins sich alles auf dem freien Markt erkämpfen! Und diese kleinen Ratten haben nicht nur Hausmädchen. Zur Not tuts auch die Schwester, ob leiblich, Stief- oder Adoptiv- Mike jedenfalls, gärtnernd in einem Treibhaus erotischer Triebe, Sublimierungen und Substituierungen, wird Mutter Alex, die Geliebte Barbara C. Buse, und Virgie übernehmen. Der neue Herr der Hose erholt sich von jenem mit familiärem Sentiment gesättigten Dampf und Druck bei der kälteren, klareren, ge-

schäftsmäßigeren, aber nicht weniger erotisierenden Komposition seiner Modephotos mit den Modells Carol, Susan, Ashley, Sylvia, Bonnie. Doch damit nicht genug der sexuellen Durchseuchung des Szenarios. Im monologischen Text *Travestie* (1976/1985) läßt Hawkes seinen todessüchtigen Automobilisten aus sich herausqualen:

„Und doch, jedesmal wenn ich vom Fenster dieses Wagens aus einen Blick auf entferntes Waldgebiet erhascht habe, habe ich an die königliche Jagdpartie auf ihren Pferden gedacht, wie sie einem schweißenden Hirsch nachjagt, habe an den Klang der Jagdhörner an die Liebespartner in dieser geräuschvoll tosenden Armee gedacht, hübsch und in Federn, aufgeputzt und voneinander getrennt auf ihren schüttelnden Pferden, sie warten aber beim Reiten nur darauf daß der Jagdtag in die Nacht des körperlichen Zweikampfes übergehen möge; wo der Mund, der tagsüber das messingene Jagdhorn an sich gepreßt hat, bei Nacht das elegante und willige Fleisch sich nimmt ...“

Zwei dieser Vorspiele, die Gier verdichtend und auf Entladung drängend, rahmen den Roman.

Warum nur muß ich plötzlich an die Golfkrieger denken, an die Frauen zu Haus, ihre Reden, Gesten, Blicke?

Ist der Plot von *Whistlejacket* auch eher trivial, die Geschichte schnell durchschaut, so kennzeichnet auch ihn die erotische Imprägnierung, die keinem mir bekannten Hawkesschen Werk fehlt. Begehren, sublimierter, unterdrückter, verborgener, umgeleiteter Sexualtrieb als Movers der Geschäftigkeit oder Leim der stoischen, autistischen Persönlichkeit. Und ein Zweites: Hawkes hat am Konzept einer „visio-strukturellen Imaginationsliteratur“ festgehalten (*Bernd Klähn* im Nachwort zu *Il Gufo Der Henker von Sasso Fetore*). Er öffnet nicht die Schädel seiner Protagonisten, wühlt nicht in ihren Gedärmen. Er zeigt uns Bild auf Bild, Ausschnitt auf Ausschnitt sorgsam choreographiert, und aus den Farben, den Bewegungen, Umgruppierungen der erregten Leiber, einer Geste, die aus dem Rahmen fällt, einem Verharren oder Schweigen beginnen die Texte zu leuchten und zu vibrieren.

Doch plötzlich findet sich Hawkes böse in der selbstgestellten Falle, streicht die „realistische Prosa“ die Segel, wird die Überlegenheit der „antirealistischen“ zur Enthüllung der Wirklichkeit, der Bilder hinter den Bildern, der Seelenlandschaften deutlich. (Also, um es endlich anzudeuten: Die ständige Kombinerung und Rekombinerung der Geschichten aus den Versatzstücken kanonisierter Realität mit ihren gesetzmäßigen Zeitabläufen, tradierten Metaphern, sakrosankten Mythen *versus* Aufbrechen der Realitätspartikel, Eingreifen in die Logik der Zeit und der Konventionen, Metapherschichten, Mythenschleifen, neue erfinden, eine neue Welt erfinden, eine Vision mit ihren noch ganz unverstandenen Assoziationen, Brüchen (Un-)Zusammenhängen, und als Grundsuppe, brodelnd in dieser neuen Welt die wie Seuchen hineingeschleppten seelischen Zustände der alten.) Wenn uns Mike die Entstehung seiner Modephotos schildert, die Arbeit mit den schönsten der Frauen, die Mechanik der abgebildeten Erotik, getrieben aus der Verrenkung der Glieder, so glauben wir nicht nur, jedes dieser Bilder gerade erst gesehen zu haben „rosa auf schlammgrün“ sondern diese Arrangements von stupender Banalität gefrieren kalt und leer im Moment des Auflösens im Auge der Kamera, des Photographen, im Kopf des Lesers. Nichts tritt hinzu, nichts kann uns Begierde, Sehnsucht, Verwunderung, Verzauberung erklären, gar ersetzen, die die Sprache erotischer Bilder in uns auslöst. Wir sehen angestrengte Bilder von angestregten Gliederpuppen. Hawkes vermag die Oberflächenversegung, Seidenglanz matt, nicht zu durchdringen.

Es gibt, eingeschoben in die Geschichte der sanften Machtergreifung Mikes, das Kapitel „Der Pferdemaal“ das mit den Schwächen des Romans versöhnt und das zeigt, was traditionelle Erzählkunst vermag. Das Bild des Pferdemaalers *George Stubbs* von *Whistlejacket*, „der gewaltige Kaffee-mit-Sahne-farbene Hengst, aufgebäumt wie auf Veranlassung eines unsichtbaren Reiters“ hängt in der Halle von Steepleton, dem Van Fleetschen Anwesen, und gibt Gelegenheit zu einer Liebeserklärung an Pferde und zu einem Porträt des Sonderlings Stubbs. Ich weiß nicht, inwieweit Hawkes Buch zur Wiederentdeckung des Meisters beitrug. Justament zu der Zeit, als *Whistlejacket* in Deutschland erschien, brachte der *Spiegel* (48/90) einen Artikel über die Auferstehung Stubbs an der Bilderbörse, ohne jedoch auf Hawkes zu verweisen. Stubbs, weitgehend Autodidakt, zerlegte (um 1750) Frauen, deren Leichen er auf Friedhöfen zusammenstahl, um exakte Bilder für ein Werk über Geburtshilfe liefern zu können. Stubbs blieb bei dieser Arbeitsmethode, die, auch gesellschaftlich, nicht unproblematisch war. Um ein

Pferd wirklich zu erfassen, wirklich malen zu können, mußte er es ganz und gar kennen. Schicht um Schicht trug er mit Hilfe seiner Partnerin Mary Spencer von aus der Nachbarschaft zusammenkauften Tieren ab. Bis auf das Skelett. Tagsüber fertigte er ungewöhnliche, nichtschmeichelnde Portraits der Provinzgrößen, nachts stand er im Gestank seines Schlachthauses, hievte mit seinen Flaschenzügen die zitternden Tiere über die Blutrinne und dann auf die Beine in Arbeitsposition, schälte, schnitt, spritzte aus, präparierte und zeichnete:

„Blutgefäße des Halses und Abdomens freigelegt. Zahlreiche Muskeln der hinteren Oberschenkel entfernt ...

Schultergelenk und Rippen freigelegt. Nur die tiefstliegenden Muskeln noch sichtbar ...

Nur noch wenige Muskeln und Ligamente vorhanden. Die Nervenversorgung der vorderen Gliedmaßen hebt sich deutlich ab ...

Am hinteren linken Oberschenkel ist der Ischiasnerv zu sehen ...

quadratus/abductor brevis/abductor longus/Urprung des rectus/caudale Ansicht des Skeletts von schräg links.“

Bis das Aas vom Haken fiel, bis an sein Lebensende.

|| Hawkes hat seine Feindschaft zu „Plot, Charakter, Milieu und Thema“ nach Belieben gepflegt, relativiert, widerrufen. Selbst in *Whistlejacket* finden wir ihre Übersetzung für den Photo-Künstler: „Das Photo, nach dem der Künstler strebt, hat keine Geschichte. Geschichten sind dem wahren Photographen ein Greuel.“ Und doch versucht Mike die Geschichten hinter den nachgelassenen Photos Van Fleets immer aufs neue zu entziffern. Monologe hielt Hawkes „für ganz besonders langweilig“ und doch schreibt er mit *Travestie* einen 100seitigen Monolog, *Travestie* auf *Camus* „Der Fall“ und letzte Autofahrt.

Die Unmöglichkeit, den Amerikaner in einen Rahmen zu spannen, ihn beim (theoretischen) Wort zu nehmen und in ein schlüssiges, literarisches Paradigma zu pressen, macht sicher einen Teil der Schwierigkeiten, die Kritiker mit ihm haben. Einige scheint das schier verrückt zu machen. *Bernd Klähns* Auseinandersetzung im *Schreibheft* 32, dem dritten, das neuer amerikanischer Literatur gewidmet war, und für nicht wenige Leser und professionell mit Literatur Befasste den Zugang zu einem aufregenden literarischen Kontinent eröffnete, *Bernd Klähns* Auseinandersetzung mit Hawkes gebiert eine Galerie geblähter Monster, die den Willigsten in die Flucht schlagen würde, hätte er Klähn vor Hawkes in die Hände bekommen: Zu *Travestie* bemerkt Klähn, daß in diesem Text

„die Gebundenheit des Freudschen Ansatzes an die bürgerliche Familienstruktur karikierende

Bloßstellung durch die psychoanalytische Verballhornung der schauerlichen Szenerie (er fährt): Im finsternen Spukschloß schläft die Mutter (und Gattin) als ‚verweiblichter patriarchalischer Ungeist, der dichtende Liebhaber der Tochter entwickelt sich zum androgynen Kuriosum – als Ersatzmutter, (homophiler) Liebhaber und aphasischer Doppelgänger des manisch palavernden Erzählers ...‘

Irgenden Schlag- und (Brecht)Reizwort vergessen? Abgesehen davon, daß das eine jener verwegenen Interpretationen ist, die Hawkes nicht sonderlich schätzen dürfte, zähle ich seine Äußerungen zusammen und dividiere durch meine Sympathie die Geschichte geht leider nicht auf, die Verballhornung in die Hose. Die „karikierende Bloßstellung“ wird durch die von Hawkes angebotene Erklärung des merkwürdigen Geschehens spürbar entwertet und entschärft. Es gelingt nicht, Freud mit dessen eigenen Mitteln zu schlagen.

Ein Auto rast durch die Nacht. Schneller und schneller, nach genauem Plan. Der unaufhörlich monologisierende Fahrer wird, am eigenen Haus vorbei, in dem Honorine, die edelexzentrische Gattin mit der Weintraubentätowierung dicht über der Scham ruht: „Traubenbeeren, cher ami; eine Tätowierung mit rauchigen Traubenbeeren, die sich bewegen, wenn sie atmet und wenn an ihrem Unterleib die leichteste Zuckung oder Wellung festzustellen ist“ und wahrlich, sie ist stärkster Zuckungen fähig – am eigenen Haus vorbei, den Wagen auf so ausgetüftelter Trasse gegen eine Mauer steuern, daß alle Insassen ihr Leben lassen werden, mit Garantie, und niemand auf den bläßlichen Gedanken kommen wird, hier hätte es sich um einen Unfall gehandelt. Klar werden Absicht und Perfektion erkennbar sein. Neben ihm ein mittelmäßiger Lyriker, Geliebter der Gattin, wohlvertraut und wohl auch gelitten, auf dem Rücksitz unwürdig jammernd die Tochter, Geliebte des Geliebten der Gattin. Unablässig das erinnernde Geschwall des Automobilisten, obwohl, einziger gestatteter Einwand des Besitzers, dieser ihn warnt: „Gedachtes Leben ist erheitender als erinnertes Leben.“ Aber da ist es ja schon zu spät, die Zieleinfahrt fast in Sichtweise. So sympathisch und verständlich mir der Wunsch erscheint, mittelmäßige Lyriker an die Wand zu fahren: In diesem Schicksalswagen geht mir zunehmend der Schwadronneur auf die Nerven, mitleidlos die alten Zeiten feiernd, gute Ficks, eigenwillige Mätressen, gemeinsame Freuden und Leiden. Die wenigen Gedanken blubbern um so prächtiger geschmückt in den Fond. Die „besondere Langweile“ der Monologe behauptet sich gerümpelig und subversiv auch in ihrer Parodie. Ist er noch immer nicht am Ziel? Nein, erst wird er zu klären haben, daß ihn weder lächerliche Eifersucht, Rachegeleüste, Todessehnsucht, Todeswunsch als Sublimierung des Inzestwunsches mit Tochter Chan-

tal, einst Karottenkönigin des Chez Lulu, treiben. Auch nicht das Verlangen, die Herrin des Châteaux durch Mord und Selbstmord der ihr Liebsten nachhaltig zu strafen. Nichts dergleichen. Dann wieder Bilder von atemberaubender Schönheit und Be drückung, Bilder, die zurückweisen auf die beiden ersten großen Erzählungen Hawkes:

„Unsere aus altem Knochenmaterial geschnitzten Dörfer, unsere Wälder in welchem die Blätter mit der Farbe getrockneten Tabaks schimmern, unsere Dorfmauern, über welche tote Reben wie Fischernetze drapiert sind, das Gewicht der Steine, welche auf den Hängen unserer kahlen Berge wie gemeißelte Schafe stehen, der Geruch von geräuchertem Holz, die Rubinfarbe des gegen Naturlicht gehaltenen Weins, die weiße Taube, der unwiderrüchlich der Bratspieß droht, sogar dann, wenn sie am Rand eines Springbrunnens wollüstige Spiele treibt – bestimmt ist keine Erotik stärker als die Landschaft verausgabter Leidenschaften.“

III. 1949 erschien John Hawkes Roman *Der Kannibale* in den USA. 1989 in deutscher Übersetzung. 1954 *The Owl* in den USA, 1988 als *Il Gufo*. *Der Henker von Sasso Fetore* bei uns. Und das, obwohl beide Romane, oder Novellen, vom Faschis-

mus in einer Sprache sprechen, wie keine anderen sonst. Schon sitze ich im Schlamm. Noch einmal: Obwohl beide Bücher unerhörte Parabeln, Allegorien auf den Faschismus sind? Ich fürchte, das ist nicht besser. Gerade darin, es so zu fassen, liegt wohl ein Grund, daß diese Schmuckstücke anti-realistischer Literatur erst nach einem halben Menschenalter hierzulande funkeln durften, hierzulande, wo jeder Sozialarbeiterdreck, Betroffenheitsquatsch zum Thema aufgelegt wurde, Hunderte auf den Knochenhaufen des Regimes ihre Karrieren zimmerten und sich ein gutes Gewissen machten. Sofort, in diesem Mißverständnis befangen, traten Kritiker auf, die Hawkes vorwarfen, adäquat zur Hitlerdämonisierung den Faschismus düster zu mythologisieren und so zu verniedlichen. Hawkes „verharmlost den Faschismus zum Schauermärchen für intellektuelle Spitzfindigkeiten-Sucher“ endet 1988 *Annette Meyhöfers* Rezension in der *FAZ*.

Von vorne:

„Ich meldete mich beim American Field Service, einer Gruppe freiwilliger Ambulanzfahrer, die den britischen Einheiten in Burma und auf dem europäischen Kriegsschauplatz beigestellt war

Zusammen mit einer bemerkenswerten Schar von Männern und Jungen, darunter ein Liliputaner ein Epileptiker und ein siebzjähriger Künstler traf ich im Sommer 1944 in Neapel ein, ohne überhaupt einen Wagen fahren zu können. Für mich waren die letzten neun Monate des Krieges eher bizarr als schrecklich... Im belgischen Louvain wurden wir einmal in einer teilweise noch besetzten Irrenanstalt einquartiert. Vor unserem Dorf in der Nähe von Bremen standen kilometerlang Schlangen von Leuten in Pyjamas, die gerade aus dem Konzentrationslager Belsen befreit worden waren. Dem Sieg in Europa folgte eine Nacht voller grüner Leuchfeuer und Schreie im Dunkeln.“ (J. H., zitiert nach Schreibheft 32)

Bilder, Eindrücke, Stimmungen, die *Der Kannibale* und *Il Gufo* durchtränken. *Der Kannibale* ist die Geschichte eines krypto-faschistischen Trümmerhaufen-Deutschlands nach dem Kriege aus der Sicht des Befreiers und neuen Führers Zizendorf. Alte Frauen sehnen sich nach den Zeiten, da sie Eindringlingen das Fell gerbten. Kollaborateure versinken in Sümpfen, der Thronfolger windet sich in Lumpen im lichtlosen Kellergrab, von der lüsternen Königinnenmutter bewacht und gewärmt. Ein Herzog jagt den Knabenkrüppel vielleicht der letzte des Stammes durch die Ruinen des entvölkerten Spitzen-on-the-Dein, den Ort

Abenteuer unter den Pelzhändlern in Alaska

In der Literatur über den hohen Norden Amerikas kommen Frauen und Kinder ziemlich selten vor. Alaska, Yucon, die „Domäne der Männer“ Dort, wo elf der zwanzig höchsten Berge Nordamerikas stehen, der Blizzard tobt, Eis und Schnee den größeren Teil des Jahres die riesigen Wälder bedecken, die Moskitos surren und der Mackenzie plätschert, haben Frauen nichts verloren. So scheint es. Und wenn doch ein paar auftauchen, dann entweder als knallharte „Mannweiber“ oder als Huren. Und um diese scheinbar so einfache Beziehung der Geschlechter im hohen Norden dreht sich auch Hawkes Roman: die Haßliebe von Sunny zu ihrem Vater, genannt Uncle Jake. Der hat sie und Mutter Sissy nach dem großen Börsenkrach 1929 nach Alaska geschleppt, um dort, wie soll es anders sein, der Goldmine hinterherzustolpern. Aus dem Munde von Sunny erfahren die LeserInnen eine Fülle von Abenteuer geschichten, die Jake erlebt haben will.

Wenngleich der Hauptteil des Buches Jakes Erzählungen gewidmet ist, gelingt es Hawkes immer wieder, ein wenig an der Domäne derjenigen zu kratzen, die den kleinen Unterschied im Norden wärmer einpacken müssen als sonst vielleicht. Wenn er zum Beispiel die Ankunft der Familie in Alaska beschreibt, die sich neu und warm einkleidet und dabei auf Regale stummer und glänzend geölter Gewehre stößt.

Das geheimnisvolle plötzliche Verschwinden Jakes zwingt seine Tochter, ihren Mann, pardon, ihre Frau zu stehen. Bislang ist sie von Jake wie ein Junge behandelt worden; ihr Geschlecht schlichtweg ignorierend, lehrte er sie Schießen, Jagen, Fliegen, Bootfahren und ähnliches. Sie rackert und räkel sich nun allein bis zur Bordellcehfen hoch, ihre Goldgrube ist das

„Alaska Yucon Gamelands“, eine Wagenkolonie und mittendrin ein buntbemalter Totempfehl. Denn Sissy, ihre Mutter, hat sich schon vorher davongemacht. Die Gute hat einfach beim gemeinsamen Kartenspiel mit Freunden die Karten an Sunny weitergegeben, sich in den Schaukelstuhl gesetzt und ist gestorben. Keiner hat's gemerkt. Zerbrochen an dem unsäglichen Eigennutz von Jake, wie ihr Tagebuch letztlich offenbart.

Und hier beginnt der dramatisch psychologische Teil der Erzählungen mit Sunnys dauernden Alpträumen nach Jakes Verschwinden. Ihr Vater tritt ihr in unterschiedlichen Situationen vor die Augen, und sie ist unfähig, von seiner selbstherrlich bestimmenden Figur loszukommen. „Das Eis, tote Robben, Robben bei Fluchtversuchen, die Robbenjäger – alles nimmt diesen roten Farbton an, der keinem anderen gleicht: das feuchte Rot des Bluts beim ersten Austritt an die Luft, das glänzende Rot des Bluts, bevor es schwarz wird. Mein eigenes Blut versickert. Langsam wendet er sich zu mir zurück, an seiner Keule klebt Blut, und jeder seiner Züge zeugt krampfhaft vom Selbstbewußtsein des heroischen Männchens. Sunny, ruft er, das ist das Schlachten der Unschuldigen, genau das ist es! Meine Nackenhaare sträuben sich, meine Augen brennen, und ich sehe sein verwirrtes Lächeln, höre seine tapfere Stimme. Ich will ihm eine Antwort zuschreien. Doch nichts geschieht. Ich kann meine Lippen nicht bewegen. Ich bringe keinen Ton heraus. Hinter ihm breitet sich ein blutiger Fächer über den Horizont und nichts als Schweigen bleibt und der Geruch dessen, was die wieder abgefahrenen Robbenjäger in ihrem Kielwasser zurückgelassen haben. Oh Sunny, ruft er und sieht

mich hilflos an. Oh Sunny, das ist das Schlachten der Unschuldigen. Genau das ist es. Wenn ich, wie aus meinen anderen, aus diesem Traum erwache, weiß ich, daß ich im Schlaf geweint habe. Sunny weint. Sunny ist nicht besser dran als Sissy. Aber um wen oder was habe ich geweint? Um Robbenbabies? Meinen verschollenen Vater? Mich selbst? Wie kann ich das wissen?“

Der Bann wird erst gebrochen, als ein Alptraum, in dem Jake als Ehrenhäuptling bei lebendigem Leibe begraben wird, Sunnys indianischen Jugendfreund dazu bewegt, ihr vom Tod des Vaters zu erzählen. Der Mordskerl verübte einfach Selbstmord. Sunny beruhigt sich. Sie gibt ihren Plan auf, nach Frankreich zu emigrieren („Ich werde nach Frankreich fliegen ... mir einen zwanzigjährigen Jungen suchen, jede Frau an der Schwelle zum 39sten hat endlich ihren zwanzigjährigen Franzosen verdient“). Sie bleibt in Alaska und kann den Roman, den sie, um sich vom Vater zu befreien, geschrieben hat, mit den Worten beenden: „Da bin ich nun, eine Alaskanerin, die sich wohl fühlt in ihrer Haut in Alaska.“

Hawkes gelingt eine feine und listige Infragestellung der „rauen Männerwelt“, das macht seinen Roman zum wirklichen Lesespaß, auch für diejenigen, die eher klassische Nordlandliteratur lieben. Dabei legt Hawkes wert auf die Tatsache, daß Alaska keineswegs nur kalt, groß und leer ist, sondern einfach auch schön.

Jürgen Klocke

John Hawkes, Abenteuer unter den Pelzhändlern in Alaska. Roman, Frankfurt/M. (Suhrkamp Verlag) 1988 (457 S., 39,80 DM)

der Deutschen, und serviert ihn Madame Snow, Pensionswirtin und erste Dame des Reiches, zum Liebesmahl, auch hier die Jagd als erotisches Vorspiel zum Akt des befriedigenden Genusses. Aber ist Spitzen-on-the-Dein wirklich Deutschland? Oder ist es das neue Mitteleuropa, erbrochen aus dem alten? Denn was trieben dann die da, hungrig nach Nähe in grotesker Aufführung unterm Dach der alten Lagerhalle?

„Die Tschechinnen, Polinnen, Belgierinnen tanzten genauso wie sie, ihre Holzschuhe wie am Boden festgeklebt, in denselben blauen Kleidern mit verschossenen Punkten, einige mit schief zerknickten Korsagen, andere mit pechschwarz umranderten Achseln ...“

Drei Patrioten bringen in einem Hühnerstall die alte Druckpresse in Gang. Ein Aufstand in der Irrenanstalt wird niedergeschlagen: „Man war von Sinnen; mehrere unbekannte, ungewaschene Ärzte zogen erinnerungslos mit dem Rudel der Patienten umher und eine junge Diätköchin glaubte, mit einem neunundfünfzigjährigen Hebehrenen in wilder Ehe zu leben ... Hackend und hauend rannten diese klimakterischen Frauen hin und her, und starre Schwänze und harte ausgestreckte Arme und spröde pelzige Pfoten klatschten ihnen an die schwarzen Wickelgamaschen und wurden unter dem Ansturm zertrampelt und zertrümmert. Etliche Holzschuhe blieben in Zahnreihen gerammt stecken, von den stampfenden Füßen zu verzerrtem Grinsen aufgetreten. Die Faßdauben zerschellten an fühllosen Schultern, die Aase der Ratten wurden tief in den Schnee getrieben ...“

Zizendorf holt den Amerikaner, den einzigen Aufseher und Besitzer von Spitzen-on-the-Dein vom Krad. „... und ehe der Tag noch richtig begonnen hatte, war die Nation wieder hergestellt ... Auf der Kuppe des Hügels sah er lange Reihen in die vom Patriotismus bereits wiederbelebte Anstalt zurückmarschieren.“ Ein Kapitel ist in die Befreiungsgeschichte von 1945 eingeschoben, „1914“ In ihm derselbe Verfall, die gleichen Lemuren, gefledderten, vergessenen Mythen, zerschlossenen Trivialmythen. Es scheint als gäbe es noch Reste von Begehren, verkommene Eleganz, die 1945 gänzlich in Fetzen hängt. 1914, 1945: Kontinuität einer Welt in den Farben von Anselm Kiefer, mit der Musik schabender, krachender Knochen, des Windes in den Trümmern, Stolpern in Stiefeln, Winseln und Winden einer vertierten Restpopulation. Vorzeit, Pestfilm, Mittelalter, apokalyptische Vision? Das vielleicht, aber Faschismus? Dieses Regime der imperialistischen Tat, der Modernisierung um jeden Preis, der Straßen, Automobile, der Technik und Fortschrittsgläubigkeit, der Massenmanipulation, der Massenmedien. Das alles hätte der kluge Hawkes nicht gesehen, unterschlagen, sich auf die Seite jener geworfen, die mit dem Schaudern vor dem moralischen, religiösen, ethischen „Rückfall in das Mittelalter, die Barbarei“ die Angelegenheit aus ihrer Welt schaffen wollen, dem Brodeln unter dem Firmis der Aufklärung und

ihrer privaten Vernunft die Ohren verschließen? Kaum zu glauben.

Und dann *Il Gufo*, geschlossener noch, mystischer und mythischer die Geschichte des Henkers und Herrschers von Sasso Fetore, der mit seinem Uhu, Symbol und Wächter der Macht, im Schloß über der Stadt wohnt, die nur noch von alten Männern bewohnt, von Frauen und Töchtern. „Sie, Mädchen, Jungfrauen, die noch kein Mann je erblickt hatte, waren durch die ewige Entsagung so zeitlos geworden wie der Tod auf einem Wagenrad mit gebrochenen Speichen, das sich auf einem Markt im Kreis dreht.“ Es fleht der Präfekt um das Leben eines Gefangenen, ihn seiner Tochter zu geben, doch der wird nach gescheiterter Flucht – vergeblich versucht er auf den Flügeln aus den Federn der Ganter des Präfekten zu entkommen – gehängt, wie das Gesetz es befiehlt.

Und Antonina, des Präfekten Tochter, gibt sich über dem fernden Dorf dem Henker hin: „Ehrenwerter Henker. Carino. Il Gufo. Du bist es, den ich liebe.“ „... Ihr schlanker Unterleib warf sich hin und her wie das bei jeder abgeschiedenen Kultur ist, inmitten von Unkraut, Wurzelwerk, hoch oben in der Wildnis eines Krähenests. Ich faßte zwischen die Schenkel, fühlte einzelne Knochen und tastete nach dem, was alle Frauen bei sich tragen. Ganz oben, direkt am Körper, hatte Antonina ihren Beutel versteckt. Seit mehr als sieben Jahren verwahrte sie ihn an dieser Stelle, denn er wurde schon den ganz jungen Mädchen umgebunden. Hatten sie mehr zu bieten?“

N. Und während ich diese *gothik-novels*, durchsetzt von quälenden, sarkastischen Bildern kafkaesker Alpträume und Herrschaftsorganisation, erneut lese, fällt mir immer wieder „Golfkrieg“ ein. Aber nicht der, der sich abspielte, sondern wie er von den Lippen amerikanischer Prediger einschließlich des Präsidenten tropfte. Und, zum Teufel, plötzlich steht da, mitten im Höllensturz zentraleuropäischen Gerümpels, der Satz: „Um die Mitte des Nachmittags hatten sie Madame Snows Wohnung ausgeräumt und ein Hauptquartier eingerichtet, drei Landkarten, Tisch und Stuhl: vorübergehender Sitz der amerikanischen Vertretung im Reich des Bösen.“ (*Der Kannibale*, 1949!) Wahrhaftig, da fehlte nicht viel: Ein anderes Licht, etwas anders gedrechselte Ornamentik, zersplitterte Minarette statt Kirchtürme und wir befänden uns und wankten durch die Trümmer von Hurdabbaht-on-the-Dein.

Hawkes hat im *Kannibalen* und in *Il Gufo*, so glaube ich, nicht zuvörderst eine Allegorie auf den Faschismus gewagt, sondern skrupellos eine höchst komische, satirische Vision eines Mitteleuropas aus dem Blick des Amerikaners auf fremde, unter

der Last ihres Alters stöhnende und zuckende Kulturen geschaffen. Unverständliche Religionen, merkwürdige Riten, sinnlose, verschwommene Mythen, Burgen, Schlösser, dekadenter Adel, unwürdige, unpraktische ethische Normen, zu Sparren pervertiert. Eine Travestie aktueller Tourismusprogramme. – Das Genialische aber: Durch diese hemmungslose Überzeichnung des fremden Blickes infantiler, geschichtsloser Pragmatiker, dem wüste Romantisierung eingeschrieben ist, erkennen wir Teile unserer Seelenlandschaft, auferstehen in der Landschaft der kunstvoll künstlichen Welten von Spitzen-on-the-Dein und Sasso Fetore, die ächzen unter den Lasten des Kulturschuttes, die auf sie drücken und ihren Bewohnern die Luft zum befreienden Aufseufzen und Atmen nehmen.

Über diesen Anstoß werden unsere Oberlehrer genauso unglücklich sein, wie über die verweigerte Schuldzuweisung und moralische Verurteilung im Hawkeschen Treiben: „Ich glaube nicht mehr an die Notwendigkeit von Läuterung oder Sühne“ sagt er im Gespräch mit *John Keuhl*, abgedruckt im erwähnten *Schreibheft*. „Sich den schlimmsten wie den besten unserer inneren Triebe auszusetzen, zu konfrontieren, sie zu erkennen und zu erfahren: das sind die Dinge, die mich interessieren.“ Und: „Wenn man den Verlust oder den schwindenden Wert so vieler Dinge in Rechnung stellt, die wir akzeptiert haben – Götter; Familie; Leben-nach-dem-Tode usf. – und wenn wir all das berücksichtigen, was wir über unsere angsteinflößenden zerstörerischen Potentiale wissen und die Courage, die es braucht, ein Potential von Humanität dagegenzuhalten: dann ist eine jegliche Kunst oder Prosa, in denen verschlossene, tote, banale Sichtweisen sich spiegeln, untragbar.“

Diese verschlossenen, toten Sichtweisen liegen transportiert von verschlossenem, totem Material über unserem Land und werden auf die makaberste Weise Saison für Saison zum Scheinleben erweckt. Sie bilden den kulturellen Kitt in den Fugen, Rissen, Ritzen unserer unheilbaren Gesellschaft. Die Untersuchung des Anteils-unseres nekromantischen Kulturkanons bei der Herausbildung des Faschismus oder faschistoider Gefühlswelten ist (wohlweislich) bis heute unterlassen worden. Sie bedürfte, zugegeben, eines Herakles.

Wie heißt der letzte Satz in Zizendorfs Proklamation der Deutschen Befreiung? „Aus den Ruinen Athens erheben sich die Türme von Berlin.“ ■

John Hawkes, *Whistlejacket*. Roman, Ravensburg (Verlag Peter Selinka) 1990 (219 S., 36,00 DM); *Travestie*. Monolog, Frankfurt (edition suhrkamp, NF 326) 1986 (122 S., 9,00 DM); *Der Kannibale*. Roman, Ravensburg (Verlag Peter Selinka) 1989 (232 S., 36,00 DM); *Il Gufo*. Der Henker von Sasso Fetore. Novelle, Ravensburg (Verlag Peter Selinka) 1988 (109 S., 25,00 DM) *Schreibheft*, Zeitschrift für Literatur, Nr. 32, Essen (Rigodon-Verlag) 1988 (163 S., 12,00 DM)

zelen Ingenieurkonzepte tatsächlich Vorboten zukünftiger ökologischer Produktionskonzepte sind. Als neuer Entwicklungspfad reflexiver Modernisierung stellen sie hohe Anforderungen an das Qualifikationsniveau und Innovationsmanagement. Aufgrund der spezifischen Fertigungsstrukturen und Produkt Risiken der Unternehmen ist integrierter Umweltschutz fertigungstechnisch wie stofflich nur als Unikat zu realisieren und mit hohen finanziellen wie technisch-organisatorischen Umstellungsrisiken verbunden.

Die Bereitschaft in den Unternehmen, derartige Umstellungskosten und Unsicherheiten einzugehen, ist deshalb nach wie vor abhängig von erwartbaren Rationalisierungs- Markt- und Umsatzeffekten. Umweltauflagen wie Umweltrisiken eskalieren jedoch mittlerweile derart, daß sie Gegenstand von Marktkalkulationen und Versicherungsgegenstand werden. Daher wird Ökologie-ignorantes Management für die Unternehmen absehbar existenzgefährdend, was mittelfristig die Chancen für integrierten Umweltschutz erhöht.

Der zerstörerisch-entropische Charakter industrieller Technik und Arbeit als Abfall- Schadens- und Risiko-Produktion wird dadurch jedoch nicht aufgehoben. Auch integrierte Umwelttechnologien kommen nicht ohne „Rest-Schadstoffe“ aus, die wegen ihres konzentrierten Schadstoffgehalts sehr aufwendige Entsorgungs- und Depositionsmethoden erforderlich machen. Die mit clean technologies erzielten Gewinne an Umweltverträglichkeit der Produktion werden durch explodierende Produkturnsätze, die früher oder später in Form von Abfall, Abwasser oder Abgasen die Umwelt belasten und die Gefahr eines Abfallinfarktes akut halten, zunichte gemacht. Der Verein deutscher Ingenieure prognostiziert für die im europäischen Markt in diesem Jahrzehnt zu entsorgenden Alt-automobile eine Fahrzeugschlange, die hintereinander aufgereiht von der Erde bis zum Mond reicht. BASF-Chef Jürgen Strube pointierte die Verschiebung der Umweltbelastung von der Produktion auf die Produkte mit dem makabren Bonmot: „Die größte Emission der Chemieindustrie sind ihre Produkte.“

Die verlustlose und nebenwirkungsfreie Konversion industrieller Produkte und Verfahren bleibt Illusion. „Arbeit ist nicht nur produktiv, sie schafft nicht nur Werte für die vielen und Mehrwert für die wenigen, sie schafft auch Abfälle.“ (Bardmann, S. 179)

Von neuen zu ökologischen Produktionskonzepten? Paradoxaerweise ist es eine Technologie, die seit Mitte der achtziger Jahre gleich mehrere Mythen des Industrialismus entzaubert. Technikdeterminismus, Kontrollvisionen und Hoffnungen auf strategische Beherrschbarkeit erwiesen sich als hohl angesichts der Optionalität, Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit der neu entstehenden computergestützten Arbeitsformen, Produktionssysteme und Netzwerke. Mikroelektronische Produktionstechnik ist weder technisch noch ökonomisch determiniert; ihre Einführung hat sich allen Schreckensvisionen zum Trotz als ergebnisoffener Prozeß entwickelt, dem immer verschiedene Möglichkeiten betrieblicher Konkrektion und Gestaltung offenstehen.

Die Maximen tayloristischer Arbeitserstückelung und Kontrolle geraten unter immensen technisch- wie Marktvermittelten Veränderungsdruck, da das Produktivitäts- und Flexibilisierungspotential computergestützter Anlagen und Systeme nicht ohne Aufgabenintegration, hochqualifizierte Gestaltungskompetenz und Systemkenntnis der Facharbeiter und Ingenieure auszuschöpfen ist.

Auch das flinke Setzen auf das Ende der Arbeitsteilung stellte sich als allzu voreilig und interessiert heraus. Neue Produktionskonzepte sind nicht das Werk von aufgeklärten Managern, engagierten Ingenieuren und Betriebsratsprofis mit Durchblick, die als „Herren der Systeme“ die neuen Techniken gestalten. Heterogen, widersprüchlich und ungleichzeitig entwickeln sich in der betrieblichen Realität Misch- und Übergangsformen tayloristischer wie nichttayloristischer Arbeitsweise, was nicht nur die Industriesoziologen überraschte.

Die neuen Techniken haben dem Management nicht nur erhöhte Kontrollpotentiale, sondern auch nie gekannte Entscheidungskomplexität und Risiken beschert. Unternehmensintern wie -extern entstehen neuartige Abhängigkeiten, Legitimations- und Konzessionszwänge: In und zwischen den Unternehmenssektoren der Forschung und Entwicklung, Fertigung, Personalabteilung, Einkauf, Service etc. entstehen neue Expertenkompetenzen, Kooperationsformen, teilautonome Arbeitsgruppen etc., intervenieren Softwarehäuser und Unternehmensberater und entwickeln sich eigenständige (Logistik) Beziehungen zu externen Hersteller- Anwender- und Zulieferfirmen. Die unvermeidlichen horizontalen wie vertikalen Auseinandersetzungen verkomplizieren die betrieblichen Herrschaftsbeziehungen: Neue Koalitionen zwischen Beschäftigtengruppen, Abteilungen, externen Beratern und Controllern etc. werden geschmiedet; neue wie alte Machtarsenale mobilisiert. Alte Entscheidungsstrukturen, Besitzstände und technokratische Leitbilder werden – oft wider ökonomische und technische Vernunft – verteidigt. Gestützt auf technisches Expertenwissen werden neue Karriere- und Profilierungsphasen kreiert, mit de

Musterbeispiele

Dem schweizerischen Genossenschaftsbund und Mega-Einzelhandelskonzern MIGROS (70000 Angestellte, 20000 Lieferanten, 30000 Produkte, davon ein Drittel selbst produziert) gelang es, ein computergestütztes System der Ökobilanzierung und der Produktlinienanalyse zu entwickeln, das eine integrierte Überwachung und Steuerung der Produktgestaltung, Verpackung, des Transports, des Recyclings und der Entsorgung gewährleistet: Ökonomisch, technisch und vor allem stofflich wird der Produktkreislauf mittels laufend erneuerter Zielvorgaben und Grenzwerte für Schadstoffemissionen, chemische Wareneinsatz, Energie- und Abfallaufkommen etc. kontrolliert und auf Gestaltungsalternativen überprüft. Trotz der föderalistischen Managementstruktur der Genossenschaft konnte das inzwischen auch von Quelle und dem Otto-Versand geprüfte System in zehn Jahren entwickelt und mit erheblichen Rationalisierungsgewinnen konzernweit eingesetzt werden. Die erfolgreiche Realisierung im Unternehmen wird auf die genossenschaftliche Unternehmensphilosophie, konsequente und verbindliche Umweltjahresziele und nicht zuletzt eine veränderte Leistungsbeurteilung des Managements zurückgeführt. Bei der jährlichen Leistungsbeurteilung und der Dotierung des Managements in den Filialen und Betrieben zählt die erfolgreiche Umsetzung der Umweltjahresziele ebenso wie Umsatz- und Renditeentwicklung.

Daß ein entsprechendes Umwelt-Management auch in einem hochspezialisierten Industrieunternehmen möglich ist, beweist das Bertelsmann-Unternehmen Mohn-Druck. Ebenfalls gestützt auf eine ausgeprägte partizipative Unternehmensphilosophie gelang es, für den Druckbetrieb ein komplexes Umweltsystem zu entwickeln, das in den verschiedenen Unternehmensbereichen unterschiedliche, aber aufeinander abgestimmte Umweltziele vorsah: ökologische Kriterien des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen beim Einkauf beziehungsweise der Auftragsvergabe der Druckmaschinen, bei der Papierbeschaffung, ökologische Rationalisierungsziele beim unternehmensinternen Wasser- und Energieverbrauch (mit einem eigenen Energiezentrum und einem geschlossenen Wasserkreislauf sollen 75% reduziert werden), Umstellung des Transports von Straße auf Schiene, Entwicklung von unternehmenseigenen Modellen der Wiederaufbereitung und Konversion von chemischen Produktions- und Reinigungsmitteln.

Auch in anderen Branchen sind vergleichbare Ansätze wenn auch minoritär so doch vorfindbar – zum Beispiel bei Kunert, Procter & Gamble, Tetra-Pack, Winter. (vgl. *Manager-Magazin-Spezial* 2/1991).

M. B.

Muddling through“ als Versuch, den Wust technischer Konzepte, Problemvor schläge und Entscheidungsalternativen zu bewältigen, und „bricolage“ als bewährte Strategie, Altes und Neues „zusammenzubasteln“ ist deshalb auch auf allen Management-Ebenen anzutreffen.

nen dann alte Rechnungen beglichen werden. Gleichzeitig bleiben Schulungen vernachlässigt, wird die Verantwortung für Projektfehlschläge oder ganze Systemzusammenbrüche in Schwarze-Peter-Spielen von einem zum anderen abgewälzt.

Gegenwärtig dominiert in vielen Unternehmensführungen aus Furcht vor diesen Innovationsrisiken und Turbulenzen ein produktionstechnischer Konservatismus. Computergestützte Planungs- und Produktionssysteme werden äußerst vorsichtig kalkulierend und risikominimierend eingeführt, eher handwerklich und als Stückwerk. Die Produktivitäts- und Flexibilisierungsmöglichkeiten der neuen Techniken sind auf partizipative Organisations- und Kommunikationsstrukturen angewiesen, die die Unternehmensführung scheuen; statt der erforderlichen Hierarchieauflockerung wird an bestehenden Kompetenzen und Entscheidungshierarchien festgehalten. Werden von der Unternehmensspitze technisch-arbeitsorganisatorische Innovationen, Pilotprojekte initiiert, entwickelt oft das mittlere und untere Management aus Furcht vor Macht- und Kompetenzverlust kreative Strategien der Schein- oder Subversiv-Innovation. Innovationsfeindlichkeit und Angst vor Machtverlust können die Probleme bei der Reorganisation und Innovation der Unternehmen nur bedingt erklären. Da auch computergestützte Planungs- und Produktionssysteme unvorhersehbare (Zusammen-)Brüche, Nischen und Autonomiespielräume zulassen, bleiben Pragmatismus, Erfahrungswissen, Kommunikation, Verhandlung, gegenseitiges Entgegenkommen und Verständigen funktional. Scheinbar irrationale und sperrige Handlungspraktiken und Orientierungsmuster erweisen sich gerade bei systemischer, das heißt inner- wie zwischenbetrieblicher Integration und Steuerung mit hochentwickelten und störanfälligen Computersystemen als systemstabilisierend, weil die Systemlogik, ihre technischen und organisatorischen Vorgaben den spezifischen Bedingungen und Rationalitäten vor Ort angepaßt werden müssen.

„Muddling through“ als Versuch, den Wust technischer Konzepte, Problemvorschläge und Entscheidungsalternativen zu bewältigen, und „bricolage“¹ als bewährte Strategie, Altes und Neues „zusammenzubasteln“ ist deshalb auch auf allen Management-Ebenen anzutreffen. „Basteln tut man mit Geduld und Spucke, mit Versuch und Irrtum, mit Pragmatismus und implizitem Wissen. Damit ist man gut beraten, auch wenn die Lehrbuch-/Entscheidungslogik ein geordneteres Vorgehen vorschreibt.

..Die Geschicklichkeit des Bastlers erweist sich an seinem Verständnis für die „innere Disposition“ seines Werks und an seinem Blick für das, was dazu paßt; in seiner Kunst, mit begrenzten Mitteln auszukommen; und an seiner Behutsamkeit beim reorganisierenden Einbau neuer Elemente in die strukturierte Gesamtheit, die er so erarbeitet.“ (Ortmann u.a., S. 393 ff.)

Umwelt-Management als Flickwerk oder Speerspitze der Management-Veränderung? Unternehmensreorganisation und Umbruch traditioneller Produktionsweisen, ohne die eine Ökologisierung der Produktion nicht möglich sein wird, sind also immer Resultat eines sowohl geplanten als auch stückweise notwendig-chaotischen Wandels. Wenn also betriebliche Wandlungsprozesse derartig von unternehmensinternen Macht- und Interessenkonflikten, Leitbildern und Routinen abhängig sind und deshalb umwegig, kaum kalkulierbar und kontingent verlaufen, wenn die Grundlagen und Voraussetzungen der Produktion und der dazugehörigen Sozialbeziehungen

schon infolge des systemisch-reflexiven Rationalisierungspotentials der Informations- und Kommunikationstechnologien in Frage gestellt werden, sich aber also so resistent erweisen, daß deren relativ aussichtsreiche Produktivitätsgewinne aufgrund von Organisationskomplexität und Organisationschaos versperrt bleiben – welche Chancen hat dann eine Ökologisierung der Produktion, die eine Potenzierung all dieser Probleme verspricht?

Ökologische Produktentwicklung und Fertigungsverfahren versprechen als „Investition in die Zukunft“ Pioniergewinne, Produktivitätsgewinne und vermeiden kostenintensives Entsorgen, Nach- und Umrüsten der Anlagen; dies aber immer nur mittelfristig und langfristig bei kurzfristig erheblichem Investitionsvolumen. Umweltverträglichkeit als Produktionskriterium erhöht die Komplexität der Arbeitsabläufe und Entscheidungsvariablen in allen Produktionsfunktionen, da sie nicht zusätzliche, sondern Querschnittsaufgabe ist, die aufgrund der Variabilität, Dynamik und des Spektrums ökologischer (Neben-)Folgen der Produktion Kooperation, interdisziplinäres Wissen und Arbeiten sowie permanente Aktualisierung und Innovation von Qualifikation und Problemlösungskompetenz erfordert.

Wie sehr betrieblicher Umweltschutz durch bricolage als Muster betrieblichen Arbeitsverhaltens und betrieblicher Unternehmensführung geprägt ist, zeigt sich an seinem thematischen Zuschnitt und organisatorischen Flickwerk. Das Spektrum produktionsbedingter Ökologieprobleme, bekannter wie zukünftig noch zu erwartender (Neben-)Folgen wird reduziert auf die Umweltprobleme, bei denen akutester Handlungsbedarf besteht (infolge gesetzlicher Auflagen, öffentlicher Legitimationsprobleme, Unfälle etc.), die schnelle Spar- und Amortisationseffekte (Senkung des Energie und Wasserverbrauchs, Umstellung des Büromaterials) oder neue Marktsegmente und Marketingchancen erwarten lassen.

Einzelne Umweltprobleme werden parzelliert „bearbeitet“ Wegen verschärfter gesetzlicher Auflagen dominieren in den Angeboten der Umweltberater Konzepte für Abfall, Recycling und Entsorgung; die neuen Anforderungen an die betriebliche Umweltschutzorganisation und Produktqualität, die sich aus dem veränderten Umwelthaftungsgesetz und dem Umweltschutzgesetz ergeben, werden momentan „entdeckt“ keine Themenkonjunktur haben die Senkung der CO₂-Emission oder die ökologische Produktbewertung.

Die von Unternehmen auf Kongressen und in der Literatur gern und oft demonstrierten Leistungsbeweise ihres „freiwilligen Umweltschutzes“ sparen die Schwachstellen unternehmerischer Innovationsfähigkeit aus. IBM propagiert ihr Computer-Recycling-Modell, BMW den Drei-Wege-Katalysator für Motorräder, Henkel demonstriert, wie konzernweit ökologische Risikopotentiale erfaßt werden können, ein Lack-Unternehmen baut ein Mehrweg-Eimer-System auf etc. pp.. Wie und ob solche Einzelprojekte Sinn für die integrierte Bewältigung der unternehmensspezifischen Ökologieprobleme machen, wie und ob sie Resultat oder Anfang eines querschnittsbezogenen und vernetzten Umwelt-Managements mit unternehmensspezifisch entwickelter integrierter Umwelttechnik sind, ob sie ökologisch bilanziert werden können, bleibt offen oder Unternehmensgeheimnis.

1 Günter Ortmann u. a. haben in einer lesenwerten Studie über „Computer und Macht in Organisationen“ demonstriert, wie mit dem bricolage-Begriff das Innenleben von Unternehmen dechiffriert und besser verstanden werden kann (vgl. Ortmann u. a.)



Daß integriertes Umwelt-Management, Öko-Controlling, Ökobilanzen, ökologische Produktlinienanalyse und dergleichen nicht Utopie bleiben müssen, belegen die zahlreichen Branchen-Risikoanalysen, Umweltdaten, unternehmensspezifischen Check-Listen und Konzepte für Umwelt-Management, die von umweltorientierten Unternehmensberatern und Unternehmensverbänden entwickelt wurden. Der Qualitätssprung zum integrierten Umwelt-Management braucht, wie die zur Zeit gehandelten Musterbeispiele (siehe Kasten) ökologischer Unternehmensführung illustrieren, nicht am Innenleben der Unternehmen zu scheitern.

Unterschiedliche Ressourcenabhängigkeit und Umweltrisiken der Produkte und Fertigungsverfahren, mangelnde Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, unsichere Marktposition, unterschiedliche Qualifikationsressourcen etc. können zwar Ungleichzeitigkeiten und Differenzen im Umwelt-Management der einzelnen Unternehmen und Branchen erklären, nicht jedoch die mehr oder minder entwickelte Zurückhaltung gegenüber professionellem Umwelt-Management.

Der entsprechende Qualitätssprung in der Management-Entwicklung scheint, wie bei der Einführung computergestützter Produktionssysteme, nicht zuletzt daran zu scheitern, daß der mehr oder minder geplante Wandel tayloristisch-fordistischer Organisationskultur hin zum strategisch-innovativen Partizipationsmanagement nicht stattfindet. Gerade die interdisziplinären, funktions- und bereichsübergreifenden Anforderungen integrierter Umweltschutzkonzepte sind nicht allein mit „Umweltschutz als Chefsache“ zu erreichen. Umweltschutz als Chefsache ist gerade wegen seiner Vorzüge (klare Kompetenzen und direktive Zielvorgaben) kein Selbstläufer, sondern setzt flache Hierarchien, offene Kommunikationswege,

partizipatives Projekt-Management, effiziente Kooperation in Querschnittsprojekten und Entwicklungsteams voraus. Die bereichs- und funktionsübergreifende Koordination, Rückkoppelung und Clearing-Funktion eines Umwelt-Managements stellt jedoch nicht nur im mittleren Management bestehende Dispositionsrechte und Machtpotentiale in Frage. Umwelt-Management, das die zukünftige Unternehmenskonkurrenz um Ökologisierungsgewinner und -verlierer entscheiden wird, ist in allen Unternehmenshierarchien strukturverändernd oder strukturinduzierend und kann deshalb tatsächlich „Speer Spitze der Veränderungen im Management“ (U Steger) werden.

Deutlicher Beleg für diese (nicht uninteressierte) These ist der seit einigen Jahren in den Vorstandsetagen zu beobachtende Generationswechsel, der die Ambivalenz des Unternehmenslogos „Umweltschutz als Chefsache“ entschärfen kann.

Nachwuchsmanager und Jungunternehmer, jüngere Produktionsleiter und Ingenieure, die ihre berufliche Sozialisation unter den Vorzeichen einer drohenden ökologischen Krise und eines wachsenden Umweltbewußtseins begonnen haben, sind tendenziell eher bereit, ihre für die Effizienz und Initiierung betrieblicher Umweltkonzepte unerläßlichen Kompetenzen und Dispositionsrechte nicht zur Themenmonopolisierung und zur Abschottung gegenüber Beschäftigten und Betriebsräten zu mißbrauchen. In einigen Unternehmen werden sogar ehemalige Gegner, kritische Ökologieinstitute oder deren Mitarbeiter mit der Beratung oder auch Führung von betrieblichen Umweltprojekten beauftragt.

Diese Management-Generation ist auch Träger und Adressat der international entstandenen Manager-Debatte um die „Unternehmenskultur“. Statt Disziplinierung, bürokratischer Rationalisierung und Pazifizierung werden Autonomiespielräume, Dezentralisierung, Förderung von Widerspruch, Fehlerfreundlichkeit und Vielfalt als Erfolgskriterien entdeckt. Diese kulturellen Innovationsprämissen moderner Technik und Marktpolitik sollen jedoch nicht instrumentalistisch-technokratisch reduziert die Organisationseffizienz erhöhen, sondern selbstreflexive Organisationsentwicklung initiieren, die zukünftig den ökonomischen wie sozialen Erfolg eines Unternehmens bestimmen wird (vgl. Peters, Waterman).

Foto:
Hans-Jürgen Serwe

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

- Antes, Ralf, 1991: Organisation des Umweltschutzes, in: *Personalführung* 3/1991
- Bardmann, Theodor M., 1990: Wenn aus Arbeit Abfall wird. Überlegungen zur Umorientierung der industriesoziologischen Sichtweise, in: *Zeitschrift für Soziologie* 3/1990, S. 179, 194
- Bogun, Ralf, G. Warszewa, 1989: Zwischen ökologischem Problembewußtsein und Risikoakzeptanz. Welche Konsequenzen ziehen Industriearbeiter aus der Umweltkrise? in: *Arbeit und Betrieb* (1989), Bremen, S. 22.
- Gerhardt, Hildebrandt, Zimpelmann, 1991: Neue Formen industrieller Beziehungen im Umweltschutz?, Unveröffentlichtes Typoskript
- Heine, Hartwig, R. Mauntz, 1989: Industriearbeiter contra Umweltschutz?, Frankfurt/Main, New York
- Huber, Josef, 1991: Unternehmen Umwelt Weichenstellungen für eine ökologische Marktwirtschaft, Frankfurt/Main
- ICC, Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer, 1991: Umweltschutz-Audits – Die Effizienz freiwilligen Öko-Managements, *ICC-Publikation* Nr. 210/2
- Lévi-Strauss, Claude, 1973: Das wilde Denken. Frankfurt/Main
- Manager-Magazin-Spezial*, 1991: Umweltmanagement – so wird es gemacht, 2/1991
- Ortmann, Günter u.a., 1990: Computer und Macht in Organisationen – Mikropolitische Analysen, Opladen
- Peters, Th. J., Waterman, R. H. Jr., 1986: Auf der Suche nach Spitzenleistungen. Was man von den bestgeführten Unternehmen lernen kann, Landsberg am Lech
- Steger, Ulrich (Hg.), 1991: Handbuch des Umweltmanagements, München
- Theissen, Antje, 1989: Betriebliche Umweltschutzbeauftragte. Determinanten ihres Wirkungsgrades, Wiesbaden
- Verein deutscher Ingenieure (VDI), 1991: Integrierter Umweltschutz Ingenieurkonzepte für eine umweltverträgliche Technikgestaltung, *VDI-Berichte* 899

Gerade die Defizite des Umwelt-Managements und die unter entwickelte Umweltdiskussion in den Betrieben belegen nachdrücklich, daß die mit dem Gestaltungsdiskurs anvisierte arbeitspolitische Reformperspektive trotz vieler ungelöster Probleme, Innovationsrisiken und Überforderungen nach wie vor alternativlos ist.

Defizite wie Innovationsanforderungen des Umwelt-Managements, Theorie wie Praxisdiskrepanz „moderner“ Unternehmensführung indizieren Umbrüche und Fraktionierung im Management, deren Dynamik und Ergebnisse auch von den übrigen Akteuren der Betriebsarena beeinflusst werden können.

Ökologische Arbeitspolitik in der Warteschleife

Gewerkschaftliche Zukunftskongresse und die in allen Umfragen den Beschäftigten attestierte Umweltsensibilität haben die Ausgangsbedingungen für Umweltengagement von Beschäftigten, Betriebsräten wie Gewerkschaften zweifellos verbessert. Der Qualitätssprung zu einer tatsächlichen ökologisch erweiterten und nicht bloß ergänzten Arbeitspolitik steht jedoch noch aus. Weder Betriebsräte noch Beschäftigte treten als Impulsgeber oder Multiplikator in ökologischen Reorganisationsprozessen der Unternehmen auf. Umwelt-Sensibilität und ökologisches Wissen differieren nach Alter, Ausbildung, Geschlecht, betrieblicher Funktion und dem ökologischen Risikogehalt der Branche und des Betriebes. Vereinzelt werden Umweltinitiativen auch gegen die Unternehmens- und Abteilungsleitungen bzw. an ihnen vorbei initiiert: Überwiegend weibliche Angestellte ergreifen eigenständig Initiativen zur Umstellung auf umweltverträgliche Büromaterialien und ihre Entsorgung; Techniker und Meister in den Altersgruppen der Zwanzig- bis Vierzigjährigen beteiligen sich an Umwelt-Arbeitskreisen, Weiterbildungsmaßnahmen eher als ihre Kollegen in anderen Altersgruppen; Entwicklungsingenieure aus Automobilfirmen beteiligen sich an der Diskussion alternativer Verkehrskonzepte. Solche Entwicklungen sind fast durchweg von Einzelpersonen, deren Innovationsbereitschaft und technisch-ökologischer Kompetenz abhängig. Sie beziehen sich meist auf leicht umsetzbare, technische Maßnahmen und sind nur selten Gegenstand längerfristiger oder sogar konfliktreicher betrieblicher Auseinandersetzungen. Werden sie innerbetrieblich abgeblockt, so versuchen die Beschäftigten gelegentlich, in gewerkschaftlichen Arbeitszusammenhängen und auch mit nichtgewerkschaftlicher Beratungskompetenz kontinuierlich und professionell an den betrieblichen Umweltproblemen weiterzuarbeiten. Die Diskrepanz zwischen außer- und innerbetrieblichem Umweltengagement manifestiert sich darin, daß Facharbeiter die öffentliche Ökologiediskussion intensiv mitverfolgen und auch die Umweltprobleme ihrer Branchen und Betriebe kennen, ohne ihr alltägliches Arbeitsverhalten bislang zu verändern. Umweltbewußtsein und tatsächliches Umweltengagement sind zumeist stark partialisiert: Umweltrisiken werden nur in Abhängigkeit von der direkten Bedrohung der eigenen Gesundheit, des eigenen Arbeitsplatzes einerseits und der ökonomischen Sicherheit des Unternehmens und in Korrespondenz zu unternehmerischen Umweltmaßnahmen andererseits wahrgenommen. Die dominierende End-of-the-pipe-Ideologie, die produktionstechnischen Kompetenzen und Vorgaben des Managements werden nur selten in Frage gestellt – es sei denn, daß mangelhaftes Umwelt-Management zu öffentlicher Kritik und damit zur Gefährdung von Standort und Arbeitsplätzen führt. Infolgedessen sind „arbeiterspezifische Interessen“ an betrieblicher Umweltpolitik ebenso wenig entstanden wie eine „gemeinsame Arbeiterperspektive“ das heißt eine gewerkschaftliche Solidarität in Form von Tarifverträgen und Unterstützungsfonds für Beschäftigte und Betriebe, die aufgrund von ökologischen Risiken von Arbeitsplatzverlusten bedroht sind.

Die Merkmale und Verhaltensdilemmata, die das Umweltengagement der Beschäftigten begrenzen, prägen im wesentlichen auch die Umweltschutzaktivitäten der Betriebsräte. Da Unternehmensleitungen betriebliche Umweltdaten fast durchgängig als Betriebsgeheimnis behandeln, können sich Betriebsräte wegen fehlender Informations-, Kontroll- und Mitbestimmungsrechte noch immer auf ihre formelle Nicht-Zuständigkeit in umweltpolitischen Angelegenheiten zurückziehen. „Umweltschutz als Chefsache“ wird von den Betriebsräten – sei es aus Nicht-Zuständigkeit, Überforderung oder partnerschaftlich-konstruktiver Eingebundenheit überwiegend akzeptiert und kaum durch Alternativvorschläge, geschweige denn Ansätze eines umweltpolitischen „Co-Managements“ konstruktiv ergänzt und weiterentwickelt.

Die seit einigen Jahren um gleiche Ideen und alte Forderungen kreisende Umweltdebatte der Gewerkschaften ist Seismograph für den Zustand ihres „Gestaltungsdiskurs“ mit dem im Nachgang der gewerkschaftlichen Technikdiskussion eine tiefgreifende Neubestimmung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ins Auge gefaßt wurde. Die Erkenntnis, daß sozial- und ökologie-verträgliche Gestaltung von Arbeit und Technik nicht mittels der elementar-klassischen Schutzfunktion und in der traditionellen Rolle des Preisverfechters der Ware Arbeitskraft einzulösen ist, hat bisher weder nachhaltige noch praktische Folgen gehabt.

Gerade die Defizite des Umwelt-Managements und die unterentwickelte Umweltdiskussion in den Betrieben belegen nachdrücklich, daß die mit dem Gestaltungsdiskurs anvisierte arbeitspolitische Reformperspektive trotz vieler ungelöster Probleme, Innovationsrisiken und Überforderungen nach wie vor alternativlos ist: Die Überführung traditioneller gewerkschaftlicher Gegenmachtspolitik in neue Formen des betrieblichen „Co-Managements“ mit technisch-ökonomisch ausgewiesenen und ökologisch orientierten Alternativkonzepten, die Erweiterung der instrumentellen Lohnarbeiterperspektive um einen aus der Sache erwachsenen Bezug auf die Arbeit und ihre Produkte sowie um eine Subjekt-Produzenten- und Konsumentenperspektive, die Integration der in diesem Zusammenhang besonders wichtigen „mikropolitischen“ Interessenbildung und des Handlungskalküls der Beschäftigten „vor Ort“ in die Betriebsratsarbeit sind Erfolgsprämissen für eine ökologische Arbeitspolitik. Ob diese mit den Formeln „interessenpolitisches Management der Vielfalt“ und „produktionstechnische und ökologische Gestaltungskompetenz“ grob skizzierte Reformperspektive realitätstüchtig ist, ist nicht nur eine Frage der arbeitspolitischen Infrastruktur. Das vorherrschende mechanische Politisierungsmuster „Betroffenheit-Einsicht-Engagement“ ignoriert die konkreten Interessen und Handlungspraktiken der Beschäftigten. Zukünftig wird Politisierung (nicht nur in ökologischen Fragen) abhängen von der handlungsstrategischen und ökologischen Kompetenz der Betriebsräte, Vertrauensleute und Meinungsführer in den Abteilungen. Sie setzt eine offene Diskussion der Differenzen im Umweltengagement unter den Beschäftigten ebenso voraus wie konkrete Gestaltungsalternativen, anhand derer die für alle Beschäftigten bestehenden, wenn auch unterschiedlich verteilten Handlungsmöglichkeiten deutlich werden.

Gerade wenn eine ökologische Erweiterung traditioneller Arbeitspolitik um betriebsexterne Akteure und Netzwerke der Umweltverbände, Verbraucherinitiativen, Medien und der Kommunalpolitik nicht weiterhin an innerbetrieblichen Blockaden scheitern soll, ist diese Neu-

Mario Damolin schreibt im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Buch *Managerdämmerung oder Die Spiritualisierung der Ökonomie*: „Stand in den sechziger und siebziger Jahren ‚der Arbeiter‘ (‚die Arbeiterklasse‘) im Blickpunkt forschender, analysierender und publizierender Kopfarbeiter, so scheint seit geraumer Zeit – nach dem Zusammenbruch der politischen Hoffnungen, die mit einer ‚Wiedererweckung des klassenbewußten Arbeiters‘ verbunden waren – dessen früherer ‚Antagonist‘ der Manager oder Unternehmer an der Reihe. Auf diese Vertreter der wirtschaftlichen Elite konzentrieren sich jetzt, so legen das übergroße Interesse an ihrem Wohlbefinden und die mittlerweile schier unendliche Managerliteratur nahe, die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft“ (Damolin, S. 7). Wir hoffen zwar nicht auf eine bessere Zukunft durch das Management, glauben aber, daß es bestimmte Ursachen haben muß, wenn eine Kaste, der es wahrlich nie an Selbstbewußtsein mangelte, wieder die Schulbank drückt, sich auf die Matte des Guru legt, durch Survival-Parcours quält oder dicke, wenn auch für das Querlesen präparierte Bücher liest.

Sicher setzt sich im kapitalistischen Betrieb immer wieder das Verwertungsinteresse durch. Aber die Form, in der dies vonstatten geht, ist in hohem Maße sozio-kulturell geprägt. In diese Prägung gehen nicht zuletzt auch vom Management entwickelte Leitvorstellungen ein. Dies betrifft sowohl die Form der Kooperation zwischen Kapital und Arbeit als auch die der Kooperation der Beschäftigten.

Traditionelles Management-Denken: Das Unternehmen als Maschine Für das traditionelle Management-Denken stehen Namen wie Frederic Taylor und Henri Fayol. Als typisches Resultat des 19. Jahrhunderts versteht es Unternehmen als Maschinen, als mechanistischen Prinzipien folgende Institutionen. Das Bild des Unternehmens als Maschine hatte seine Grundlage im abendländischen Rationalismus des 16./17. Jh.s. Damals wurde die Weltmaschine zur beherrschenden Metapher des modernen Denkens. Sie blieb bis weit in das 20. Jahrhundert hinein die grundlegende Sicht aller Wissenschaften, also auch der Betriebswirtschaftslehre und des Management-Denkens.

Die „Unternehmensmaschinen“ sind hierarchisch strukturiert und werden durch eine vollständig autonome Instanz – die Besitzer – kontrolliert. Diese Instanz kann jedes Teil des Systems beeinflussen, ohne daß sie selbst

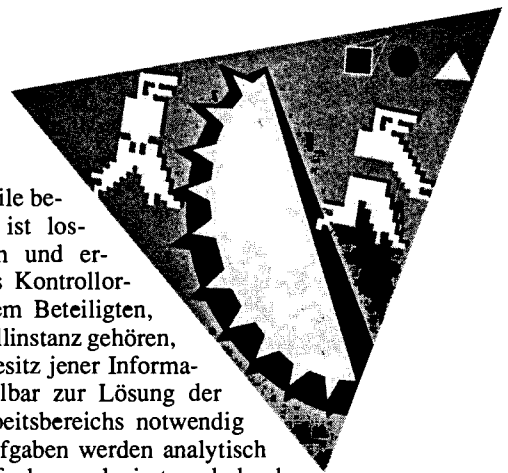
Ökologie als bricolage...

orientierung herkömmlicher Betriebsrats-Praxis auf Potentiale wie Widerstände für ökologische Partizipationskompetenz und Eigenverantwortung der Beschäftigten unerläßlich. Sie ist auch Bedingung dafür, daß die ökologische Ausweitung des gewerkschaftspolitischen Forderungskatalogs um Produktmitbestimmung, ökologische Tarif- und Betriebsvereinbarungen nicht weiterhin so abgehoben bleiben vom tatsächlichen Betriebsgeschehen. Parolen, wie zum Beispiel „Wenn Unternehmer den Umweltschutz entdecken, müssen Arbeitnehmer Weichen stellen“ sind gerade als Pendant zur Chefsache-Propaganda der Arbeitgeber anachronistisch. Auch in der Arbeitspolitik behindert „Mantaismus“ ein konfliktorientiertes wie realitätsadäquates Suchen nach Auswegen aus selbstgenügsam ausgetretenen Pfaden. ■

Vom tayloristischen zum evolutionären Management

*Brüche im Management-Denken und
Management-Handeln*

Georg Deh/Gerd Hurrele



von einem dieser Teile beeinflusst wird. Sie ist losgelöst vom System und erscheint als externes Kontrollorgan. Alle am System Beteiligten, die nicht zur Kontrollinstanz gehören, sind lediglich im Besitz jener Informationen, die unmittelbar zur Lösung der Probleme ihres Arbeitsbereichs notwendig sind. Die Gesamtaufgaben werden analytisch auf elementare Aufgaben reduziert und durch umfassende Vorschriften normiert. Anweisungen, die von oben kommen, sind weder zu erklären noch zu begründen. Vielmehr wird Gehorsam erwartet. Die Teile des Systems haben zu funktionieren. Das im mechanistischen Management-Denken zum Ausdruck kommende Verhältnis der Betriebsleitung zu den Mitarbeiter/innen ist das zu abhängigen und außengelenkten Menschen. Autonomes Urteilen und Handeln wird als störend empfunden und durch präzise Vorgaben ersetzt. Motivation wird ebenfalls von außen durch materielle Anreize und Drohungen vermittelt. Die Macht im Unternehmen ist monozentrisch konzentriert und als Hierarchie zementiert. In der Spitze des Unternehmens läuft alles zusammen. Dort soll die gesamte Übersicht sein. Die Unternehmensleitung gilt als „Quelle allen Wissens“ als alles entscheidende Instanz, als Motor des Unternehmens, der die Maschine in Bewegung setzt und hält.

Inge Graf und Zyx,
aus: Kunst
mit Eigen-Sinn

Die
Vorstellung vom Betrieb als Orchester ersetzt lediglich Hierarchie durch Polarität, stilisiert den Manager zum Künstler, der, so wie der Dirigent das Orchester als Klangkörper benutzt, den Betrieb als Produktionskörper dirigiert.

Entsprechend dem mechanistischen Weltbild herrscht der Mythos der totalen Plan- und Steuerbarkeit. Alle Operationen haben – wie bei einer Maschine – gleich zu bleiben. Der Output bleibt gleich, solange sich der Input nicht ändert, so eine Regel mechanistischen Management-Denkens. Deshalb richtet es seine Aufmerksamkeit auch in erster Linie auf den Input. Gedacht wird in Quantitäten. Das Unternehmen scheint kaum mehr als eine Verkaufsmaschine zu sein. Verstanden werden kann die Maschine „Unternehmung“ wenn ihre einzelnen Teile verstanden sind. Jede Wirkung ist die Folge einer Ursache. Alles ist meßbar, in Zahlen wiederzugeben und zu erfassen.

Dies ist sicher eine vergrößerte Darstellung des traditionellen Management-Denkens. Soweit die Protagonisten mit der „Praxis“ in Berührung kamen, soweit sie direkt mit der Organisierung des Produktions- und Verwaltungsprozesses zu tun hatten, soweit sie sich auf den Märkten bewegen mußten, ging das immer nur mit Abstrichen von diesem Weltbild. Trotzdem war dieses Denken vorherrschend. Eine explizite Kritik daran gab es nicht, wenn, dann allenfalls als unterschwelliges Murren der „Praktiker“. Aber je luftiger die Höhen der Management-Etagen waren, desto dominierender war dieses Denken.

Auf der Suche nach neuen Leitbildern Durch die relativ stetige ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg fand diese Sicht zunächst ihre scheinbare Bestätigung. Unter homogenen Umweltbedingungen erwecken auch lebende und soziale Systeme den Anschein der Stetigkeit einer Maschine: „In der Tat genügt in Zeiten des Wachstums offenbar ein einfaches Gemüt, um selbst eine große Firma zu leiten. Man braucht nur Vertrauen in die Zukunft zu haben und an das Wachstum glauben. Ja, in solchen Zeiten lassen sich Unternehmen sogar wie eine Maschine planen und konstruieren.“ (Vester, S. 299 f.) Sobald sich aber die Umweltbedingungen destabilisieren und in einer turbulenten und in Sprüngen sich entwickelnden Umwelt flexible Anpassungsprozesse notwendig werden, gerät dieses Management-Denken in die Krise. Dies ist Anfang der siebziger Jahre der Fall. Die ökonomischen Rahmenbedingungen ändern sich. Internationalisierung und Integration der Märkte sowie die Herausbildung neuer Markterfordernisse wie kürzere Produktzyklen, größere Produktvielfalt, kürzere Lieferzeiten und bessere Qualität legen seither schonungslos die Schwächen mechanistischer Produktionsorganisation bloß. Innovationsfähigkeit und Flexibilität werden die entscheidenden Voraussetzung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Solche Eigenschaften hat eine nach dem Vorbild der mechanischen Maschine entwickelte Organisation weder vorzuweisen, noch kann sie diese entwickeln. Das mechanistische Weltbild verträgt sich also nicht mit den Anforderungen einer unberechen- und unbeherrschbaren Marktökonomie.

Der Einfluß neuer Technik Werden die neuen Informations- und Kommunikationstechniken der alten Arbeitsteilung zum Zwecke der Automation einfach nur aufgepfropft, verschlechtern sich vielfach die Verwertungsbedingungen und die Überschaubarkeit sinkt. Die indirekten Kosten der Produktion steigen (vgl. Brödner, S. 56). Es wird deutlich, daß die Atomisierung von Tätigkeiten durch die hohe Zahl von Schnittstellen für den Informationsfluß kontraproduktiv ist. Sie macht ihn unüberschaubar und damit die Organisation unflexibel.

Obendrein birgt jede Schnittstelle die Gefahr der Verfälschung sowie des Informationsverlusts und erhöht somit die Fehlerhäufigkeit. Die Zentralisierung von Informationen an der Führungsspitze und ihre kontrollierte, auf das für die Ausführung einer Teiltätigkeit Notwendige beschränkte Weitergabe an die Ausführenden, verlängert den Informationsdurchlauf, erhöht die Inflexibilität und führt zu Fehlern. Dabei werden gleichzeitig die Fehlerursachen immer intransparenter. Der Einsatz neuer Technik nach alten Mustern und der Versuch, den neuen Marktbedingungen gerecht zu werden, die von der Organisation eines Betriebes oder einer Verwaltung die Verarbeitung von weit mehr Informationen in weit kürzerer Zeit bei einer Nullfehlerquote erfordern, verlangen neue Technik einsetzkonzepte, die einer anderen Logik als der der mechanischen Gesamtmaschine folgen.

„Die Innovationen in der Informationstechnologie haben in den Unternehmen Informationen zu einem allen Mitarbeitern gleichzeitig verfügbaren Gut gemacht. Die Frage der Informationsverfügbarkeit richtet sich primär nach Kriterien der Produktivität und Effizienz, das heißt nach dem Nutzen für die Organisation und nach dem Ergebnis. Autorität, die in Organisationen auf Informationsvorsprung beruht, steht diesem Nutzen entgegen.“ (Dumont du Voitel, S. 11 f.) Und weiter heißt es: „Die Hierarchien werden flacher zu Lasten des mittleren Managements. Ein Bild zeichnet sich für die Zukunft ab: das eines Orchesters mit vielen gleichberechtigten Spielern, die ein gemeinsames Ziel anstreben unter einem Dirigenten, der ihre individuellen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringt... Die Zukunft wird dem historischen, von der militärischen Tradition abgeleiteten tiefen Hierarchiegefüge oder dem Taylorismus vergangener Tage immer weniger entsprechen.“ (S. 13) Doch die Vorstellung vom Betrieb als Orchester ersetzt lediglich Hierarchie durch Polarität, stilisiert den Manager zum Künstler, der, so wie der Dirigent das Orchester als Klangkörper benutzt, den Betrieb als Produktionskörper dirigiert.

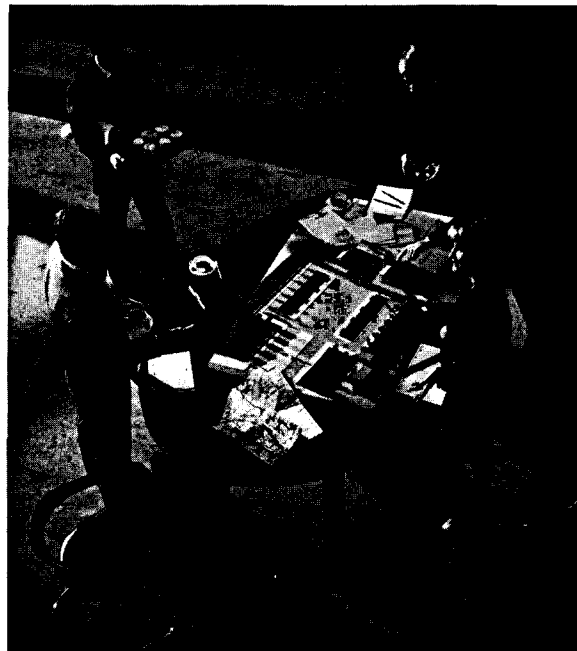
Sozialer Wertewandel Neben den Brüchen in der ökonomischen und technischen Entwicklung verlangt ein dritter Faktor nach neuen organisatorischen Leitvorstellungen: der soziale Wertewandel. Gerade unter den Menschen im Unternehmen, beim Personal also, haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten bedeutsame gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen, an denen sich jene Sicht bricht, die die Beschäftigten als unselbständige, homogene, austauschbare Teile einer Unternehmensmaschinerie betrachtet. Die Lohnabhängigkeit wurde allgemein. Auf dieser Grundlage entwickelte sich einerseits eine beispiellose soziale Differenzierung und andererseits Massenkonsum, Wohlstand für breite Schichten und bessere Ausbildung. Dies führte zu zwei Resultaten. Erstens: „Für die Mehrheit der Lohnabhängigen bieten sich heute Chancen zu einer selbstbestimmten Lebensführung, die frühere Generationen nicht kannten.“ (Steinkühler/Bleicher, S. 23) Und zweitens: „Noch nie in der Geschichte der industriellen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital sind die Unternehmensleitungen mit einer fachlich so hoch kompetenten und unternehmenspolitisch so kritischen Arbeitnehmerschaft konfrontiert worden, wie dies jetzt der Fall ist.“ (Bleicher, S. 3) Solche Belegschaften lassen sich höchstens um den Preis von Motivations- und damit Effizienzeinbußen einem System von Befehl und Gehorsam unterordnen oder wie ein Orchester dirigieren. Aber selbst im Management hinterläßt der Wertewandel Spuren: „Der tägliche Wettbewerb zwischen den Ge-



Traditionelle Sicht und modernes Ideal:
aus Frans Masereels Holzchnitt-Buch *Die Stadt*
(erstmal erschienen 1925) ...

Entwicklung zu sichern und zu fördern. „Grundlage dieser Denkweise ist die Vorstellung, daß Unternehmen dynamische Ganzheiten sind, deren Eigenschaften und Verhaltensweisen nicht verstanden werden können, wenn man sie aus einzelnen Teilen ableiten will. eine der konsequenzenreichste Eigenschaften solcher Ganzheiten“ ist „ihre große Komplexität..., die sich aus der Vernetztheit der einzelnen Elemente und dem Eigenverhalten der ihr angehörenden Menschen ergibt.“ (Ulrich/Probst, S. 286)

Diese Vorstellung versucht der Tatsache Rechnung zu tragen, daß das Unternehmen sich unter unterschiedlichen und rasch wechselnden Bedingungen behaupten muß. Dazu sind Kreativität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit notwendig. Um sie zu sichern, dürfen die Menschen des Unternehmens nicht mehr als auswechselbare Rädchen eines Getriebes aufgefaßt werden, sondern müssen als selbstbewußte Wesen mit eigenen Interessen begriffen werden. So hält U Cieplik von der Audi AG fest: „Sicher kann man die Anlagen ständig verbessern, ihre



British Airways Anzeige, manager magazin.

schlechtem um Erfolg und den Arbeitsplatz hat im Management noch nicht völlig um sich gegriffen, aber die Emanzipation zeigt über ein verändertes Verständnis und Zusammenspiel der familiären Rollen bereits große Wirkung bei der zukünftigen Elite.“ (Dumont du Voitel, S. 10) Sie äußert sich in Form von Rekrutierungsschwierigkeiten. Die ökologische Problematik verändert die Einstellung beider Gruppen zu den Prozessen und Produkten der Produktion des jeweiligen Betriebes. Sie ermöglicht oder erschwert Identifikation mit den Betriebszielen modisch ausgedrückt: Sie fördert oder untergräbt die Corporate Identity (CI).

Aus der Sicht des Managements bedarf es also einer organisatorischen Leitvorstellung, die dreierlei leistet: Sie muß den immer unberechenbareren ökonomischen Bedingungen gerecht werden, das Erstarren in technischen Zwängen verhindern und den sich verändernden sozialen Werten Rechnung tragen. Ein neues Paradigma gewinnt an Boden: Die Welt ist keine mechanische Maschine, sondern ein durch Wechselwirkung bestimmtes System, schöpferisch, sich selbst entwickelnd und in seiner Entwicklung offen.

Dieses Paradigma beeinflusste auch die Management-Diskussion der letzten Jahre. Ein veränderter Begriff von Unternehmen beginnt sich herauszuschälen: Das Unternehmen als soziales System, das keinen mechanistischen Gesetzmäßigkeiten folgt, sondern sich selbst organisiert und aus eigener Dynamik entwickelt. Die Menschen dieses Systems werden als Individuen mit eigenen Interessen und Absichten respektiert. Manager/innen sind Teil dieses Systems und haben die Aufgabe, dessen

Steuerung optimieren, ihre Leistung erhöhen, ihre Verzahnung perfektionieren. Die Art ihrer Nutzung und der Grad ihrer Verfügbarkeit hängt aber entscheidend davon ab, welche Position den Menschen im modernen Produktionskonzept zugebilligt wird, ob es genügend qualifiziertes Personal gibt, das die neuen Produktionssysteme bedienen kann.“ (S. 143)

Es sind also ökonomische, soziale, technische und wissenschaftlich-philosophische Entwicklungen, die die Untauglichkeit des mechanistischen Management-Denkens gerade auch für die Schaffung optimaler Verwertungsbedingungen an den Tag bringen und die Manager/innen nach neuen Orientierungen suchen lassen. Dieser Bedarf wurde Ende der siebziger Jahre unter anderem vom Management-Institut an der Hochschule in St. Gallen (Schweiz) sowie dem Duttweiler-Institut, aber auch von einigen freiberuflichen Management-Bildnern/innen mit einigem Erfolg aufgegriffen und in die Management-Bildung ventiliert.

Auch Individualisierungsstrategien im Sinne von Schüren der Konkurrenz, wie von Linken und Gewerkschafter/-innen befürchtet, sind bezüglich der hier definierten Management-Ziele kontraproduktiv. Sie provozieren unnötige Konflikte, machen ihre Ursachen intransparent und erschweren deren Lösung.

Rolle und Aufgaben des „neuen“ Managements Manager „sollen möglichst offen sein in ihren Gestaltungsmaßnahmen und ihrem Verhalten... Ihre wichtigsten Aufgaben liegen darin, Zahlen, Möglichkeiten, Alternativen, Werte usw. in die Diskussion zu bringen und Prozesse zu initiieren und zu fördern. Sie aktivieren das System zu Gestaltungsprozessen, machen es produktiver und erhöhen letztlich die Selbstorganisation (Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Innovationskraft, Eigeninitiative usw.).“ (Probst, S. 117) Dazu gehört es, Konflikte innerhalb des Systems aufzudecken und deren Lösung zu ermöglichen. Aber „der Manager als Befehlsgeber ist passé. Es ist nicht länger die Aufgabe von Chefs, für alle Fragen stets eine Antwort parat zu haben. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die richtigen Fragen zu stellen und die Antworten darauf von unten hochkommen zu lassen“ (Gerken, S. 144) Es muß dem/der Manager/in darum gehen, andere zu befähigen, ihre Probleme effektiver und effizienter anzugehen; seine/ihre Aufgabe liegt darin, sich der systemischen Zusammenhänge bewußt zu sein, diese aufzuzeigen und dafür zu sorgen, daß sie in Entscheidungen einfließen. Manager/innen aktivieren das System zu Gestaltungsprozessen, und machen es letztlich produktiver, indem sie seine Selbstorganisationsfähigkeit erhöhen.

„Aus den konzeptionellen Überlegungen der Selbstorganisation lassen sich vielfältige und anspruchsvolle Rollen für den künftigen Manager ableiten. Er wird

- anpassungsfähiger, entwicklungsfähiger Intervenierer
- Katalysator
- Fach- und Sozialpromoter
- Analytiker und Synthetiker
- Frühwarner und Initiator
- Coach und Moderator
- Wissensvermittler und Lernender
- substantieller und symbolischer Gestalter.“

(Probst, S. 120)

Ein einziges, konsistentes, auf klare inhaltliche Festlegungen definiertes, allgemein anerkanntes Rollenbild des Managements gibt es also nicht mehr, sondern das neue Rollenbild ist prozeßorientiert. Es spiegelt die Unberechenbarkeit der ökonomischen, technischen und sozialen Entwicklung sowie die Brüche in den Weltbildern wider und ist darauf ausgerichtet, die Existenz des Unternehmens unter turbulenten Bedingungen zu garantieren.

Evolutionäres Management und Gewerkschaften Es versteht sich von selbst, daß der Versuch der Reform des Management-Denkens und -handelns der ökonomischen Effizienz dient. Aber gleichzeitig scheint die Art, in der dies geschieht, nämlich durch Ins-Zentrum-Rücken des Individuums, auch Chancen zu bieten, durch die Entwicklung betriebspolitischer Alternativen, Management-Entscheidungen zu beeinflussen. Wenn das Management sich bei der Entwicklung der Flexibilität und Kreativität des Unternehmens wesentlich auf die Individuen stützen will, dann muß es die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese mitmachen. Dazu gehören heute neben der sozialen Sicherheit sinnvolle und ökologische Produkte, anspruchsvolle und kommunikative Tätigkeiten und die Beteiligung an der Gestaltung des „Was“ und „Wie“ des Unternehmens.

Evolutionäres Management muß auch die Außenbedingungen eines Systems berücksichtigen. So kann ein Unternehmen unter den Bedingungen einer „Zweidrittelsegesellschaft“ keine optimale Effizienz entfalten. Herrschende Armut verstärkt ebenfalls die Abhängigkeit

derer, die über einen attraktiven und lukrativen Arbeitsplatz verfügen. Abhängigkeit wiederum fördert Gehorsam anstatt Selbstbewußtsein und Kreativität. Dies konterkariert die Entwicklungsfähigkeit eines Unternehmens. Auch Individualisierungsstrategien im Sinne von Schüren der Konkurrenz, wie von Linken und Gewerkschafter/innen befürchtet, sind bezüglich der hier definierten Management-Ziele kontraproduktiv. Sie provozieren unnötige Konflikte, machen ihre Ursachen intransparent und erschweren deren Lösung. Kooperation wird kompliziert und Kreativität kann sich nur bedingt entfalten.

Selbstverständlich ist das Management nicht die Speerspitze gesellschaftlichen Fortschritts in dieser Republik. Tayloristisches Management ist zwar in der Krise, aber nicht restlos überwunden. Völlig ungeklärt ist, ob sich evolutionäres Management letztlich etablieren wird. Noch sind die hier vorgestellten Ansätze weit mehr Gegenstand von Management-Seminaren als Leitlinie der Alltagspraxis in deutschen Führungsetagen. Warum aber sollte zum Beispiel gewerkschaftliche Arbeit auf Unternehmensebene nicht einer ähnlichen systemischen Sicht folgen wie evolutionäres Management, die eigene Politik evolutionär orientieren sowie versuchen, egalitär orientierte und Ausgrenzungen vermeidende Alternativen zur Politik des Managements bezogen auf das Was und Wie des Unternehmens zu entwickeln? Dabei könnte sie ständig auf die Diskrepanz zwischen Anspruch der Management-Theorie und Wirklichkeit der Management-Praxis hinweisen. Um entsprechend agieren zu können, müßten die Gewerkschaften allerdings Betriebsräte, gewerkschaftliche Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren in die Theorie und Praxis evolutionären Managements einführen. Wenn das Management Individualität fördert, dann wird dadurch die traditionelle Kollektivität unterlaufen. Diese war bekanntlich das Resultat sozialer Undurchlässigkeit und des Kampfes der Arbeitnehmer/innen um ihre



„Wir machen es bei uns möglichst ohne Formalitäten. Sie sind für mich Hans und ich für Sie Werner. Aber vergessen Sie nicht, daß der Werner den Hans feuern kann.“

manager magazin



Tarifkommission:
Unzufriedener Metaller
diskutiert mit Mayr

Rechte und die Verbesserung ihrer materiellen Lage sowie gegen die Entwürdigung, als auswechselbare und abhängige Befehlsempfänger/innen betrachtet und behandelt zu werden. Sicher, diese Kollektive waren in der Vergangenheit die Basis gewerkschaftlicher Organisation und ihres Erfolges, aber warum sollen Kollektive nur das Resultat sozialer Undurchlässigkeit oder des Außendrucks auf soziale Gruppen sein? Warum sollen sich Individuen nicht auf persönlichen Entschluß zusammenschließen können, um bestimmte Ziele zu erreichen?

Eine Folge evolutionären Managements könnte sein, daß die Zahl kollektiv ausgetragener Konflikte sinkt, weil ihnen durch entsprechende Übereinkünfte zugekommen wird. Aber in der sinkenden Zahl solcher Konflikte bräuchte sich keine Schwächung gewerkschaftlichen Bewußtseins auszudrücken. Entscheidend ist, daß den Gewerkschaften deutlich wird, daß sich neue Widerspruchskonstellationen und damit neue Bedingungen für gewerkschaftliche Politik herausbilden. So muß evolutionäres Management den Widerspruch balancieren, daß die Effizienz des Systems selbstbewußte Mitarbeiter/innen voraussetzt, selbstbewußte Mitarbeiter/innen aber Bedingungen garantiert haben wollen, in denen ihre sozialen und ökologischen Wertvorstellungen aufgehoben sind, was unter dem Zwang der Kapitalverwertung in bestimmten Situationen durchaus die Effizienz des Systems stören kann. Die Gewerkschaften müßten die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Arbeitnehmer/innen die Dynamik, die dieser Widerspruch birgt, nutzen können. Dazu würde gehören, daß sie sich zu Zukunftswerkstätten entwickeln (vgl. Hoffmann u.a.), in denen Individuen in einem kollektiven Prozeß, alternativ zu den Zielen des Kapitals, Zukunft projektieren, humane Werte und Normen bilden, die dann Interessen prägen, welche über Beteiligungsprozesse oder auch qua Antizipation durch das Management und wenn notwendig durch kollektiv ausgeprägte Konflikte in die Unternehmensentscheidungen einfließen.

Die Abhängigkeit des Managements von einer hochflexiblen Produktion mit komplexen und teuren Produktionsanlagen wird weiter wachsen und damit im Kern seine Abhängigkeit von motivierten, qualifizierten und

kreativen Beschäftigten. Hohe Flexibilität ist aber auf Dauer nicht zu haben, ohne die Betroffenen in die Zielplanung der Produktion sowie die Gestaltung der Arbeitsorganisation und Technik einzubeziehen, zumal die Zahl der Technikalternativen wächst und Flexibilität eine optimale Abstimmung zwischen vorhandenen Qualifikationen, Arbeitsorganisation und entsprechend angepaßter Technik erfordert. Diese wird allein von den Stäben nicht mehr zu erzielen sein. Rein von der Funktion des Systems her betrachtet, wird das Unternehmen der Zukunft dann am besten funktionieren, wenn den Belegschaften die Gestaltung der Arbeitsorganisation und Technik gänzlich überlassen wird. Dies setzt aber voraus, daß das Management auf Macht verzichtet und anerkennt, daß die ökonomischen Tätigkeiten sich gesellschaftlichen Zwecken und Werten unterzuordnen haben. Die Beschäftigten werden neben den Humankriterien auch Kriterien der Markteffizienz akzeptieren müssen und insofern zu Manager/innen oder Co-Manager/innen werden. ■

LITERATUR

- Bleicher, S., 1990: Wandel der IG Metall zur Yuppie-Gewerkschaft? Die zukünftige Angestelltenpolitik der IG Metall – politische Öffnung für neue Inhalte der Interessenvertretung; in: Beilage zu *Die Mitbestimmung* 1/90)
- Brödner, P., 1985: *Fabrik 2000: Alternative Entwicklungspfade in die Zukunft der Fabrik*; Berlin
- Capra, F., 1982: *Wendezeit*; Bern/München/Wien
- Cieplik, U., 1988: *Personalorientierte Technologieplanung*; in: Cisek, G. u.a. (Hrsg.): *Personalstrategien der Zukunft*; Hamburg
- Damolin, M., 1990: *Managerdämmerung oder Die Spiritualisierung der Ökonomie*; Frankfurt/M.
- Drucker, P. F., 1984: *Weltwirtschaftswende – Tendenzen für die Zukunft*; München
- Dumont du Voitel, R., 1990: *Die Krise des Managements. Zwischen alten Rezepten und neuer Identität*; in: Damolin, M., a.a.O.
- Gerken, G., 1986: *Der neue Manager*; Freiburg i. Br. Hoffmann, J./Hoffmann, R., u.a., 1990: *Jenseits der Beschlußlage: Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*; Köln
- Jantsch, E., 1979: *Die Selbstorganisation des Universums*; München
- Laszlo, E., 1987: *Evolution – Die neue Synthese*; Wien
- Mumford, L., 1977: *Mythos der Maschine*; Frankfurt
- Peters, Th. J./Watermann, R. H. jun., 1986: *Auf der Suche nach Spitzenleistungen – Was man von den bestgeführten US-Unternehmen lernen kann*; Landsberg/L.
- Probst, G., 1987: *Selbstorganisation – Organisationsprozesse in sozialen Systemen aus ganzheitlicher Sicht*; Berlin und Hamburg/Sprüngli, R. K., 1981: *Evolution und Management – Ansätze zu einer evolutionistischen Betrachtung sozialer Systeme*; Bern und Stuttgart
- Ulrich, H./Probst, G., 1988: *Anleitung zum ganzheitlichen Denken und Handeln*; Bern und Stuttgart
- Vester, F., 1985: *Ökologisches Systemmanagement*; in: Probst, G./Siegwart H. (Hrsg.): *Integriertes Management – Bausteine des systemorientierten Managements*; Bern und Stuttgart

LOGISTIK

Zauberwort der Raumpolitik

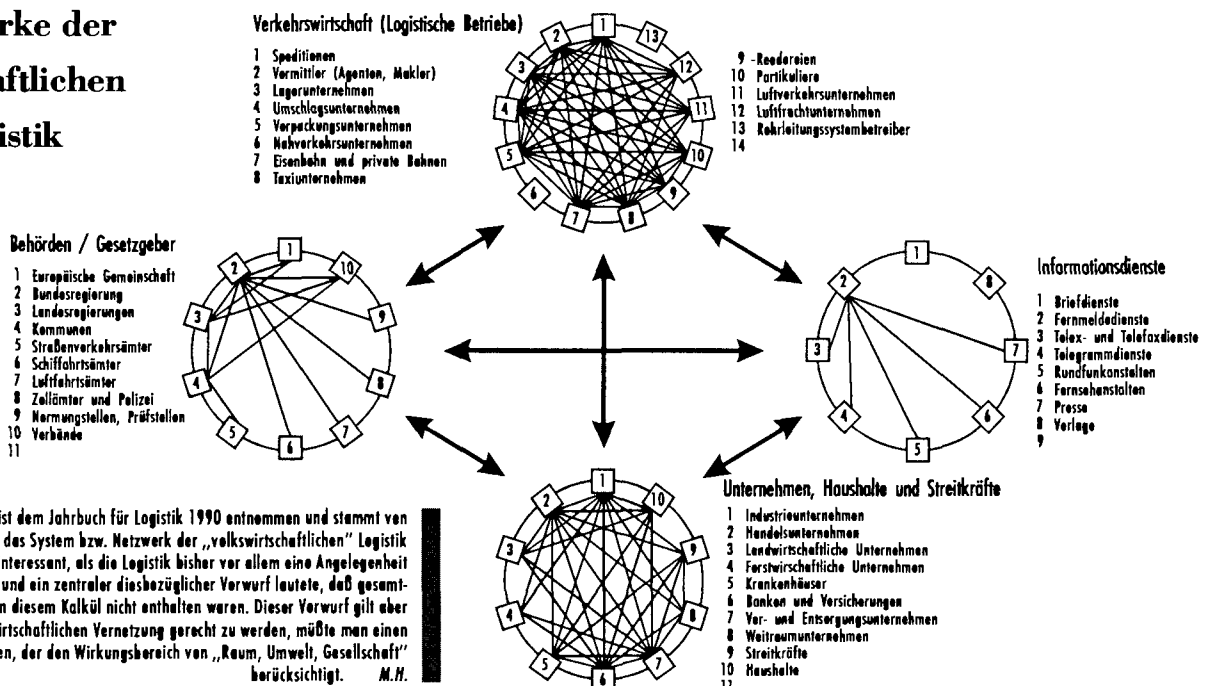
Markus Hesse

Es gibt eine Bundesvereinigung für Logistik, es gibt logistische Institute und jedes Jahr einen ebensolchen Kongreß: Ein staubiges Gewerbe entwickelt sich zur hohen Kunst. Die exakte, nach Art, Menge, Zeit und Ort bedarfsgerechte Bereitstellung von Gütern (die gängige Definition der Logistik) gewinnt in der arbeitsteiligen Ökonomie herausragende Bedeutung. Die Logistik war einst die dritte Kriegswissenschaft nach Strategie und Taktik, sie organisierte den Nachschub von Soldaten und Material für die Truppen. Heute findet der Krieg auf anderen Ebenen statt. Mit dem Logistik-Begriff verbindet sich ein hochkomplexes System der industriellen Güterproduktion und -verteilung, ein Umbruch in der Raum-Zeit-Organisation, der nicht zuletzt auch Stadt und Raum neu strukturiert. Dies wird in der Ökonomie, ihrer zentralen Anwendungsebene, häufig vergessen.²

Königsdisziplin der Rationalisierung Die Logistik stellt ein zentrales Element des kapitalistischen Modernisierungsprozesses dar, sie nährt sich aus dem stetigen Zwang der Unternehmen zur Kostensenkung. Sind die Spielräume zur Rationalisierung der Produktion dank computerintegrierter Fertigung (CIM) weitgehend ausgeschöpft, so richtet sich der Blick der Rationalisierer heute verstärkt auf die Warenwirtschaft. In der Beschaffung von Rohstoffen, Vorprodukten und Teilen sowie dem Absatz der Endprodukte liegen noch erhebliche Einsparpotentiale. „Systemische Rationalisierung“ ist das Ziel, ermöglicht durch die Integration der Materialströme in komplexen Transportketten. Die Logistik entwickelt sich damit zum zentralen Element der operativen Unternehmensplanung, sie bestimmt zunehmend auch strategische Entscheidungen (Standorte, Märkte).³ Analog zum Wandel in der Produktion ist eine Industrialisierung des Handels zu beobachten, gekennzeichnet durch flexible Sortimentsführung, Abbau von Lagerbeständen, neue Liefer- und Zentrallagerkonzepte.⁴ Die Vollendung logistischer Prinzipien gelingt kaum einer Branche so gut wie der Automobilindustrie: Der Trend zur kostengünstigen Just-in-time-Produktion, also der produktionssynchronen Zulieferung der Teile an die Montage beziehungsweise Endproduktion, ist hier signifikant.

Die Phänomene logistischer Anwendung sind sehr verschiedenartig: innerbetrieblich ist es der Zwang zur Reduzierung der Kapitalbindung, zum Abbau der Läger, zur Verkürzung der Durchlaufzeiten sowie zur Auslagerung von Fertigungsstufen an Zweigwerke oder externe Zulieferer. In vielen Betrieben beträgt der Anteil der Tageslieferungen 80 bis 90 Prozent der Fertigung. Gleichzeitig wird eine europaweite Liefergarantie innerhalb von 24 Stunden – ungeprüft – zum Standard erhoben. Volkswirtschaftlich gesehen, steigt die Bedeutung der Logistiker – nicht mehr als Transporteure, sondern als moderne, produktionsorientierte Dienstleister. Der Wettbewerb in der traditionell eher klein- und mittelständisch strukturierten Branche ist geprägt durch ruinöse Konkurrenz, Konzentration und europaweite beziehungsweise globale Fusion.

Netzwerke der wirtschaftlichen Logistik



Die Abbildung ist dem Jahrbuch für Logistik 1990 entnommen und stammt von Reinhard Jünemann; sie soll das System bzw. Netzwerk der „volkswirtschaftlichen“ Logistik darstellen. Dies ist insofern interessant, als die Logistik bisher vor allem eine Angelegenheit der Betriebswirtschaft war und ein zentraler diesbezüglicher Vorwurf lautete, daß gesamtwirtschaftliche Aspekte in diesem Kalkül nicht enthalten waren. Dieser Vorwurf gilt aber auch hier: um der volkswirtschaftlichen Vernetzung gerecht zu werden, müßte man einen fünften Kreis hinzufügen, der den Wirkungsbereich von „Raum, Umwelt, Gesellschaft“ berücksichtigt. M.H.

Räumliche Aspekte des Strukturwandels Die Logistik führt zu tiefgreifenden Veränderungen in den Wirtschafts- Verkehrs- und Raumstrukturen. Bindeglied der neuen Transportketten ist der Lkw. Kein anderes Transportmittel kann – freie Straßen vorausgesetzt – die geforderte Flexibilität der Lieferstrukturen im direkten Ziel-Quell-Verkehr, hohe Netzbildungsfähigkeit und Wegeketten in vergleichbarer Form gewährleisten. Die Kehrseite: Immer mehr, immer größere und schwerere Container bewegen sich in zunehmend dichten Zeittakten auf den Straßen. Unter dem Druck einer bestens organisierten Lobby werden Gewichte, Längen- und Breitenmaße der Fahrzeuge stetig aufgeweitet, so daß die Belastungen überproportional steigen. Man muß gar nicht nach *ökologischen* Folgekosten suchen: Allein die Achslast eines schweren Lkw, in ihrer Wirkung jener von mehreren tausend Pkw vergleichbar, führt zu horrenden Schäden im Straßennetz.

Interessanter, weil weniger offensichtlich, sind die räumlichen Strukturveränderungen. Einleuchtend ist, daß der Abbau der Lagerbestände in Handel und Gewerbe irgendwo kompensiert werden muß. Die „rollenden Lager“, also die bei Tag und Nacht gefüllten Autobahnen, sind allgemein das Sinnbild hierfür. Damit aber nicht genug, denn das Straßennetz ist eben doch kein Fließband in Reinkultur: Als Ersatz für den Lagerraum sind raum-zeitliche Puffer in Form von Zwischen- und Verteillagern bis hin zu großen Güterverkehrs- und -verteilzentren notwendig. Während der Abbau der Lagerhaltung in den Betrieben Flächen freisetzt und brachlegt, erschließt die Verkehrswirtschaft immer stärker komplementäre Areale.⁵ Da aber Angebot und Nachfrage in der Praxis nie saldierbar sind, steigt der Flächenbedarf für die Transportbetriebe erheblich. Hinzu kommen Engpässe in der Erreichbarkeit der Innenstadt; sie veranlassen die Unternehmen, Standorte aus dem Zentrum an den Rand der Agglomeration zu verlagern. Dort sind nicht nur Flächenreserven vorhanden, sondern auch ein direkter Anschluß an den Fernverkehr, und der ist bekanntlich (über-)lebenswichtig.⁶

Damit entpuppen sich die neuen Transportkonzepte als neue Standortkonzepte. Und wo der Transport zum Engpaßfaktor der regionalen Entwicklung wird, boomen die Knotenpunkte, die reibungslose Verkehrsabwicklung versprechen; Güterverkehrszentren und Park-and-ride-Stationen haben bekanntlich Konjunktur. Durch die neuen, suburbane Drehscheiben des Waren- und Menschenverkehrs ver-

schieben sich die Stadtstrukturen: Das Zentrum wandert an den Rand, tertiäre Nutzungen bewegen sich magnetartig an diese neuen Standorte. Sogeffekte, etwa durch die steigende Nachfrage nach logistischen Dienstleistungen, sind eine zwangsläufige Folge.⁷ Restriktionen im Zentrum (Bodenpreise, Erreichbarkeit) unterstützen diesen Trend. Es bleibt abzuwarten, ob der Tod der (autofreien?) Stadt an den ausgefransten Rändern der Peripherie beginnt; als Sekundärfolgen dieser neuen logis-

tischen Knoten drohen auf jeden Fall städtebauliche Megastrukturen mit einer beachtlichen Eigendynamik, die sich planerischer Zügelung per se verschließen. Natürlich führt diese Entwicklung auch zu einer Verschärfung der Nutzungskonflikte im Ballungsraum, speziell an seiner ökologisch zum Teil noch wertvollen Peripherie.

Stadtgestalt und Stadtstruktur sind Fremdkörper im logistischen System. Ginge es konsequent nach den Erfordernissen der Warenverteilung, müßten unsere Städte heute völlig *neu* geplant und gebaut werden: am besten nach den Input-Output-Schemata des Fabrikbaus. Die Rund um die Uhr Gesellschaft fördert auch den unseligen Trend zum „urban-sprawl“, zur Aufweitung des Stadtraums und zur funktionalen Spaltung: Im Lichte halbstündlicher Liefertakte läuft der Versuch, Wohnen, Arbeiten und nichtstörendes Gewerbe wieder stärker zu integrieren und mit Nutzungsmischung städtebauliche Verdichtung zu fördern (was Freiräume schont, Transporte spart und die Stadt attraktiv macht), wohl ins Leere.

Ende der Arbeitsteilung?

Doch auch die Geschichte der modernen Logistik ist nicht frei von Widersprüchen. Die konsequente Umsetzung logistischen Denkens in die Praxis der Raumüberwindung stößt an objektive Grenzen. Je größer die Transportzwänge, um so häufiger die Blockaden im System. Gleichzeitig ist die Empfindlichkeit der Lieferstrukturen derart gestiegen, daß die Transportfrage zum Risiko wird: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen, gerade erst auf Just-in-

time-Strukturen eingerichtet, stehen schnell vor der Existenzfrage. Wer kann sich schon eine werkseigene Hubschrauberflotte leisten (wie Damler-Benz), die ganze Lkw-Ladungen bei Bedarf „aus dem Stau“ an den Ersatz-Lkw oder direkt an die Montagebänder holt?!

Im Wasser die Wahrheit

Als er seinen Fuß (Schuhgröße 48) auf die Luxus-Motorgondel setzte, die ihn zum Hotel «Gritti» schaukelte, hatte im trüben Kloakenwasser der Lagune längst ein Froschmann den Bootskiel nach versteckten Sprengladungen abgesucht. Der Gast, barhäuptig und in eine Windjacke gehüllt, kam in einer Blitzaktion nach Venedig, um 250 Mitarbeitern der Firma «Sogeam» in einem halbstündigen Briefing Nachhilfe im Fach «Logistik der Verteilung» zu leisten. Das Unternehmen vertreibt das Mineralwasser «Acqua Vera» (was soviel heißt wie wahres Wasser); sein Chef verfiel auf einen einmaligen Referenten, einen hochgelobten Nachschubexperten, der vor einem Jahr eine Armee Hunderttausender trockener Kehlen im arabischen Sommer vor dem Verdursten bewahrt hat, auf den Viersternegeneral im Ruhestand, Norman Schwarzkopf, 57.

«Stormin' Norman» erläuterte also den italienischen Tafelwasser-Konzessionären, wie er sich vorstellt, dass sich Lehren aus «Desert Storm» auf die Lösung logistischer Verteilerprobleme unter Berücksichtigung mangelhafter Strukturen übertragen lassen. Lebhafter Applaus brandete unter den Wasserverkäufern auf, als der oberkommandierende Sieger des 45-Tage-Krieges gegen Saddam Hussein darauf hinwies, dass in der Wüste eigentlich mehr Kellner als Kämpfer gebraucht worden seien: «Von 100 Soldaten waren 40 im militärischen Einsatz, die andern 60 mit der Versorgung der Kämpfenden beschäftigt.»

Etwas beleidigt schienen die Herren von «Acqua Vera», dass General Schwarzkopf sich nicht mit einer ihrer Flaschen ablichten ließ, aber die Abmachung schloss keine Produktwerbung ein; mehr noch, der General bevorzugte, obwohl er gerade auf Diätkurs lebt, einige Martinis, und so kam ihm nochmals ein bisschen Galle hoch über die Politiker, die damals im Golfkrieg «zu oft und zu störend» den Militärs in die Arme gefallen seien. Der Gedanke an das Pentagon, den Sitz des US-Verteidigungsministeriums, entlockt ihm noch heute kriegerischen Zorn: «Eine Höhle von Unentschlossenen und Unterwürfigen.» Später, in kleinerem Kreise, so berichtet die «Repubblica», setzte er noch eins drauf: «Stie-

Von Germersheim in alle Welt

Voraussetzung für die logistische Praxis ist ein integrierter Datenverbund zur Steuerung der dem Transport vorausseilenden Information. Erst die EDV-Kennung eines jeden Gutes und ihre Integration in die Transportsteuerung des Unternehmens verwandelt die Logistik vom Zauberwort zum Werkzeug. Nur so können beispielsweise weltweit sechstausend Versorgungspunkte für Mercedes-Benz-Lkw und -Pkw zentral aus dem badischen Germersheim versorgt werden, wo für mehr als 600 Millionen DM ein neues Zentrallager zur globalen Ersatzteilversorgung aller im Einsatz befindlichen 6 Millionen Pkw und 2,5 Millionen Lkw entstand. Nur Datentransfer erlaubt eine Ausdifferenzierung der Raum-Zeit-Organisation auf der zwischenbetrieblichen Ebene, so daß Handelsgüter (etwa Turnschuhe der Marke Reebok) in einem „Warenhotel“ geparkt werden und dann bedarfsgerecht zum Verkaufsort gelangen können; perfekt, wenn der Transport von Bananen heute per Satellit (Geostar) gesteuert wird, um Reife und Liefertermin zu koordinieren. In der informationstechnischen Vernetzung von Unternehmung und Umwelt liegt aber auch ein ganz anderer Hund begraben: Verbunden mit der Bewirtschaftung des zunehmend knappen Verkehrsraumes (road-pricing, Systemmanagement) trifft sich die Logistik mit einer im stillen arbeitenden Branche, der Sicherheitstechnik. Gemeinsam entfalten ihre Instrumente neue Möglichkeiten der Steuerung – nicht mehr nur für den Waren-, sondern auch für den Menschenfluß. Es ist ein leichtes Spiel, an den Knotenpunkten des logistischen Systems Zugangskontrollen zu errichten, um seine Funktionsfähigkeit zu sichern. Auf diese Weise regelt die Logistik den Zugang zum öffentlichen Raum, sie wird auch de facto zum Herrschaftsinstrument, das nichts dem Zufall, aber alles der Planung und Organisation überläßt. Natürlich ohne jede demokratische Kontrolle. M.H.

Es ist schon interessant, daß ausgerechnet Ökonomen die Just-in-time-Produktion nun als „Rückschritt in die Mangelwirtschaft“ geißeln.⁸ Vor dem Hintergrund der Verkehrsmisere werden die Dinge neu gewichtet, denn mit der Transportabhängigkeit hat sich die Industriegesellschaft in eine Sackgasse gefahren. Eine Unbekannte im System ist auch die nachlassende Toleranz der Stadtbevölkerung gegenüber den Belastungen durch den Verkehrsterror. Gerade der Lkw – dies macht die Sache für den mobilen Bürger auch recht einfach – wird zunehmend zum Buhmann.⁹ Kein Zufall, daß wenige Monate nach der Unfallserie in Hamburg das Verkehrsgewerbe mit einer massiven Anzeigenkampagne gegen den Ruf des Lkw als Menschen- und Umweltkiller mobil macht.

Doch die Zukunft ist offen. Bieten die hilflosen Ge-
fachte im Stadtverkehr um Parkplätze und Busspuren nur schlechtes Unterhaltungstheater, so besitzt der Kampf um die logistische Vormachtstellung sehr viel ernstere Züge. Denn hier geht es nicht nur um viel Geld, sondern auch um die Frage der Reformierbarkeit persistenter, gewachsener Wirtschafts- und Raumstrukturen. Ansatzpunkte dazu gibt es gleichwohl: In den Chefetagen nicht nur der Transportökonomie wird kräftig nachgedacht.¹⁰ Ein Beispiel: Jahrzehntlang war der Haus-zu-Haus-Verkehr das große Pfund des Lkw gegenüber der Schiene. Mit dem Umladezwang, den die verkehrsdichte Stadt nun an ihrem Rand erzeugt, ergeben sich neue Chancen für die Bahn, vor allem dann, wenn ihr die Industrie komplette Züge von Werk zu Werk belädt (also ein einfaches Geschäft beschert, das ihr schlichtes Denken nicht überfordert). Auch hier gehen die Autohersteller voran, deren privilegierte Ganzzüge beispielhafte – aber wegen ihrer Netzbevorrechtigung auch begrenzte – Innovationen darstellen.

City-Logistik gilt als Zauberformel für die Warenverteilung in der Stadt. Bisher aber auch nur theoretisch, denn richtig funktioniert sie noch nicht, und auch dies hat gute Gründe. City-Logistik zielt auf die Systematisierung und Harmonisierung von Warenbewegungen, die bisher den Gesetzen des freien Marktes unterworfen sind – im Prinzip also die Wiedereinführung der Bundespost unter Wettbewerbsbedingung: ein Widerspruch in sich. Denk

bar ist aber sehr wohl, daß Güter nicht mehr nach Versendern geordnet, sondern gebietsweise gebündelt und verteilt werden und Wegeketten dann für eine optimale Verteilung bei geringeren Belastungen sorgen. Den Markt müßten UPS und Co dann unter sich aufteilen. Fahrradkurierer könnten – und das ist nun alles andere als revolutionär – Apotheken störungsfrei beliefern, selbst fünfzehnmal am Tag, wie dies heute offenbar der Fall sein muß. Hier schlägt die Stunde des Experiments.

Langfristige Lösungsansätze haben Chancen, wenn die Systemblockaden steigen und dies auf die neuen Standortkonzepte der Industrie rückwirkt. Sie gelten als Option für die Schließung von Stoffkreisläufen, also die Vermeidung von Raumüberwindung. In Japan, so wird berichtet, werden Zulieferwerke schon heute nur noch in maximal dreißig Kilometer Abstand zur Montagehalle zugelassen – alles darüber hinaus ist mit zu hohen Raumwiderständen verbunden, also nicht mehr realisierbar. Daß Freirauminteressen auch in diesen neuen räumlichen Entwicklungstypen unter Beton geraten, wird dabei schnell übersehen. Für die Sache der Natur ist die Entwicklungsrichtung das Entscheidende, nicht ob Verkehrsbänder oder kranzförmige Standortmuster der Auslöser sind.

Fraglich bleibt insgesamt, ob und wie (die) Struktur und Gestalt der Stadt diese logistischen Brüche überstehen. Skeptisch macht die Tatsache, daß die größten Impulse für die Stadtlogistik aus dem Fabrikbau und der Transportautomation kommen. Fahrerlose Transportsysteme, Förderbänder und Hochregallager generieren den Stadtraum zur Maschine, mit integrierten Lösungen für die Versorgung und den expandierenden Entsorgungsmarkt. Im Zeitalter der schleichenden Kapitulation vor den Transportzwängen und -mengen ist die Logistik aber auch so etwas wie eine letzte Hoffnung: die Verheißung von Herrschaft über Raum und Zeit, die in den unübersichtlichen und selbstorganisierten Strukturen der postmodernen Stadt verlorengegangen ist. Dies erklärt einen Großteil der Euphorie und Faszination, die das doch eher staubige Gewerbe mit sich bringt. ■

- 1 Gleichwohl galt gerade der Golfkrieg mit seinen großen Transportdistanzen auch als Testfall für den Stand der logistischen Entwicklung.
- 2 Hinzu kommt die unreflektierte Euphorie, mit der Wissenschaft, Wirtschaftspublizistik und Presse in ihren Organen bzw. in regelmäßigen Specials die Logistik abfeiern; dies besitzt auffällige Analogien zur individuellen Autosucht.
- 3 vgl. D. Läßle: Vom Gütertransport zur logistischen Kette, in: *Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung* (34), Bd. 1, S. 11-33, 1990; N. Altmann u. D. Sauer: *Systemische Rationalisierung und Zulieferindustrie*, Frankfurt 1989.
- 4 Dank electronic-cash bilden die Kunden heute das Endglied der flexiblen logistischen Kette.
- 5 Hier wird deutlich, daß der verstärkt geforderte Bau von Güterverkehrszentren nichts mit Verkehrspolitik und erst recht nichts mit Umweltpolitik zu tun hat.
- 6 G. B. Ihde (1984) bezeichnet diesen Vorgang nur als Teil einer umfassenden „Entmaterialisierung der Ballungsgebiete“, mit der Tertiärisierung der Volkswirtschaft (Bedeutungsverlust des produzierenden Sektors gegenüber den Dienstleistungen) einhergeht.
- 7 Einkaufszentren, Hotels, Kinopaläste und andere Kostbarkeiten der Freizeitindustrie schließen sich als Appendizes der Park-and-ride-Terminals an. In einigen Entwürfen zum integrierten Verkehrsmanagement sind sie konsequenterweise schon enthalten (vgl. Daimler-Benz AG: Berlin Stadt im Aufbruch. Beitrag zu einem integrierten Verkehrskonzept, Berlin 1990).
- 8 O. Hahn: Just-in-time ein Rückschritt in die Mangelwirtschaft, in: *Internationales Verkehrswesen* 43 (1991), 3, 101-102.
- 9 Unbestritten bleibt, daß der Gütertourismus auf der Straße eine zu großen Teilen illegale respektive kriminelle Veranstaltung ist (Tempolimit, Arbeitsschutz) und die Keule des Ordnungsrechts wenn überhaupt irgendwo, dann hier ganz sicher ihre Berechtigung hat.
- 10 Herausragend: W. R. Bretzke: Die Warenverteilung könnte sich wie der dezentralisieren, in: *DVZ*, 9.5.1991, 3/7.

Während die Freiheit auf Rädern täglich im Stau erstickt, blicken auch die Hersteller von Automobilen nicht länger in ein helles Szenario. Seit einer Reihe von Jahren sind vor allem die amerikanischen Produzenten gebeutelt, die unter schleppender Inlandsnachfrage und starker Konkurrenz des Auslandes leiden. General Motors wird in den nächsten vier Jahren einundzwanzig Fabriken stilllegen und 74000 Arbeitsplätze streichen, so heißt es. Eine Entlassungswelle ohne gleichen, und das schon seit längerem: 130000 Arbeitnehmern wurde von dem Branchenriesen in den vergangenen fünf Jahren bereits gekündigt. So war 1991 durchweg ein Jahr der Verluste für die amerikanische Automobilindustrie. Defizite von 500 Millionen Dollar pro Monat, wie General Motors sie derzeit macht, sind selbst für das größte Automobilunternehmen der Welt keine Kleinigkeit. Auch die Ford Company, obschon kostengünstiger produzierend als ihr Konkurrent, schloß das Geschäftsjahr 1991 mit massiven Verlusten ab. Und ob Chrysler die neunziger Jahre als unabhängiges Unternehmen durchstehen wird, ist unter Fachleuten zweifelhaft.

So tief ist die europäische Automobilindustrie nicht eingebrochen. In England und Frankreich haben einige Unternehmen Kurzarbeit eingelegt. In der Bundesrepublik sind (dank der Nachfrage der östlichen Landesteile) gar Sonderschichten im Gange. Hier verzeichnet die Branche für 1991 einen Produktionsrekord von fünf Millionen Fahrzeugen. Doch blüht auch unter deutschen Herstellern der Export nicht mehr wie früher, und im ganzen besteht kein Grund, im Hinblick auf die kommenden Jahre besonders optimistisch zu sein. Das hat mit der Härte des Wettbewerbs und dem Preis- und Qualitätsvorsprung der Japaner zu tun.

Zweite Revolution in der Autoindustrie

Rainer Fellmeth

Foto
Hans-Jürgen Serwe



CIM-Fabrik, flexible Organisationsmethoden, Null-Fehler-Qualität – viele der Schlagworte, die in Betrieben und Büros kursieren, entstammen den Produktionsmethoden japanischer Hersteller. Doch wie rasch kann modisches Begriffswerk seinen Sinn ändern. Nicht lange ist es her, da strömten Industriemanager in Automationsseminare. Rechnerintegrierte Fertigung schien der Schlüssel zur menschenleeren Fabrik der Zukunft zu sein. Die Träumer sind in den Alltag zurückgekehrt. Wer zu sehr auf die Technik der Hochautomation setzt, so lehrte die Praxis, riskiert den CIM-crash, eine Verkettung elektronischer Fehlfunktionen in der vernetzten Maschinerie, die selbst Leute vom Fach, sofern verfügbar, kaum noch beherrschen. Von Forschern und Betriebsberatern wird heute die Rückkehr der Arbeit in die Fabrik empfohlen.

Auf Hochtechnologie und das, was sie leistet, kann kein moderner Fertigungsbetrieb mehr verzichten. Sein Bewenden hat es damit freilich nicht. Viele Unternehmen, die das erkannt haben, verändern ihre Betriebsorganisation und erproben neue Arbeitskonzepte. Beides, High-tech und flexible Fertigungsmethoden, ist erforderlich, soll der weltweit veränderten Wettbewerbslage entsprechen und soll der produktionstechnische Vorsprung japanischer Konkurrenten aufgeholt werden.

Mit Blick auf die vergleichsweise rückständigen Organisationsverfahren der Volkswagen AG, für die er als Aufsichtsrat Mitverantwortung trägt, hat IG Metall-Chef Franz Steinkühler vor kurzem diesen Sachverhalt noch einmal bekräftigt: Japanische Hersteller produzieren kostengünstiger als Europäer und Amerikaner. Sie können das, weil ihr betriebliches Management flexibel organisiert ist; weil sie ihre Autos sehr montagefreundlich konstruieren; und weil ihre gesamte Logistik äußerst rationalisiert und auf zeitpunktgenaue Anlieferung abgestellt ist. Volkswagen und die gesamte Industrie des Westens haben keine andere Wahl, als diesem Beispiel zu folgen.

Wie es zur standardisierten Massenproduktion kam und was sie bewirkte, ist bekannt. In der Automobilproduktion mit Erfolg praktiziert, eroberte sie anschließend fast sämtliche Zweige der gewerblichen Industrie. Taylorismus in der Praxis war das Synonym kapitalistischer Rationalisierungskunst und hat den industriellen Prozessen den Stempel schier unerschöpflicher Produktivität aufgedrückt. Seit den bahnbrechenden Neuerungen Henry Fords hatte sich dieser Typus der Massenfertigung kaum noch verändert. Die horizontale Zerlegung der Arbeit am Band und die vertikale Fertigung von Planung und Ausführung, F W Taylors wissenschaftliches Credo, blieben über Jahrzehnte unangetastet. Damit hat es nun ein Ende, zumindest in den produktiven Kernsektoren moderner Industrieländer. Denn im Schatten der starren westlichen Massenproduktion hatten japanische Unternehmen – die Anfänge reichen in die fünfziger Jahre zurück – eine intelligentere und leistungsfähigere Form der Fabrikorganisation entwickelt. Heute zeigt sich unzweideutig, daß Taylor „one best way“ mitnichten der einzige und gleich gar nicht der beste war, den die westliche Industrie beschritten hatte.

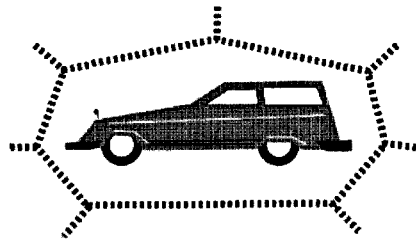
Der Nerv der neuen Organisationsstruktur liegt in selbstständig operierenden Teams, eingespielten Gruppen von acht, zwölf oder fünfzehn Arbeitern. Neben der unmittelbar produktiven Fertigung übernehmen diese eine Viel-

zahl indirekter Aufgaben, die die tayloristisch organisierten Betriebe in die Hand der Vorarbeiter und Inspektoren, der Instandsetzer und Meister gelegt hatten. Wo die Arbeit flexibel gerichteter Gruppen das Geschehen in der Werkhalle bestimmt, geht alles ein wenig rascher, innovativer, effizienter – das ist die betriebliche Erfahrung. Louis R. Hughes, der 43jährige Vorstandschef der General-Motor-Tochter Opel, wird nicht müde, das festzustellen. Das kollegial organisierte Team, teilte er im Dezember 1991 in einem Interview mit, entscheidet besser als der brillianteste Einzelkämpfer. Im Sommer 1991 hatte die Opel AG die Einführung von Gruppenarbeit in sämtlichen deutschen Werken beschlossen, die Umsetzung geht zügig voran. Fast überflüssig zu sagen, daß das Unternehmen auch im Werk Eisenach, wo Ende 1992 der Startschuß fallen soll, die Produktion nach japanischem Vorbild einrichten wird.

Hier Franz Steinkühler im Konsens mit vielen Betriebsräten, dort Louis Hughes im Einvernehmen mit Vorstandskollegen verschiedener Branchen: Gruppenarbeit und deren Effekte imponieren den unterschiedlichsten Leuten. Man ist bereit, von den Japanern zu lernen, auch in etlichen anderen Fragen der Organisation. Eine friedliche Revolution der industriellen Fertigung findet statt. Sie hat vor Jahren begonnen und wird noch lange nicht abgeschlossen sein. Ihre Spur, die fast täglich breiter wird, zieht sich quer durch die betriebliche Landschaft der avancierten Industrieländer. Wer Näheres darüber erfahren will, dem sei ein spannender Bericht zur Lektüre empfohlen, der unter dem Titel „Die zweite Revolution in der Autoindustrie“ vor kurzem in deutscher Übersetzung erschienen ist.

Die Verfasser des Berichtes – James Womack, Daniel Jones und Daniel Roos – sind Insider. Sie haben an der breit angelegten Internationalen Automobilstudie des Massachusetts Institute of Technology, kurz MIT genannt, als Programmleiter teilgenommen. Mitte der achtziger Jahre hatten über fünfzig Wissenschaftler zahlreiche Länder der Welt bereist, um in detaillierten Betriebsrecherchen ein vergleichendes Bild von der Lage der internationalen Automobilindustrie zu gewinnen. Im Vordergrund stand vor allem die Frage: Was macht das Wesen der „schlanken“ Fertigung der Japaner aus und worin unterscheidet sie sich von den starren Methoden der westlichen Massenproduktion? Aus den umfangreichen Forschungsmaterialien haben die Autoren einen eigenen Bericht verfaßt, gewissermaßen ein persönlich verantwortetes Gesamt-Resümee des Fünf-Millionen-Dollar-Projektes gezogen. Auf diese Weise ist ein eindrucksvolles Bild der Weltautomobilindustrie entstanden, dessen Bogen vom Aufstieg der Massenproduktion zu Beginn des Jahrhunderts sich spannt und bis zu den hochflexiblen Fertigungsmethoden der Gegenwart reicht.

Der klassische Massenproduzent verwendet teure Spezialmaschinen und läßt an Einzelarbeitsplätzen Standard-Produkte in großen Mengen produzieren. Warum dieses Fertigungsschema heute veraltet ist und warum es der variantenreichen Fertigung der Japaner im Preis-Leistungs-Vergleich unterlegen ist, das machen die Forscher an vielen Beispielen deutlich. Herkömmliche Massenproduktion leidet aus ökonomischer Sicht vor allem daran, daß die Betriebe zu viele Ressourcen unterhalten. Die dienen einer reibungslosen Produktion zwar als Puffer, haben aber den Nachteil, hohe Kapitalbeträge über lange Zeiträume unproduktiv zu binden. Im starren Rahmen der



fordistischen Produktion ist es nahezu unmöglich, Qualität und Mengenleistung zu steigern und zugleich die Kosten zu senken. Im Gegensatz dazu verzichten „schlanke“ Unternehmen konsequent auf Reserven, setzen aber vielseitig ausgebildete Arbeitsteams ein, die an Maschinen von wachsendem Automationsgrad arbeiten und dabei sämtliche Vorteile einer flexibel gewordenen Produktion realisieren. In den Worten der Autoren: „Lean production (...) ist ‚schlank‘, weil sie von allem weniger einsetzt als die Massenfertigung – die Hälfte des Personals in der Fabrik, die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investition in Werkzeuge, die Hälfte der Zeit für die Entwicklung eines neuen Produktes. Sie erfordert auch weit weniger als die Hälfte des notwendigen Lagerbestandes, führt zu viel weniger Fehlern und produziert eine größere und noch wachsende Vielfalt von Produkten.“

Japanische Unternehmen, so stellten die Wissenschaftler bei ihren Recherchen fest, rationalisieren nicht allein den unmittelbar produktiven Bereich der Fertigung. Sie wenden die Grundsätze der „schlanken“ Produktion auch Büros an, in denen Produkte erdacht, konstruiert und Marketing-Konzepte entwickelt werden. Auf diese Weise entsteht ein Gesamtkonzept, das auch an den Grenzen des Unternehmens nicht haltmacht: Zulieferfirmen, die Konstruktionsarbeiten an den entsprechenden Aggregaten übernehmen, sind ebenso in die „schlanke“ Organisation einbezogen wie die Käufer der Endprodukte, die man zu lebenslanger Markentreue zu motivieren sucht.

Über Jahre hinweg waren westliche Manager kaum fähig, vom Beispiel der Japaner zu lernen. Doch nun zwingt der Konkurrenzdruck sie immer stärker, ihre Betriebe aus den Engpässen der Massenproduktion herauszuführen. Der Rückstand des Westens hat sich herumgesprochen, wer nicht selbst Betriebe in Japan besichtigt hat, kennt deren Organisationsvorteile aus Berichten anderer. Eine Reihe von Unternehmen hat die Weichen bereits gestellt. Doch die Umstellung bringt in der betrieblichen Praxis oft große Probleme mit sich. Ein hoher Aufwand an Geld, an Training und Überzeugungsarbeit – zumal in den mittleren Führungsebenen – ist erforderlich.

Das neue Produktionsschema ist keine Spezialität der Japaner und nicht auf den Bereich der Automobilindustrie beschränkt. Die Autoren schreiben: „Im Verlauf dieser Untersuchung sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß sich die Grundsätze der schlanken Produktion in gleicher Weise in jeder Industriebranche der Erde anwenden lassen und daß die Übernahme der schlanken Produktion eine tiefgreifende Wirkung auf die menschliche Gesellschaft haben wird – sie wird wahrhaft die Welt verändern.“

Welchen Verlauf die Veränderungen nehmen werden, lassen die Wissenschaftler im dunkeln. Eben da wird sich manche Leserstim in Falten ziehen. Das Buch ist weit entfernt, eine trockene akademische Abhandlung zu sein. Seine pointierte Darstellungsweise verkörpert den erfrischend amerikanischen Sachbuch-Stil. Das Ganze ist fesselnd geschrieben, durchgehend wissenschaftlich fundiert und bietet ganz ungewöhnliche Einblicke in die Organisationsstrukturen der herkömmlichen und der allermodernsten Automobilindustrie.

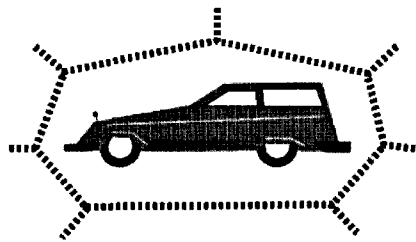
Zu kurz kommt allein das Moment der Kritik. Der Bericht ist konsequent aus der Produktions- und Wettbewerbsperspektive der herstellenden Firmen verfaßt. Das macht die Darstellung stark, aber auch einseitig. So heißt es zum Beispiel:

„Heute hören wir dauernd, daß sich die Welt in einer massiven Überkapazitätskrise befindet – von einigen Managern auf mehr als 8 Millionen Einheiten über dem gegenwärtigen Weltabsatz geschätzt. Dies ist jedoch eine unzutreffende Bezeichnung. Die Welt leidet vielmehr an einem akuten Mangel an wettbewerbsfähiger Kapazität für schlanke Produktion und an einem gewaltigen Überangebot an nicht wettbewerbsfähiger Massenproduktionskapazität. Die Krise ist dadurch ausgelöst, daß die erstere eine Bedrohung für die letztere darstellt.“

Daß so im Ernst nicht zu argumentieren ist, weiß jedes Schulkind. Viele, die das Buch zur Hand nehmen, werden – im Wechselbad der Gefühle – nicht recht wissen: Sollen sie fasziniert sein von den bestechenden Möglichkeiten der neuen Fabrikorganisation oder sich angewidert abwenden vom triumphalen Taumel eines entfesselten Produktivismus? Letzteren vertreten die Autoren implizit. So begeistert scheinen sie von den Ideen der schlanken Produktion zu sein, daß sie auch deren Schwächen keiner näheren Betrachtung unterziehen. Zu erwähnen wäre der Fall NUMMI, ein amerikanisch-japanisches Gemeinschaftsunternehmen in Kalifornien, von den Verfassern nur en passant erwähnt. Dort haben rigorose Verschlangungsmethoden das entstehen lassen, was westdeutsche Betriebsräte „olympiareife Mannschaften“ nennen, das heißt Fertigungsteams mit niedrigem Durchschnittsalter, die ein enormes Arbeitstempo vorlegen und dadurch eine Frontstellung gegen den älteren, weniger leistungsfähigen Teil der Arbeitnehmer aufbauen. Solcherart Spannungen sind unvereinbar mit den sozial-kooperativen Möglichkeiten, die gerade die Gruppenorganisation bietet. Überhaupt lassen die amerikanischen Autoren auffallend außer Betracht, was europäische Gewerkschaften und Betriebsräte zugunsten einer human geschnittenen Gruppenarbeit in die Debatte werfen. Es fügt sich in den produktivistischen Gestus der Autoren, derlei Aspekte zu ignorieren. Dem fließbandlosen Montagewerk von Volvo in Uddevalla aber attestieren sie, Handwerkskunst als Selbstzweck zu treiben und längerfristig nicht konkurrenzfähig zu sein. Volvo blickt auf eine jahrzehntelange Erfahrung mit human geschnittener Gruppenarbeit zurück, das letzte Wort ist keineswegs gesprochen.

Gleichwohl ist mit dem vorliegenden Bericht über die Lage der internationalen Automobilindustrie ein hochinformatives Buch entstanden. Kulturelle und politische Merkmale der japanischen Gesellschaft bleiben bewußt außerhalb des Blickfeldes, es sollte kein weiteres Japan-Buch entstehen. Die innere Logik der schlanken Produktion hingegen und die Schwierigkeiten, die der Westen beim Übergang dorthin zu überwinden hat, werden in allen Details beschrieben. Die Schlüsselbranche der Weltindustrie als Exerzierfeld des fertigungstechnischen Fortschritts: eine Pflichtlektüre für jene, die sich beruflich mit Fragen der Betriebs- und Arbeitsorganisation befassen; und gewiß ein erhellender Beitrag für alle, die über die fundamentalen Kräfte des industriellen Wandels informiert sein wollen. ■

James P. Womack/Daniel T. Jones/Daniel Roos, Die zweite Revolution in der Autoindustrie – Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt a. M./New York (Campus Verlag) 1991



Statistik des sterbenden Waldes

Winfried Wessolleck

Der aktuelle „Waldzustandsbericht des Bundes“ belegt auch für das Jahr 1991 fortschreitende Waldschäden, die sich nahtlos in den europäischen und globalen Vegetationsverfall des Waldes einreihen. Mit der Waldschadenserhebung 1991 werden erstmals Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet (alte und neue Bundesländer) vorgelegt. Die Erhebung basiert auf einer Vollstichprobe, das heißt es wurden Waldgebiete mit einer Mindestdichte von vier mal vier Kilometer und sogenannte Wuchsgebiete, zum Beispiel Harz, Schwarzwald untersucht. Die Waldschäden werden mittels einer Schadstufenskala, die Schadstufen von 0 (= ohne Schadmerkmale), 1 (= schwach geschädigt) und 2 – 4 (= deutlich geschädigt) abbildet, ermittelt und kategorisiert. Als primäres Kriterium der Schadenseinstufung gelten die Nadel-/Blattverluste aller Baumarten, also Nadel- und Laubwald, in der Bundesländer-Verteilung der neuen BRD. Unsere Nadel- und Laubwälder befinden sich nach dieser Erhebung in einem ökologisch kranken Stadium, denn im Gesamtdurchschnitt weist jeder vierte Baum (25 Prozent) „deutliche Schäden“ auf (über 25prozentige Nadel-/Blattverluste); 39 Prozent aller Waldbäume sind der Schadstufe 1 zugeordnet (10 – 25 Prozent Nadel-/Blattverluste) und nur gut ein Drittel aller Bäume (genauer: 36 Prozent) sind ohne erkennbare Schadmerkmale der Schadstufe 0 zugeordnet (unter 10 Prozent Nadel-/Blattverluste).

Die Waldschäden auf Länderebene weisen darüber hinaus bemerkenswerte Unterschiede auf. In den nordwestdeutschen Ländern (NRW aufwärts) sind sie am geringsten: „Nur“ 11 Prozent des Waldbestandes fallen hier in die Schadstufe 2 – 4. 32 Prozent sind schwach geschädigt und 57 Prozent(!) sind ohne erkennbare Schadmerkmale. Gegenüber 1990 melden NRW und Niedersachsen leichten Rückgang der „deutlichen Schäden“ was mit günstigem Witterungsverlauf und geringer Nutzbarmachung der Buchen erklärt wird.

Dagegen ist der Kronenzustand der Bäume in den ostdeutschen Ländern (ehemalige DDR) „alarmierend“ (Waldzustandsbericht 1991. 10 f.). Der Anteil deutlicher Schäden ist hier mit 38 Prozent im gesamtdeutschen Staatsgebiet am höchsten. 35 Prozent des Waldbestandes sind schwach geschädigt und nur 27 Prozent fallen in die Kategorie „keine Schadmerkmale“. Beachtenswert ist, daß in den ostdeutschen Ländern die Kiefer als Baumart überwiegt und oft einem starken Insektenbefall ausgesetzt ist. „Besorgniserregend ist insbesondere die Situation in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo inzwischen jeder zweite Baum deutliche Schäden aufweist.“ (WZB 1991. 10) Als Erklärungen für dieses dramatische Waldsterben in Ostdeutschland werden ungünstige Witterungsverhältnisse, starke Nutzbarmachung der Kiefer und die „kahlfressenden Aktivitäten“ des Blauen Erlenblattkäfers angegeben. Daß dieses Erklärungsmuster nicht hinreichend ist, wird mit Blick auf die weitergreifenden ökotoxikologischen Umwelt- und Naturbelastungen des ehemaligen DDR Territoriums deutlich.



In den süddeutschen Ländern (Hessen abwärts) wird der Kronenzustand der Bäume als „ernst“ bezeichnet. Der Baumanteil ohne Schadmerkmale ging 43 Prozent (1989) auf 34 Prozent (1991) zurück. Gleichzeitig stieg der Anteil schwach geschädigter Bäume (1984 noch 35 Prozent) auf 42 Prozent an. Der Anteil deutlich geschädigter Bäume beträgt 24 Prozent (entspricht dem Bundesdurchschnitt). Verglichen mit den nordwestdeutschen Ländern ein mehr als doppelt so hohes Schadensniveau. Vor allem in Hessen und Bayern nahmen die deutlichen Waldschäden enorm zu, nämlich von 1989 bis 1991 um 12 Prozent. Im Waldzustandsbericht fehlt jede plausible Erklärung für diesen signifikanten Trend, wenn von den schweren Sturmschäden im Frühjahr 1991 einmal abgesehen wird.

Neben der länderspezifischen Schadensentwicklung werden also auch Wuchsgebiete, wie etwa Schwarzwald oder Rhön untersucht und als „Hauptschadensgebiete“ ausgewiesen. Allein 13 der insgesamt 19 ostdeutschen Wuchsgebiete fallen in diese Kategorie. Ein seit Jahren bekannter regionalökologischer Verfallsprozeß ist das Waldsterben im Erzgebirge und in thüringischen Wuchsgebieten. Weiterhin „besorgniserregend ist der Waldzustand in den Hochlagen des Bayerischen Waldes, der Rhön, des Fichtelgebirges, des Hessischen Berglandes sowie der Bayerischen Alpen“ (WZB 1991. II).

Siechtum der Baumarten Auf über 18 Seiten differenziert der Bericht die „Waldschäden bei den einzelnen Baumarten“ (WZB 1991. 14 f.). Ein besonders auswertbares Kapitel, das hier nur auf den prozentualen Schadensumfang der einzelnen Baumarten begrenzt wird. Das Schadensniveau von Laub- und Nadelbäumen ist auch 1991 durch annähernd gleich hohe Schäden geprägt. Der Anteil aller Nadelbäume (Fichte, Kiefer, Tanne) mit deutlichen Schäden liegt bei 25 Prozent. Während die Tanne mit 41 Prozent deutlicher Schäden hier einsamer Spitzenreiter ist, weist etwa jede vierte Fichte (häufigste Baumart in Deutschland) deutliche Schäden auf. Bei den Laubbäumen (Buche und Eiche) liegt der Anteil mit deutlichen Schäden bei 27 Prozent. Daß der mythenumwobene deutsche Traditionsbaum, die Eiche, langsam, aber sicher ins Wanken gerät, belegen unwiderfällige Daten, denn „bundesweit weist jede dritte Eiche deutliche Schäden auf (31 Prozent)“ (WZB 1991. 23).

Wird wiederum die Bundesländerebene betrachtet, dann verzeichnen die nordwestdeutschen Länder bei Nadel- und Laubbäumen einen Rückgang der Schäden. Dagegen setzt sich der Schadenstrend beider Baumarten in den süd- und ostdeutschen Ländern weiter fort. Weitere Merkmale, die Auskunft geben über den Gesundheitsbeziehungsweise Erkrankungszustand unserer Wälder, sind Vergilbung/Verfärbung der Nadeln/Blätter, der Schädlingsbefall (15 Prozent aller Bäume sind von Insekten und Pilzen befallen) und die Veränderung des Stichprobenkollektivs (Erhebungsmethode). Eine wesentliche Rolle spielen Klimafaktoren, die den Kronenzustand der Bäume beeinflussen. Die großen Sturmschäden des Frühjahrs 1990 sind zwar nicht unter die – von der Bundesregierung so benannten – „neuartigen Waldschäden“ zu subsumieren, haben aber in diesem Jahrhundert bislang unbekannte Sturmholzschäden, insbesondere in den süddeutschen Ländern, angerichtet und die Waldbesitzer forstwirtschaftlich und ökonomisch schwer getroffen.

Ziele und Grenzen staatlicher „Waldpolitik“ Mit der Wortschöpfung der „neuartigen Waldschäden“ und dem 1983 initiierten „Aktionsprogramm Rettet den Wald“

zielte die staatliche „Waldpolitik“ auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung im (inter-)nationalen Kontext, auf einen Ziel-Mittel-Katalog zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auf Förderung einer interdisziplinären Ursachen- und Wirkungsforschung durch Bund und Länder und auf jährliche Erhebung der Waldschäden.

Die längst zur ökologischen Binsenweisheit gewordene Erkenntnis, daß vor allem industrielle und PKW-Emissionen wie Schwefeldioxid- (SO₂-Ausstoß 1989: 1,0 Mio. t) und die schadensträchtigen Stickstoffoxid-Emissionen (NO_x-Ausstoß 1989: 2,7 Mio. t) als Hauptverursacher einer veränderten Luftchemie und des sogenannten Sauren Regens gelten, ließ die Umweltpolitik der Bundesregierung auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung zentrieren. Verschiedene gesetzliche Instrumente und Verordnungen (z.B. die bekannte TA-Luft) sollten den Luftintoxikationen Einhalt und dem gestreuten Wald neue Regenerationsmöglichkeiten bieten. Wer jedoch nur an das ministerielle, kräftig von der Autolobby geschürte „Affentheater“ um die Einführung des geregelten Dreiwegekatalysators bei PKW denkt, dem kann eine überzeugende, ökologische Walderhaltungspolitik schnell zur Illusion werden. Dennoch wird die Bundesregierung nicht müde zu behaupten, daß in den alten Bundesländern „die Politik des schadstoffarmen PKW inzwischen Erfolge (zeigt)“ (WZB 1991. III). Auch der staatliche Schnellschluß der ExDDR birgt weitere Schadstoffhypothesen wie die SO₂-Emissionen aus der Braunkohleverfeuerung in Industrie- und Energieproduktionsanlagen (1990: 3,5 Mio. t). Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern trägt mit ca. 0,25 Millionen Tonnen Ammoniak-Emissionen (NH₃) kräftig zur Luftschadstoffbelastung bei.

Zur Stabilisierung empfindlicher Waldökosysteme zielen staatliche Maßnahmen auf die Wiederaufforstung und wiederholte Jungbestandspflege im Privat- und Kommunalwald (Finanzmittel von 1984 bis 1990 dafür rund 340 Mio. DM). Davon entfielen auf die – ökologisch nicht unumstrittene – Bodenschutzkalkung circa 134 Millionen DM. Etwa 13 Prozent (= 1,2 Mio. ha) der Waldfläche wurde auf diese Weise behandelt. Über den bedenklichen Waldbodenzustand soll eine staatlich getragene „Bodenzustandserhebung im Wald“ weiteren Aufschluß erbringen. Die staatlich geförderte Waldschadensforschung, die seit 1982 mit 860 Forschungsvorhaben (finanzielles Fördervolumen 360 Mio. DM) aktiv wurde, beschäftigt sich mit den überaus komplexen Ursache-Wirkungs-Beziehungen der Waldschäden, prüft die konkurrierenden, teils widersprüchlichen Verursachungshypothesen und hat nachgewiesen, daß Luftschadstoffe wie SO₂, NO_x, VOC (flüchtige Verbindungen) und O₃ (= Ozon) die maßgeblichen Schad- und Wirkungsstoffe des Waldsterbens sind (WZB 1991. IV).

Das Aushängeschild deutscher Umweltpolitik, die sich wiederholt „als treibende Kraft des internationalen Umweltschutzes“ (WZB 1991. 38) rühmt, ist auf nationaler Ebene eine „Politik der Verringerung der Schadstoffemissionen“ hier besonders der CO₂-Emissionen, die bis zum Jahr 2005 gegenüber 1987 um 25-30 Prozent verringert werden sollen. Der „große Auftritt“ des konservativ-liberalen Hegemonieblocks um Kanzler Kohl und Umweltminister Töpfer ist für die UNO-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in diesem Jahr in Brasilien geplant. Die angestrebte Führungsrolle im internationalen Umweltschutz soll dann im „ökologischen Weltgeist“ einer völkerrechtlich verbindlichen „Regelung zum Schutz des Klimas der Wälder“ (Klimakonvention) internationale Gestalt und Wirkung erlangen. ■

Kommunale Kulturpolitik

Ein Querschnitt der kulturpolitischen Literatur

Es hat eine Zeitlang gedauert bis sich der Bedeutungszuwachs der Kulturpolitik, die seit den siebziger Jahren von den Rändern des kommunalen Geschehens immer stärker in den Kernbereich des Interesses rückte, auch auf dem Buchmarkt niedergeschlagen hat. In den siebziger und frühen achtziger Jahren gab es neben der entsprechenden Fachliteratur für die kulturpolitisch Aktiven einige „Streitschriften“ die die Herausbildung der „neuen Kulturpolitik“ begleiteten mit Titeln wie „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik“, „Perspektiven kommunaler Kulturpolitik“ Kulturpolitik – die Innenpolitik von morgen“ sowie eine Anzahl von Publikationen der Protagonisten dieser „neuen Kulturpolitik“ wie Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser, Olaf Schwencke und anderen. Buchpublikationen, die sich darstellend und kritisch reflektierend mit der kulturpolitischen Situation auseinandersetzen, gibt es in einer größeren Zahl erst seit Mitte der achtziger Jahre. Der folgende Überblick bezieht sich auf die Veröffentlichungen der beiden vergangenen Jahre zur kommunalen Kulturpolitik und will einige Hinweise auf Bücher geben, die für politisch und kulturpolitisch Interessierte von Bedeutung sind, oder den Anschein erwecken, es zu sein.

Eine anschauliche Darstellung der Entwicklung kommunaler Kulturpolitik der vergangenen vierzig Jahre vermittelt das Buch von Rainer Frank

„Kultur auf dem Prüfstand“ Frank geht in seiner Darstellung von einer Zäsur in der bundesrepublikanischen Kulturpolitik Anfang der siebziger Jahre aus. Die Verhinderung demokratischer Ansätze und das Anknüpfen an die Kulturpolitik der Weimarer Republik in der Nachkriegsphase, die traditionell-affirmative Kulturpolitik der fünfziger Jahre und die Phase des kulturellen Neuaufbaus und der Wiedereröffnungen in den sechziger Jahren werden allgemein skizziert und an den Beispielen Theater, Museen und Kunstförderung konkretisiert. Das Schwergewicht des Buches liegt auf der Darstellung der „Reformära seit den siebziger Jahren“ Das Unbehagen an der bis dahin vor allem reaktiv-restaurativen Kulturpolitik und dem ihr zugrunde liegenden affirmativen Kulturverständnis, die Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Herausbildung neuer kulturpolitischer Ziele auf der Grundlage eines erweiterten Kulturbegriffes werden hier anschaulich geschildert. Nach der Beschreibung der Reformstrategien und der realen kulturpolitischen Veränderungen werden diese an den Entwicklungen des Theaters, der Museen und der Kunstförderung konkretisiert. In einem abschließenden Kapitel geht Frank auf die gesellschaftlichen Determinanten kommunaler Kulturpolitik ein, die sich in seiner Sicht allerdings weitgehend auf die kulturpolitischen Vorstellungen der Parteien und Verbände beschränken. Der Zu-

sammenhang von Kulturpolitik und Stadtentwicklung wird kurz behandelt, der Einfluß verschiedener ökonomischer Faktoren (Qualifikationsanforderungen, Umwegrentabilität, Standortfaktor) und direkt politischer Anforderungen fehlt weitgehend. Neben dieser Beschränkung besteht die zentrale Schwäche des Buches darin, daß von einer kulturpolitischen Kontinuität in den siebziger und achtziger Jahren ausgegangen wird und die erneute „Wende“ Anfang der achtziger Jahre von der „Kultur-für-alle“ zur „Kultur-für-alles“ mit viel Show, Schein und Spektakel nicht gesehen wird.

Gegenüber der eher deskriptiven Darstellung von Rainer Frank zielt die Untersuchung von Doris Gau „Kultur als Politik“ auf die Analyse der Entscheidungsstrukturen kommunaler Kulturpolitik und kann dadurch die Determinanten und Bedingungsfaktoren der kulturpolitischen Entwicklung konkreter untersuchen, als es in den meisten bisherigen Studien zur Kulturpolitik der Fall ist. In ihrem Ansatz verknüpft Gau die Analyse der strukturellen Determinanten mit einem handlungsorientierten Ansatz. Ihre zentrale Fragestellung nach den Handlungsspielräumen kommunaler Kulturpolitik untersucht sie an sieben nordrhein-westfälischen Großstädten. Dabei werden als strukturelle Determinanten die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, die innerkommunale Konkurrenzsitua-

tion und die sozioökonomische Struktur der Kommune untersucht. Nach Analyse der verschiedenen Akteure und ihrer Interaktionszusammenhänge wird zwischen Städten mit traditionellen und anderen mit innovativen Politikmustern unterschieden, die in Beziehung gesetzt werden zu den strukturellen Determinanten. „Kultur als Politik“ bietet gegenüber vielen anderen Büchern den Vorteil, daß Kulturpolitik von einem vielfältigen Bedingungsgefüge gesellschaftlicher Faktoren abhängig gesehen wird und eindimensionale Erklärungen über politische, ökonomische, städtebauliche und andere Ursachen der kulturpolitischen Entwicklung an der Sache vorbeigehen, wobei allerdings solche Einflußfaktoren bei Gau gegenüber der Verwaltungs- und kommunalen Politikebene zu kurz kommen.

Von der Industriegesellschaft zur Kultugesellschaft? Kulturpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland lautet der vielversprechende Titel der Studie von Karla Fohrbeck und Andreas Wiesand, die als Band 9 der „Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes“ im Beck Verlag veröffentlicht wurde. Wer dem Titel gemäß eine einigermaßen solide Darstellung kulturpolitischer Abläufe und Trends erwartet, der wird enttäuscht sein. Weder wird erläutert, was die Autoren unter Industriegesellschaft verstehen, noch was die Kultugesellschaft sein soll, die diese eventuell ablöst, geschweige denn, daß auf die Fragestellung im Innenteil des Buches in Form einer einigermaßen zusammenhängenden Schilderung kulturpolitischer Entwicklungen eingegangen wird. „Staatskultur – Kulturstaat – Kultugesellschaft“ „Der Kulturbetrieb – eine unbekannte Größe?“ „Kulturelle Dimension von Gesellschaftspolitik“ „Zur Kulturentwicklung im internationalen Kontext“ sowie „Kulturpolitische Aktivitäten auf Bundesebene“ lauten die einzelnen Kapitelüberschriften, unter denen manches interessante Material, viele Fakten und Daten und oft treffende theoretische Einschätzungen zu finden sind. Insgesamt ist das Buch aber eher ein

„Steinbruch“ für schon Kundige als eine Darstellung und Analyse für kulturpolitisch Interessierte

Für das auf dem Buchmarkt noch junge Thema Kulturpolitik scheinen Sammelbände gegenwärtig noch die adäquate Form der Publikation zu sein. Häufig sind solche Sammelbände aber nur zwischen zwei Buchdeckel gefaßte Tagungsbeiträge oder es handelt sich um zufällige Zusammenstellungen, denen eine gemeinsame Fragestellung und ein Redaktionskonzept fehlen.

Unter dem schlichten Titel „Kulturpolitik“ ist in der Redaktion von Hans-Georg Wehling ein kleiner Sammelband mit acht Beiträgen zu kulturpolitischen Fragen erschienen. Ort (Taschenbuchreihe „Bürger im Staat“), Herausgeber (Bun-

nere Aspekte der Kulturpolitik, um den Wandel kommunaler Kulturpolitik am Beispiel der Entwicklung in Tübingen und Reutlingen, ohne dabei allerdings verallgemeinerbare Aussagen herauszuarbeiten, um Soziokultur und Vereine und Bürgerinitiativen als Kulturträger. Als Einführungsband in den Problembereich „Kulturpolitik“ ist der Band unzureichend, da wesentliche Aspekte fehlen und bis auf die ökonomischen Beiträge nur sehr eingeschränkt den Stand der gegenwärtigen Diskussion reflektieren.

Unter dem Titel „Kultur und Politik“ haben Herfried Mückler und Richard Saage einen Band herausgegeben, der trotz der Überschrift bis auf einen kurzen Beitrag von Hilmar Hoffmann nichts mit Kulturpolitik zu tun hat. Es handelt sich dabei um eine Festschrift zum



deszentrale für politische Bildung Baden Württemberg) und Länge der Beiträge (zwischen 12 und 23 Taschenbuchseiten) verweisen auf die Intention des Sammelbandes, eine Einführung in das Thema zu geben.

Nach einem einleitenden Beitrag zur Frage „Was heißt eigentlich Kultur und wozu ist sie gut?“ in dem in einer eigenwilligen kultursoziologischen Bestimmung Kultur und Kulturpolitik gleichgesetzt und damit zentrale Probleme im Verhältnis beider Bereiche zueinander verwischt werden, enthält der Band vier Beiträge zu ökonomischen Fragen gegenwärtiger Kulturpolitik (volkswirtschaftliche Bedeutung der Kultur, Ökonomie des Theaters, Beschäftigungssituation von Künstlern, Standortfaktor Kultur). In drei weiteren Beiträgen geht es um allgemei-

Fotobände: Ostbad und St. Petersburg

Nun beginnt die fotografische Aufarbeitung der Endzeit des realsozialistischen Systems. Die zwei Fotobände, die sich noch ganz zeitnah an das Thema wagen, unterscheiden sich deutlich voneinander: Ostbad von Gerhard Gäbler mit Texten von Günter Kurnert und Leningrad/St. Petersburg von Dieter Matthes mit einem Essay von Karl Schlögel. Rein äußerlich ist der Band über Leningrad präziös gestaltet, die letzten zehn Jahre DDR kommen im Gewand der grauen Maus daher. Die Seele jedoch gehört der grauen Maus, über Leningrad hängt der Duft lackierter Oberflächlichkeit von zwei touristischen Wochen und manchmal der Verdacht, durch nachträgliche und meist aufhellende Retuschen den Bildern etwas mehr schillernden Pep zu verleihen.

Jan Thorn-Prikker schreibt in einem Nachwort zu Ostbad, den Aufnahmen sei gemeinsam, „daß sie ihr Gewicht erst nach der zerstörenden Zäsur eines historischen Bruchs voll zeigen“. Danach hätten die Bilder ihr Idealgewicht allerdings noch nicht erreicht, denn die dokumentierten Alltagsvorfälle, -momente und -rhythmen sind nicht einfach mit der politischen Zäsur verschwunden. Der Takt des Alltags hält sich dort am hartnäckigsten, wo er den höchsten Grad an Privatheit hat. Mich würde schon interessieren, ob die Kandidatin zur 1. Leipziger Mißwahl 1989, offenbar FDJ-Kader, zu Hause heute noch ihren Karle Marx als Bombast-Schädel auf ihrem tristen Streifenfurnier-

schrank mit dem Charme einer Betonplatte stehen hat. Vielleicht noch oder grad zum Trotz. Sicher vorbei sind Fahnen und Girlanden schwingende SportfestlerInnen und sicher verschwunden die ML-Frieden-Sozialismus-Sieg-Parolen am Eingang zum Schlachthof. Nostalgisch wirkt das Design der Milch- und Kakaoflaschen im Pausenraum von VEB Elektrowärme, und das gelederte Macho-Tanzpaar eines Leipziger VEB-Betriebsfestes mag vielleicht bald nur noch als müde Variante von Schärfereim des Betriebsfestes AG West was auch immer zurückbleiben.

Was ich sagen will: Der sogenannte historische Bruch wird in vielen Bereichen zum fast unmerklichen Bröseln, was sich visuell nach so kurzer Zeit kaum festmachen läßt. Hier müssen manchmal erst Generationen wegsterben, bis ein Foto die Magie des Gewesenen und Unwiederbringlichen bekommt, wo vom Haarschnitt über die Hosenweite bis zur Straßenlaterne, vom Fahrzeug bis zum Bild ganzer Straßenzüge, von der Bettwäsche bis zum Polizistenhelm wirklich alles anders geworden ist und die Menschen im Foto nur noch Vergangenes erkennen und – falls sie es selbst erlebt haben – ihre eigenen jüngeren Jahre wieder auferstehen lassen können. Der politische Umbruch beschleunigt diesen Prozeß ganz erheblich, so daß auch Bilder schneller historisches Gewicht bekommen, ganz unabhängig von ihrer künstlerischen Qualität. Denn private Fotoalben



gewinnen auch dann die Magie der verflissenen Zeit, wenn die Aufnahmen hunds miserabel sind. Oft ist diese technische Mangelleistung sogar Bestandteil der Wirkung alter Fotos. In der Vor-Zoom-Ära war es zum Beispiel üblich, daß Personen kaum erkennbar winzig vor formatfüllendem bedeutenden Hintergrund aufgenommen wurden. Ästhetisch eine Katastrophe, sind sie von hohem dokumentarischem Wert, weit über den engen familiären Bezug hinaus, für den sie einmal gedacht waren. Sie haben eben nichts weggelassen. Der ausgebildete Fotograf hat den selektiven Blick, der beim Amateur auch vorhanden ist, aber unbeeinflusst von künstlerischen Kriterien und Gesetzen des Bildaufbaus. Effekthascherei gibt's bei beiden, der Knipser prözt mit family und Gran Canaria, der Profi mit goldenem Schnitt und Lichtführung.

Gerhard Gäbler, der „Ostbad“ gemacht hat, ist ein Profi, er prözt jedoch nicht, sein Interesse gilt dem Vorgang, den er festhalten will, unabhängig davon, ob's in die Grauwertskala paßt oder nicht. Seine Bilder sind auf angenehm unaufdringliche Weise gekommt. Anders bei Matthes. Er fotografiert nicht schlecht, beherrscht die Wirkung von Weitwinkel und Tele, und doch wirken seine Bilder eher geschmäckerlich, was er einige Male ungeschickt durch Manipulationen mit nachträglichen Aufhellungen unterstreicht. Frauen erscheinen so wie Rauschgoldengel, die aus dem Überirdischen kommen, der Bildschwerpunkt wird dadurch brutal verschoben, der Blick quälend am Aufgehellten festgemacht. Auf

Schritt und Tritt merkt man, daß Matthes die Stadt nicht kennt, eigentlich Tourist ist und anscheinend nur im alten Zentrum herumgekommen ist. Die Menschen sind mit Tele aus der Masse herausgeschossen, beliebig, wie mir scheint, oder in der Reihenfolge: altes, markantes Gesicht, junge weibliche Schönheit, spielende Kinder, Uniformträger. Man bekommt jedenfalls nicht den Eindruck einer gelungenen Charakterisierung der Bewohner St. Petersburgs. Sehr viel mehr bringt da der Text von Karl Schlögel, der einen historischen Abriss der Stadtentwicklung verbindet mit beinahe kulturphilosophischen Fragen über den Untergang und Aufstieg von Metropolen und die Spuren, die diese Prozesse im Stadtbild und bei den Menschen hinterlassen.

Die Texte von Günter Kunert in „Ostbad“ sind aphoristische Auszüge aus seinem Tagebuch, deren Wert durch fehlende Datierung etwas gemindert wird. In welcher Zeit der Denker denkt und der Dichter dichtet, wird in Phasen schnellerer Gangart aller gesellschaftlichen Prozesse äußerst wichtig. Wie schnell werden sonst aus Analysen vernünftlerische Apologien, deren verhängnisvolle Wirkung uns die DDR-Wissenschaft und -Literatur deutlich genug vorgeführt hat.

Helmut Veil

Gerhard Gäbler, Ostbad. Photographien, Bonn (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.) 1991 (200 S., 163 Fotos, 48,00 DM)
Dieter Matthes, Leningrad/St. Petersburg. Photographien, Berlin (Argon Verlag) 1991 (93 S., 68,00 DM)

65. Geburtstag von Iring Fetscher. Versammelt sind Beiträge, die im Rahmen eines gleichnamigen Kolloquiums im März 1987 in Frankfurt gehalten wurden. Der kurze Beitrag des ehemaligen Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, sinnigerweise im Abschnitt „Schriftsteller und politische Willensbildung in der Demokratie“ abgedruckt, ist deshalb von Interesse, weil hier der Kulturtheoretiker Hoffmann vor einer kulturpolitischen Praxis warnt, wie er sie als Kulturdezernent in Frankfurt betrieben hat. Im Ganzen ist der Band für kulturpolitisch Interessierte unergiebig und auch sonst nicht erfreulich, da er in vier recht weit auseinanderliegende Themengebiete zerfällt und keinen inneren Zusammenhang erkennen läßt (linke Grundströmungen in der Literatur und ihre Perspektive heute, Ästhetik der kritischen Theorie, Schriftsteller und politische Willensbildung in der Demokratie, Konservative, neokonservative und postmoderne Zeitdiagnosen).

Der von Wolfgang Lipp herausgegebene Sammelband „Kulturpolitik. Standorte. Innensichten. Entwürfe“ hat zwar auch den Nachteil, daß er Beiträge von sehr unterschiedlicher Qualität vereint (sie stammen von einer Tagung in Tutzingen). Doch geht es hier speziell um Kulturpolitik, und die Mehrzahl

der Aufsätze sind auf einem ansprechenden Niveau geschrieben und reflektieren den Stand der jeweiligen Diskussion. Das Spektrum der Beiträge reicht von „Kulturkonzepten der Postmoderne“ (W Welsch) über „die Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ mit veränderten Aufgaben für eine Kulturpolitik der Zukunft, deren wichtigste Zielsetzung in der Vermittlung sozialer und kultureller Kompetenz besteht (H. Glaser) bis zu „Spiele, Feste, Märkte“ als den „offenen Felder kulturellen Lebens“ in denen sich der Wunsch nach einer bewußten Entdifferenzierung von „Kultur“ und „Leben“ ausdrückt (E. Pankoke) und gerade in Form der Stadtjubiläen, Feste als „Mittel der Kulturpolitik par excellence“ zur lokalen Selbstdarstellung begriffen werden (W Lipp). Weitere Beiträge handeln von der Bedeutung des Wertewandels für die kommunale Kulturpolitik sowie der Entwicklung der Denkmalspflege und der Museumsarbeit, in der Alltagskultur und der Entwicklung des Kunsthandels.

Anders als der Sammelband von Lipp, der viele kulturpolitisch interessante, aber doch sehr auseinanderfallende Themen umfaßt und dem eine gemeinsame Fragestellung fehlt, geht der von Hajo Cornel und Volkhard Knigge herausgegebene Band „Das neue Interesse an der Kultur“ von der These aus, daß ab Anfang/Mitte der achtziger Jahre die „neue Kulturpolitik“ der siebziger Jahre abgelöst wird von einer Kulturpolitik, die auf ein „neues Interesse an der Kultur“ ausgerichtet ist. Dieses „neue Interesse“ ist gekennzeichnet einmal durch eine zunehmende Funktionalisierung von Kultur für außerkulturelle Zwecke (ökonomische Erfordernisse, gesellschaftliche Sinnstiftungsaufgaben etc.) und zum anderen durch einen Kulturboom bisher unbekanntem Ausmaßes (überlaufene Ausstellungen, forcierte Kulturbauten, kulturelle Selbstinszenierung der Städte etc.). Die Bandbreite der Beiträge dieses Bandes (er dokumentierte eine gemeinsame Tagung der Kulturpolitischen



Alle Fotos aus den besprochenen Bänden

Gesellschaft und der Universität Oldenburg) ist sehr breit. Sie reicht bei den Grundsatzartikeln vom Wiener Philosophen R. Burger, der die Aufklärung mit dem Mythos gegen ihrer Kritiker verteidigt, bis zum Wallmann-Berater A. Gauland, der über symbolische Politik und die Aufgaben der Kunst in einer kaum noch steuerbaren, in viele Teilsysteme zerfallenden Gesellschaft schreibt, von der Theologin D. Sölle bis zum deutschen Exponenten der Postmoderne, W. Welsch, und dem linken Schriftsteller M. Schneider. Unter der Themenstellung „Stadtkultur als Inszenierung“ verteidigt der Berliner Planungsreferent B. Schneider die großstädtische kulturelle Inszenierungspolitik, während W. Siebel gegen die kulturelle Marketingpolitik auf die künstlerische Dimension als letzten Ort setzt, an dem sich ein „anderes Bild vom richtigen Leben“ formulieren läßt. „Kultur. Bildung. Identität“ „Natur. Kultur. Wissenschaft“ und „Künstlerische Produktion und das neue Interesse an der Kultur“ am Beispiel Bildender Kunst, des Films und der Literatur bilden die weiteren Themenkomplexe. Der Vorteil dieses Buches besteht einmal darin, daß versucht wird, unterschiedliche, doch eng zusammenhängende gesellschaftliche Bereiche (Politik, Wirtschaft, Natur, Kunst, Kulturpolitik) auch in der Reflexion darüber zusammenzubringen, und daß zum anderen nicht von einer Kontinuität der Kulturpolitik ausgegangen wird, sondern die zum Teil gravierenden Änderungen in den achtziger Jahren Gegenstand vieler Beiträge sind.

Einzelne Stränge der Diskussion der Oldenburger Tagung wurden auf dem 4. Wissenschaftstag des *Instituts für Landesplanung und Stadtentwicklungsforschung* „Umbruch der Industriegesellschaft – Umbau zur Kulturgesellschaft“ in Dortmund im September 1990 wieder aufgenommen. Inzwischen ist die Dokumentation der zweitägigen Arbeitskonferenz erschienen. Beim Themenschwerpunkt „Wandel kultureller Orientierungen im industriellen Modernisierungsprozeß“ stehen die beiden Hauptreferate im

Mittelpunkt: B. Guggenberger setzt sich mit der nachlassenden Bedeutung von Arbeit im Leben der Menschen, der gestiegenen arbeitsfreien Zeit und den fehlenden kulturellen und kulturpolitischen Vorbereitungen auf diese veränderte Situation auseinander. D. Hassenpflug untersucht den Wandel des Verhältnisses von Stadt und Land, Kultur und Natur in unterschiedlichen geschichtlichen Epochen. Weitere Beiträge beschäftigen sich unter anderem mit den kulturellen Aspekten räumlicher Entwicklung, den Zusammenhängen von Kulturgesellschaftsvorstellung, ökologischen Krisen und Modernisierung sowie dem Verhältnis von Kulturpolitik und Ästhetik. Zwar fehlen auch hier zielgerichtete gemeinsame Fragestellungen und Herangehensweisen, wodurch die Beiträge oft etwas Zufälliges und wenig Zusammengehörendes haben, aber trotz des etwas disparaten Charakters vermittelt die Dokumentation einen Eindruck vom Stand der Diskussionen über kulturelle Modernisierung, an dem bei weiteren Debatten gut angeknüpft werden kann.

Die Gesamtdarstellungen und Sammelbände zum allgemeinen Thema Kulturpolitik bilden nur einen Teil der gegenwärtigen Literatur zu diesem Themenfeld. Verbreiteter sind Bücher, die sich mit einzelnen Teilbereichen kulturpolitischer Theorie und Praxis beschäftigen.

Einen guten Einblick in die Diskussion um den Umbruchprozeß der Städte und die dadurch bedingten neuen Aufgaben der Kulturpädagogik, gibt der von *Eva Krings* und *Wolfgang Hippe* herausgegebene Band „*Kulturlandschaft Stadt. Neue Urbanität und kulturelle Bildung*“ der eine Tagung in Köln dokumentiert.

Um zwei zentrale, einander zumindest teilweise widersprechende Grundpositionen der gegenwärtigen theoretischen Diskussion kulturpolitischer Strategien geht es in den Beiträgen von H. Schwengel und K. Homuth. Schwengel („Neue Urbanität und Politik der Lebensstile“) sieht in den „Lebensstilen“ und der darin implizier-

ten „Kultur des Wählens“ die Verkörperung einer zivilgesellschaftlichen Integration jenseits von Nation und Klasse, die alte Konflikte hinfällig werden läßt. Homuth („Der soziokulturelle Markt als Medium gesellschaftlicher Integration“) kritisiert den Kulturbetrieb als neuen zentralen Neutralisierungsmechanismus von differierenden kulturellen und gesellschaftlichen Werten und als neuartiges Regulierungsinstrument gesellschaftlicher Hege- monie.

Der grundlegende Umbruchprozeß in den Städten, ihre zunehmende Immaterialität und ihr ambivalenter Charakter als exponierter Ort des Zusammenschlusses und der Auflösung, die Veränderung der Zeithrhythmen und die zunehmende Visualisierung sind Themen der theoretischen Beiträge. Als Bindeglied zwischen den theoreti-

schen Studien zur Stadt und den praxisorientierten Beiträgen zur künstlerischen Arbeit mit Jugend-Banden in Los Angeles und zur Stadtteil- und Kinderkultur stehen Aufsätze zur Kultur in der Sozialarbeit und den neuen Bildungskonzeptionen.

Über den gegenwärtigen Diskussionsstand in der Sozio- und Stadtkultur informiert die Dokumentation der Hamburger Tagung „*Hauptsache Kultur*“ Das schön gestaltete und reich illustrierte Buch besteht aus den überarbeiteten Referaten der großen Veranstaltungen und der Werkstattgespräche sowie jeweils zusammenfassenden Protokollen der darauffolgenden Diskussionen, die oft einzelne Fragestellungen noch einmal etwas vertiefend darstellen. Im Unterschied zur Tagung, und das erhöht die Lesbarkeit, sind die Beiträge nicht in der Reihenfolge des Tagungsablaufs

LITERATUR

Hajo Cornel/Walkhart Krüger (Hrsg.), *Das neue Interesse an der Kultur*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 34) 1990 (382 S., 25,00 DM)

Karla Fuhrstock/Andreas Wenzel, *Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? Kulturpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes Bd. 9) 1989 (183 S., 36,00 DM)

Bernward Frank/Gerhard Maletzki/Karl H. Müller-Sachs, *Kultur und Medien. Angebote - Interessen - Verhalten. Eine Studie der ARD/ZDF-Medienkommission*, Baden-Baden: Nomos Verlag (1991 S.)

Rainer Fritsch, *Kultur auf dem Prüfstand. Ein Streifzug durch 40 Jahre kommunale Kulturpolitik*, Mülheim: K.G. Saur Verlag (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd. 34) 1990 (374 S.)

Werner Gephart, Hans Peter Schreiner (Hrsg.), *Stadt und Kultur*, Opladen: Leske + Budrich 1991 (208 S.)

Max von Hübner/Hans-Jürgen Nowotny/Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie*, Frankfurt: Campus Verlag 1989 (732 S.)

Deira Gaa, *Kultur als Politik. Eine Analyse der Entscheidungsprozessen und des Entscheidungsverhaltens in der kommunalen Kulturpolitik*, München: K.G. Saur Verlag (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd. 32) 1990 (260 S., 48,00 DM)

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft. Gemeinsamer Kongress Deutsche, Österreichische, Schweizerische Gesellschaft für Soziologie. Beiträge der Forschungszentren, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen*, Zürich 1988, Zürich: Seismo Verlag 1989 (878 S.)

Hauptsache Kultur. Bundesweiter Ratsschlag zur Sozio- und Stadtkultur, Hrsg. v. der Kulturbetriebe Hamburg/Reifen Stadtteilkultur, Redaktion: Werner Frömming u. Matthias Schwarz, Hamburg: Dölling und Galitz Verlag 1991 (251 S.)

Kultur und Gesellschaft. Theoretische Ansätze. Zentrale Forschungsgebiete. Forschungsmethoden. Literaturdokumentation 1979-1987, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften 1989 (292 Seiten, 48,00 DM)

Kulturpolitische Gesellschaft, Kulturpädagogische Kooperative Köln (Hrsg.), *Kultur-landschaft Stadt. Neue Urbanität und kulturelle Bildung*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 33) 1990 (208 S., 18,00 DM)

Wolfgang Lipp (Hrsg.), *Kulturpolitik. Standards, Interessen, Einwurfe*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 11) (368 S., 48,00 DM)

Gabriele Mrosch, Albrecht Gitschel (Bearb.), *Kommunale Kulturpolitik in Dokumenten. Berichten, Projekten, Konzeptionen*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1991 (217 S.)

Herrfried Mückler, Richard Säge, *Kultur und Politik. Rechnungen der Fortschrittspartei*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989 (218 S., 39,00 DM)

Heinz Schilling (Hg.), *Urbane Zeiten. Lebensstilswerte und Kulturwandel in einer Stadtregion*, Frankfurt: Institut für Kulturanthropologie und europäische Ethnologie (Kulturanthropologische Notizen, Bd. 34) 1990 (371 S.)

Umbruch der Industriegesellschaft - Umbau zur Kulturgesellschaft? Beiträge zum 4. Wissenschaftstag der ILS in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hrsg. vom ILS NRW, Dortmund: ILS 1991 (178 S., 25,00 DM)

Hans G. Wehling (Red.), *Kulturpolitik*, Stuttgart: Kohlhammer Verlag 1989 (140 S., 30,00 DM)

fes, sondern nach thematischen Schwerpunkten gegliedert. Unter der Überschrift „Bilder vom richtigen Leben“ stehen die Referate „Gesellschaftliche Modernisierung und Soziokultur“ (H. Cornel), „Kulturelles Marketing und Neue Urbanität“ (K. Homuth) und „Multikulturelle Gesellschaft oder einig Vaterland?“ (Th. Schmid). Weitere Themenzusammenstellungen umfassen Beiträge zu „Kunst und/oder Kulturarbeit“, „Soziale Kulturarbeit“ und „Kulturverwaltung und Bewegung“

Einer der neuen schillernden Begriffe in der kulturpolitischen Diskussion neben Lebensstil, zivile Gesellschaft, Postmoderne etc. ist „Urbanität“ Mitarbeiter und Studenten des Frankfurter „Instituts für Kulturanthropologie und europäische Ethnologie“ sind diesem Begriff und seiner Geschichte der letzten zwanzig Jahre speziell in seiner Ausformung im Rhein-Main-Gebiet nachgegangen. Herausgekommen ist das auch für Nicht-Frankfurter lesenswerte Buch „Urbane Zeiten“ das beschreibend den Begriff und sein Gegenstand faßbarer macht. Der Begriff wird hier als abhängig vom biographischen, zeitlichen und situationalen Kontext begriffen. Dabei geht es in dem Buch nicht um eine irgendwie geartete „Objektivität“ oder Faktizität von Urbanität, sondern um die Vorstellungsbilder der Menschen vom Urbanen, was sie der Stadt zuschreiben und an ihr kritisieren. Das gegenwärtige Urbanitätsverständnis in der Kulturpolitik ist eng verknüpft mit der Diskussion über die Kultur der großen Städte, die neben Berlin vor allem in und am Beispiel von Frankfurt geführt wurde und wird. Dabei ist interessant, daß der Begriff von links und linksliberaler Seite ins Gespräch gebracht wurde, als von konservativen Oberbürgermeistern und Kulturdezernenten praktisch die „Lust an der Stadt und dem Städtischen“ gerade durch eine neue Kulturpolitik wieder geweckt werden sollte und sie damit Erfolg hatten. Der Weg dieses Begriffs wird auf dem Hintergrund der Darstellung der linken, dann alternativen und später grünen

Szene in Frankfurt geschildert. In anderen Aufsätzen werden unter anderem die politischen und gesellschaftlichen Bewegungen in und um Frankfurt in Form von Interviews, die Bedeutung der Bilder von einer Stadt, die Verdrängung aus der Stadt ins ländliche Neubaugebiet sowie das Verständnis von Urbanität und Stadt von Regionalplanern, Bürgermeistern, Architekten und Landfrauen dargestellt. Der Band „Urbane Zeiten“ ist keiner, der direkt kulturpolitische Fragestellungen thematisiert, er schildert aber aus kulturanthropologischer Sicht Bedingungen und Auswirkungen großstädtischer Kulturpolitik und ist von daher für kulturpolitisch Interessierte von Bedeutung.

Das läßt sich von dem Band „Stadt und Kultur“ herausgegeben von Werner Gephart und Hans Peter Schreiner nicht sagen. Die abgedruckte Podiumsdiskussion eines Düsseldorfer Symposiums über „Kultur in der Gesellschaft“ kommt nur selten über Allerweltsweisheiten hinaus. Die ganze Anlage des Buches ist großsprecherisch, wenn zum Beispiel unter dem Thema „Zentren der Stadtkultur“ je ein Beitrag zu Museen und Warenhäuser steht oder der Komplex „Wirtschaft und Stadtkultur“ aus zwei Vorträgen besteht, die ohne Problembewußtsein über Mäzene, Stifter und Sponsoren vor sich hin philosophieren, und dementsprechend niveaulos ist auch die dokumentierte nachfolgende Diskussion zu diesem Thema. Das Niveau der Artikel kommt nur selten über Seminar-Standard hinaus. Drei Beiträge heben sich davon ab. L. Coser beschreibt am Beispiel nordamerikanischer Diskussionen unterschiedliche Stadtbilder und Stadtkritiken von Intellektuellen und R. Münch analysiert mit London, Paris, Berlin und New York vier Großstädte, die zu unterschiedlichen Zeiten kulturelle und künstlerische Zentren waren, und versucht, die Bedingungen für diese herausragenden künstlerische Milieus zu bestimmen, um daraus Zielperspektiven für eine neue Kulturpolitik in den Städten zu entwickeln. Interessant und informativ ist auch der Beitrag von W. Gephart über Bilder der

Großstadt bei italienischen Futuristen, in der deutschen Tradition und bei den französischen Impressionisten, in dem er ihre unterschiedlichen Sicht- und Darstellungsweisen beschreibt und an einzelnen Bildern aufzeigt.

Am Schluß sollen noch vier Hinweise auf Bücher stehen, die helfen, weitere Informationen und Hinweise zu kulturpolitischen Fragen zu bekommen:

Mehr als sechzig Jahre nach der letzten gemeinsamen Tagung der österreichischen, schweizerischen und deutschen Soziologen fand 1988 in Zürich wieder ein gemeinsamer Kongreß der drei soziologischen Gesellschaften statt. Unter dem Thema „Kultur und Gesellschaft“ wurden in über hundert Veranstaltungen mehr als fünfhundert Referate gehalten. In dem Hauptband (hrsg. v. Max Haller u.a.) sind die Einzelreferate und die Beiträge der großen Plenarveranstaltungen abgedruckt und im ergänzenden Band (hrsg. v. Hans-Jürgen Nowotny) die Papiere aus den Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen dokumentiert. Für kulturtheoretisch Interessierte gibt es in diesen beiden Büchern eine ganze Reihe von Aufsätzen, kürzeren Beiträgen und Abstracts, für die sonst viele Jahrgänge sozialwissenschaftlicher Zeitschriften durchgestöbert werden müßten.

„Kultur und Gesellschaft. Theoretische Ansätze. Zentrale Forschungsgebiete. Forschungsmethoden“ heißt eine Literaturdokumentation des Informationszentrums Sozialwissenschaften in Bonn. Auf 250 Seiten sind hier in Form von kurzen Zusammenfassungen deutschsprachige Buch- und Zeitschriftenbeiträge aus der Zeit von 1979-1987 zu diesem weiten Thema zusammengestellt. Über eine thematische Gliederung sowie durch ein Autoren- und Sachregister wird der Zugang zu den einzelnen Fragen sehr erleichtert. Das Schweregewicht der ausgewählten Literaturhinweise liegt allerdings auf kultursoziologischen Themen, und direkt kulturpolitische Fragen kommen nur in diesem Zusammenhang vor.

„Kommunale Kulturpolitik in Dokumenten“ herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik, ist eine kommentierte Bibliographie grauer, und deshalb in der Regel schwer zugänglicher Literatur zur Kommunalpolitik mit zwei einleitenden Aufsätzen. Bei den vorgestellten und ausgewerteten Dokumenten handelt es sich um Publikationen, Papiere, Stellungnahmen von Städten, Kulturämtern und Kulturdezernenten, beziehungsweise um Texte, die von ihnen in Auftrag gegeben wurden. Erfasst sind über dreihundert Dokumente aus Groß- und Mittelstädten (untergliedert in die vier Phasen). Nach den bibliographischen Angaben wird der Text durch eine Reihe von Schlagwörtern klassifiziert und werden die räumlichen und zeitlichen Bezugspunkte benannt und danach mit Kurzkomentaren der Inhalt des Dokumentes näher beschrieben. Die Kommentare sind hilfreich, und der Band erfüllt eine nützliche Funktion, zumal er über ein Sach- und Regionalregister auch einen spezifischen Zugang ermöglicht. Allzu weitgespannte Erwartung sollten trotzdem nicht an das Buch gestellt werden. Dazu sind die ausgewerteten Texte zu zufällig und zu ungleichgewichtig, sie reichen von fünfseitigen Anträgen und Ratspapieren bis zu mehreren hundert Seiten dicken Kulturentwicklungsplänen und Regionalanalysen.

Unter dem Titel „Kultur und Medien. Angebote – Interessen – Verhalten“ ist eine Studie der ARD/ZDF-Medienkommission veröffentlicht worden. Durch eine Repräsentativumfrage bei 3000 Personen, eine Bestandsaufnahme des kulturellen Angebots in 126 Orten und eine Inhaltsanalyse der kulturellen Fernsehprogramme von dreizehn Anbietern liegt mit dieser Studie eine sehr umfassende Untersuchung kultureller Angebote und Interessen vor, die sich von der Mehrzahl der bisherigen Untersuchungen dadurch unterscheidet, daß mehrere unterschiedliche Kunst- und Kulturformen und Medien untersucht und in Beziehung gesetzt werden. ■

Liebe Redaktion,

vermag eine PR-Agentur, eine pffiffige Idee, das Lebensgefühl einer ganzen Region zu ändern, erspart sie, gnadenlos genug durchgezogen, die Veränderungen der Lebensbedingungen? Einiges spricht dafür. Vor vielleicht zwei Jahren gebar das 3. Programm des SDR den Slogan vom „wilden Süden“ und seither ist hier alles wild: jedes Kaff, jede Band, jede Party. Von morgens bis abends plärren es uns die Herrn Redakteure in die Ohren, und nicht minder räkelnd sich die Redakteuren in exponierter Coolneß auf der Oberfläche eines jeden Ereignisses in nie nachlassender Anstrengung, es den Platzhirschen auch millimeter- und phongenau nachzutun. Das 3. Programm des SDR ist, wie wohl überall, der Kanal zur Förderung des massenhaften Individualverkehrs. Nichts darf den Fahrer in seiner selbstgewählten Einsamkeit ablenken, verstören oder zum Nachdenken bringen. Inzwischen wissen die Redaktionen, die pausenlos an der Erhaltung jedes fünften Arbeitsplatzes arbeiten, daß die gelegentliche Problematisierung der Autogesellschaft in kühnen Beiträgen von 1'30" und auf dem Niveauprofil abgefahrter 160/60 V 18 jene Trotzreaktionen hervorruft, die erwünscht sind, um den noch etwas orientierungslosen Jugendlichen ans Gerät zu bringen.

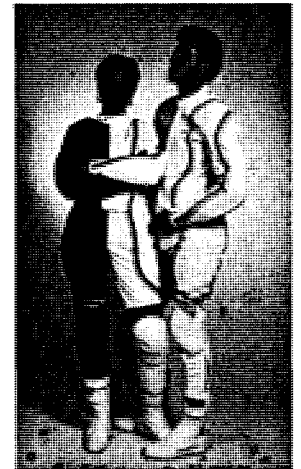
Gemäß dieses grob umrissenen Auftrages, hat der SDR an diesem Wochenende in einer der wildesten Gegenden im wilden Süden, in Sinsheim im wilden Kraichgau, eine Motorradmesse mit einem Rahmenprogramm begleitet und mit einer Biker-Party gekrönt. Elke A. Schall, Geschäftsführerin der Messe Sinsheim GmbH, eröffnet: „Das Motorrad als Freizeitgerät, das Mobilität und Spaß vermittelt, kommt den Bedürfnissen der Menschen nach Freiheit in unserer weitgehend reglementierten Gesellschaft immer stärker entgegen.“ Matthias Holtmann,

SDR 3, bekräftigt: „Die ‚Faszination Motorrad‘ in Sinsheim, SDR und der wilde Süden gehören einfach zusammen!“ Und Falk Hartmann, BVHK e.V., ergänzt: „Faszination Motorrad ist gleichbedeutend mit ‚Faszination Motorrad-Gespanne‘“ Sprecher der Biker Union führen eine wilde Abwehrschlacht gegen Protektorenkombi-Pflicht, diskriminierende Streckenschließungen für Motorräder und künftige Gängelungen im EG-Rahmen. Alle aber werben sie für ein besseres Image der Biker: sehnsüchtige Lehrlinge, Volltrapper, Monteure, Beifahrer- und Beischläferinnen. Alles bemüht sich um ein bisserl mehr wilde Freiheit, bis auf eine Grüne Landtagskandidatin, von selbst für diese Partei ungewöhnlicher Schlichtheit. Sie hat nicht nur keinerlei Ahnung von dem, was den Biker bewegt, keinen Blick für die Ästhetik der Maschinen, die Wunder der Technik, die Lyrik der Anpreisung, das Lebensgefühl der Rider, sondern ist vollgepackt mit Vorurteilen und Ängsten und begründet ihr Verhältnis zu den Bikern aus dem Schweiß, der ihr ausbricht, wenn sie eine „Horde einfallen sieht“ während ihrer tiefgründigen und unwilligen Spaziergänge im Odenwald. (Reine Galanterie hält mich davon ab, die treffenden Worte zu wählen.) Dafür aber ist sie Theologin und hat mal einen Biker ausgesegnet. Daran klammert sie sich, als niemand mehr von ihr Notiz nehmen will und verblüfft Podium und Publikum mit dem Bekenntnis: „Ich war halt so betroffen, weil das so ein junger Motorradfahrer war. Wenn das ein älterer Autofahrer gewesen wär' das wär' ja normal ...“ Hohngelächter aus allen Ritzen. So möchte selbst der Biker seinen natürlichen Feind, den Autofahrer, nicht abserviert wissen. Irgendwo hat Wildheit auch für ihn ihre Grenzen. Und er wendet sich wieder jenen mo-

dernen Hexenbesen zu, die ihn über die Mißlichkeiten des Alltags erheben. Die neuen Suzukis zum Beispiel: „Für Liebhaber echter Zweirad-Raketen ist die RVG von Suzuki ohne Alternative“ oder: „Klar. Gelassenheit statt Leistungsdruck ist immer noch das Motto der VS 800 In-truder. Aber: Es schadet schließlich nichts, wenn man Souveränität noch etwas deutlicher zeigen kann“ oder: „Der Kampf um Zehntel-PS und die höchste aller Höchstgeschwindigkeiten ist bei der 1400 schnell vom Tisch: Mit einem Hubraum in PKW-Größe und einem Drehmoment jenseits ausgewachsener Big Bikes erübrigt sich jede Diskussion. Vielmehr bekommt das Motorradfahren mit der In-truder von Suzuki eine neue Definition: Kraft ohne Leistungsdruck, Überlegenheit ohne Machtkampf.“ – So soll es sein.

Abends dann die Biker-Party. Holtmann präsentiert die H. Davidson Band: „Daß an diesem Abend auch ‚Born to be wild‘, die ‚Hymne der Motorradfans im wilden Süden, erklingen wird, versteht sich fast von selbst.“ Und als Headliner die Rodgau Monotones. Drittklassiger Schweinerock. Da gehe ich rechtzeitig nach Sinsheim hinein, das ist mir zu wild.

Liebe Redaktion, welche unvermutete Trostlosigkeit im wilden Kraichgau! Jede Großstadt ist angesichts solcher Zersiedelung und chaotisch naturwüchsiger Planungsverweigerung ein Ausbund an Ökonomie und Ressourcenbewußtheit. Dazu wird alles, was es in richtigen Städten gibt, herunterdimensioniert an Maß und Qualität bis zur Lächerlichkeit. Ein paar Meter Fußgängerzone, eine postmoderne Passage von der Größe des Umlaufs in einem mittleren Möbelgeschäft, der Ausfall einer Kirchengemeinde, ein Kirchenneubau, arabisierend zwischen Hallenbad und Müllverbrennungsanlage, dafür Sparkassen als Tempelchen, die sie



auch, der Wahrheit die Ehre, sind. Und ein Kulturprogramm gibt es '92 natürlich auch: Zarewitsch, Millowitsch, Oklahoma, Justus Frantz, Hape Kerkeling, Rock-Symphonies II, Bürger Schippel, Der zerbrochene Krug ... Meine Flucht zum Bahnhof endet in einer Falle: Ab 19.05 Uhr verläßt kein öffentliches Verkehrsmittel mehr den Kraichgau. Abends ist man zu Hause wild. Und da klingen mir die Worte des alten Bikers Oluf Zierl, vor zwei Jahren aus der Emigration zurückgekehrt, die er auf den amerikanischen Highways verbrachte, im Ohr: „Lassen wir uns nicht verunsichern, dummschwätzen und abledern, Freunde – lassen wir uns nicht einschüchtern, den Spaß nehmen und aufs Maul hauen von den ewig Gestrigen, Besserwissern, Menschheitsbeglückkern, den Moralaposteln und Sicherheitsfreaks, den Geschäfte machern und Politbürokraten und anderen Schmalspurwischern ... Verdammt noch mal, Freunde, was hält uns eigentlich noch? Nützen wir die kostbare, köstliche Zeit. Ride free forever, sagen sie in Amiland. Gilt auch bei uns, wie überall!“

Da halte ich am Straßenrand den Daumen in die Luft und brumme schon ein bißchen zur Probe,

U. R. L.

Qumran-Schriften und historischer Jesus

geboren unter (dem Sternzeichen) Jungfrau von Maria.“ Damit wären wir das leidige Thema der Jungfrauengeburt glücklich los. Allein, der Text der Evangelien lautet nicht so. Der Stern stützt sich auf den Züricher Physikprofessor Wölfl, der einige Pergamentfragmente aus Qumran untersuchte und zu dem Schluß kam, die Rollen stammen aus den beiden vorchristlichen Jahrhunderten. Womit, so der Stern, „die Spekulationen (von Baigent/Leigh) über den Streit in der Urkirche ein Ende“ hätten.

Eine Übersicht über die aktuellen Trendsetter auf dem Buchmarkt beschloß E. E. Becker¹ mit einer Spitze gegen das Werk von Michael Baigent und Richard Leigh² über die Qumranrollen: „Man will erschüttern, in Frage stellen. Das gehört zum Geschäft.“ Damit hat Herr Becker ein Korn gefunden: Mit Erschüttern und Infragestellen ist gegenwärtig ein Geschäft zu machen, eine größere Leserschaft ist dafür empfänglich – zumindest im Bereich der kritischen Theologie. Wie groß das Interesse an diesem Thema ist, zeigte im 91er Dezember schon eine flüchtige Zeitungs- und Zeitschriftenschau.

Nichts Geringeres als „Die Wahrheit über die Heiligen Drei Könige“ versprach *Bild* in den Tagen vor Weihnachten ihrer Leserschaft. Interessant an dieser kleinen Serie war weniger ihr Gehalt als vielmehr der hohe Anspruch aus der Überschrift, vor allem aber die unausgesprochene, aber darin enthaltene Unterstellung: daß jeder Teilhaber an der abendländischen Kultur in einem fundamentalen Element derselben, nämlich der Weihnachtsgeschichte, bislang einer falschen Vorstellung aufgefressen sei und nun gefaßt der



Wahrheit ins Auge sehen müsse. Der Stern brachte als Weichnachts-Titel³ „Die Akte Jesus – Forscher-Streit um den Sohn Gottes – Wer war der Mann aus Galiläa?“ Das weiß man natürlich auch nach Lektüre des Artikels noch nicht. Doch die Akte – das klingt nach Verdächtigung und nach Wahrheitsfindung, auch nach Verfügungsgewalt und Kontrolle. Einiges davon findet sich im Inhalt des Artikels tatsächlich wieder, zumeist in Anlehnung an das Buch von Baigent und Leigh.

Der Spiegel⁴ der auf seinem Titelblatt ein „Gespräch mit Kirchenkritiker Drewermann“ anzeigt, handelt das Thema der Qumran-Veröffentlichung unter Archäologie, nicht etwa Kirche. Damit spaltet er es von der theologischen Aufgeregtheit

ab (die er lieber mit Eugen Drewermann verhandelt) und reduziert es auf die Ebene neuer Editionen „auf dem Bibelmarkt“ Entsprechend lautet der Untertitel: „Die wichtigsten Dokumente der Christenheit, bislang geheimgehalten, erscheinen jetzt als Raubdrucke“

Allen drei Ansätzen, *Bild*, *Stern* und *Spiegel*, obwohl sie sich unterschiedlich affirmativ, ambivalent oder kritisch gerieren, ist die Tendenz gemeinsam, daß sie ihr vermeintliches Heil in historischer Faktizität plus (natur-)wissenschaftlicher Statements suchen. So läßt *Bild*⁵ einen „Diplom-Physiker Manfred Gregor“ wie folgt spekulieren: „Wenn man die Textstelle ‚Geboren von der Jungfrau Maria‘ nur geringfügig ändert und anders übersetzt, dann heißt sie:

Die theologische Brisanz der Qumran-Veröffentlichungen

Die aktuelle Diskussion um die Qumran-Schriften ist deshalb eine heiße Kartoffel, weil es dabei letztlich um den „historischen Jesus“ geht. Daß der zu den Essenern (oder Qumran-Leuten) gehört oder zumindest mit ihnen sympathisiert haben soll, ist keine neue Theorie. Bislang hatte sich an dieser Vorstellung je doch kein großer Streit entzündet. Bislang, das heißt: solange man davon ausging, daß die Essener ein Haufe fanatisch-fundamentalistischer, zölibatär-asketischer

Einsiedler gewesen seien. Wie es nach den neuen Veröffentlichungen scheint, war dem aber nicht so.

In den Qumran-Schriften, die zeitlich allgemein als vorchristlich eingestuft werden, werden Riten der Gemeinde beschrieben, die nach dem Neuen Testament erst von Jesus neu eingeführt worden sein sollen. Das betrifft schon das Ritual seiner eigenen Taufe durch (den mutmaßlichen Essener) Johannes und noch das Abendmahl sowie allerlei dazwischen. Demnach hätte es ein „Christentum“ vor Jesus gegeben, jener wäre nicht der Religionsstifter, als der er seit wenigstens achtzehnhundert Jahren gehandelt worden ist.

Baigent/Leigh haben darüber hinaus eine Theorie entworfen, nach der es sich bei den Qum-

ran-Rollen um zeitlich nachchristliche Texte handelt. Demnach wären die Qumran-Schriften möglicherweise als authentischer anzusehen als die Evangelienbücher, die ja erst rund hundert Jahre nach der Kreuzigung Christi notiert wurden. Weiter wäre Qumran identisch mit der christlichen Urkirche, in welcher laut Baigent/Leigh Machtkämpfe um die rechte Lehre getobt hätten, die schließlich der sinistre Paulus (vor allem gegen Jakobus) für sich entschieden habe. Laut Radiokarbon-Test von Professor Wölfli stammen die Qumran-Rollen aber doch aus der Zeit vor Christi Geburt – weshalb der Stern hämisch frohlockte. Die Paulus-Jakobus-Querele ist schon früher mehr als einem aufgefallen, etwa bei der Lektüre der (kanonisierten) Apostel-Briefe. In denen wird immer wieder vor „falschen Propheten“ gewarnt und zum Kampf gegen „Irrlehren“ aufgerufen, allerdings ohne daß dort je (zumindest in denen der uns überlieferten Textfassung) Roß und Reiter genannt würden.

Der Stern markiert zunächst in seinem geteilten Untertitel (*Gottessohn* als spirituelle Frage oder *Mann aus Galiläa*, historische Frage) zwei Pole in diesem Tumult. Und jetzt wird mit großem Widerhall in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, wie deckungsgleich oder fern voneinander beide sind. Diese Frage ist natürlich äußerst spannend für die Christenheit, zumal für die katholische Kirche, die sich immer noch ihrer eigenen Kontinuität ab ovo mittels „historischer Belege“ (heiligen Orte, Schriften und Reliquien) versichert. Da der Vatikan seine Legitimität aus dem Anspruch zieht „Unser Jesus ist der echte“ und „Nur wo unser Kreuz drauf ist, ist auch Christus drin“ hätte der Papst ohne dem, wenn ich mich mal so ausdrücken darf, keine Eier mehr im Sack.

Der Stern fragt: „Muß die Kirche die Freigabe neuer Qumran-Texte fürchten?“ – und meint damit die „Wahrheit über die Ursprünge des Christentums – mit dem heiligen Jakobus als erster Leiche im Keller“ Bekanntermaßen hat die Kirche aber einen so riesigen Leichenkeller, daß es auf ein paar Opfer mehr oder weniger längst nicht

mehr ankommt. Damit konnte und kann die Kirche leben. Der Spiegel trifft es wohl genauer, wenn er die Qumran-Texte „Enthüllungen (nennt), die den heilsgeschichtlichen Rang des Jesus von Nazareth relativiert hätten“ Rang, Macht, Institution – das ist die Ebene, auf der Kirche für Leute wie Spiegel-Journalisten und -Publikum greiflich und interessant ist. Bild versucht, die christliche Tradition (und damit auch Institution) zu wahren, indem sie sie oberflächlich rationalisiert und so dem Verständnis des modernen Menschen eingängiger gestaltet.

Alle fuchteln zwar mit gewaltigen Worten wie *Enthüllung* und *Wahrheit*, daß es nur so seine Bewandnis hat, aber am Ende steht das Bemühen, sich auf die denkbar bescheidensten Erklärungsmuster zurückzuziehen: Baigent/Leigh halten der paulinischen Kirche vor, „Götter (verkauften sich) nach denselben Marktprinzipien wie Seife“; der Stern denunziert Baigent/Leighs Vorwürfe als *verkaufsträchtig* und ersetzt deren Vermutung einer theologisch-politischen Verschwörung des Vatikans gegen die Qumran-Veröffentlichung durch das banale Motiv Habgier. Nun wissen wir also klar Bescheid: Es geht immer nur um Geld.

Außer- und innerkirchliche Debatte Bis hierhin erscheint die Bemühung um den „historischen Jesus“ oder die christliche Urkirche als eine Kritik an der mächtigen (quasi-)politischen Institution der katholischen Kirche, und zwar (auch, wenn sich der Spiegel auf eine ziemlich unappetitliche Art mit Herrn Drewermann vereinigt) als eine im wesentlichen *externe Kritik*. Ob nun, wie der Spiegel lobt, Drewermanns Buch *Kleriker*⁸ tatsächlich „die schärfste, umfassendste und kenntnisreichste Kritik an der katholischen Kirche (ist), die es in den letzten Jahrzehnten gegeben hat“, mag dahingestellt bleiben. Der Erfolg dieses Buches macht jedenfalls ein breites Publikumsinteresse sichtbar. Die Stärkung der Laienkirche ist schon seit Jahrzehnten eines der Hauptthemen der katholischen innerkirchlichen Kritiker, mit viel Energieaufwand und wenig Fortschrit-

ten. Inzwischen entsteht eine Art kritische Laienkirche an den Rändern der offiziellen oder – nicht zuletzt dank vatikanischer Disziplinierungsmaßnahmen – außerhalb derselben.

Kosmischer statt historischer Jesus Zu den Disziplinierungsmaßnahmen zählen in jüngerer Zeit neben Lehrverboten für Uni-Theolog/innen auch die Schweigegebote für Ordensleute, etwa das gegen Herrn Boff wegen seines politischen Engagements (südamerikanische Befreiungstheologie) oder dasjenige gegen den nordamerikanischen Dominikaner Matthew Fox. Kardinal Ratzingers Glaubenskongregation (das, was früher Inquisition geheißen hat) war zu dem Schluß gekommen, Fox leugne die Erbsünde – ein Jahr Bußschweigen! Fox fühlt sich mißverstanden, er leugne die Erbsünde nicht, wolle sie aber nicht an den Anfang aller Theologie gesetzt sehen. Er beklagt „als Erbsündenmentalität: die Vorstellung, daß ich verachtet auf die Welt kam, unerwünscht, häßlich und ohnmächtig“ Aber genau so, verstrickt „in Ekel und Verachtung gegen sich selbst“ hatten die Kirchenfürsten schon immer ihre Schäfchen gern. Ohne den einen gegen den anderen ausspielen zu wollen: Fox' Theologie des „Ursegens“⁷ trifft die Kirche in ihrem Aspekt als lebensfeindliche Macht-Maschine weniger frontal, aber radikaler als die Teilnahme für die Armen und Ausgebeuteten. Unterdrückung und Ausbeutung (durch weltliche wie kirchliche Machthaber) fußen auf diesen „sündenbewuten“ Charakterstrukturen. Man kann nicht im Ernst erwarten, daß Ratzinger sich auf solche Haarspaltereien einläßt, ob Fox nun die Erbsünde leugne oder nur ihre zentrale Wichtigkeit für den Christenmenschen.

In seinem neuen Buch fährt Fox fort, die gegenwärtige Theologie und das Kirchenleben als fehlgeleitet zu geißeln: als patriarchal, anthropozentrisch und was nicht noch alles, vor allem: als dualistisch. Und das meint im wesentlichen die „prinzipielle Trennung zwischen dem Heiligen und der Welt“, des Sakralen und des Profanen, auch die „Aufspaltung in

Inneres und Äußeres“ (was Fox besonders dem Protestantismus vorwirft). Der (gelegentlich schon manisch anmutenden) Forschung nach dem *historischen Jesus* gegenüber bleibt M. Fox skeptisch, weil darin der Gehalt der Menschwerdung Gottes, die Aufhebung der Geschiedenheit, der *Dualität*, untergeht. „Heute erfordert der volle Einsatz im Geiste Jesu ironischerweise, daß wir von der Suche nach dem historischen Jesus ablassen und uns auf die Suche nach dem kosmischen Christus machen“ – das ist der, der universell an jedem Ort, in jedem Lebewesen und jedem Ding präsent ist. Diese Vorstellung läuft, und das ist niemandem klarer als Fox selbst, auf einen *Panentheismus* hinaus, oder, wie er selbst es kurz und bündig nennt, „das heilige Alles“ Ganz folgerichtig entdeckt Fox dann auch in allen Religionen und Weisheitsschulen dieser Welt Gemeinsamkeiten – beziehungsweise versucht er, sie eklektizistisch zu beerben. Diese *Tiefenökumene*, wie der

...die ganze Literatur...

auf Knopfdruck griffbereit mit LITERA.

LITERA ist die menügesteuerte Literatur-Datenbank,

- ▲ die Sie auch als Computer-Laien problemlos bedienen können
- ▲ die mit MS-DOS auf jedem PC läuft
- ▲ die mit deutscher Sprache arbeitet
- ▲ die Literatur-Hinweise mit allen bibliographischen Hinweisen erfaßt
- ▲ die Literaturlisten als Textbausteine erzeugt
- ▲ die sequentiell nach bis zu 10 Begriffsvorgaben sucht
- ▲ die umfangreiche Textnotizen zu jedem Datensatz speichert –

für alle, die viel mit Texten arbeiten.

Bestellen Sie die Demo-Version für 50,- DM (wird beim Kauf der Voll-Version angerechnet) bei

Christian Peters EDV-Beratung
Bahnhofstr. 9 3550 Marburg

P.S. 3 % des Verkaufspreises gehen als Spende an die IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.) in Frankfurt.

Sexueller Optimismus

Mein heimliches Auge, Phoebe Müller und Karin Rick

Der *Ständerprobe* unterwarf vor Jahren ein Mitarbeiter dieser kleinen Zeitung in einer noch kleineren Hermann Kinders Stellensammlung *Die klassische Sau*. Wenn schon Sex, dann aber ohne Zensur, lautete sinngemäß die Begründung. Über feingezüchtete Hoherotik könne man sich freuen, sie aber gegen das Bahnhofskino auszuspielen, sei Klassenkampf von oben. Was gefällt, ist erlaubt und alles andere überflüssig.

In diesem Sinne wird *Mein heimliches Auge*, das erotische Jahrbuch von Claudia Gehrke und Uve Schmidt, das von Anfang an gut war, immer besser. Der neuen Ausgabe nützt es, daß fast zwei Drittel der Beiträge von Frauen sind. Männer gefallen sich als lüsterne Fotografen, Maler und Zeichner; ihre Texte überladen sie, sieht man von hochinteressanten Ausnahmen wie Ernest Bornemann und Johann Fätzer ab, mit Kultur und Bedeutung – vor allem mit den „richtigen“ Schriftstellern ist das ein rechtes Elend – sowie mit Praktiken, die gerade durch ihre Ausgefallenheit langweilen. Frauen dagegen haben sich freigeschwommen und können sich auf die Einfalt des menschlichen Baus einlassen. Es gibt nicht viele Arten, Körper, egal welcher Zahl und welchen Geschlechts, zueinanderzubringen, und bestimmt keine neuen. Das Glück kommt daher aus dem Kopf, wenn man ihn freiläßt und nicht mit „spezifisch weiblichem Begehren“ oder sonst einem klebrigen Unfug verfüllt.

Mein heimliches Auge schaut meist direkt auf das eine. In den längeren Arbeiten zweier Autorinnen ist dieses, ohne daß die erregende Konkretheit darunter litte, eingebettet: bei Karin Rick ins Drumherum, bei Phoebe Müller ins große Ganze. *Fernes Feuer*, der erste Roman der 1964 geborenen Phoebe Müller, ist ein Gegenwartswestern. Chromteile, LKWs und *Apocalypse now* legen den

Zeitrahmen fest, innerhalb dessen viel ältere Filme die Atmosphäre bestimmen. Der Wilde Westen ist der Gegenort ohne Geschichte und mit wenig Zivilisation, der Kessel, in dem die großen Gefühle kochen. Die Hauptfiguren sind beide an geliebte Menschen gebunden: Louise, ihrer *Holzfallermanieren* wegen Louis genannt, an ihren Dad, der sich seit dem Tod seiner Frau Nacht für Nacht den Brandy-Goldrausch in die Blockhütte holt, und an Caruthers, den empfindsamen Reiter, der das Wort Louis in sein Pferd geritzt hat. Val lebt mit Harriet und Henry, den alten, reichen Ästheten, die ihr fast schon fortgeworfenes Leben gerettet haben. Louis und Val müssen weg. Sex wird Mittel und Ziel des Aufbruchs, das klingt so: *Die Worte des Tanzes lauten: Beug den Nacken, bück dich, mein Pferdchen! Sieh nach unten, gib die Hand, den Mund, das Haar, zuletzt die Lust und nochmals die Lust, und bis du um Hilfe schreist die Lust, wäre da nicht der Knebel der eisernen Kandare. Welch köstliche Erfindung.*

Solche und blutigere Sätze beruhen auf einer Überzeugung: Liebe und „Perversion“ gehören zusammen. Es gibt zwei Arten von Gewalt, die nichts miteinander zu tun haben: die echte, die die weißen Stiernacken dem begnadeten schwarzen Musiker Coleman antun; und die spielend liebende, die Val und Louis sich schenken. Diese beiden sind es auch, die sich als erste um den kümmern, der im Ernst verprügelt worden ist. Lust veredelt, Humanität macht geil – das ist der sexuelle Optimismus der Phoebe Müller, der nicht neu, hier aber besonders anregend zu lesen ist.

Vielleicht stellt Karin Rick in ihren Erzählungen einfach deshalb weniger große Fragen, weil sie neun Jahre mehr Lebenserfahrung hat. Ihre starken, meist schreibenden Frauen nehmen die Sache von der unterhaltenden Seite. Sie wissen, daß der Alltag nichts Absolu-

tes und nichts Totales bietet, sondern vor allem Ambivalenz. Der gerade noch luftabschneidend Schöne ist doch schon ziemlich runzlig. Oder man weiß mittendrin ganz handgreiflich nicht mehr weiter – wer kennt das nicht? Nur in Tagträumen paßt man ideal zusammen; verwirklichte Phantasien können ganz schön peinlich sein.

Eine gängige Reaktion auf all das ist das Lamento. Karin Ricks selbstsichere Damen wissen etwas Besseres: Geteilte Wahrnehmung. Man hält sich ans Wohlriechende und ansonsten Abstand; auch in diesem Buch sind es die menschlicheren Menschen, bei denen das geht. Diese Entspantheit macht frech und lustig: *Sie lernen einander nun wirklich kennen. Wie langweilig.* Und bringt Beobachtungen auf den Punkt: *Für Humor ist er zu arrogant.* Und schärft Klappmesser, drei Sätze auf dem Raum von einem: *Sie ist aufgedunsen vor Kummer und beißend unterwegs.* Und natürlich hat die Entschlossenheit, jeden Genuß mitzunehmen, nichts mit Vernutzermentalität zu tun, sondern im Gegenteil: *Beim Verlassen des Gebäudes findet sie sie wieder. Sie steht rauchend in der Eingangshalle und wartet. Anita geht auf sie zu und ist sekundenlang gerührt von ihr. Wie klein sie ist und wie unerschütterlich sie trotzdem dasteht, ein Cowgirl, dessen Pferd vor der Tür steht, wie wenig sie zu diesen jahrhundertalten Mauern paßt, in denen das Festival stattfindet. [...] Und nie müde ist, einfach nie müde, nie enttäuscht und entmutigt und illusionlos.*

Michael Schweizer

Claudia Gehrke und Uve Schmidt (Hrsg.), *Mein heimliches Auge. Das Jahrbuch der Erotik VI*, Tübingen (Konkursbuch Verlag) 1991 (224 S., 29,80 DM)
Phoebe Müller, *Fernes Feuer. Roman*, Tübingen (Konkursbuch Verlag) 1991 (156 S., 19,80 DM)
Karin Rick, *Sex, Sehnsucht & Sirenen. Erzählungen*, Tübingen (Konkursbuch Verlag) 1991 (134 S., 19,80 DM)

dem Stichwortverzeichnis, welches sechzehn Zeilen für das Stichwort *Mutter* hat, für *Vater* hingegen nicht eine. Zwischen durch entdeckt er *Mutter Kirche* „in tödlicher Umarmung (des) muttermörderschen Patriarchats“ da sieht er einen „riesigen patriarchalen Dinosaurier (mit) tödlichem Schwanz“ und behauptet, „daß Jesus feministisch war“

So wertvoll seine Bemühungen für eine „mystische Revolution des Christentums“ sein mögen, so ist doch eine gewisse Skepsis gegenüber seinem visionären Eifer angebracht. Swami Satyananda (bürgerlich Jörg Andrees Elten) schrieb kürzlich in der *Osho Times* über einen Freund, der sich gelegentlich schon für erleuchtet erklärt habe – immer dann, wenn seine Freundin gerade fremdging. Das ist mehr als nur eine witzige Anekdote.

Es ist immer noch eine Frage wert, warum eigentlich so viele radikal anmutende Kirchenkritiker den Schritt ihrer Ablösung von der „Mutter Kirche“ nicht tun. Sie sehen sich eher als „Krankenschwester“ am Siechenbett einer maroden Kirche. Ein ähnliches Bild zitiert, allerdings ohne sich mit dem Zitat auseinanderzusetzen, M. Fox: „Auch wenn wir sie (die alte Großmutter Kirche) sehr liebhaben, sollten wir sie doch sterben lassen.“ Dafür scheint die neurotische Abhängigkeit von der alten Mumie zu groß zu sein. ■

Autor es nennt, dieser *kosmische Christus* und *Panentheismus* – glaubt er wirklich, daß sich der Vatikan damit anfreunden könnte? Jede institutionalisierte Religion, jede Kirche lebt vom Dualismus, davon, daß sie die Welt unterteilt in *wir und die da*, in Recht- beziehungsweise Ungläubige, welche in Sünde leben und der Verdammnis anheimfallen. – Trotzdem ist M. Fox Aussage, er „habe keinerlei Verlangen danach, die Kirche zu reformieren oder neue Kirchen

zu beginnen“ keine bloße Schutzbehauptung, um nicht vollends aus dem Schoß der alten Kirche vertrieben zu werden; denn dort möchte er offensichtlich wirklich verbleiben. Wenn er schilt: „Der Vatikan macht sich selbst impotent, indem er seine kreativsten Söhne und Töchter auffrißt“ dann zählt er sich offensichtlich selbst zu diesen Söhnen, auch wenn das gewählte Bild in seiner überbordenden Dramatik wohl mehr aus der inneren Realität des Au-

tors verstanden werden muß als aus der äußeren. – Ich komme nicht umhin, als besondere Auffälligkeit in Fox' *kosmischem Christus* eine haarsträubende Männerfeindlichkeit zu bemerken, genauer gesagt: eine Abwehr erwachsener, auch sexuell potenter Männlichkeit. Das beginnt mit der Widmung (der Jungendlichkeit in uns allen, dem verwundeten Kind in uns, den noch Ungeborenen sowie dem greisen Vater, insofern er „die Jugend ehrte“) und hört auf mit

- 1 In der *Braunschweiger Zeitung*, 27.12.91
- 2 M. Baigent/R. Leigh, *Verschlusssache Jesus*, München (Dreomer Knauer) 1991 (320 S., 39,80 DM)
- 3 Joachim Köhler in der *Stirn*-Ausgabe 1/92. Das Titelbild zeigt einen Jesus, der statt ans Kreuz an ein großes Fragezeichen genagelt ist.
- 4 *Der Spiegel*, 52/91
- 5 *Bild*, 23.12.91
- 6 Eugen Drewermann, *Kleriker. Psychogramm eines Ideals*, Olten (Walter Verlag) 1989 (900 S., 88,00 DM)
- 7 Der amerikanische Titel von Fox *Der große Segen* heißt *Original Blessing* und setzt sich direkt und unmißverständlich in einen begrifflichen Gegensatz zu *original sin* (Ersünde); daß er eine direktere Eindeutigkeit des Titels, etwa als *Erbseggen*, vermieden hat, spricht für das Sprachgefühl des Übersetzers, geht aber leider auf Kosten der Deutlichkeit. Matthew Fox, *Der große Segen. Umarmt von der Schöpfung*, München (Claudius Verlag) 1991 (384 S., 36,00 DM)

FILM SCHNITTE

SCHON DER AUFTAKT von Oliver Stones *JFK* ist ein rabiater Marsch durch die sechziger Jahre (Staatsmänner, Kennedy-Reden, Kennedy-Familie, Kuba-Krise, Vietnam etc.). Die Hochgeschwindigkeitsmontage mündet in den 9-Sekunden-Amateurfilm von der Erschießung Kennedys, der nun endlos gedehnt wird und mit eigenen Spielszenen bis zur Ununterscheidbarkeit verschmilzt. Dies ist Stones Ausgangsmaterial und allein dieses Material bildet den Kitt des Films, der vorgibt, die Umstände des Mordes zu klären. Mit diesem Kitt sind Fakten und Annahmen, Dokumente und Fiktionen verrührt. Über den Wahrheitsgehalt von Stones Film kann man nicht streiten, weil er sich durch pure Behauptung und die Wucht seiner „Beweise“ jeer Argumentation entzieht. Die anfangs zweifellos packende Synthese aus hektischem Bild-zu-Bild-Schnitt, Dialogstakkato und nicht zuletzt der hochdramatischen Musik von John Williams – gleich zu Beginn werden leitmotivisch Militärtrommeln gerührt, die weiteren Handlungen aufpeitscht – wächst in 190 Minuten zum perfekten Überwältigungskino aus. Stones Film wirkt wie die „Illustration“ zur These des französischen Philosophen Paul Virilio über die Gefahr des „dritten Lichts“: Zunehmend sind wir neben dem Licht der Sonne und dem elektrischen dem „Video-Licht“ ausgesetzt, das uns durch Forcierung der Geschwindigkeit jede Möglichkeit der Verarbeitung nimmt. Sie rast über uns und die Wirklichkeit hinweg und verwandelt uns in zeit- und ortlose Wesen, die nur noch registrieren, was sie gerade sehen.

Die Kritiker, die die Cutter dieses Films ob ihrer furiosen Arbeit für den Oskar vorschlagen, monieren auch die blassen Schauspielerleistungen (Cevin Kostner). Doch: *Kein* Schauspieler – von Schauspielerinnen, wie hier Sissy Spacek, die eine biedere Gattin abgeben muß, ganz zu schweigen – hätte in diesem Film eine Chance, weil es Stone gar nicht um Menschen geht. Es geht ihm, und das ist ein



ZUM LICHT EMPOR?

Problem nicht nur seines neuen Films, um einen Mythos. In einem Mythos aber haben reale Menschen und Interpretationen von Ereignissen keinen Platz, nur der Mythos selbst zählt, und bei Oliver Stone ist es der Mythos des amerikanischen Traums von Recht und Gesetz – der durch Verschwörung zerstört wird. Die Verschwörung ist der Schandfleck der Gesellschaft. Um ihn zu beseitigen, braucht es eine Lichtgestalt. Ein solche war Kennedy, weil er, so behauptet Stones Zusammenschmitt, den Vietnamkrieg beenden, den Militärhaushalt senken und eine Politik des Friedens einleiten wollte. Eine solche Lichtgestalt ist auch Staatsanwalt Garrison, der die Verschwörung aus militärisch-industriellem Komplex, Schwulen, Rechtsradikalen, antikubanischem Untergrund und Mafia aufdeckt und in seinem Plädoyer geißelt: als (so wörtlich) Faschismus.

So sympathisch einem sehr schlicht Denkenden diese These sein mag, sie erreicht mit der Machart des Films ungefähr das Niveau von Robert-Ludlum-Thrillern. Dort geht es immer um eine Verschwörung von und in Machtgruppen (im CIA, FBI, im Weißen Haus, oder durch alte Nazis und deren fünfte Kolonne in den USA), die die absolute Herrschaft antreten wollen. Eine einsame Lichtgestalt vereitelt den Coup. Die Gesellschaft selbst ist gewissermaßen das Opfer, die Geisel, der die Lichtgestalt beispringt.

IN MILWAUKEE haben Geschworene einen Mann für zurech-

nungsfähig befunden, der siebzehn junge Männer getötet hatte. „Obwohl die Schilderungen der Verbrechen – wie das Kochen abgeschnittener Köpfe, das Essen von Körperteilen und Geschlechtsverkehr mit Leichen – teilweise die Grenzen menschlicher Vorstellungskraft überstiegen, gelangte die Jury nicht zu der Überzeugung einer Krankheit des Angeklagten.“ Der Angehörigen eines Opfers hat das Urteil „den verlorenen Glauben an unsere Justiz zurückgeben“ und der Pfarrer sagte: „Der Gerechtigkeit ist Genüge getan. Jetzt können die Erinnerungen heilen. Dies ist ein Segen für die Familien, ein Segen für die Stadt.“ Bei allem Verständnis für die Angehörigen der Opfer – warum hätten sie die Feststellung einer Krankheit als „ungerecht“ empfinden müssen? Weil Krankheit in diesem Verständnis einer „Entlastung des Täters“ gleichkommt und das Opfer und seinen Tod entwertet. Folglich müßte nach Gründen der Tat gefragt werden. *Das Böse* aber kennt keine Gründe. Es ist, wie es ist. Man muß es exekutieren.

IN OLIVER STONES FILM wird „das Böse“ gebrandmarkt, der Boden, auf dem es sich bewegt, bleibt offen. Die Tatsache, daß in der US-Gesellschaft Verschwörungstheorien ebenso beliebt sind wie das Phänomen der Amokläufer verbreitet, verweist auf Strukturen und müßte die Frage nach dem „Grund“ immer wieder aufrühren. *JFK* tut das genaue Gegenteil. – Oliver Stone ist ein kriegerischer Wächter

des Mythos vom guten Amerika. In *Platoon* verkörpert ein Frontschwein das Böse des Vietnamkrieges. In *The Doors* stilisiert er Jim Morrison zum Bad-Good-Boy, hinter dessen Auftritten die Bedeutung der Musik und der Zeit verschwindet. Auch hier ersetzen Montage Einfühlung und werden Schauspieler zu Puppen mit Sprechapparat. Oliver Stone sieht sich als Repräsentant der 68er und als Aufklärer. Das Gut-Böse-Schema ist jedoch reaktionär.

Wenn der Streit über Oliver Stones Film in den USA zur Öffnung und Neubewertung der Akten des Kennedy-Mordes führen würde, wäre das sein größter Verdienst. Der Vorgang aber wäre ein weiterer Hinweis darauf, wie weit die Gesellschaft „den Grund“ (des Vietnamkrieges und seiner Folgen) zu verdrängen versucht (hat). Es ist wie mit dem siebzehnfachen Mörder. Man will seine Krankheit nicht wahrhaben. Nimmt man sie jedoch nicht wahr, besteht nicht die geringste Hoffnung auf Heilung.

EIN ANDERER amerikanischer Film erkennt die Krankheit an und beschreibt sie. Er stammt von dem 23jährigen schwarzen Regisseur John Singleton. In *Boyz n the Hood* zeigt er die alltägliche Gewalt in South Central Los Angeles, dort wo, Schwarze schwarze Brüder töten – am helllichten Tag, aus nichtigem Anlaß. Wo die Zukunft wie verriegelt scheint, bietet eine Gegenwart ohne Arbeit und mit minimaler Aussicht auf Ausbildung keine Perspektive. So wird jeder Tag langweilig. Langeweile degeneriert zu Alkohol, Crack oder Colt.

Singleton erzählt eine Geschichte, in der der latenten Gewalt durch Sprache und den ruhigen Fluß der Bilder Ausdruck gegeben und doch die Action ausgetrieben wird. Hier erhalten Dialoge Sinn und Personen Konturen. Sie trösten nicht, sondern fordern etwas: Selbsterhaltung, elementare Formen von Zivilcourage. „Lichtgestalten“ haben hier keinen Platz.

Michael Ackermann

Der Traum vom authentischen Leben

Hans-Joachim Maaz' Versuch die Deutschen zu therapieren

Der Hallenser Psychotherapeut Hans Joachim Maaz ist nach seinem Erfolgsbuch – *Der Gefühlsstau*, einer Art Psychogramm der alten DDR – ein im bundesdeutschen Medienbetrieb gefragter Mann. Aber er leidet unter diesem Erfolg, weil der ihm eben jene Betriebsamkeit als Lebensstil aufzwingt, die er an den Bürgern der westlichen Bundesländer nicht müde wird zu kritisieren und in der er nur eine andere Form der Flucht vor der inneren Leere zu erkennen glaubt, als sie die Bürger Ostdeutschlands in ihrer Haltung der Unterwerfung und Passivität praktizieren.

Zwei Bücher sind Produkt der Betriebsamkeit im Herbst 1991. Gewissermaßen als Fortsetzung des *Gefühlsstaus* schrieb Maaz *Das gestürzte Volk oder Die verunglückte Einheit*, und mit dem Frankfurter Psychoanalytiker Michael Lukas Moeller verfaßte er den Band *Die Einheit beginnt zu zweit*. Ein deutsches Zwiegespräch, das im wesentlichen aus vier sogenannten Zwiegesprächen zwischen Moeller und Maaz über ihre Empfindungen zur neuen Einheit Deutschlands besteht.

Moeller hat diese Gesprächsform ursprünglich entwickelt, um Paaren ein Setting an die Hand zu geben, das es ihnen erleichtert, über das, was sie in ihrem Leben bewegt, wie sie sich und den anderen wahrnehmen und erleben, so sprechen zu

können, daß die Partner sich in einer Art Austausch von Selbstportraits genauer sehen und verstehen lernen. In diesem Sinn sollten auch die Gespräche zwischen Maaz und Moeller eine vorurteilsfreiere Wahrnehmung des jeweils anderen ermöglichen und modellhaft die Möglichkeit eines Dialogs, zwischen Ost- und Westdeutschen aufzeigen, deren Miteinander beide Therapeuten mit dem Zustand einer Ehe, in der die Dialogfähigkeit durch die falschen Erwartungen der Partner aneinander verlorengegangen ist, vergleichen.

Stärker als im *Gefühlsstau* von seinen subjektiven Empfindungen ausgehend, beschreibt Maaz in diesen Gesprächen den Gefühlszwiespalt, in den ihn das Ende der DDR, die lebenslang erfahrene Einengung, die in der familiären Unterdrückung der Sexualität ihr Pendant hatte, gestürzt hat. So sehr er einerseits den Untergang des alten repressiven Systems begrüßte, bedeutete dessen Ende für ihn zugleich doch einen Verlust an Geborgenheit, den Verlust eines zwar autoritären, aber deshalb auch Orientierung gebenden Ordnungsrahmens. In Beruf und

Privatleben sieht er sich nun ständig neuen Anforderungen und Angeboten, zwischen denen er immerfort wählen muß, konfrontiert. An die Stelle offener Repression ist in seinen Augen der gnadenlose Leistungszwang getreten, der die Menschen ebenso an ihrer Selbstfindung hindert. Letztlich, klagt Maaz, habe im Wechsel vom politischen und ökonomischen System der DDR zu dem der BRD bloß ein Austausch der Unterdrückungsarten stattgefunden und er versteigt sich dann gar zu dem Satz: „Der Stalinismus war schlimm. Aber die Enttäuschung und der Zwang zu einem neuen Spiel war schlimmer.“

Moeller widerspricht solchen Aussagen nur sehr vorsichtig. Das liegt zum einen an der Form des Zwiegesprächs, das nicht zum Wettstreit der Argumente werden soll, weil die Gesprächspartner sich dann nicht offen selbstdarstellen würden, zum anderen aber an seiner eigenen kritischen Haltung zum Leistungsprinzip der westlichen Gesellschaften. Moeller und Maaz träumen den Traum des unentfremdeten Lebens, in dem die Menschen zu sich selbst finden – ein Traum, von dem Moel-

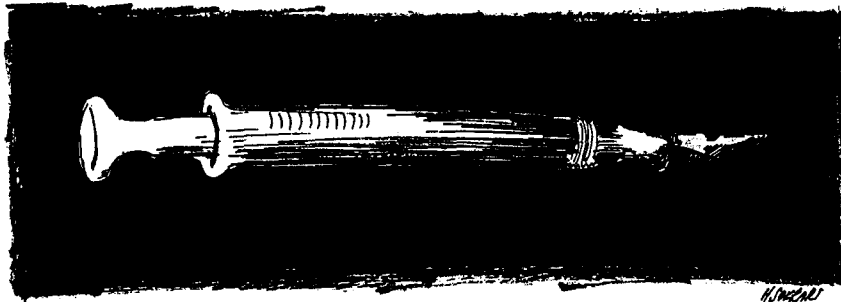
ler in der ehemaligen DDR in ihrer von ihm als idyllisch empfundenen Zurückgebliebenheit glaubte, etwas wahrnehmen zu können. Maaz, obwohl er ja die kleine Ordnung dieser DDR Welt so sehr mißt, widerspricht ihm da aufs heftigste.

Im Nachwort zu seinem ersten Buch, in dem Maaz in einer Weise seine Lebensgeschichte ausbreitet, die fatal an jene studentebewegten Tage erinnert, als jedermann glaubte, im Prozeß der revolutionären Veränderung auch seine individuelle Neurose zum Gegenstand des revolutionären Diskurs machen zu müssen, schreibt er, daß er

den *Gefühlsstau* „wie im Fieber“ niedergeschrieben habe – nicht gerade ein Hinweis auf eine gründlich bedachte Arbeit. Trotzdem enthält das Buch genaue und beklemmende Psychogramme verschiedener gesellschaftlicher Gruppen von der Partei- und Staatsspitze

um Honecker bis zu den Flüchtlingen und Oppositionellen. Dem kühnen Schwung zufolge, mit dem Maaz in *Das gestürzte Volk* als Therapeut diagnostiziert und Therapieverschlüsse anbietet, scheint aber sein Fieber bei der Niederschrift dieses Buches noch etwas höher gewesen zu sein.

Den Vereinigungsprozeß beschreibt er als eine „Entmündigung und Demütigung ohne gleichen!“ Sie habe alle Verhaltensweisen und Orientierungen hinfällig und das im Gegensatz zur Jobmentalität des Westens trotz aller Kontrolle und Reglementierung sinnstiftende System der Arbeit der DDR wertlos werden lassen. Die Menschen seien aus „der Notgemeinschaft des Mangels in die Terrorwelt der Fülle und Vielfalt“ geworfen worden, in der sie gleichfalls an der Wahrnehmung ihrer inneren Leere gehindert würden. Letztlich sei das offen autoritäre System des Ostens nur durch das manipulativ autoritäre System des Westens ersetzt worden, wobei „die Macht des Volkes ... diesmal wesentlich effizienter denn je gestürzt worden“ sei. Das sind starke Worte, läuft



doch Maaz' Argumentation darauf hinaus, im politisch-ökonomischen System des Westens den größeren Feind der Menschen zu sehen, als in der Diktatur der vergangenen DDR.

Maaz Lösung, auch für den Westen, obgleich er nach eigenem Bekunden dessen System erst zu begreifen beginnt, besteht in einer Art Therapierung der Gesellschaft. Erst wenn die Menschen wieder zum Fühlen gebracht, sich von ihrem Panzer, den sie um ihren in frühester Kindheit erlittenen Schmerz errichteten, befreit und die „Authentizität“ des „natürlich ungestellten Seins“ wiedergewonnen hätten, seien sie fähig, sich offen oder versteckt repressiven Gesellschaftssystemen zu widersetzen. Wo solch regressive auf die Restituierung eines vorgeblich unentfremdeten Kerns des Menschen abzielenden Therapiekonzepte bisweilen landen, hat das Schicksal der AAO gezeigt.

Die Naivität von Maazens die Differenz von individueller und gesellschaftlicher Sphäre negierendem Gesellschaftsbegriff wird an seiner Übertragung gruppentherapeutischer Arbeitsmodelle auf die zu entwickelnden demokratischen Strukturen der Gesellschaft vollends deutlich. So schlägt er die Bildung von Runden Tischen, Selbsthilfegruppen, Balintgruppen etc., zur Lösung gesellschaftlicher Probleme vor. In ihnen sollen vor den zu treffenden Sachentscheidungen die Beziehungen der Gruppenmitglieder diskutiert werden – Gruppendynamik nannte man das einst, und deren destruktive Ergebnisse in politischen Gruppen, Alternativbetrieben und Wohngemeinschaften sind Legende. Die Sachfragen sollen auch nicht qua Mehrheitsentscheidung entschieden werden, da sich diese Demokratieform, wie das Beispiel der immer überstimmbaren Minderheit der ehemaligen DDR-Bürger im vereinigten Deutschland zeige, als untauglich erwiesen habe. Er plädiert analog zum Verfahren der Gruppentherapie für die Einstimmigkeit von Beschlüssen am Runden Tisch. Etwa bei der Frage der Abtreibung könne so verfahren werden. Nicht die Frau würde dann die Entscheidung über das Austra-

gen ihres Kindes zu treffen haben, sondern eine Gruppe von Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen – als Beispiel führt er einen Philosophen und eine Nonne an. Besser hätte er die Irrealität seines Demokratiekonzepts kaum dokumentieren können.

Unfreiwillig zeigt Maaz mit solchen Überlegungen, wie stark er in seinem Denken der Idee der DDR, die untrennbar von ihrem Scheitern ist, verbunden ist: der Welt des Guten, das jeden Widerspruch für aufhebbar hält, ihn aber, wo er sich in der ach so unvollkommenen Realität nicht aufheben läßt, als das Böse schlechthin eliminiert. An die Stelle des in der DDR dem Individuum vorgeordneten Kollektivs tritt bei Maaz die Gemeinschaft, deren Wert er in einem ZEIT-Gespräch mit Günter Kunert jüngst betonte. Unversehens ist er damit bei jener unseligen deutschen Tradition angelangt, die den Begriff der Gemeinschaft über den der Gesellschaft im Sinne der westlichen Demokratie setzte. Von deren Prinzip der Akzeptanz gesellschaftlicher Unvollkommenheit, die aus der Nicht-Aufhebbarkeit gesellschaftlicher Widersprüche resultiert und ohne die es keine Individualität und Autonomie geben kann, hat Maaz offensichtlich keine hohe Meinung.

Im Vorwort zu dem *Gestürzten Volk* spricht Maaz vom „Orientierungsverlustsyndrom“ und von seiner inneren Zerrissenheit, in der er sich beiden Welten, dem dynamischen, leistungsorientierten Westen und der repressiven, aber Ordnung stiftenden DDR zugehörig fühlt. Nur verrät sein Buch nichts von diesem Zwiespalt. Vielmehr ist es geschrieben mit dem Bewußtsein eines therapeutischen Heilsbringers, der die Deutschen von ihrem Unglück zu erlösen zu vermag. Aber es ist dies eine Flucht in eine falsche Gewißheit, die umso deutlicher macht, wie sehr der Fall der DDR Maaz all seiner Orientierungen beraubt hat. ■

Michael Lukas Moeller/Hans-Joachim Maaz, *Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch*, Berlin (Rowohlt Berlin Verlag) 1991 (192 S., 29,80 DM)
Hans-Joachim Maaz, *Das gestürzte Volk oder Die verunglückte Einheit*, Berlin (Argon Verlag) 1991 (160 S., 19,80 DM)

Erzählungen von Kay Boyle aus Nachkriegsdeutschland

Für was und für wie viele stand dieser Mensch Baab, dieser Mensch, der ebenso wie die größten Musiker ein ureigenes Produkt Deutschlands war?“, fragt sich die US-Amerikanerin Kay Boyle als Beobachterin des Prozesses gegen Heinrich Baab, Gestapo-Beamter, angeklagt des 58fachen Mordes an Frankfurter Juden im Gestapo-Hauptquartier Lindenstraße 27 („Das Haus der Tränen“), im Jahre 1948. Die Autorin ist sich der Antwort keineswegs sicher, denn sie weiß, wie sie bekant, nicht einmal genau, warum sie hier in Deutschland ist. Es bleibt ihr ein Rätsel: Eine Kulturmission, verfallen dem Wahn – Warum? Sie sagt: „Ich habe hier Amerikaner in offiziellen Positionen sagen hören, daß zu Beginn des Naziregimes, bevor die Brutalitäten um sich griffen, der Unterschied zwischen den Nazis und den Nichtnazis ungefähr so groß war wie der zwischen den Republikanern und Demokraten zu Hause.“ Darauf erwidert sie: „Wir haben nie glauben wollen, daß es sich nicht um eine politische, sondern um eine moralische Wahl gehandelt hat, eine Wahl zwischen Gut und Böse im wahren Sinne, aber es gibt genügend Beweise, daß die Deutschen selbst wissen, daß dem so war.“

In ihren Bescherungen meidet sich jedoch Kategorien wie Gut und Böse. Weil sie ein Rätsel im Sinn hat, schaut sie genau hin. Sie sieht Heinrich Baab, mißsehnend auf der Anklagebank, starrt seine Unschuld reklamierend, – im ersten Prozeß mit deutschen Anklägern, Verteidigern, Staatsanwälten, Richtern und Beisitzern (ohne Beteiligung der Besatzungsadministration) – umgeben von verstümmelten und geschundenen Zeugen, die rüsteten auch das Publikum bilden. Das kleinste Detail im Saal ist ihr wichtig, das Verhalten der Gerichtsdiener, die Gestik des Staatsanwaltes, die Befangenheit des Verteidigers – dazwischen schiebt sie andere Einblicke des Alltags und zitiert aus einer Analyse über die deutsche Arbeiterbewegung; schließlich stammt Heinrich Baab aus einer unsozialdemokratischen Familie. Vor unseren Augen entsieht der autoritäre Charakter, zu dessen Formung Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kommunen ein gemischt Maß beitrugen.

Kay Boyle, heute 70 Jahre alt, kehrte 1946 als Auslandskorrespondentin für den *New Yorker* nach Europa zurück. Der *rauchende Berg. Geschichten aus Nachkriegsdeutschland* besteht aus Beiträgen für verschiedene amerikanische Zeitschriften. Ein „Sammelband“ aber, das macht schon die Entfaltung des Bandes mit dem Prozeßbericht „Statt einer Einleitung“ klar, ist dieses Buch nicht.

„Es gibt Menschen, für die ist eine Tatsache keine Tatsache, solange sie keine intellektuelle Weibung erhält“, schreibt sie angesichts der Bereitschaft, die Naziopter zu „klassifizieren“, entrüstet. Kay Boyle, die in jungen Jahren mit Kurzgeschichten und Gedichten neben Autoren wie Pound,

Joyce, Stein, Williams und Hemingway stand, die 1929 ein Zwölf-Punkte-Manifest zur „Revolution des Wortes“ unterzeichnete, wird in Deutschland zur Beobachterin deutscher Nachkriegsgeschichte aus amerikanischer Sicht. Ihre zehn Geschichten sind Zeugnisse der alltäglichen Realität. In „Nemanfang“ wird die kriegerische Autbahn „zu einer Art Leitung für die Stimmen vieler Menschen“. Der Student, der die Zerstörung der Städte allein den Amerikanern zuschreibt; das deutsche Mädchen auf der Jagd nach dem Mann, der nur kein „Nigger“ sein darf; der junge Mann, der sich der guten Jahre – 1943, 1944 – in Norwegen erinnert – „Das waren die Jahre, in denen die Gaskammern lichterloh brannten, dachte die Amerikanerin.“ Dann bekennt sie einem Monarchisten: „Wenn Hitler einen Unvertragsabschluß gehabt hätte“, sagt er mit bitterem Beigeschmack, „dann hätte es niemals so etwas wie eine Nazibewegung geben können. Es hätte keine Kommunikation zwischen ihnen und dem Volk geben können.“ Ist daß nur ein unbedachter Satz?

In „Die den Gewinn lieben“, führt der Gang durch die Abteilungen des FX-Marktes in das Denken der hinter den Tresen arbeitenden Deutschen, und es ist einer dieser Verkäufer, der Platos Bestimmung der drei Menschenklassen zitiert: diejenigen, die die Wahrheit lieben, diejenigen, die die Ehre lieben und diejenigen, die den Gewinn lieben. Ersterer seien vergessen, die zweite Gruppe als Soldaten im Krieg geblieben – übrig blieben nur die Tauschhändler.

Kay Boyles Geschichten sind Studien der Besatzer und der Deutschen. Es sind Geschichten mit überraschenden Wendungen. Meist beginnen sie harmlos, reißen dann Abgründe auf, aus denen können gerettete Juden ebenso auftauchen wie kleine deutsche Kinder, die von ihren Eltern zur Jagd auf sentimentale Besatzungssoldaten „abgerichtet“ sind. Ein Glanzstück der Einfühlung gelingt Boyle mit „Die Verlorenen“, der Beschreibung dreier Jungen, die alle Angehörigen im Krieg verloren und von der amerikanischen Truppe „adoptiert“ wurden. Am Ende des Krieges verlieren sie ihre „Heimat“. Sie sind abgeklärte Kriegserwachsene, doch in ihrer naiven Hoffnungslosigkeit noch wie kleine Kinder.

Der Frankfurter Verlag Neue Kritik plant eine Kay-Boyle-Edition, in der dies mehr als vierzigbändige Werk in einer Auswahl bekannt gemacht werden soll. In Sachen Kay Boyle dürfen wir erwartungsvoll in die Zukunft blicken. Michael Ackermann

Kay Boyle, *Der rauchende Berg. Geschichten aus Nachkriegsdeutschland*. Aus dem Amerikanischen von Hannah Harbers. Mit einer biographischen Skizze von Sandra Whipple Spanier. Frankfurt/Main (Verlag Neue Kritik) 1991 (253 S., 38,00 DM)

Nicht nur wegen seines kahlen Kopfes und langen Barts wirkt er wie ein Mensch des Mittelalters, den es ins zwanzigste Jahrhundert verschlagen hat. Auch seine Lebenshaltung trägt mönchisch-asketische Züge. Weniger von allem, lautet sein Leitmotiv. Weniger Worte, weniger Töne, weniger Musik. „Es wird viel zuviel geredet“ sagt er. Man müsse nicht nur mit den Tönen, sondern auch mit der Sprache, mit den Worten sehr sparsam umgehen. Am besten sei es immer noch, nichts zu sagen.

Der estländische Komponist Arvo Pärt (Jahrgang 1935) erscheint wie ein Anachronismus in der sich beschleunigenden Moderne. Er formuliert das musikalische Aussteigerprogramm: „Oft empfinde ich das Verlangen, mich in der Musik in die Sekunde zu versenken, sie anzuhalten und in ihr wie in der Ewigkeit zu leben.“ So setzt er gegen Schnellebigkeit und Sekundenterror die Wiederentdek-



kung der Langsamkeit, gegen Hektik und Nervosität, Ruhe und Meditation, gegen Hyperkomplexität, Reduktion und einfache Strukturen. Pausen haben in seinen Stücken einen besonderen Stellenwert. Sie sind ein Fingerzeig auf die Klänge hinter der Tönen: die Stille. Sie ist für ihn vollkommener als jede Musik. „Man muß nur lernen, das

AUFGELESENE TÖNE

zu hören“ „Es ist ja alles voll. Da ist so viel hier in der Luft, daß wir das kaum erahnen können. Wir sehen ja keine Engel hier. Die sind aber da. Die stehen neben mir. Meistens sehen die Leute das nicht; sie hören nicht, was in dieser Stille alles um uns herum ist.“ Solche Äußerungen haben ihm manche Schmähungen eingebracht. Als Inbegriff postmoderner Simplitzästhetik brandmarkten ihn die einen, andere kritisierten ihn als banalen, nichtssagenden Scharlatan. Pärt läßt sich davon nicht beirren. Er hat schon Schlimmeres weggesteckt.

In der ehemaligen UdSSR standen seine Werke auf dem Index. „Ich wurde als der gefährlichste Komponist bezeichnet.“ Deswegen verließ er das Land und ging weiter seinen Weg – mehr und mehr hinein in Religion und Mystik. Aus den einstimmigen Gesängen der Klöster zieht er seine Inspirationen. Die Musik wird für ihn zu einem Medium der Läuterung, der Buße und der Erlösung. Innigkeit und rituelle Strenge sind ihre Prinzipien. Manchmal bestimmen die heiligen Zahlen Drei und Sieben die Formgebung. So klingt Leidensmusik, geboren aus dem Geist der Fastenzeit. (Analogien zu den Filmen von Andrej Tarkowskij sind offenkundig.) Die Vokalisten des Londoner Hilliard Ensemble sind ausgezeichnete Interpreten seiner Werke. Über die Jahre hat sich die Vokalgruppe einen vorzüglichen Ruf als Spezialensemble für Frühe Musik erworben. Vor allem in den Klängen des Mittelalters und der Renaissance sind die Engländer daheim. Ihr glasklarer, direkter Gesangsstil, der auf jedes Vibrato verzichtet, hat neue Standards gesetzt. Er eignet sich ebensogut für die Interpretation der Werke

von Arvo Pärt. Countertenor David James erklärt: „Bis vor wenigen Jahren ließen die modernen Komponisten ihre Musik noch von konventionellen klassischen Sängern aufführen. Allerdings war das die falsche Art, diese Musik zu singen. Viele zeitgenössische Komponisten,



wie Pärt etwa, bevorzugen heute klare Stimmführungen, wie wir sie auch in der Frühen Musik verwenden. Man hört die Akkorde deutlicher, die Harmonien leuchten auf, werden klarer.“ Und gegen den Vorwurf der Einfachheit, nimmt der Praktiker des Hilliard-Ensembles den Mann aus Tallin in Schutz. „Auf dem Notenblatt sehen seine Stücke einfach aus, aber tatsächlich erfordern sie eine große Kontrolle der Stimme und sind stimmtechnisch eine Herausforderung. Der Witz ist: Seine Musik klingt einfach, aber es ist nicht einfach, sie einfach klingen zu lassen.“

Christoph Wagner

Platten
Arvo Pärt/Hilliard Ensemble: *Miserere*, ECM New Series 1420; Arvo Pärt/Hilliard Ensemble: *Passio*, ECM New Series 1370.



Nicht jede Auseinandersetzung als totalitär abqualifizieren

Zu Elisabeth Webers „Stasi-Einflußagent mit Einfluß bei den Grünen“ in *Kommune* 2/92

Der insgesamt sensible und kluge Beitrag von Elisabeth Weber zur Post-Stasi-Debatte regt mich in einem präzisen Punkt, der allerdings auch gerade mich betrifft, zum Widerspruch an:

Ihre rückblickende Rekonstruktion der innergrünen Konfliktlinien, bevor die inhaltliche Debatte im Fundi-Realo-Streit ertränkt wurde, macht den Fehler der Rückprojektion eines heutigen Wissens: des Wissens nämlich, daß Dirk Schneider als überzeugter Stasi-Agent denn wohl tatsächlich für den Realsozialismus als historische Alternative eingetreten ist, wie er sich in der DDR verkörpert hat. Das war für die damalige linksgrüne Debatte aber bekanntlich gerade nicht typisch – und für andere Positionen, wie die von Brigitte Berhold, die zur SPD gegangen ist, oder von Anne Borgmann, die die linken Grünen öfters scharf kritisiert hat, schon gar nicht.

Wie schon 1984 der Streit um die *Moderne Zeiten* ganz praktisch gezeigt hat, waren meine engeren politischen Freunde und ich selbst keineswegs dazu bereit, im Namen der „Gesetze des Klassenkampfes“ auf eine blockübergreifende Friedens-Ökologie- und Menschenrechtsbewegung zu „verzichten“ – unsere Solidarität mit Solidarnosc oder vorher schon mit Rudi Bahro war für uns auf keinem Altar von Weltmachtinteressen zu opfern. Andere mögen dies anders gesehen haben oder auch nicht – aus der späteren realitätsfernen Option, die PDS als Sprungbrett für eine erneuerte Linke nutzen zu wollen, wie sie auf unterschiedliche Weise etwa Harald Wolf oder Jürgen Reents genommen haben, läßt sich nicht rückblickend schließen, jemand habe immer schon die SED für ein attraktives politisches Projekt gehalten – aber für uns ging es ganz konkret darum, angesichts des von uns ebenso wie vielen ExpertInnen so diagnostizierten Versuchs der Nato, durch Pershings und Cruise Missiles eine Erstschlagkapazität zu gewinnen, „Atomkriege wieder führbar zu machen“ wie dies Reagan formulierte, Prioritäten deutlich zu machen und auch mit unseren Freunden aus Osteuropa entsprechend offen zu reden. Ich habe mich damals dafür eingesetzt, daß in einer solchen Lage eine ernsthafte Debatte zu führen sei, aus der auch die von Schneider und Croissant formulierte These vom Primat der Friedenserhaltung über die Durchsetzung der Menschen-

rechte nicht als „unmoralisch“ auszugrenzen sei. Ich halte es auch immer noch für eine ernsthafte Frage, welchen berechtigten Beitrag die damaligen, unterschiedlichen „Entspannungspolitiker“ dazu geleistet haben, daß wirklich die Atomkriegsgefahr abgewehrt und auch in der Menschenrechtsfrage – über den Zwischenschritt der Perestrojka und der Reformflügel – schließlich ein Durchbruch erzielt worden ist.

Vielleicht bin ich zu sehr als Philosoph sozialisiert, aber die Vermutung, ich hätte inzwischen meine Position „korrigiert“ kommt mir schon im Ansatz falsch vor: als ob es in einem ernsthaften politischen Streit – und den haben wir damals doch wohl versucht zu entfalten – die „richtige“ und die „falsche“ Position (oder wie sagte mensch in der Tradition der III. Internationale noch: „Linie“) gäbe. Das habe ich damals nicht geglaubt und glaube es heute immer noch nicht. Der „one best way“ wie er durch die Ingenieurwissenschaften spukt, hat in der historischen Praxis keinen Platz.

Selbstverständlich habe ich meine „Positionen“ verändert und umgebaut, einzelne Fehlannahmen (ein Zwischenstand ist nachzulesen in Antunes u.a., „Für eine grüne Alternative in Europa“ Berlin 1990), aber die Grundüberzeugung ist unverändert, daß der Streit darum geht, ob wir uns mit unseren ökologischen, pazifistischen und feministischen Anliegen in den bestehenden – produktivistischen, hegemonistischen und patriarchalen – Gesellschaftsstrukturen einrichten können, oder ob wir uns für Transformationsprozesse einsetzen müssen, wenn wir es mit unseren Zielsetzungen ernst meinen, die auch die Strukturen des Kapitalverhältnisses angreifen und letztlich überwinden.

Das heißt für mich nicht, daß ich Partei nur nehmen oder Parteipolitik nur machen könnte mit Leuten, mit denen ich zumindest in dieser Frage, der Suche nach einer Gesellschaftsalternative (was einen Unterschied ausmacht zu allzu schlicht gefaßten „Systemopposition“) übereinstimme. Aber ich bestehe doch darauf, daß eine solche über die Tagespolitik hinausgehende Suche nach grundsätzlicheren Alternativen und Prozessen einer transformationsorientierten Politik als solche akzeptiert wird und nicht vor jeder inhaltlichen Auseinandersetzung unterschwellig als totalitär abqualifiziert wird – wie dies in der kombinierten

Kennzeichnung durch „antikapitalistische und antiimperialistische System-Opposition“ „Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes“ und „ideologische Disziplin“ geschieht. Auch wenn dies ehemaligen MLern schwer zu vermitteln ist: Marx war keiner. Und auch wenn dies ehemaligen Opfern stalinistischer Diktaturen schwer nachzuvollziehen ist: Es gab und gibt marxistische Linke, die aktive Gegner und keineswegs Fellow-traveller der realsozialistischen Nomenklatura und ihrer hiesigen Gefolgschaften waren.

Daß solche Linke in bestimmten Punkten – wie der Pershing- und Cruise-Frage – sich Seite an Seite mit solchen Gefolgschaften bewegt haben, ist generell kein Grund, sie heute nachträglich in deren Ecke zu stellen. Und daß marxistische Philosophen, wie ich einer bin, als über-

zeugte Grüne nie eine „grüne DKP“ haben wollten, sollte auch nicht nachträglich verunklart werden. Im übrigen haben auch meine engeren politischen Freunde und ich schon seit Jahren eine Erneuerung des grünen Grundkonsenses gefordert und die konservative Hochstilisierung des Saarbrücker oder des Sindelfinger Programms durch andere linke Grüne immer als eine völlig hilflose und unproduktive Haltung kritisiert.

Vielleicht sollten wir als Gesprächsfähige Grüne mit unterschiedlicher politischer Geschichte einmal eine informative Streitrunde über unsere gemeinsame Parteigeschichte veranstalten, statt uns nachträglich mehr oder minder gewalttätig und einseitig kategorisieren zu wollen!

Liebe Grüße
Frieder O Wolf, Berlin

Korrektur und Ergänzung

Zürcher Drogenpolitik in *Kommune* 2/92

Das Zürcher Zehn-Punkte-Programm in Sachen Drogenpolitik stammt natürlich nicht vom Sommer 1970, sondern ist zwanzig Jahre jünger. Wie polarisiert die Meinungen zur Drogenpolitik sind, hat eine repräsentative Meinungsumfrage des *Tages-Anzeigers* (TA vom 15. Februar 1992) in Zürich und dessen Agglomerationsgebiet bestätigt. Es wurde danach gefragt, mit welchen Maßnahmen die Sicherheit der Bevölkerung erhöht werden könnte. Sehr viel wird demgemäß von präventiven Schritten erwartet – beispielsweise durch „Erziehung in der Familie und Schule“ sowie „Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit/Armut“ – am wenigsten von „mehr Po-

lizei“ Besonders interessant sind die Antworten auf die Frage nach strengeren Maßnahmen gegen Drogenabhängige beziehungsweise „Freigabe von Drogen“ Die beiden sich gegenseitig ausschließenden Vorschläge erhalten gesamthaft ungefähr gleich viel Unterstützung beziehungsweise Ablehnung. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich 42 Prozent „sehr viel“ oder „viel“ von einer Drogenfreigabe versprechen, weitere 20 Prozent „ein wenig“ Diesen Stand der Meinungen einmal vorausgesetzt, könnte die Idee einer Volksinitiative zur kontrollierten Freigabe von Drogen doch mehr als ein gutgemeinter Polit-Gag sein.

Kurt Seifert, Winterthur

Zivildisches Thesenpapier

Zu Bernd Ulrichs „Immer mehr Feinde“ *Kommune* 2/92

Das war ja auch höchste Zeit, daß endlich mal mit diesen antideutschen Nörglern abgerechnet wird, und wie zivil unser Autor doch diskutiert! Zwar erinnern seine „Thesen“ mehr an Rüge und Schmäuble als an beispielsweise Leggewie, aber was soll's. Was beinhaltet nun die gehobene zivile Diskussion?

Ulrich hat also ein „Ausländerproblem“ – das besteht nach seiner Meinung darin, daß „wir“ unsere „Wohlstandsinsel“ nicht halten können, daß Armut importiert wird. Also den Zustand, daß circa 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Rohstoffe verbraucht und die restliche Menschheit mit ihren Abfällen beglückt, sieht er dadurch gefährdet, daß einige Angehörige der anderen 80 Prozent die Industriestaaten aufsuchen, um – ja, wohl nicht, um „un-

seren Wohlstand“ zu stehlen, sondern um durch Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt zu fristen. (Die Tatsache, daß ein Gutteil dieses „Wohlstands“ ohne die Arbeit von Immigranten nicht vorhanden wäre, wird von Ulrich gar nicht erst angeführt.)

Die Union neigt nun zu einer „Pseudodramatisierung“ (was immer das sein soll), die aber „verdankt sich“ (!) der „Sturheit der SPD bei der GG-Änderung“ Welche Änderung? Wir erfahren es nicht, aber Ulrich denkt offensichtlich an Art. 16.2 – das Recht auf Asyl muß weg.

Dafür lernen wir, daß auch ein Rassist einen demokratischen Anspruch haben kann.

Und munter geht es weiter auf diesem Niveau: Der Autor hat schon derartig das real existierende Fem-

briefe & repliken

denabwehrrecht verinnerlicht, daß er sich wundert, daß Freyhold das Wort „rechtsstaatlich“ in Anführungszeichen setzt. Asylverweigerung durch Nichterteilung von Visa, neues Asylverfahrens"beschleunigungs"gesetz, pauschale Verhängung von Abschiebehaft? – Kein Thema, alles rechtsstaatlich.

Ich vermisse nur den dezenten Hinweis, daß 95 Prozent der Flüchtlinge ohnehin bloße „Scheinasylan-

ten“ seien. Aber das liegt wohl daran, daß in der ganzen – ja was: Argumentation (wohl kaum, keine gefunden), Glosse, Büttenerede? kein einziges mal von den Flüchtlingen und den Fluchtursachen die Rede ist. – Ich erwarte jetzt die nächste Folge: „Warum ich stolz bin, ein zivilisierter Deutscher zu sein“ oder so ähnlich. – Nur bitte nicht in dieser Zeitschrift.

Ralph Griesinger, Bissendorf 1

ECHO ECHO ECHO ECHO

„Darf zurecht angenommen werden, daß das vermehrte Erscheinen von Frauen in der Öffentlichkeit, wie es in den vergangenen zehn Jahren festzustellen war, einen Zuwachs an sozialer Gerechtigkeit bedeutet und einer Demokratisierung im Verhältnis der Geschlechter gleichkommt?“ So faßt Christoph Winder Leitfragen von Gisela Wülfings Suche nach der öffentlichen Frau (*Kommune* 11/91) in der Novemberzeitschriftenschau der Wiener Tageszeitung *Standard* zusammen. „Wülfings Antwort ist nur eingeschränkt positiv. Es blieben, meint sie, die der Ausübung von Macht entgegengesetzten Aspekte des weiblichen Sozialcharakters – ‚Fürsorge, Integrationsfähigkeit, Duldsamkeit gegenüber Schwächeren‘ weitgehend aus dem öffentlichen Frauenbild ausgespart, noch seltener aber werde die Frau als ein Wesen dargestellt, das Intelligenz und Geschlechtlichkeit in sich vereint. ‚Ein Gesellschaftsbild, das geistige und ökonomische Unabhängigkeit mit sinnlicher und sexueller Freiheit verbindet‘, sei zwar so Wülfings Resümee, für die Bühne entworfen“ aber: Wir warten noch auf den Auftritt dieses fremdartigen, sinnbegabten Zauberwesens.“

In der Januarzeitschriftenschau der gleichen Zeitung ist der Artikel von Peter Wehling über „Multikulturalismus von rechts?“ (*Kommune* 1/92) aufgefallen: „Im ‚rechtsgewirkten bayrischen Arun-Verlag‘ ist ein Buch mit dem Titel ‚Multikultopia‘ erschienen, in welchem der Beitrag der Ausländer ‚zur Überwindung der Dekadenz und des weichlichen Hedonismus der Europäer‘ gepriesen wird. Peter Wehling hat untersucht, ob die Sache diskutierenswert ist oder ob sie lediglich der bekannten rechten Verwirrtaktik mit ihren potjemkinschen Distanzierungen und doppeldeutigen Diskursen entspringt. Sein Fazit: ‚Multikultopia‘ sei zwar kein ernstzunehmender politischer Entwurf, zeige aber auf, daß es ‚Überschneidungen zwischen neuem Denken und den gängigen Spielarten des Multikulti-Diskurses‘ gebe, vor allem ‚eine latente Abwertung der Individuen gegenüber dem Konstrukt kollektiver ‚kultureller Identitäten‘. Dies müsse Warnung und Anlaß sein, die zweifelhaften Zwischentöne der fröhlich-bunten Multikulti-Schwärmerei schärfer als bisher zu reflektieren.“

Michael Brauns, Zeitschriftenleser im Saarländischen Rundfunk

vom 15.2.92 befaßt sich nochmal mit dem Streit um die Literastasitur vom Prenzlberg. Nachdem er Wolf Biermanns Bemerkungen über Papanfuß-Gorek zitiert hat, meint er: „Kein Zweifel, mit dieser Suada aus vollmundigen Biertischphrasen und primitiven Verbalinjurien bewegt sich Biermann weit jenseits vernunftgeleiteter Argumentation. Im Februarheft der Zeitschrift *Kommune* ist dem Heidelberger Publizisten Wilhelm Pauli, wie Biermann ein Liebhaber polemischer Superlative, über dieser Papanfuß-Attacke endgültig der Kragen geplatzt. Als wolle er es dem Prenzlauer Berg-Verunglimpfer mit demagogisch gleicher Münze heimzahlen, zieht er einen üblen Vergleich: ‚Das ist Biermann-Freisler. Nicht alles, so müssen wir gegen Paulis Empörungsanstrengung einwenden, nicht alles, was aus eifersüchtigem Poetenmund dringt, ist gleich Volksgerichtshof.“

In *Zwischen den Zeilen. Ein Blick in deutschsprachige Kultur- und Literaturzeitschriften*, gesendet vom HR II am 6. Februar 1992 setzt sich Jochen Köhler ausführlich mit Michaela von Freyholds Artikel in der Januarnummer der *Kommune* auseinander. Eingangs heißt es: „Seit den pogromartigen Ereignissen in Hoyerswerda und an zahlreichen anderen Orten befaßte sich die linke Monatszeitschrift *Kommune* mehrfach mit dem Zusammenhang von Rechtsextremismus und offizieller Politik. Kompetente Analysen sind der Zeitschrift wichtiger als grelle Reportagen, mit denen andere Medien vor allem die Sensationsgier zu befriedigen pflegen. „...Um den verbreiteten Rassismus zu erklären, stützt sich die Autorin auf das schon sechzig Jahre alte Konstrukt des ‚autoritären Charakters‘. Dieser sozialpsychologische Menschentypus im stählernen Gehäuse des Kapitalismus zeichnet sich seit den 30er Jah-

ren – seit Erich Fromm ihn psychoanalytisch charakterisierte – durch ein schwaches Ich und tyrannisches Über-Ich, durch Ohnmachtsgefühle und sadomasochistische Tendenzen, durch Lustfeindlichkeit und die Überbetonung von Fleiß, Ordnung und Sauberkeit aus. Seine eigene Position versucht der ‚autoritäre Charakter‘ dadurch zu stärken, daß er sich aggressiv von den vermeintlich ganz anders gearteten Minderheiten abgrenzt...“ Nach ausführlicher Darstellung und einigen Zitaten wendet Jochen Köhler ein: „Aus der Tatsache, daß die ‚Ausländerfeindlichkeit‘ der Deutschen sich nicht gegen ‚Dänen, Österreicher oder Briten‘ richtet, zieht Freyhold jedoch voreilige Schlüsse. Das ‚Südländer-Klischee ist ebenso überholt wie der ‚autoritäre Charakter‘. Die Deutschen mögen mittlerweile den urlaubsgewohnten ‚Charme‘ griechischer und spanischer Lokale und türkischer Gemüesstände. Und der typische neonazistische Gewalttäter kennzeichnet sich eher durch ein schwaches als durch ein starkes Über-Ich: Er spielt sich auf, um als heldenhafter Rebell Halt in der Gruppe zu gewinnen. Die Ausländerfeindlichkeit vieler Deutscher ist gar nicht so diffus, sondern kombiniert offensichtliche Merkmale, ohne sich zu fragen, welche völlig unterschiedlichen Ursachen diesen Fakten zugrundeliegen. Die reißerische Zeitungsmeldung, ein Asylanant aus Ghana handle in einem Nobelhotel mit Drogen, verschweigt einfach, daß der ‚schwarze Mann‘ dort einquartiert wurde, weil die zuständigen Behörden keine andere Bleibe für ihn fanden, und daß das Arbeitsverbot für Asylananten ihn dazu veranlaßte, die kärglich bemessenen Zuteilungen für den Lebensunterhalt durch Drogendeals aufzubessern.“

Red.

AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Schriftsetzer, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Martin Birke, geb. 1947, Sozialwissenschaftler, wohnt in Köln

Ozan Ceyhan, geb. 1960, Referent der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, wohnt in Rüsselsheim

Georg Deh, geb. 1954, Dipl. Volkswirt, wohnt in Karlsruhe

Rainer Fellmeth, geb. 1941, Sozialwissenschaftler, wohnt in Frankfurt/M.

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Harald Goldhahn, geb. 1955, Illustrator, wohnt in Offenbach

Ulrich Hausmann, geb. 1948, Über-

setzer/Publizist, wohnt in Lorsch
Gerd Held, geb. 1951, Sozialwissenschaftler, wohnt in Valencia

Sabine Herre, Korrespondentin der *taz* in der CSFR

Markus Hesse, geb. 1960, Geograph, tätig am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, wohnt in Wuppertal

Gerd Hurre, geb. 1949, Diplompädagog, wohnt in Wuppertal

Udo Knapp, geb. 1945, Mitarbeiter der Grünen/Bündnis 90 im Bundestag, wohnt in Berlin

Peter Kock, geb. 1950, wissenschaftlicher Dokumentar, wohnt in Offenbach

Kolibri Werner Blattmann, geb. 1956, Illustrator, wohnt in Berlin

Predrag Koraksic, geb. 1933, Karikaturist, wohnt in Belgrad

Alexander Langer, geb. 1946, Lehrer, Journalist, Übersetzer, für die

italienischen Grünen im Europaparlament, wohnt in Bozen

Birgit Laubach, geb. 1949, Rechtsanwältin, wohnt in Eppstein/Taunus

Chérifa Magdi, geb. 1942, Dolmetscherin und Übersetzerin, lebt in Frankfurt/M.

Dunja Melcic, geb. 1950, Redakteurin der *Kommune*, wohnt in Frankfurt/M.

Cem Özdemir, geb. 1965, Student, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen im baden-württembergischen Landtag

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Heidelberg

Roger Peltzer, geb. 1953, Volkswirtschaftler, wohnt in Münster

Werner Polster, geb. 1951, Lehrer, wohnt in Berlin

Joscha Schmierer, geb. 1942, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Achim Schmillen, Mitarbeiter von Vera Wollenberger, Fraktion die Grünen/Bündnis 90

Michael Schweizer, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, wohnt in München

Hans-Jürgen Serwe, Dipl. Ingenieur und Fotograf, wohnt in Aachen

Hosam Sökkari, Journalist, Cartoonist, lebt in England

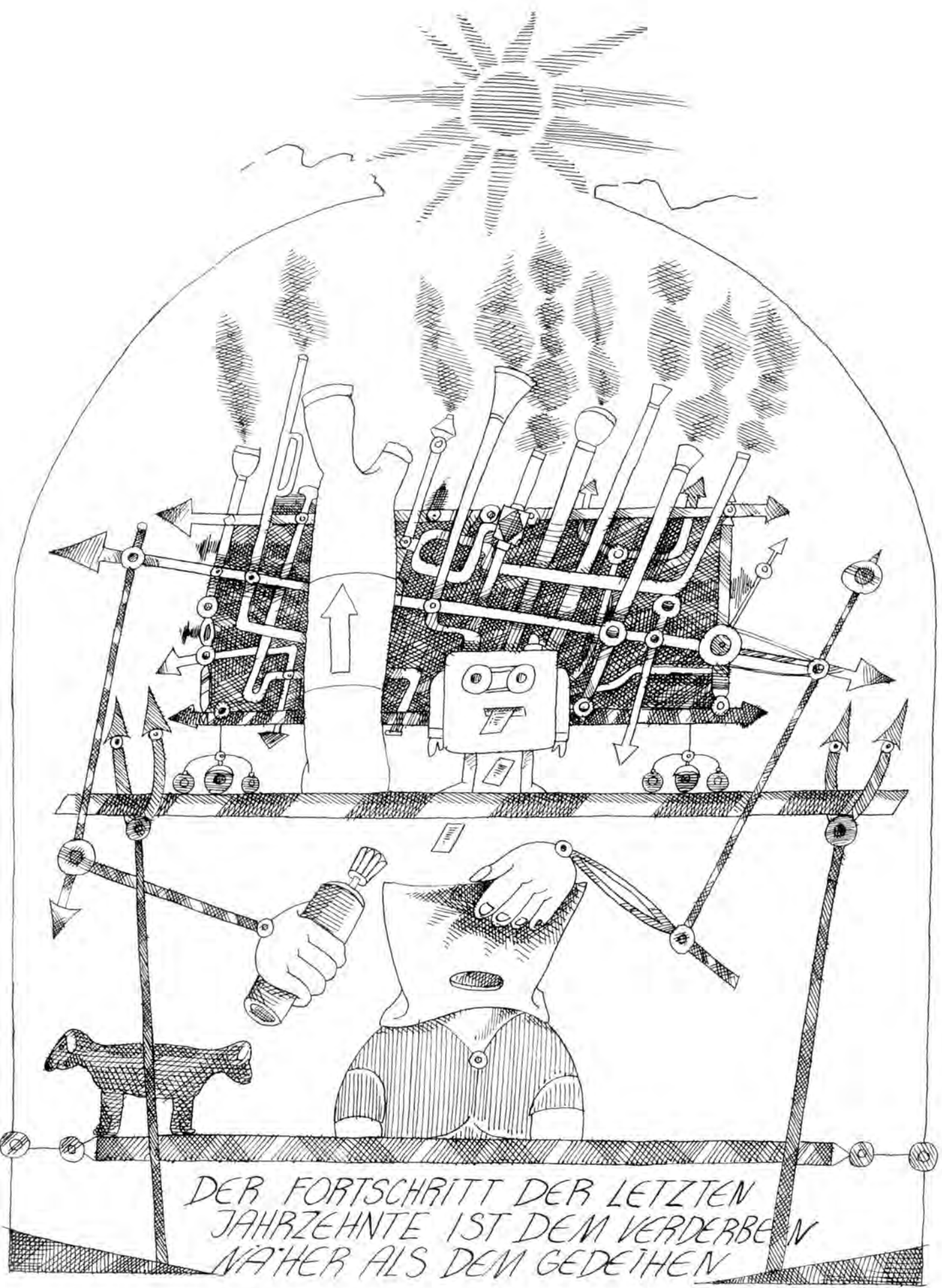
Erhard Stöltzing, geb. 1942, Hochschullehrer für Soziologie, wohnt in Berlin

Bernd Wagner, geb. 1948, Verlagsangestellter, wohnt in Frankfurt/M.

Christoph Wagner, geb. 1955, Lehrer, wohnt in Balingen

Winfried Wessollock, geb. 1950, Sozialwissenschaftler und freier Autor, wohnt in Gütersloh

Gisela Wülfing, geb. 1946, Journalistin, wohnt in Frankfurt/M.



DER FORTSCHRITT DER LETZTEN
JAHRZEHNTE IST DEM VERDERBEN
NÄHER ALS DEM GEDEIHEN

KOLIBRI



Neue Taschenbücher

Fischer im März

In allen Buchhandlungen

Literarische Kultfiguren

»Die Geschichten sind unglaublich gut, meisterhaft geschrieben, sie ist eine phantastische Schriftstellerin.«
FAZ



**DJUNA BARNES
NEW YORK**
GESCHICHTEN UND REPORTAGEN
AUS EINER METROPOLE
FISCHER

Band 10339 DM 12,80

© B. Abbott



**Elsemarie Maletzke
Das Leben der Brontës**
Eine Biographie
Fischer

Band 10785 DM 16,80

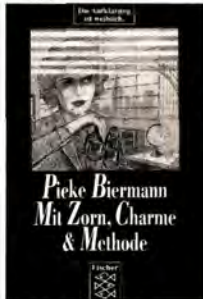
»Mit ihrer Lebensgeschichte der Brontës hat uns Elsemarie Maletzke eines der lesbarsten, menschlichsten und bei aller Tristesse amüsantesten Bücher des Jahres beschert.«
Brigitte



**OSSIP MANDELSTAM
IM LUFTGRAB**
EIN LEBESBUCH
MIT BEITRÄGEN VON
PAUL CELAN, JOSEPH BRODSKY,
PIER PAOLO PASOLINI
UND PHILIPPE JACCOFFET
FISCHER

Bd. 9187 DM 12,80

Ein Lesebuch zur Einführung in Mandelstams Werk. Mit Beiträgen von Paul Celan, Joseph Brodsky, Pier Paolo Pasolini und Philippe Jaccottet.



**Picke Biermann
Mit Zorn, Charme
& Methode**
FISCHER

Bd. 10839 DM 9,80

Kommissarinnen und Kleinunternehmerinnen aus der privatisierten Branche Guck, Horch & Schnüffel.



**DIETRICH GRONAU
NACH ROM
REISEN**
FISCHER

Bd. 10691 DM 16,80

Miriam Tlali, eine zornige Stimme aus Südafrika, erzählt vom Leben schwarzer Frauen im größten Wohnghetto des Landes.



**Lebensplanung
ohne Kinder**
Die Frau in der Gesellschaft
Fischer

Bd. 10859 DM 14,80

Von den Vorurteilen gegen Frauen und Männer, die sich keine Kinder wünschen – und was es damit auf sich hat.



**LAPPIN UND LAPINOVA
FÜNF ERZÄHLUNGEN**
FISCHER

Bd. 11027 DM 9,80

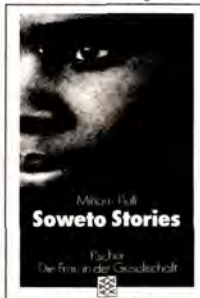
»Lappin und Lapinova« ist eine der schönsten und schmerzlichsten Ehegeschichten der Weltliteratur.



**Julie Smith
Blues in
New Orleans**
FISCHER

Bd. 10853 DM 12,80

Voller Selbstironie begeben sich Julie Smiths weibliche Helden auf die Suche nach Recht und Ordnung.



Soweto Stories
Fischer
Die Frau in der Gesellschaft

Bd. 10558 DM 10,80

Von einem nur allzu typischen Frauenleben erzählt dieses Buch und macht zugleich depressiven Menschen Mut, nicht aufzugeben und Hilfe zu suchen.



**Werner Raith
Mafia
Ziel Deutschland**
Vom Vorfeld der politischen Kultur
zur Organisierten Kriminalität
Sachbuch
Fischer

Bd. 10862 DM 14,80

Ein Experte warnt: Das Organisierte Verbrechen hat in Deutschland Fuß gefaßt und rüstet sich für den europäischen Binnenmarkt.



**George Weinberg
Wie der Sinn
ins Leben kam**
Fischer

Bd. 10222 DM 9,80

Zugleich phantastisch und realistisch, witzig, spannend und poetisch, vermittelt diese einfache Geschichte eine für jeden höchst wichtige Botschaft.



**MARION
ZIMMER BRADLEY
LYTHANDE**
FISCHER

Bd. 10943 DM 9,80

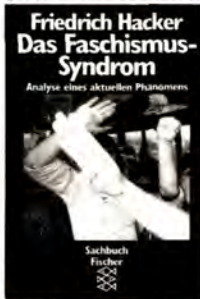
Neue Stories von der »First Lady of Fantasy«, Marion Zimmer Bradley – erstmals als Taschenbuch.



**Depression
Rückzug aus dem Leben**
Aufzeichnungen
Die Frau in der Gesellschaft
Fischer

Bd. 10571 DM 9,80

Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse Bd. 10799 DM 18,80



**Friedrich Hacker
Das Faschismus-
Syndrom**
Analyse eines aktuellen Phänomens
Sachbuch
Fischer

Bd. 10775 DM 12,80

Thema dieser aktuellen Analyse sind die psychischen Konstellationen, die das politische Phänomen des Faschismus begünstigen.

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN:

**Felix Philipp Ingold
Letzte Liebe**
Bd. 10663 DM 16,80

**Heinrich Mann
Es kommt der Tag**
Bd. 10922 DM 19,80

**Arthur Schnitzler
Ich**
Bd. 9411 DM 14,80

**Franz Werfel
Die Geschwister von Neapel**
Bd. 9460 DM 19,80

**Dirk von Petersdorff
Wie es weitergeht**
Bd. 2371 DM 15,00

**Ulrich Woelk
Tod Liebe Verklärung**
Bd. 2372 DM 15,00

**Valerie Martin
Die Katze auf dem Dachboden**
Bd. 10347 DM 9,80

**Märchen aus Südamerika
Felix Karlinger (Hg.)**
Bd. 10685 DM 10,80

**Peter Butschkow
Biofrust und Tortenlust!**
Bd. 10380 DM 9,80

**Jearl Walker
Ein Knick in der Optik**
Unterhaltsame Experimente aus
»Spektrum der Wissenschaft«
Bd. 10485 DM 16,80

**Gisela Bonn
Nehru**
Annäherungen an einen
Staatsmann und Philosophen
Bd. 10412 DM 16,80

**Frank Teubner
Selbst kompostieren**
Leitfaden für eine eigenver-
antwortliche Abfallwirtschaft
Bd. 10740 DM 9,80

**Katharina Dalton
Mütter nach der Geburt**
Wege aus der Depression
Bd. 10955 DM 12,80

**Erik H. Erikson
Einsicht und Verantwortung**
Die Rolle des Ethischen
in der Psychoanalyse
Bd. 10799 DM 18,80

**Margaret S. Mahler
Studien über die
drei ersten Lebensjahre**
Bd. 10798 DM 19,80

**Dirk Blasius
Ehescheidung in
Deutschland im
19. und 20. Jahrhundert**
Bd. 10406 DM 19,80

**Norbert Schindler
Widerspenstige Leute**
Studien zur Volkskultur
in der frühen Neuzeit
Bd. 10658 DM 28,80

**Voltaire
Philosophische Briefe**
Bd. 10910 DM 18,80

**D. Harth/J. Assmann (Hg.)
Revolution und Mythos**
Bd. 10964 DM 19,80

**J. Laplanche/J.-B. Pontalis
Urphantasie**
Phantasien über den Ursprung,
Ursprünge der Phantasie
Bd. 6647 DM 14,80